



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 106

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 106

.....
vom 9.6.2021

.....
del 9/6/2021

Präsidentin
Vizepräsident
Vizepräsident

Rita Mattei
Josef Noggler
Manfred Vallazza

Presidente
Vicepresidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 106

vom 9.6.2021

Inhaltsverzeichnis

Anhörungen der Volksanwältin und des Präsidenten des Landesbeirates für das Kommunikationswesen mit anschließender Diskussion. Seite 1

Landesgesetzentwurf Nr. 62/20: "Änderung des Landesgesetzes vom 17. Dezember 2015, Nr. 16, 'Bestimmungen über die öffentliche Auftragsvergabe, in Anwendung von Artikel 43 Absatz 3 der Geschäftsordnung'. Seite 18

Begehrensantrag Nr. 1/18 vom 15.11.2018, eingebracht von den Abgeordneten Atz Tammerle und Knoll, betreffend Begnadigung der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer (Fortsetzung). Seite 18

Begehrensantrag Nr. 20/21 vom 14.4.2021, eingebracht von den Abgeordneten Repetto, Ladurner, Foppa, Amhof e Rieder, betreffend Tamponsteuer und "Periodenarmut" (Fortsetzung). Seite 28

Begehrensantrag Nr. 23/21 vom 6/5/2021, eingebracht von den Abgeordneten Leiter Reber, Mair, Rieder, Köllensperger, Ploner A., Ploner F., Faistnauer, Knoll, Atz Tammerle, Unterholzner, Foppa, Dello Sbarba e Staffler, betreffend Aufhebung der Impfpflicht für das Personal im Gesundheits- und Pflegebereich. Seite 29

Landesgesetzentwurf Nr. 6/19: "Klimaschutz, Einschränkung des Flugverkehrs und Übertragung des Flughafens Bozen an das Land". Seite 38

Landesgesetzentwurf Nr. 23/19: "Maßnahmen für leistbares Wohnen". pag. 62

RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE

N. 106

del 9/6/2021

Indice

Audizioni della Difesa civica e del presidente del Comitato provinciale per le comunicazioni e di seguito discussione. pag. 1

Disegno di legge provinciale n. 62/20: "Modifica della legge provinciale 17 dicembre 2015, n. 16, 'Disposizioni sugli appalti pubblici', in applicazione dell'articolo 43, comma 3, del regolamento interno". pag. 18

Voto n. 1/18 del 15/11/2018, presentata dai consiglieri Atz Tammerle e Knoll, riguardante concessione della grazia agli attivisti sudtirolesi" (continuazione). pag. 18

Voto n. 20/21 del 14/4/2021, presentata dai consiglieri Repetto, Ladurner, Foppa, Amhof e Rieder, riguardante tampon tax e "period poverty" (continuazione). pag. 28

Voto n. 23/21 del 6/5/2021, presentato dai consiglieri Leiter Reber, Mair, Rieder, Köllensperger, Ploner A., Ploner F., Faistnauer, Knoll, Atz Tammerle, Unterholzner, Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante cancellazione dell'obbligo vaccinale per il personale sanitario e sociosanitario. pag. 29

Disegno di legge provinciale n. 6/19: "Tutela del clima, limitazione del traffico aereo e trasferimento alla Provincia dell'aeroporto di Bolzano". pag. 38

Disegno di legge provinciale n. 23/19: "Misure per rendere accessibili i prezzi degli alloggi". Seite 62

Landesgesetzentwurf Nr. 42/19: "Landesenergie-
einkommen".....Seite 69

Landesgesetzentwurf Nr. 46/20: "Änderung des
Landesgesetzes vom 23. April 2014, Nr. 3, 'Einfüh-
rung der Gemeindeimmobiliensteuer (GIS)'.
.....Seite 79

Disegno di legge provinciale n. 42/19: "Reddito
energetico provinciale"..... pag. 69

Disegno di legge provinciale n. 46/20: "Modifica
della legge provinciale 23 aprile 2014, n. 3,
'Istituzione dell'imposta municipale immobiliare
(IMI)"..... pag. 79

Vorsitz der Präsidentin | Presidenza della presidente: Rita Mattei**Ore 9.07 Uhr**

Bestätigung der Anwesenheit über die "Concilium"-Plattform (anstelle des Namensaufrufs) – conferma della presenza sulla piattaforma "Concilium" (invece dell'appello nominale)

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno il processo verbale della seduta precedente è messo a disposizione delle consigliere e dei consiglieri provinciali in forma cartacea. Su di esso possono essere presentate, per iscritto, richieste di rettifica alla Presidenza entro la fine della seduta. Qualora non dovesse pervenire alcuna richiesta di rettifica, il processo verbale si intende approvato.

Copie del processo verbale sono a disposizione delle consigliere e dei consiglieri presso le collaboratrici e i collaboratori addetti alla stesura del processo verbale stesso.

Per la seduta odierna si è giustificato il presidente Kompatscher.

Punto 2) all'ordine del giorno: "**Audizioni della Difesa civica e del presidente del Comitato provinciale per le comunicazioni e di seguito discussione**".

Punkt 2 der Tagesordnung: "**Anhörungen der Volksanwältin und des Präsidenten des Landesbeirates für das Kommunikationswesen mit anschließender Diskussion**".

Iniziamo con l'audizione della difensora civica, dott.ssa Gabrielle Morandell, alla quale il benvenuto all'aula.

Prego, dott.ssa Morandell.

Dr. GABRIELLE MORANDELL (Volksanwältin): Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, Ihnen über meine Tätigkeit im abgelaufenen Jahr berichten zu können.

Es ist für mich immer schwierig, das Wichtigste in einer halben Stunde zusammenfassen, aber ich werde mich bemühen, ein paar Themen, die mir wirklich am Herzen liegen, anzusprechen.

Statistisch gesehen haben wir im Jahr 2020 viel und gut gearbeitet. Die Beratungen haben wirklich sehr zugenommen und sind um 43 Prozent gestiegen. Die Beschwerden sind um 11 Prozent auf weitere 110 Beschwerdefälle gestiegen. Insgesamt haben sich im Jahr 2020 circa 8.500 Menschen an die Volksanwaltschaft gewandt.

Was waren die Herausforderungen dieses besonderen Jahres 2020? Sie waren doch recht hoch und es gab viel zu tun, was man an den Zahlen sieht. Wir haben immer versucht, auch wenn es nicht möglich, hinauszugehen und mit dem Bürger direkt Kontakt aufzunehmen. Wir haben immer versucht, ihn zu beraten und waren immer telefonisch, über E-Mail, WhatsApp, Facebook, Messenger, über Videoanrufe erreichbar, und das hat der Bürger auch sehr geschätzt. Deshalb kam es auch zu all diesen Beratungen und Beschwerden.

Die Schwerpunkte der Arbeit und dieser neuen Herausforderungen waren natürlich einmal die Grundrechte. Da gab es viele Menschen, die Klarheit wollten, auch meinerseits, und gefragt haben, warum sie in ihren Freiheitsrechten eingeschränkt werden können. Es waren viel Erklärungsarbeit, Gespräche und E-Mails notwendig, weil es doch auch Wutbürger oder andere Bürger gab, die resignierten und kein Verständnis hatten. Es gab viele Gesetze und Verordnungen, wobei sich Letztere im Laufe der Zeit immer wieder geändert haben. Es gab unklare Bestimmungen, weshalb es immer wieder notwendig war, von meiner Seite beim Landeshauptmann nachzufragen oder um Klärung zu bitten oder eine Änderung der entsprechenden Verordnung herbeizuführen. Viele Bürger wussten oft gar nicht, was in Südtirol gilt. Im Radio und Fernsehen hörte man, was in Deutschland und Italien gilt, während nicht immer klar, was in Südtirol gilt. Es war schwierig, immer am Laufenden zu sein und die Neuerungen zu kennen.

Ein weiteres Thema waren natürlich die ganzen Verwaltungsstrafen. Auch bei kleinsten Verstößen wurde eine Strafe von 400 Euro ausgestellt. Bei einer verrutschten Maske wurde die Strafe von der Gemeindepolizei ausgestellt. Dasselbe passierte, wenn Bürger irgendwo zueinanderstanden, Fahrten über die Gemeindegrenzen hinaus stattfanden. Das war für viele Menschen sehr ärgerlich und sie empfanden diese Strafen vielerorts als Schikane. Ich habe mich daraufhin mit meinen Kollegen in Österreich unterhalten, darunter

auch mit dem Vorarlberger Volksanwalt, der gesagt hat: "Nein, bei uns gibt es das nicht. Wir strafen nicht." Ich mir gedacht, wieso das in Vorarlberg klappt und bei uns. Vielleicht wäre ein Vergleich zu setzen und die Polizeiorgane mehr darauf hinzuweisen, dass sie nicht sofort strafen, sondern die Bürger in erster Linie auf diese Vorschriften hinweisen sollten.

In Bezug auf den Bereich des Sanitätsbetriebes und im Speziellen in Bezug auf die Quarantänemaßnahmen gab es für uns reichlich zu tun. Als die Pandemie ihren Höhepunkt erreicht hat, hat man gemerkt, dass es dem Sanitätsbetrieb nicht mehr gelungen ist, alle Bürger zu kontaktieren und alle Quarantänemaßnahmen zu verschicken. Da gab es vergessene Bürger, die zu Hause warteten und nie Bescheid bekamen. Sie brauchten unbedingt die Quarantänemaßnahme, da der Arbeitgeber gesagt hat: "Entweder Du kommst zur Arbeit oder Du schickst sie mir." Wir haben versucht, allen irgendwie weiterzuhelfen, wobei ich sagen muss, dass uns dies auch gelungen ist. Viele haben versucht, über die E-Mail-Adressen oder Telefonnummern des Sanitätsbetriebes weiterzukommen, wobei ein Durchkommen fast unmöglich war. Natürlich haben die Hausärzte viele dieser Fragen aufgefangen. Sie haben in dieser Pandemie eine gewaltige Arbeit geleistet haben, denn sie waren von der Früh bis zum Abend immer erreichbar. Gott sei Dank hat das sehr gut geklappt.

Grundsätzlich waren in dieser Pandemie ganz viele öffentliche Ämter geschlossen, speziell im ersten Lockdown. Während des ersten Lockdowns war die öffentliche Verwaltung noch schlechter organisiert und viele Telefone klingelten einfach durch, Führungskräfte waren nur per E-Mail und nicht telefonisch erreichbar. Das war für die Bürger ein großes Problem. Es gab auch viele Verzögerungen bei wichtigen Verfahren für die Bürger, beispielsweise in Bezug auf die Einstufung der Zivilinvalidität, Wohnbauforderung usw. Also da sind Monate an Wartezeiten dazugekommen. Dasselbe gilt für die Zweisprachigkeitsprüfung, die im Jahr 2020 kaum abgehalten wurde, obwohl der eine und andere an einem Wettbewerb teilnehmen oder sich für eine Stelle interessierten wollte. Das war nicht möglich, weil diese Prüfungen nicht stattgefunden. Wir haben das zuständige Amt gefragt, ob es nicht möglich wäre, eine Lösung über Telekonferenz zu suchen, aber diese gab es leider nicht.

Ein Negativbeispiel ist das Führerscheinentamt, dessen Tore geschlossen waren. Einen Termin konnte man nur über SPID bekommen. Man musste also den SPID aktivieren und sich über das Bürgernetz einen Termin besorgen, was für viele ältere Menschen ein Problem war. Wir haben uns auch beschwert, aber man hat nicht auf uns gehört, sondern gesagt: "Wir machen das so." Die alten Leute mussten zum Wirtschaftsberater gehen, damit er ihnen den SPID aktiviert, um einen Termin beim Führerscheinentamt zu bekommen.

Stichwort Sozialsprengel. Es hat Sozialsprengel gegeben – ich will nicht für alle sprechen -, die nur eine Stunde am Tag erreichbar waren. Man konnte also einmal am Tag für eine Stunde anrufen, um sich einen Termin zu besorgen. In der restlichen Zeit war niemand erreichbar, was für die Bürger sehr ärgerlich war, weil sie sich gefragt haben: "Ja was machen die den ganzen Tag." Sie werden schon gearbeitet haben, aber nach außen hin gab das ein schlechtes Bild ab. Das ging bei manchen Sprengeln den ganzen Sommer über so, obwohl es damals sehr viele Erleichterungen gegeben hat.

Bei den Seniorenheimen gibt es hauptsächlich um die Besuchsrechte. Ich weiß, dass man im Landtag darüber diskutiert hat, ob die Volksanwältin überhaupt für die Seniorenwohnheime zuständig sei. Ich begründe es immer so, dass die Seniorenwohnheime öffentliche Einrichtungen sind und mit Regionalgesetz Nr. 7/2005 errichtet worden. Warum also sollte ich mich nicht auch um diese kümmern? Die Volksanwaltschaft hat auch den Auftrag als Patientenanwalt. Wenn man sich das entsprechende Gesetz durchliest, so geht es dort um sanitäre und soziosanitäre Einrichtungen. Zu guter Letzt gibt es den Artikel 16 im Gesetz, welcher besagt, dass, wenn es keine zuständige Einrichtung gibt, sich die Volksanwältin um diese Sachen kümmern soll. Aus diesem Grund habe ich mich nicht getraut, die Menschen wegzuschicken, sondern gesagt, dass wir uns auch um diese Angelegenheiten kümmern werden. Vielleicht sollte man es in Zukunft klären und klar ins Gesetz schreiben.

Viele Heime hielten über Monate geschlossen und Besuche waren nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich. Dies brachte die Angehörigen sehr zum Verzweifeln, weil die älteren Angehörigen am Telefon sehr bedrückt wirkten und immer wieder nachgefragt haben, wann sie denn kommen würden. Da war schon eine große Verzweiflung vorhanden. Ärgerlich war für die Angehörigen auch, dass es in Südtirol so unterschiedliche Realitäten gab. Es gab Heime, die wirklich alles getan haben, um einen Kontakt aufrecht zu erhalten, während andere jeglichen Kontakt abgelehnt haben, indem sie gesagt haben, dass es den Heimbewohnern gutgehen würde. Diese unterschiedliche Behandlung war nicht gut. Ich würde mir schon vorstellen, dass man in Zukunft, sollte es wieder zu solchen Einschränkungen gibt, annehmbare Lösungen für alle findet und denselben Kontakt herstellt. Ärgerlich war auch, dass manche Heime den Insassen verboten, hinauszugehen und dass Be-

suche, auch wenn sie nur kurz waren, mit Maske, Abstand und hinter einer Scheibe, an Sonn- und Feiertagen grundsätzlich nicht möglich waren.

Was ich auch beanstandet und den Heimen immer wieder gesagt habe, ist, dass in den Statuten der Heime auch ein Heimbeirat vorgesehen ist, der aus Vertretern der Senioren und der Angehörigen besteht. In den allermeisten Heimen ist dieser Heimbeirat nicht aktiviert, obwohl er eine wichtige Sache wäre, um die Entscheidungen, die gefällt werden, mit den Bewohnern und Angehörigen im Vorfeld zu diskutieren und abzuklären.

Nun zu unseren Sprechtagen. Es sind immer 139 halbe Sprechtage geplant, wobei Brixen/Bruneck immer kombiniert wird. Am Vormittag sind wir in Brixen, am Nachmittag in Bruneck. Dasselbe gilt für Meran und Schlanders. Von diesen konnten wir aufgrund der Corona-Situation nur einen Teil abhalten. Insgesamt waren es 65 halbe Tage, an denen wir für die Bürgerinnen und Bürger unterwegs.

Wie sieht es mit den Beschwerden aus? Da gab es im Jahr 2020 Unterschiede, wobei man sieht, dass die persönliche Kontaktaufnahme mit uns nur bei 14 Prozent der Beschwerden war. In den Jahren vorher waren es immer 50 Prozent. Die Bürger ziehen es vor, selbst im Büro in Bozen vorbeizukommen und ihr Problem zu schildern. In diesem Jahr haben wir sehr viel per E-Mail oder per Telefon gemacht. Das sieht man auch in der nächsten Aufstellung. In Bezug auf die Beratungen haben wir 94 Prozent telefonisch gemacht.

Zur nächsten Aufstellung. Was hat sich da geändert? Wie eigentlich gewohnt, teilen sich die meisten Beschwerden die Gemeinden und die Landesverwaltung. Der Staat hat im Jahr 2020 ziemlich aufgeholt, und zwar aufgrund der ganzen Verwaltungsstrafen, Beschwerden an das Regierungskommissariat usw. Da haben wir ein Plus von 6 Prozent. Was ich bei dieser Statistik extra herausgehoben habe, sind die Seniorenheime, die immer unter "andere öffentliche Verwaltungen" liefern. Da sind es 2,5 Prozent, was eigentlich relativ wenig ist. Es gab insgesamt 30 Beschwerden, weil viele Angehörige eine große Hemmschwelle hatten, sich zu beschweren. Sie haben gesagt, dass es nicht um die Pflege gehen würde, denn diese würde ja passen. Deshalb haben sich nicht viele beschwert, wobei wir bei den Beschwerden mit den Angehörigen in die Seniorenwohnheime gegangen sind und versucht haben, Lösungen zu finden.

Bezüglich der Aufteilung innerhalb der Gemeinde machen Fragen rund um das Bauwesen den größten Teil der Beschwerden aus. Die Verkehrs- und Verwaltungsstrafen haben aber auch zugenommen, wobei es vor allem um die Verwaltungsstrafen in Zusammenhang mit der Übertretung von Corona-Bestimmungen geht. Die Gemeindepolizei war in vielen Gemeinden recht fleißig mit dem Strafen.

Und jetzt komme ich zum neuen Landesgesetz für Raum und Landschaft, welches am 1. Juli 2020 in Kraft getreten ist. Da habe ich gemerkt, dass sehr viele Bürger besorgt und unsicher sind. Sie bekommen auf viele Fragen von Seiten der Gemeinden nicht unbedingt klare Antworten und wissen nicht, was erlaubt ist und was nicht. Auch die Techniker und Planer haben große Bedenken und sagen, dass sie mit diesem digitalen Bauakt nicht zufrieden sind, weil die bürokratischen Hürden erhöht werden. Um einen Antrag auszufüllen, haben sie vorher eine halbe Stunde gebraucht, jetzt sind es mehrere Stunden. Vielleicht könnte man schauen, wie man das etwas vereinfachen könnte.

Auch in Bezug auf die Konventionierungspflicht gibt es viele Unklarheiten. Viele Bürger haben noch die alte Regelung, also Artikel 79 des alten Gesetzes. Gelten die Erleichterungen des neuen Gesetzes auch für die alten Vinkulierungen? Eher nicht, hat die Agentur für Wohnaufsicht gesagt. Ich bin gerade dabei, einen Fall mit ihr zu besprechen. Wichtig ist, dass die Bürger besser informiert werden müssen, da die Strafen horrend sind. Ich habe folgenden Fall. Ein Bürger wohnt mit seiner Frau in einer Wohnung, die seiner Frau gehört und konventioniert ist. Der Bürger hat in derselben Stadt eine andere Wohnung. Er ist aber zur Frau gezogen, weil ihm die andere Wohnung zu groß war. Eigentlich wollte er sie schon lange verkaufen, und jetzt kommt die Strafe der Agentur für die Wohnaufsicht, die nicht klein ist, weil er als zusammenlebendes Familienmitglied kein weiteres Eigentum haben darf. Der Bürger fragt sich, was überhaupt eine angemessene Wohnung ist. Zu groß kann sie sein, sie darf nicht zu klein sein und sie muss im Umkreis von 40 Kilometern liegen. Wie gesagt, die Strafen sind wirklich horrend, denn pro Monat, indem es diesen Fehler gibt, sind es 2,5 mal der Landesmietzins, bei einer Höchststrafe von 45.000 Euro und einer Mindeststrafe von 15.000 Euro. Die Familie muss jetzt für diesen Fehler 15.000 Euro Strafe zahlen. Der Bürger hat gesagt: "Als wir die Wohnung gekauft haben, hat uns kein Makler, Notar oder sonst jemand darauf hingewiesen." Er ist also wirklich aus allen Wolken gefallen, als er diesen Strafbescheid erhalten hat. Viele Bürger glauben, dass diese Voraussetzungen nur im Moment des Kaufes gegeben sein müssen. Sie sind auch nachher noch gegeben, denn es könnte ja sein, dass jemand etwas erbt oder zu weiterem Eigentum kommen kann. Da muss man sehr aufpassen. Das neue Gesetz lässt es zu, dass man das weitere Eigentum behalten darf, wenn man es vinkuliert, aber was passiert,

wenn man eine alte Bindung hat. hier wäre es wichtig, die Bürger zu informieren. Makler und Notare müssen zu den Bürgern auch ehrlich sein und dürfen sie nicht in solche Problemsituationen hineinbringen. Die Agentur tut sich leicht, diese Fehler zu erkennen, denn sie braucht nur die Daten des Grundbuches mit jenen des Meldeamtes vergleichen. Dann kommt sie darauf, wer nicht korrekt lebt. Wie gesagt, das wäre für mich ein Punkt, um zu sagen, dass hier noch besser kommuniziert bzw. die Übergangsbestimmungen klarer formuliert werden müssen, damit man versteht, was für das alte Gesetz gilt.

Ich möchte noch von einem weiteren Fall erzählen, bei dem es um die gestützte Kommunikation geht. In einer Behindertenwerkstatt arbeitet eine erwachsene Frau mit schweren Autismus-Störungen, die mit ihrer Umwelt nur durch diese gestützte Kommunikation kommuniziert, wobei ihr die Hand zu einer Tafel geführt wird, auf die sie autonom aufschreiben kann, was sie denkt und gerne möchte. Sie hat diese Art von Schreiben in der Schule gelernt. Sie ist mit dieser Technik bis zur Matura gekommen und hat Aufsätze und Briefe geschrieben, musste bei diesem Schreiben aber immer unterstützt werden. Für mich und die gesetzliche Vertreterin, die die Mutter ist, ist es unverständlich, dass man sich in der Behindertenwerkstatt weigert, mit ihr mit dieser Methode zu kommunizieren. Für diese Frau ist es natürlich schwierig, etwas ganz Neues zu lernen; sie ist immerhin schon 30 Jahre alt. Es hat mehrere Aussprachen gegeben, aber man stützt sich auf die neuen Erkenntnisse der Wissenschaft, die sagen, dass die gestützte Kommunikation den Kindern und Jugendlichen nicht mehr beigebracht werden soll. Das kann ja passen und jetzt gibt es vielleicht bessere Methoden, aber in diesem Fall müsste man dieser Frau das Recht auf diese Art von Kommunikation gewähren. Nachdem wir nicht weitergekommen sind, versuchen wir jetzt über den gerichtlichen Weg und durch eine allgemeine Eingabe an den Vormundschaftsrichter dieses Recht auf Kommunikation zu erwirken. Ich möchte noch hinzufügen, dass das nur in dieser Bezirksgemeinschaft gilt, während in den Behindertenwerkstätten der anderen Bezirksgemeinschaften sehr wohl diese Form der gestützten Kommunikation möglich ist. Das ist ein Problem, an dem wir hoffentlich nicht scheitern.

Ich komme noch zu den Vereinen und Verbänden. Im Jahr 2020 haben sich auch sehr viele Vereine und Verbände an mich gewandt, weil sie große Schwierigkeiten in Zusammenhang mit dem Vorgehen der öffentlichen Verwaltung hatten. Beim Ansuchen von Beiträgen gibt es immer wieder Kürzungen, die nicht mit ihnen abgesprochen sind und die sie auch schwer verstehen. Es gibt für sie keine Planungssicherheit. Sie müssen jedes Jahr ansuchen und werden jedes Jahr überproportional kontrolliert. So empfinden sie es jedenfalls. Außerdem sagen sie, dass die Ämter unzugänglich und nicht kooperativ seien. Die Gelder würden zudem sehr spät ausbezahlt. Ein Negativbeispiel für solche überproportionale Kontrollen ist folgendes: Eine Genossenschaft, die im didaktischen Bereich tätig war, hat jedes Jahr einen Beitrag der Südtiroler Landesverwaltung bekommen hat. Als dann aber ein neuer Beamter ins zuständige Amt gekommen ist, hat er begonnen, zehn Jahre zurückzukontrollieren. Dabei hat er Fehler festgestellt, obwohl der Verein jedes Jahr kontrolliert worden ist und es in diesen zehn Jahren Stichprobenkontrollen gegeben hat. Aufgrund dieses Fehlers muss diese Genossenschaft nun eine Unmenge an Geld zurückzahlen. Daraufhin habe ich als Volksanwältin gesagt: "Wenn ihr als Verwaltung einen Fehler macht, dann könnt ihr vom Bürger oder Betroffenen 18 Monate, aber nicht 10 Jahre zurückverlangen." Die Anwaltschaft des Landes hat meinen Einwand einfach ignoriert. Man bleibt bei den zehn Jahren und verlangt diese Summe zurück. Also bürgerfreundlich ist das nicht. Wenn schon, dann sollte die Verwaltung die Eckdaten, wie sie die Beiträge auszahlt, im Vorfeld klären und nicht nach zehn Jahren etwas beanstanden. Das ist ein Negativbeispiel für diesen nicht kooperativen Kontrollwahn.

Ein positives Beispiel, bei dem wir recht gut unterwegs sind und auch etwas für die Bürger erreichen konnten, ist die Hinterbliebenenrente. Wenn Kinder von verstorbenen Eltern ins Ausland zum Studieren gegangen sind, war das immer ein großes Problem. Wenn sie um die Hinterbliebenenrente angesucht haben, mussten sie erklären, welches Studium sie absolvieren. Das INPS hat diese Ansuchen immer an das Unterrichtsministerium weitergeleitet, wo sie oft über Jahre liegengeblieben sind. Es hat sich auch nicht der Lage gesehen, ob es sich um einen in Italien anerkannten Studiengang handelt oder nicht. Im Jahr 2020 hat es an die zehn Beschwerden gegeben, die wir alle zusammengenommen haben. Wir haben an das Unterrichtsministerium geschrieben, und da kam auch eine Reaktion. Auch das Außenamt in Rom hat uns geholfen, und dann haben wir gemeinsam mit den Ämtern der Landesverwaltung eine Videokonferenz abgehalten. Das war positiv, denn jetzt versucht die Uni Bozen, dem INPS bei dieser Erhebung zu helfen. Auch das zuständige Amt der Landesverwaltung hilft und man versucht, auch den Notenwechsel zu Rate zu ziehen, denn auch dort sind Studien anerkannt. Auf jeden Fall versucht das INPS, die größten Probleme in der Region zu lösen und nur mehr jene Fälle nach Rom zu schicken, bei denen es nicht weiterkommt. Ich glaube, dass unsere Intervention geholfen hat, dass diese Studenten jetzt viel eher zu ihrer Hinterbliebenenrente kommen.

Das war es im Schnelldurchlauf. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Natürlich konnte nicht ich alleine diese Beschwerden und Beratungen stemmen. Ich habe ein Team hinter mir, das mir sehr wertvoll ist. Jeder hat in der Corona-Zeit wirklich aufopfernd von zu Hause aus gearbeitet. Alle waren stets auf ihren privaten Handys oder per E-Mail erreichbar und haben sehr gute Arbeit geleistet. Die meisten meiner MitarbeiterInnen sind in Teilzeit, und ich möchte sagen, dass immer alle den ganzen Tag gearbeitet haben. Ich möchte mich bei meinem Team dafür bedanken, dass es so stark hinter mir gestanden ist. Ich habe eine Mitarbeiterin in Teilzeit, die Vollzeit arbeiten bzw. um 25 Prozent erhöhen möchte. Im Stellenplan sind diese 25 Prozent nicht vorgesehen, weshalb ich beim Präsidium den Wunsch deponieren möchte, ob es nicht möglich wäre, ihr weiterzuhelfen.

Danke fürs Zuhören und ich stehe natürlich gerne für Fragen zur Verfügung.

PRESIDENTE: Grazie, dott.ssa Morandell, per la Sua esposizione.
Ha chiesto la parola il consigliere Knoll, ne ha facoltà.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Schönen guten Morgen, Frau Dr. Morandell, danke für Ihre Ausführungen, die wie jedes Jahr sehr informativ sind. Danke auch für Ihre offenen Worte in diesem Jahr. Ich glaube, dass Sie auch einiges an Kritik angebracht haben, die notwendig war. Wir haben hier im Landtag ja auch Anfragen von Bürgern bekommen, vor allem was die Entrechtung von Bürgern in der Corona-Zeit anbelangt. Das ist sehr vielen Menschen in Südtirol nicht nur sauer aufgestoßen, sondern auch auf Unverständnis gestoßen. Eigentlich gilt der Grundsatz, dass Bestimmungen nachvollziehbar, faktenbasiert und gerechtfertigt sein müssen. Wenn man die eigenen Verwandten im Altersheim nicht besuchen darf, so stecken dahinter auch menschliche Tragödien. Es haben sich Personen an uns gewandt, die ihre sterbenden Angehörigen nicht mehr sehen durften. Ich erinnere mich aber auch daran, dass Bürger gestraft wurden, weil sie mit dem Auto in der eigenen Gemeinde an den Waldrand gefahren sind, um dort spazieren zu gehen. Also, das waren Nonsense-Verordnungen. Mit dem Fahrrad durfte man drei Gemeinden weiterfahren, aber in der eigenen Gemeinde nicht bis an den Waldrand. In Bezug auf die Willkür der Polizei erinnere ich mich an einen Fall, bei dem ein Polizist gesagt hat: "Du darfst nicht zu Deiner Lebensgefährtin fahren, denn Du bist nicht 30 Jahre alt. Für mich zählt eine fixe Beziehung erst ab 30 Jahren." Diese Leute wurden einfach gestraft. Was können diese Bürger tun, wenn sie sich weigern wollen, diese Strafe zu zahlen. Mit welcher Rechtfertigung verbietet man jemandem, mit dem Auto an den Waldrand zu fahren, um dort spazieren gehen. Ist es überhaupt rechtmäßig, für so etwas bestraft zu werden? Welche rechtlichen Möglichkeiten hat man zu sagen, dass man sich weigert, diese Strafen zu zahlen? Diese Information wollen sehr viele Bürger haben.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Auch ich möchte mich bedanken. Für mich persönlich war es noch nie so wohltuend wie heuer, Ihren Bericht zu hören, weil ich wahrgenommen habe, dass wir immer in ähnlichen Positionen sind. Wir sind ein bisschen die Volksanwälte der Armen. Diejenigen, die bei Ihnen nicht durchkommen, melden sich vielleicht bei uns oder telefonieren mehrere Parteien durch. Wir haben jetzt unbedingt das Rüstzeug, wie es Sie und Ihre MitarbeiterInnen haben, aber ich denke, dass es wichtig ist, diesen Spiegel aus Ihrer Sicht vorzuhalten. Wir waren mit vielem konfrontiert, wurden dann aber als politische Vertretungen manchmal in die Rolle der Nestbeschmutzer versetzt, wenn wir darauf hingewiesen haben. Deshalb war das sehr klärend und sehr wichtig. Ich wollte Sie zwei Sachen fragen. Wie sind Sie mit dem ganzen Zorn, der ganzen Wut und den Abdriftungen umgegangen, die es in diesem Jahr gegeben hat? Ist das auch bei Ihnen angekommen und wie geht man damit um? Die zweite Frage ist eine praktische Frage: Vielleicht können Sie uns zur Entwicklung der Antidiskriminierungsstelle etwas sagen. Danke und danke auch für die Arbeit an Sie und Ihr Team!

RIEDER (Team K): Einen herzlichen Dank auch meinerseits an Sie und Ihre Mitarbeiterinnen! Ich habe Menschen, die sich an mich gewandt haben, an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergeleitet, wobei ich immer die Rückmeldung bekommen habe, dass es immer eine Erreichbarkeit gegeben hat und man überhaupt nicht gemerkt hat, ob die MitarbeiterInnen im Büro waren oder von zu Hause ausgearbeitet haben. Dafür ein großes Kompliment und ein großes Dankeschön an Sie und Ihre Mitarbeiterinnen! Als Mitglied des Präsidiums werde ich mich gerne für diese Aufstockung von 25 Prozent einsetzen, denn ich glaube, dass das eine gut investierte Arbeitskraft und gut investierte Zeit und Geld ist.

Für mich sind die sehr klaren Worte Ihrerseits wichtig. Die große Unsicherheit, die Menschen gehabt haben, weil Ämter nicht erreichbar waren, habe auch ich gespürt. Es gab oft nur die Möglichkeit, Online-Vormerkungen zu machen, was manchmal ja auch gut ist, aber wenn es beim Führerscheinaamt nur über SPID möglich war, ... Manche Menschen sind damit überfordert und vor allem ältere Menschen bleiben auf der Strecke. Deshalb müssen wir hier differenzieren. Ich würde Sie bitten, darauf hinzuweisen, welche Gruppen hier auf der Strecke bleiben.

Sie haben sehr klar angesprochen, dass die Landesämter manchmal nicht unbedingt kooperativ waren. Ich möchte betonen, dass es in der öffentlichen Verwaltung viele Mitarbeiter gibt, die eine sehr gute Arbeit leisten und bemüht sind, aber manches Mal stellt sich der Bürger schon die Frage: "Was machen die, wenn sie nur eine Stunde am Tag telefonisch erreichbar sind?" Ich weiß schon, was sie machen, nämlich Gesuche abarbeiten, aber wenn kein Parteienverkehr möglich ist, dann muss zumindest ein telefonischer Kontakt möglich sein. Wenn der Zweisprachigkeitsnachweis die Voraussetzung für die Teilnahme an Wettbewerben ist, dann muss eine Zweisprachigkeitsprüfung gewährleistet sein. Die Kontrollen in Bezug auf eine eventuelle Zurückstufung der Zivilinvalidität wurden gemacht, und da muss man sich schon fragen, ob diese in dieser Zeit das Wichtigste waren oder ob es nicht wichtiger gewesen wäre, andere Sachen zu machen. Meiner Meinung nach müsste es einen Austausch mit den Landesämtern gegeben, bei dem Sie darauf hinweisen, was die Hauptpunkte der Beschwerden der BürgerInnen sind. Es muss so sein, dass wir eine bürgerfreundliche öffentliche Verwaltung haben. Daran müssen wir alle gemeinsam arbeiten. In vielen Bereichen bleiben die reduzierten Zugangsmöglichkeiten aufrecht, auch wenn die Pandemiezeit – hoffentlich bald - vorbei ist. Manchmal hat man den Eindruck, dass die öffentliche Verwaltung das auch in Zukunft beibehalten will.

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Danke, Frau Dr. Morandell, für Ihre Ausführungen und für den guten und sehr übersichtlichen Bericht. Wenn man sich den Bericht anschaut, so gibt es sehr viele negative und nur ein positives Beispiel. Eigentlich sollte es umgekehrt sein und dazu sollten wir alle beitragen. Wir sind ja Volksvertreter und sollen für das Volk und nicht gegen das Volk arbeiten.

Ich habe mir einige Punkte mitgeschrieben. Warum hat es diese großen Einschränkungen gegeben? Warum durfte man sich nicht im Freien bewegen, so wie es der Kollege Knoll auf den Punkt gebracht hat? Es heißt ja immer, dass wir auf unsere Gesundheit schauen sollen. Dasselbe gilt für die überzogenen Strafen oder für die Seniorenheime. Jeder, der seine Eltern oder Großeltern in einem Seniorenheim hatte, hat diese am eigenen Leib mitbekommen. Das ist alles andere als menschenwürdig. Sie haben auch gesagt, dass die Heimbeiräte inaktiv sind. Wieso wird da nicht kontrolliert? Vereine werden zehn Jahre rückwirkend kontrolliert, wo vielleicht ein Formfehler gemacht worden ist. Wir alle wissen, dass Südtirol von den Vereinen und den ehrenamtlichen Tätigkeiten lebt. Sonst würde es ganz anders ausschauen. Deshalb sollte das unterstützt und nicht mit Schikanen geahndet werden, so wie Sie es beschrieben haben. Was kann die Volksanwaltschaft dagegen tun bzw. was können wir dagegen tun? Gibt es hier Gesetzeslücken? Was können wir konkret gegen die bevorstehende Impfpflicht für Kinder und Jugendliche tun? Auch hier gehen die Meinungen ganz klar auseinander, wobei ich glaube, dass die Eltern die Verantwortung für ihre Kinder haben. Jeder, der sich impfen lassen will, soll das tun, aber wenn ich davon überzeugt bin, dass mir die Impfung nicht guttut oder ich mich nicht impfen lassen will, dann soll ich dasselbe Freiheitsrecht haben wie jeder andere. Ich glaube, dass das einfach zu weit geht. Vielen Dank für Ihre Arbeit"

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herzlichen Dank, für den guten und knappen Vortrag. Herzlichen Dank auch für den Bericht, der sehr gut geschrieben und ist und für die Abbildungen, die Sie entwickelt haben. Letztes Jahr hatte ich ja um eine Zeitreihe gebeten, die ich in diesem Bericht finde. Das ist sehr gut, weil man dadurch einen schönen Vergleich hat, wie sich die Dinge entwickeln. Was wichtig ist an Ihrer Arbeit, ist, dass Sie uns in einer gewissen Art und Weise spiegeln, was die Bevölkerung empfindet und wie es ihr in gewisser Hinsicht geht. Das sieht man an der Entwicklung der Beschwerden und Beratungen. In diesem Sinne sind Sie ein Sensor in der Gesellschaft. Sie haben sozusagen Ihre Fühler in der Gesellschaft, und ich bewerte diesen Bericht auch dahingehend, dass wir überprüfen können, ob unsere politische Wahrnehmung mit Ihrer übereinstimmt oder nicht. Ich hätte noch eine Bitte, um nächstes Jahr den Tabellenteil noch etwas leserlicher zu gestalten. Vielleicht könnten Sie, was die Aufteilung der Beschwerden und Beratungen auf die verschiedenen Institutionen betrifft, eine kleine Zeitreihe bringen. Es ist wichtig, ob die Beschwerden und Beratungen in einer Institution zunehmen oder abnehmen. Wenn wir die alten Berichte hernehmen, können wir uns das natürlich selber zusammenstellen, aber Sie haben es per Knopfdruck parat.

Das wäre eine wichtige zusätzliche Information für unsere politische Arbeit, zu sehen, ob die Beschwerden beim Staat, beim Land, beim Sanitätsbetrieb zunehmen oder abnehmen. Das würde unsere politische Arbeit sehr erleichtern oder sogar verbessern. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit und weiter so!

AMHOF (SVP): Geschätzte Volksanwältin, auch ich möchte mich bei Ihnen bedanken, und zwar dafür, was Sie im vergangenen Jahr gemeinsam mit Ihrem Team geleistet haben. Es war ein viel mehr an Arbeit, aber nicht nur Beschwerden und Anfragen, die Sie abgearbeitet haben, sondern auch an der Art und Weise, wie diese Arbeit stattgefunden hat. Ich bedanke mich aber auch für das persönliche Miteinander, das ich immer als sehr wohltuend empfinde. Frau Rieder hat vorhin gesagt, dass die Beschwerden, die man an Sie weiterleitet, effizient, sehr freundlich und sehr respektvoll behandelt und bearbeitet werden. Auch dafür ein ganz großes Danke!

Ich hätte noch einige Fragen, und zwar einmal zu den Beschwerden im Bereich Baurecht insgesamt. Hier werden Baurecht und Wohnen miteinander gekoppelt sein. Diese Bereiche nehmen den großen Tross an Beschwerden ein. Wie hat sich das in den vergangenen Jahren verändert? Ich schließe mich dem Kollegen Staffler an, denn auch mich würde interessieren, welche Bereiche zu- oder abgenommen haben, also wie die Entwicklung ist. Haben wir aus den Beschwerden etwas gelernt oder wie können wir Verbesserungen machen? Sie haben auch die Seniorenwohnheime angesprochen, die mit 2,56 Prozent der Beschwerden ein relativ kleiner Bereich sind. Hier würde mich vor allem interessieren, ob diese corona- oder pandemiebedingt sind bzw. wie es hier im Vergleich zu den vergangenen Jahren aus. Dasselbe würde mich in Bezug auf den Bereich der Verkehrs- und Verwaltungsstrafen interessieren. Sie haben gesagt, dass vor allem die Verwaltungsstrafen im Corona-Jahr zugenommen hätten. Mich würde also interessieren, wie sich die Beschwerden in diesem Bereich im Vergleich zu den vergangenen Jahren verändert haben.

Damit schließe ich ab. Ich bedanke mich bei Ihnen und wünsche Ihnen und Ihrem Team auch weiterhin viel Freude an Ihrer Arbeit und viel Erfolg im Sinne der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

TAUBER (SVP): Frau Dr. Morandell, auch meinerseits einen herzlichen Dank an Sie und Ihr Team für Ihre intensive Arbeit gerade in diesem Pandemiejahr. Im Prinzip wollte ich dieselbe Frage stellen, die Kollegin Amhof gestellt hat. Es fällt auf, dass Gemeinden mit mehr als 40 Prozent in Bezug auf die Beschwerden sehr stark eingebunden waren. Natürlich steht der Südtiroler Bürger in erster Linie in direktem Austausch mit den Gemeinden, was auch positiv ist. Das heißt nämlich, dass der ganze Ablauf halbwegs ernst genommen wird. Es wäre sinnvoll, wenn man die Aufbereitung der Daten in diesem Bereich noch ein bisschen vertiefen könnte. Alles Gute und Komplimente für Ihre Arbeit!

LANZ (SVP): Ich darf mich den Dankesworten anschließen. Es war eine intensive Zeit und wir werden auch noch einige intensive Monate vor uns haben. Deshalb ist es wichtig, einen Moment innezuhalten und zu bewerten, was bis jetzt gut gelaufen ist und was zu verbessern ist.

Ich möchte noch ein Thema ansprechen, das im Rahmen der Vorstellung der Tätigkeitsberichte der Kinder- und Jugendanwältin und der Gleichstellungsrätin besprochen worden ist. Wir haben im letzten Jahr sehr viel über Rechte gesprochen. Sie haben gesagt, dass wir die Bürger besser informieren müssen. Wir wären eigentlich dazu angehalten, den Menschen zu sagen, welche Rechte sie haben und welche Pflichten damit verbunden sind. Wir haben im letzten Jahr die Pflichten außen vor gelassen und plötzlich nur mehr über die Rechte diskutiert. Dabei sind wir an Grenzen gestoßen, weil wir schwer aufwiegen konnten, was wichtiger ist: Das Recht, dass ich mich mit meinem Auto frei bewegen kann oder die Pflicht, dass ich für zwei Wochen zu Hause bleibe? Die Frage ist, welche Möglichkeit Sie sehen, den Bürgerinnen und Bürgern diese zwei Seiten zu vermitteln? Sie haben das Beispiel mit dem Besitz einer zweiten Wohnung genannt. Jeder geht davon aus, dass das eigentlich sein Recht sein müsste. Wo hat man Einsicht in die Verpflichtungen, die damit verbunden sind? Die Sensibilität dafür, dass man etwas auf einem leichteren Weg erreicht, müsste eigentlich dazu führen, dass man darüber nachdenkt, dass man dann auf der anderen Seite eine Verpflichtung mehr hat. Dieses Gleichgewicht darzustellen, ist wichtig und auch eine große Herausforderung, vor allem auch deshalb, weil es sehr viele Punkte gibt, die sich gegenseitig beeinflussen. Es ist ja nicht so, dass man einen einzelnen Punkt herausziehen und nur diesen anschauen kann, sondern wir haben es immer mit einem Umfang von Punkten zu tun. Wir sagen immer, dass es einfachere Gesetze geben soll, aber wenn ich sehe, welche Probleme wir hier haben ... Als es damals hieß, dass man sich mit dem Fahrrad frei bewegen kann, kam gleich die Frage, ob man auch über die Gemeindegrenze fahren darf. Die Corona-Pandemie hat aufgezeigt, wie die Gesell-

schaft mittlerweile tickt. Wir sollten diese Modelle bei neuen Gesetzen oder Maßnahmen zugrundelegen. Vielleicht haben Sie konkrete Vorschläge, wie man das anwenden bzw. kommunizieren kann, denn das Schlimmste ist, wenn man den Leuten eine Liste schickt und sagt: "Hier steht es ja." Das ist nicht das, was man Dienst am Bürger bezeichnen kann und vor allem gewinnen wir damit nicht die 'Bürger für die Maßnahmen. Danke!

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie! Dalla relazione estremamente interessante, da alcuni punti e anche dagli esempi concreti si capisce in modo chiaro ogni anno quali sono le vere problematiche che si spostano secondo le esigenze che ci sono.

Io volevo farLe due domande in merito alla Sua relazione:

1. Avendo contatti con tutte le amministrazioni, Lei ha trovato problemi con alcune amministrazioni comunali, piuttosto che con l'Azienda Sanitaria o c'è un rapporto collaborativo e quando c'è il problema, c'è subito la risposta?

Soprattutto in una situazione come questa noi notiamo, e per quanto mi riguarda io ho molti reclami da parte di cittadini, che ad esempio nell'ambito dell'amministrazione comunale, con questo sistema del lavoro a distanza prendere appuntamenti e cose di questo genere, Lei lo ha anche detto, la questione dello SPID e via di conseguenza, ci sono dei servizi che una volta erano normali, garantiti, questione di 40 minuti e si risolveva tutto, adesso per trascrizioni di matrimoni si aspettano tre mesi, situazioni anche importanti per mutui, o ricongiungimenti familiari, cioè le amministrazioni comunali, a mio modo di vedere, stanno un po' approfittando di questa situazione a distanza. Questa è una cosa che Lei ha notato in questo periodo?

2. Per quanto riguarda i dati personali sulla lingua, secondo Lei si può ancora migliorare il rapporto con le varie comunità? Lei dice che ad esempio la comunità di lingua italiana sono su per giù sulla questione della proporzionale, il 18%, secondo me si potrebbe aumentare in questo senso, far conoscere maggiormente le attività della difesa civica, ma soprattutto, che tipo di difficoltà ha individuato Lei in questi anni sui nuovi cittadini? Questo è un altro aspetto su cui ad esempio il nostro partito sta molto attento per capire i diritti e i doveri di questi nuovi cittadini, ma c'è un forte disorientamento in questo momento, per cui volevo capire da Lei com'è l'evoluzione delle richieste in merito a queste situazioni.

PRESIDENTE: Grazie consigliere Repetto. Non ci sono altre richieste di parola da parte dei consiglieri. Quindi do la parola alla dott.ssa Morandella per le risposte. Prego, dott.ssa.

Dr. GABRIELLE MORANDELL (Volksanwältin): Ich habe mir jetzt ein paar Stichworte zu den Fragen mitgeschrieben und hoffe, auf alle Fragen antworten zu können.

Zur Frage des Abgeordneten Knoll wegen der Verwaltungsstrafen bei der Übertretung von Corona-Maßnahmen. Wir haben das immer so gehandhabt, dass wir den Bürgern aufgezeigt haben, welche Rekursmöglichkeiten sie haben. Das war recht unterschiedlich, je nachdem welches Organ gestraft hat. Auch haben wir Muster zur Verfügung gestellt und den Bürgern gesagt, was sie eventuell beilegen sollen. Wir haben ihnen aber auch nicht zu große Hoffnungen gemacht und ihnen gesagt, dass sie es sich überlegen sollen, da man nicht weiß, ob sich die Strafen dann nicht noch erhöhen. Wir haben schon immer alle darauf hingewiesen und gesagt, dass man eventuell auch die Möglichkeit hat, vor das Friedensgericht zu gehen, sollte der Rekurs nicht angenommen werden. Wir haben also schon immer allen das ganze Spektrum aufgezeigt. Wenn Sie sagen, dass ein Polizist gesagt hat, dass jemand, der jünger als 30 Jahr alt ist, keine fixe Beziehung haben kann, ... In so einem Fall hat man gute Gründe für einen Rekurs, denn das ist schon eine freie Entscheidung, die man sich herausholt.

Zur Frage der Abgeordneten Foppa, wie ich mit den Wutbürgern umgehe. Ich habe immer probiert, ihnen die Situation zu erklären, auch die rechtlichen Grundlagen, warum es möglich ist, was gerade passiert, warum es diese Einschränkungen gibt. Ich habe ihnen gesagt, dass ich nichts ändern, sondern nur erklären kann, wie es ist. Ich habe in E-Mails oder bei Telefonaten darauf hinweisen, dass man die eine und andere Sache besser machen könnte, wobei mir vorgekommen ist, dass es den Bürgern gutgetan hat, mit mir zu reden. Für die Bürger war es wichtig zu wissen, dass es jemanden gibt, der ihnen das erklären kann. Ich habe ihnen gesagt, dass die Einschränkungen nur begrenzt sind und es etwas Geduld braucht. Ich glaube, dass ich vieles herausnehmen konnte, wobei aber nicht alles klar und angemessen war. Ich habe mich immer wieder schwergetan, gewisse Entscheidungen nachzuvollziehen.

Zur Antidiskriminierungsstelle. Wir sind dabei, das zu organisieren. Wir haben im Dezember die Geschäftsordnung des Beirates der Antidiskriminierungsstelle ausgearbeitet und vom Präsidium genehmigen lassen. Dann ist uns aufgefallen, dass es für die Erstanwendung noch einen kleinen Haken gibt. Das haben wir jetzt ergänzt. Es gibt dann auch das Thema des ethnischen Proporz, der bei der Ernennung einzuhalten ist. Da hatten wir auch Probleme bzw. wir haben lange gebraucht, einen Ladinervertreter zu finden. Jetzt scheint es so, als ob wir einen gefunden hätten. Es müsste also klappen. Auf alle Fälle wurde der Wunsch geäußert, dass man speziell für Vereine und Verbände, die im Bereich des Rassismus arbeiten, in Zukunft dasselbe System anwenden sollte wie für den Landesbeirat für Integration, bei dem die Vertreter der Ausländer vom Proporz ausgenommen sind. Ich habe diesen Vereinen und Verbänden bei einer Videokonferenz gesagt, dass man das schon versuchen könne, wobei es aber eine gesetzliche Änderung brauche. Wenn wir noch in diesem Jahr starten möchten – das ist der Wunsch aller –, dann ist es wichtig, dass wir die verschiedenen Ernennungen und Nominierungen machen können. Ich kann mir vorstellen, im Oktober starten zu können.

Zur Frage der Abgeordneten Rieder in Bezug auf den Austausch mit den Landesämtern. Hier ist es so, dass ich den Bericht immer auch dem Direktor der Landesverwaltung, Dr. Steiner, vorstelle und ihm auch alle Themen aufzähle. Es ist immer ein längeres Gespräch, aber mir ist es schon ein Anliegen, mich mit den Abteilungsleitern auseinanderzusetzen, wobei ich die Themen immer ganz konkret anspreche. Das ist mir wichtig, denn sie sollen wissen, wo ich einen Fehler sehe. Das ist natürlich immer eine Einschätzung der Bürger bzw. meine Einschätzung. Ich habe auch die Angst, die Sie haben, nämlich, dass die reduzierte Zugänglichkeit der Ämter auch in Zukunft aufrecht bleiben könnte, das heißt, dass man es sich einfacher macht und sagt: "So geht es ja auch." Das möchte ich auf keinen Fall, denn die Ämter sollen schon wieder arbeiten können, wenn es möglich ist. Dass man sich auf diesem Smartworking ausruht und diese langen Bearbeitungszeiten in Kauf nimmt, wäre sehr schlimm. Da muss man schon wieder anziehen und auch die Rückstände in den Meldeämtern ... Also, ich weiß von der Gemeinde Meran, dass man dort im April einen Termin vormerken musste, um im August die Identitätskarte zu machen. Diese Rückstände sind unbedingt aufzuholen.

Zur Frage des Abgeordneten Unterholzner in Bezug auf Beiträge für Vereine und Verbände. Natürlich gibt es Gespräche darüber, wie man das verbessern könnte. Wir haben angedacht, was man da verbessern könnte. Es gab einen regen Austausch, organisiert von der Lebenshilfe, wobei auch Landesrätin Deeg mit dabei war. Es ist beispielsweise eine mehrjährige Finanzierung der Vereine angedacht worden, das heißt, dass ihnen über Jahre bestimmte Gelder zur Erreichung bestimmter Ziele zur Verfügung stehen.

Der Abgeordnete Staffler hat die Zeitreihen angesprochen. Ich werde mich bemühen, für das nächste Jahr Aufstellungen zu bringen und die Jahre als Zeitreihe zusammenzusetzen.

Die Abgeordnete Amhof hat das Thema Baurecht angesprochen. Unter Baurecht geben wir alles hinein, das heißt Bauleitplanänderungen, Durchführungspläne, Ausweisungen von neuen Zonen, also alle, was im Wesentlichen mit Urbanistik zu tun hat. Es war immer schon der große Brocken in den Gemeinden. Was ich auch noch sagen muss, dass die Zugänglichkeit während der Corona-Zeit in den kleinen Gemeinden gut war. Es waren nur die großen Gemeinden Bozen und Meran, die hinsichtlich der Erreichbarkeit Schwierigkeiten hatten. Ich war vor Ort und habe mit den Sekretären geredet und sie gefragt, wie sie es handhaben. Dann hat es geheißen: "Bei uns kommen die Mitarbeiter, die im Dorf wohnen und lieber ins Büro gehen." In den kleineren Gemeinden hat es immer reibungslos funktioniert.

Zu den Seniorenwohnheimen. Es ist das erste Mal, dass ich sie in der Statistik direkt ausgewiesen habe. Sonst waren sie immer unter "andere Verwaltungen" angeführt, wobei es jährlich vielleicht zwei, drei Beschwerden gab, bei denen es um Akteneinsicht, Beanstandung der Pflege oder um kleinere Probleme gegangen ist, die zahlenmäßig aber nie ins Gewicht fielen. Im abgelaufenen Jahr habe ich ersucht, sie extra auszuweisen, weil es viele Kontakte mit Angehörigen von in Seniorenwohnheimen wohnenden Personen, sprich an die 30 Beschwerden gegeben hat. Deshalb habe ich mir gedacht, dass es an der Zeit wäre, dieses Thema extra aufzugreifen, wobei es grundsätzlich immer um die Besuchsrechte gegangen ist.

Die Verkehrs- und Verwaltungsstrafen von Seiten der Gemeindepolizei haben zugenommen, wobei sich diese auf die Corona-Verwaltungsstrafen beziehen. Auch in der Gemeinde war man also tätig und hat gar einige Strafen ausgestellt.

Der Landtagsabgeordnete Lanz hat gefragt, wie man die Pflichten besser kommunizieren könnte. Wir müssen die Pflichten, auch jene in Zusammenhang mit der Konventionierung, besser kommunizieren. Ich glaube dem Bürger schon, wenn er sagt, dass er das nicht gewusst hat. Das hat ihm weder der Notar noch der Makler gesagt, und jetzt muss er 15.000 Euro Strafe zahlen. Wir müssen da also besser kommunizieren und eine Broschüre herausgeben, in der steht, was mit den Konventionierungen ist. Vielleicht kann aber auch

ich das im Rahmen einer Radiosendung tun oder in Zeitungsartikeln darüber schreiben. Auch die Landesverwaltung sollte das besser kommunizieren, damit jeder weiß, was zu tun ist. Es gibt schon Lösungen, aber das Problem muss einem bewusst sein. Sonst ist es schade, wenn man dann zahlen muss.

Ich glaube, dass ich im Großen und Ganzen alle Fragen beantwortet habe. Sollte ich etwas vergessen haben, melden Sie sich bitte. Ich stehe jederzeit gerne für ein Gespräch zur Verfügung. Danke!

PRESIDENTE: Ringrazio la dott.ssa Morandell da parte di tutto il Consiglio.
Farei due minuti di pausa che almeno la posso salutare.

ORE 10.12 UHR

ORE 10.20 UHR

PRESIDENTE: Riprendiamo la seduta. Do il benvenuto al presidente del Comitato provinciale per le comunicazioni Roland Turk, al quale do volentieri la parola per la Sua presentazione. Prego.

Dr. ROLAND TURK (Präsident des Landesbeirates für das Kommunikationswesen): Grazie presidente! Mi consenta di parlare dell'operato del Co.re.com. in tedesco mentre mostro la maggior parte delle *slide* in italiano, in questo modo cerco di rispettare una sorta di bilinguismo.

Sehr geehrte Abgeordnete, ich kann nur jedes Jahr wiederholen, dass es mir eine Ehre ist, zu Ihnen allen über die Tätigkeit des Kom.rats sprechen zu dürfen. Sie wissen, ich nenne den Beirat für das Kommunikationswesen gerne Kom.rat. Das ist kürzer, kompakter und auch sympathischer.

Ich habe mir einiges von dem, was ich Ihnen erzählen möchte, vorbereitet. Normalerweise sind meine Tätigkeitsberichte recht kurz, aber dieses Jahr habe ich mir eigentlich erwartet, dass die Volksanwältin in ihren Ausführungen länger sein würde und ich dachte mir, dass ich nicht ganz weit zurückstehen kann. Es ist ja auch so, dass der Kom.rat eine Aufsichts- und Kontrollbehörde ist. Die Arbeit einer solchen Behörde läuft meistens im Hintergrund ab. Wenn bei Kontrollen alles glattläuft, dann gibt es eigentlich nichts zu berichten, denn man soll nicht Dinge an die große Glocke hängen, wenn es keinen Grund dafür gibt. Der Begriff "Kontroll- und Aufsichtsbehörde" gefällt mir übrigens nicht. Ich nenne den Kom.rat lieber den Garanten für die elektronischen und digitalen Medien, genauso den Garanten für die Telekommunikation.

Im Italienischen ist staatsweit das Akronym Corecom ein Begriff. Corecom steht für Comitato regionale per le comunicazioni. In Südtirol haben wir zwar offiziell die Abkürzung LBK für unseren Corecom geprägt, aber ich finde das Kurzwort Kom.rat sympathischer. Der Beirat hat 6 Mitglieder, Neu ist, dass diese in Zukunft alle vom Landtag gewählt werden. Künftig wählt der Landtag also auch den Präsidenten/die Präsidentin des Komrats und den Vizepräsidenten. Diese beiden wurden bisher von der Landesregierung ernannt. Im Bild sehen Sie ganz oben Vizepräsident Roberto Tomasi - Ex Ansa-Chef in der Region TNAA -, den Medienanwalt Burkard Zozin, den ehemaligen Journalisten Eberhard Daum, den ladinischem Experten Gerhard Vanzi und die Unternehmerin Judith Gögele. Letztere ist etwas größer abgebildet, da sie ihren Part als Frauenvertreterin sehr gut wahrnimmt.

Was machen wir? Lassen Sie mich zitieren, wie das italienische Gesetz die Kom.räte beschreibt: sie seien "*Organismi di governo e controllo del sistema di comunicazione*". Ich habe das italienische Gesetz zitiert, weil der Kom.rat Aufgaben übernimmt, die ihm Rom überantwortet. Diese Charakterisierung "*Organismi di governo e controllo*" ist sehr prägnant.

Der Kom.rat hat aber auch sogenannte eigene Befugnisse, die durch Landesgesetz definiert sind. Er berät zum Beispiel das Land bei der Gesetzgebung zum lokalen Medienwesen und gibt Studien in Auftrag. Er kann der Rai Vorschläge zu wertvollen Sendungen unterbreiten und verwaltet die *par conditio*, jenes Staatsgesetz zum gleichberechtigten Zugang der Kandidaten zu den elektronischen und digitalen Medien während des Wahlkampfs. Die *Par Conditio* ist meines Erachtens nur scheinbar eine eigene Befugnis, denn letztendlich entscheidet man in Rom, der fernen Hauptstadt, wie die *par conditio* auszulegen ist.

Umfassender sind die von Rom Umfassender sind die von Rom an die regionalen Kom.räte übertragenen Befugnisse: ich rufe sie uns in aller Kürze ins Gedächtnis, weil Sie sich wahrscheinlich nicht ständig mit diesen Themen befassen.

Da sind die außergerichtlichen Entscheidungen in allen Streitigkeiten zwischen den Anbietern von Bezahlfernsehen, von Internet- oder Mobilfunkverträgen, mit ihren Kunden. Da ist der Jugendmedienschutz,

das Recht auf Richtigstellung falscher Nachrichten im Rundfunk, die Überwachung der Bestimmungen zu Pluralismus und Werbung im Fernsehen und Radio, die Überwachung der Transparenz und Repräsentativität von Umfragen, beispielsweise von Meinungsumfragen, die in den lokalen Zeitungen erscheinen und die Führung des Registers der lokalen Kommunikationsanbieter, in dem alle Unternehmen aufscheinen, die irgendwie im Kommunikationssektor tätig sind. Das ist dafür gut, um eventuelle Konzentrationen im Medienwesen erkennen zu können.

Meinen Tätigkeitsbericht habe ich schon im Jänner verfasst, weil ich ihn bald nach dem Jahreswechsel nach Rom schicken muss. Heute versuche ich deshalb, neuere Daten und Ereignisse anzusprechen. Beginnen würde ich mit einem raschen Überblick über den Medien- und Datenkonsum der Bevölkerung in ganz Italien.

Was fällt am Medien- und Kommunikationsmarkt in diesen Pandemiezeiten auf? Zunächst, dass der Datenverkehr im Internet inklusive Video-Streaming und Online-Spiele derzeit auf Höchstniveau steht. Die hier gezeigten Daten meiner Mutterbehörde AGCOM gehen bis inklusive März 2021. Der Datenverkehr hat in einem Jahr um etwa 50 Prozent zugenommen. Nicht einmal im März/April 2020, also in der ersten Pandemieperiode, war der Verkehr so intensiv wie derzeit. Gleichmäßig bergauf geht der Traffic im Mobilfunk. Hier ist inzwischen der Wert vom März 2021 sicherlich bereits getoppt. Verblüffend ist dabei, dass die Einnahmen der Kommunikationsanbieter aus den Handy-Verträgen etwas gesunken sind, was aus der Sicht der Kunden nichts Gutes bedeuten kann. Entweder sind ihre Gewinne geschrumpft oder sie machen den Dienst nicht mehr so gut wie früher. Unaufhaltsam scheint hingegen der Niedergang der Verkaufszahlen bei den Zeitungen, sogar wenn man gedruckte und digitale Ausgaben zusammen berücksichtigt.

Die unterste Zeile auf der Grafik bildet die Lokalblätter ab, die etwas weniger stark an Käufern verlieren als die überregionalen. Ganz oben sehen die Summe aller verkauften Tageszeitungen bzw. digitalen Abos.

Das Fernsehen ist im Jahr 2020 hingegen eine ganze Stufe höher in der Sehergunst gestiegen, vor allem die lokale Information. Dazu komme ich dann später noch.

Interessant finde ich, dass der E-Commerce seit November stetig zurückgeht. Trotzdem bleibt der elektronische Handel in seiner Gesamtheit derzeit an einem historischen Hoch, und das seit Juli vergangenen Jahres.

In beeindruckender Weise nimmt die Nutzung von Social media immer noch zu, und zwar in einem für mich überraschenden Tempo. Das würde auch erklären, warum Fake News so ungehindert die Runde machen. Fake News zirkulieren vor allem in den Social Media. Facebook ist mit Youtube in Italien am weitesten verbreitet. Die hier ausgewiesenen Zuwächse betreffen das letzte Trimester 2020. Immer mehr Menschen sind also im Internet unterwegs. Es wird immer öfter gemailt, smart gearbeitet oder studiert, gechattet usw. Was hat das zur Folge? Dass es immer öfter Ärger mit mangelhaften oder langsamen Internet-Verbindungen und mit dem Handyvertrag gibt.

Streit zwischen den Telekom-Anbietern und ihren Kunden gibt es nach wie vor zuhauf, und der Kom.rat, bzw. das Team des Kom.rats muss ihn schlichten.

Mit welchen Anbietern gibt es am öftesten Streit und Probleme? Tim hält den traurigen Rekord vor Vodafone und Wind, wobei man wissen muss, dass Tim immer noch circa 45 Prozent der Festnetzleitungen in seiner Hand hält. Also ist es verständlich, dass der Streit mit Tim den größten Teil einnimmt.

Geh: der Streit dann in die zweite Runde, also in die zweite Instanz, so sieht das Bild schon anders aus. Tim ist nicht mehr so prominent in der Grafik vorhanden, weil der ehemalige Monopolist recht häufig gleich im ersten Schlichtungsversuch den Kunden einen Schritt entgegenkommt. Dieses Entgegenkommen soll aber nicht den Schluss zulassen, dass der eine Anbieter besser sei als der andere. Wir müssen leider feststellen, dass die Geschäftspraktiken der Anbieter häufig – meines Erachtens zu häufig – zu wünschen übrig lassen.

Worüber wird gestritten? Klar, über die Telefonrechnungen, die manchmal als zu gesalzen empfunden werden. Auch die Intransparenz der Rechnungen wird in erster Linie beanstandet. Dann folgen unerwünschte Dienste, also kostenpflichtige Dienste, die man nie bestellt hat, weiters Ausfälle oder Unterbrechungen des Dienstes, Probleme beim Wechsel des Anbieters und mangelhafter Dienst im Allgemeinen.

Zum Abschluss dieses Kapitels sei mit Genugtuung erwähnt, dass wir jährlich in etwa 80 bis 85 Fällen im Dringlichkeitswege einschreiten. Und zwar immer dann, wenn Anbieter ihren Kunden plötzlich den Dienst unterbrechen. Früher hätte man gesagt, die Leitung kappen. Es gelingt uns meistens, die Dienste zunächst einmal sofort wiederherstellen zu lassen, bis geklärt ist, ob die Unterbrechung rechters war.

Nun zu einigen besonderen Initiativen des Komrats. Der Beirat hat zwei Studien zur Präsenz von Frauen im Fernsehen veranlasst. Darin bestätigte sich der Trend, dass in Südtirol vor allem im deutschsprach-

chigen Fernsehen Frauen öfter im Mittelpunkt stehen als etwa im italienischen und auch im weltweiten Vergleich. Der Kom.rat beteiligt sich schon zum zweiten Mal an einer großangelegten internationalen Studie zu den Frauen in den Medien. Die endgültigen Resultate der jüngsten Erhebung erscheinen Covid-bedingt erst in den kommenden Monaten. Auf alle Fälle hat der Kom.rat letzthin mit einer ganzen Serie von Inseraten und Bannern zu vermitteln versucht, dass Frauen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien den Männern durchaus ebenbürtig sind. Die Kampagne lief in den drei Landessprachen. Auf Deutsch lautete der Slogan zu diesen Bildern: Auf Augenhöhe. Das Inserat war in verschiedenen Formaten publiziert worden.

Ein Wort zu den Fakenews und Hate Speeches in den Online-Medien: Mit Beginn der Covid-Pandemie verschärfte sich das Problem der Fehl-Informationen und es hat sich als gefährlich erwiesen. Wo es um die Gesundheit geht, können Fehlinformationen enorme Schäden anrichten. Hand in Hand mit Fakenews zu Covid gehen die verbalen Angriffe und Drohungen im Internet, weil die Fronten zwischen den verschiedenen Meinungen zur Pandemie so verhärtet sind. Der Kom.rat hat schon vor fünf Jahren begonnen, mit Inseraten und Plakaten an Bussen und Haltestellen gegen Hate Speeches und Mobbing zu sensibilisieren, etwa mit Slogans wie "Manieren im Internet" oder "Ogni scherzo vale!". Wir haben diesen unheilvollen Trend also schon vor fünf Jahren erkannt. Auch mit der Aufklärung über Fakenews hat der Kom.rat schon vor Jahren begonnen, etwa mit einer To-Do-Liste zum Erkennen von Fakenews. Um über die Dynamiken von Fake News zu berichten, habe ich letzthin auch in verschiedenen Medien Interviews gegeben.

Die meisten Fakenews werden — wie erwähnt - über die Sozialen Netzwerke verbreitet, und wie wir vorher gesehen haben, nimmt die Verbreitung von Sozialen Netzwerken stetig zu. Deshalb sollte sich auch der Gesetzgeber in Südtirol nicht scheuen, Exzessen Einhalt zu gebieten. Wenn ein Landesgesetz in Zukunft etwa die lokalen Onlinemedien verpflichtet, die Kommentare ihrer Leser zu moderieren und notfalls auch zu löschen, so sollen die Onlineredaktionen nach Meinung des gesamten Beirates auch verpflichtet werden, die Social-Auftritte ihres Mediums im Auge zu behalten.

Ein anderes Thema ist der Jugendmedienschutz. Zu den jüngsten Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen des Kom.rats zählt neben der Frauen-Kampagne auch die Aufforderung an Eltern und Erzieher, Kinder im Internet nicht allein zu lassen. Zunächst planten wir sogar, einen technischen Hilfsdienst für die Einrichtung von Kinderschutzfiltern auf internetfähigen Geräten einzurichten, doch mitten in der Diskussion über dieses Projekt kam eine neue italienische Gesetzesbestimmung, welche die Telekomanbieter verpflichtet, bei neuen Handyverträgen vorinstallierte Filter vorzusehen. Wir waren dann der Meinung, dass es von unserer Seite keine Hilfestellung bei der Einrichtung von Kinderschutzfiltern auf deren Handys mehr braucht.

Gänzlich unbekannt dürfte Ihnen unsere neue Broschüre sein, in welcher die vielfältigen, aber nicht sehr logisch zusammenhängenden Zuständigkeiten des Kom.rats beschrieben sind. Die Druckerei des Landtages hat sie uns in dankenswerter Weise hergestellt. Ich habe mir erlaubt, Ihnen allen ein Exemplar zukommen zu lassen. In der Broschüre, deren deutsche Version den Titel Fairness und Vielfalt trägt, wird kurz und prägnant dargestellt, wozu der Kom.rat da ist. Auch mit zum Teil etwas überspitzten Formulierungen. Ein bisschen Marketing in eigener Sache.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, es könnte Sie interessieren, wie das viel gesehene Fernsehen der Rai Bozen über die Gemeindewahlen im September 2020 berichtet hat. Da fallen nämlich einige Unterschiede auf: Wir haben jeweils die Hauptausgabe der News-Formate TGR, Tagesschau und Trail untersucht, und zwar 18 Tage vor der Wahl. Auf der Tabelle sieht man, in der ersten Spalte, wieviel Sendezeit in den letzten beiden Wochen vor der Wahl diesem Thema, also den kandidierenden Listen und Kandidaten gewidmet wurde. In der zweiten Spalte ist aufgeführt, wie viele Listen genannt wurden und in der letzten Spalte, aus wie vielen Gemeinden die Redaktionen Vorwahlberichte in den Hauptnachrichten gesendet haben. Was fällt auf? Zunächst eindeutig, dass die nur wenige Minuten langen ladinischen Nachrichtensendungen über die Wahlen in Ladinien im Verhältnis am umfassendsten und am ausgewogensten berichtet haben. Dafür gibt es eine Erklärung: Das Sendegebiet von Trail ist begrenzt, deshalb kann die Redaktion von einem sehr detaillierten Interesse ihrer Zuschauer für die Geschehnisse in fast jeder Gemeinde ihrer Heimat ausgehen. Es wäre hingegen nicht denkbar, dass ein Sender mit größerem Sendegebiet über fast alle Gemeinden berichtet. Es muss in diesem Fall eine Auswahl von Gemeinden getroffen werden, über die es sich lohnt, zu berichten.

Beim TGR muss dazugesagt werden, dass er das größte Ausstrahlungsgebiet ausweist, nämlich die gesamte Region Trentino Südtirol. Und erstaunlich ist beim TGR, dass nur 14 Prozent der gesamten Vorwahlberichte aus dem Trentino kamen. Der große Rest kam aus Südtirol. Meine Schlussfolgerung: die Rai im Trentino legt die par -conditio-Regeln sehr eng und sehr streng aus. Die Bürgermeisterkandidaten der Stadt

Trient wurden nicht einmal im TGR interviewt. Auch der Landtag im Trentino hält sich meiner Erfahrung nach in sehr restriktiver Weise an die *par conditio*.

Ein Wort zum Referendum. Es gab voriges Jahr ein Referendum zur Verkleinerung der Anzahl der Parlamentarier. Hier haben wir festgestellt, dass dieses Thema für die lokalen Redaktionen schlicht und einfach uninteressant war. Ein einziges Mal durfte der Experte für Verfassungsrecht Francesco Palermo für 15 Sekunden im TGR über das Referendum sprechen. Sonst war das ein Thema der Redaktionen überregionaler Blätter und Tagesschauen, und auch hier im allerletzten Moment vor der Wahl.

Wie viele Menschen sehen eigentlich lokales Fernsehen, wie viele hören lokale Radiosender? Die neuen Zahlen, die das Statistikinstitut des Landes ASTAT erst vor kurzem, gegen Ende Mai, veröffentlicht hat, bestätigen, was wir vorhin bei den großen Medien gesehen haben: Das Interesse an digitaler Information ist sehr stark gestiegen. Ein beträchtlicher Teil der lokalen Sender konnte seine Zuhörerschaft seit der letzten ASTAT-Erhebung aus dem Jahr 2017 erheblich steigern, und zwar um bis zu 40 Prozent. Ich erwähne diese überraschenden Ergebnisse nicht nur deshalb, weil der Kom.rat in diese Studien miteingebunden ist, sondern auch weil ich von einem gewissen Interesse meiner Zuhörerschaft ausgehe. Es ist nicht egal, welchem Sender man ein Interview gibt. Es gibt Sender, die eine größere Reichweite haben und solche, die eine kleinere Reichweite haben. Ganz speziell gestiegen ist die Nutzung lokaler Information. In der Grafik sehen wir, wie die lokalen TV-Nachrichten der Rai sprunghaft ab März 2020 angestiegen sind, um seither auf diesem hohen Niveau zu verbleiben.

Was die ASTAT-Erhebung gestört hat, ist der Umstand, dass einige Radiosender versucht haben, kurz vor der Erhebung durch Gewinnspiele die Hörerzahlen positiv zu beeinflussen. Es war nämlich nicht gelungen, den Erhebungszeitraum geheim zu halten, weil das Landesgesetz zu den Medien vorsieht, dass die repräsentativste Vereinigung der Sender vor der Hörerzählung angehört wird. Es war dann auffallend, wie einige Radio-Unternehmer just vor dem Erhebungszeitraum Gewinnspiele mit erklecklichen Preisen ausstrahlten, in einem Fall sogar mit einer Gewinnsumme von zigtausend Euro.

Viele Hörer anzusprechen ist nicht nur ein Beweis für die Beliebtheit eines Senders. Die Zahl der Zuhörer wirkt sich auch auf die Einnahmen der kommerziellen Sender aus. Werbeminuten können teurer verkauft werden, je mehr Zuhörer man vorweisen kann. Das Land Südtirol schüttet mehr Geld an Schenkungsbeiträgen aus, je mehr Hörer ein Sender hat. In den nächsten Wochen und Monaten wird das Landesgesetz zur Medienförderung in einigen Teilbereichen überarbeitet werden. Dabei sind meiner Meinung nach alle politischen Kräfte im Landtag gefordert, mit zu überlegen, wie eine Medienförderung die Qualität des Medienangebotes steigern und einen Pluralismus der Inhalte incentivieren könnte.

Zur Orientierung über den Status Quo der Beiträge sind im Anhang zum Tätigkeitsbericht des Kom.rats die Fördersummen ausgewiesen, die an die einzelnen Rundfunk- und Onlinemedien in Südtirol ausbezahlt werden.

Der Staat leistet übrigens auch Seines: Er fördert seit jeher die lokalen Rundfunkmedien. Neuerdings geht auch ein Teil der Einnahmen aus den Teilnehmergebühren der Rai an die kommerziellen privaten Rundfunkmedien. Dieses Jahr sind für die privaten Sender 50 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen, und zwar für die Verbreitung von nützlichen Informationen über das Corona-Virus.

Die Fernsehzuschauer müssen sich bald auf ein neues Empfangssystem einstellen, das heißt, sie müssen darauf gefasst sein, dass die Fernsehfrequenzen geändert werden, um dem schnellen Mobilfunkstandard 5 G Platz zu machen. Die Umstellung auf das Fernsehens der Generation DVBT2 sollte im Jahr 2022 abgeschlossen sein, mit der Folge, dass einige Gerätebesitzer ihre alten TV-Geräte austauschen müssen. Das LCN, also, die Nummerierung der terrestrischen Kanäle wird jedenfalls im Wesentlichen gleichbleiben. Wenn der Lieblingskanal bisher auf einem bestimmten Sendeplatz war, so wird dies höchstwahrscheinlich auch in Zukunft so bleiben.

Neu ist, dass die Landesrundfunkanstalt RAS einziger Netzbetreiber in Südtirol sein wird. Das heißt, die lokalen TV-Sender müssen das gut ausgebaute RAS-Netz für die Verbreitung ihrer Programme verwenden. Das sorgt zwar für Qualität und eine flächendeckende Ausstrahlung der Programme bis in die hintersten Täler, für die privaten TV-Sender bringt es mehr Kosten mit sich.

Das ist das Team des Beirates: Siegrid Mair, Mukesh macchia und der Herr rechts ist Fabian Thaler. "Moment", werden Sie sagen, "Fabian Thaler ist ja bei uns im Landtag als Rechtsexperte beschäftigt". Das stimmt. Nachdem Dr. Thaler fast ein Jahr lang beim Kom.rat professionelle Dienste geleistet hat, musste er - weil nicht fest angestellt - den Platz räumen. Es ist aber mit der Spitze des Landtages vereinbart, dass Thaler zum Komrat zurückkehrt, auch wenn ich erfahren habe, dass hier im Landtag nach wie vor Not an Rechtsex-

perten herrscht. Thaler muss bei uns den Advokaten spielen und er macht es gerne. Wenn wir nicht einen versierten Juristen im Büro haben, dann müssen wir die haarigen Streitigkeiten an Rechtsanwälte nach außen vergeben. Ich habe auf jeden Fall beim Generalsekretariat um die Einstellung von zwei weiteren festen Mitarbeitern angesucht, weil die Personaldecke zu knapp ist. Es ist ernüchternd, aber wir können der Gemeinschaft nicht alle Dienste anbieten, die theoretisch möglich wären. Ein Beispiel, das aufhorchen lassen könnte, ist folgendes: Die Rai bietet die Möglichkeit, dass sich Vereine, Verbände, aber auch politische Gruppierungen in selbstgestalteten TV- und Radiosendungen darstellen, aber diese Sendungen, die sogenannten Programmi dell'accesso, sucht man auf den Kanälen von Rai Bozen vergeblich. Es gibt sie nicht, weil sie vom Kom.rat organisiert und verwaltet werden müssten. Dem Komrat fehlt schlicht das nötige Personal dafür.

Ich komme zum Abschluss: Dem Kom.rat steht ein 20-Jahr-Jubiläum bevor. Im Jahr 2002 wurde der Kommunikationsbeirat mit Landesgesetz ins Leben gerufen. Im zwanzigsten Jahr danach ist es Zeit, an eine Erneuerung zu denken, die Beiräte auf die Zukunft auszurichten. Da sind auch Sie gefragt. Rom scheint diese Neuausrichtung schon anzupfeilen. Die von Rom an die Komräte delegierten Befugnisse könnten sich zum Jubiläum hin ändern, denn der Gesetzestext dazu wird, so hört man, überarbeitet werden. Es handelt sich um das Gesetzesdekret 177 aus dem Jahr 2005, um den sogenannten Einheitstext Tusmar. Ich weiß allerdings nicht, welche Änderungen es geben wird oder geben könnte. Deswegen würde ich Sie, Frau Landtagspräsidentin, höflich ersuchen, in der ständigen Konferenz der Landtagspräsidenten in Rom ein Auge drauf zu haben, in welche Richtung sich die Kompetenzen der Komräte entwickeln und im besten Fall ein Wörtchen mitzureden. Für Rom ist es ein Leichtes zu sagen: "Ihr Kommunikationsbeiräte draußen in den Regionen macht mal", ohne dabei aber festzulegen, wieviel Personal und Geld es für die Ausübung der Zuständigkeiten braucht. Zugegebenermaßen erhalten wir ja Geld aus Rom für die Ausübung der delegierten Befugnisse. Dieses ist aber seit zehn Jahren nicht erhöht worden. In Bozen - in Landtag und Landesregierung - könnte man sich überlegen, ob die sogenannten eigenen Befugnisse des Beirates zu ergänzen oder erneuern sind, ob etwa eine Anpassung an die neuen Kommunikationstechnologien notwendig ist. Eines erscheint mir sicher: auch mit etwaigen neuen Befugnissen wird der Kom.rat so unabhängig und frei agieren können wie bisher. Mit anderen Worten: Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren vom Präsidium, aber auch dem Plenum dafür, dass Sie uns ungestört arbeiten lassen, uns nie Grenzen gesetzt haben, was etwa die Finanzierung unserer Dienste betrifft und alle unsere Projekte wohlwollend genehmigt haben, ohne je nachzufragen, was wir da so planen. Wir planen und agieren also weiter, auch im nächsten Jahr, stets mit dem Hauptziel vor Augen, für Fairness und Vielfalt im Kommunikationswesen einzutreten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

PRESIDENTE: Grazie, dott. Turk.

Do la parola al consigliere Leiter Reber.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Vielen Dank, Herr Turk. Ich habe ein paar ganz konkrete Fragen. Ich bin voll Ihrer Meinung, dass es wichtig ist, dieses Monitoring zu machen, es zu verstärken und die Vielfalt zu garantieren. Ich habe mit großer Aufmerksamkeit Ihren Bericht gelesen. In Bezug auf die par conditio frage ich mich, wie oft in den letzten Jahren die AGCOM aktiv geworden ist. Sie leisten ja die Vorarbeit bzw. melden das wahrscheinlich. Ich kann mich daran erinnern, dass am Tag vor den letzten Landtagswahlen ein ganzseitiges Interview in einem der größten Print-Medien in Südtirol erschienen ist, was alle sehr verwundert hat, weil es offensichtlich eine Verletzung der par conditio war. Hat die AGCOM das beanstandet oder bleibt das auf der Strecke? Ich frage mich einfach, was die Folge von solchen Verletzungen ist, denn die hört man in der Öffentlichkeit kaum bzw. sie sind kaum präsent, das heißt, dass man als Medium eine Konsequenz befürchten müsste oder die Bevölkerung erkennt, dass darüber gewacht und nicht nur ermahnt wird.

Dasselbe gilt für das Monitoring der News-Formate, das Sie ganz augenscheinlich präsentiert haben, mit dem Vergleich der Rai-Tagesschau, der Rai Ladina usw. vor den Gemeinderatswahlen. Es ist schon auffällig, wenn man sieht, dass hier doch sehr einseitig und sehr verkürzt berichtet worden ist. Wenn wir uns anschauen, so folgen nach der Mehrheitspartei SVP Team K und PD, während alle anderen sehr weit abgeschlagen sind. Ich will niemandem zu nahe treten, aber das Team K und der PD sind nur in sechs oder sieben Gemeinden angetreten, während andere Listen in sehr viel mehr Gemeinden angetreten sind. Was passiert da? Sprechen Sie mit der Chefredakteurin, wenn Sie das feststellen oder wird das einfach nur analysiert? Oder muss sich die Rai dafür verantworten? Das gilt auch für andere Bereiche.

Bezüglich der Wahlwerbung für Verbände haben Sie in Ihrem Bericht angeführt, dass Sie den Landeshauptmann daran erinnern hätten, dass es hier eine Diskrepanz zwischen dem Regionalgesetz und der staatlichen Regelung gibt, die Lobby-Werbung usw. für Verbände nicht ahndet bzw. toleriert. Ich entnehme Ihrem Bericht, dass der Landeshauptmann gesagt hat, dass er sich darum kümmern werde. Haben Sie den Eindruck, dass es in die Richtung geht, dass man das Regionalgesetz einhalten oder dass man bei der staatlichen Regelung bleiben will?

Noch eine Frage zur Eindämmung von Konzentrationen im Mediensektor. Auch hier sind die AGCOM und die Antitrust-Behörde zuständig. Das ist jetzt nur eine subjektive Meinung von mir, aber ich habe schon den Eindruck, dass die Medienlandschaft in Südtirol einen sehr stark konzentrierten Markt aufweist. Bin ich mit dieser Meinung alleine, denn die Antitrust-Behörde sieht das nicht so? Ist das also normal? Die eigene Wahrnehmung ist ja oft ein bisschen anders, aber wenn das in Südtirol völlig normal ist, dann wird es auch anderswo in Italien keine Beanstandungen der Antitrust-Behörde geben.

TAUBER (SVP): Danke, Herr Dr. Turk für Ihre Arbeit. Sie haben uns heute sehr viel aufgezeigt, und ich nehme nur kleine Impulse heraus. Ich bin überrascht über Ihre Aussage, dass sich der E-Commerce reduzieren würde. International und auch im Lande stellen wir da doch andere Tendenzen fest. Auf jeden Fall unterstreiche ich Ihre Aussage in Bezug auf Fakenews und Hate Speeches, wobei ich glaube, dass wir hier noch sehr viel Arbeit haben. Es ist wichtig, hier noch intensiver hinzuweisen und zu sensibilisieren und auf die Gefahren und verschiedenen Problematiken hinzuweisen.

Ich möchte noch fragen, ob es detaillierte Infos zur Rai gibt. Ich stelle nämlich fest, dass in die Informationen, was die Tagesschau betrifft, immer stärker auch individuelle Meinungen einfließen. Hier müsste man meiner Meinung nach neutraler sein.

Wie gesagt, danke für den Hinweis zur medialen Präsentation der politischen Thematiken, die sicher noch verstärkt werden könnte. Sie haben gesagt, dass der Konsum der Online-Medien und der Social Media massiv steigt. Wie stark sind wir laut Ihren Analysen dahin gekommen, dass vor allem die Jugend über die verschiedensten Schwerpunkte, die wir im Land haben, informiert wird? Wir stellen ja fest, dass die Jugend an den allgemeinen Themen nicht so sehr interessiert ist? Wie breit sind wir aufgestellt, um auch junge Menschen zu den aktuellsten Themen noch stärkere Informationen zu liefern.

Danke von meiner Seite für Ihre Arbeit!

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Movimento 5 Stelle): Grazie presidente! Ringrazio il dottor Turk per la sua relazione, mi auspico anche di sentire la Sua voce non soltanto una volta all'anno in questa occasione, ma che sia un po' più forte, perché ce n'è bisogno, d'altronde il Suo compito è enorme, perché controllare la comunicazione quando la comunicazione è la sostanza della politica, non è un compito facile.

Lei si è soffermato spesso sulla parola pluralismo – sono già stato anticipato dai miei colleghi –, io Le chiedo se lo stato del pluralismo in Alto Adige è compatibile con una buona democrazia. Come Lei sa, fino a qualche anno fa c'era una legge che limitava la concentrazione editoriale in mano a un imprenditore all'interno di una regione del 50%, adesso questa legge non c'è più però la sua *ratio* era che si considerava che per un buon pluralismo e dunque per una buona democrazia fosse necessario abbassare questa soglia.

Attualmente qui in Alto Adige sembra che ci troviamo al 90% di un unico proprietario dell'informazione e la mia parte politica ha sempre manifestato un fortissimo disagio, perché siamo scomparsi dai *radar*, io ieri ero a Roma, c'è stata la coincidenza che c'era Van der Bellen, ma la Rai non era disponibile a fare un servizio, seppure ho incontrato un viceministro, oggi sui giornali è scomparso tutto, sulla televisione e i giornali, eppure i nostri comunicati stampa e le nostre foto le abbiamo mandate.

Un'altra battaglia che abbiamo fatto è stata quando abbiamo promosso il *referendum* costituzionale, lo ha ricordato Lei, e non c'è stata una sola parola sui media locali su questo *referendum* e l'unica parola che c'è stata, è stata di un esponente che tra l'altro era contrario, una voce contraria. Io lì avevo lanciato un grido di dolore quando c'è stato questo *referendum* che poi comunque ha dimostrato una vittoria schiacciante, una sconfitta per il sistema mediatico, però mi chiedo se è compatibile con la democrazia una così forte concentrazione dei media in regione e vorrei sapere la Sua valutazione su questo fatto e se il pluralismo nella nostra provincia esiste o se avrebbe bisogno di interventi più drastici anche da parte dei legislatori per garantire una voce a chi non la ha. Grazie!

PLONER Alex (Team K): Sehr geschätzter Kollege Turk, lieber Roland, ich möchte kurz ein Thema ansprechen, über das wir uns auch schon kurz persönlich ausgetauscht haben. Es geht um ein Medium, das in Südtirol stark verbreitet ist, sprich die Gemeindeblätter oder Dorfzeitungen, wie man so schön sagt. Die sind ja sehr vielfältig, wobei wir uns damals darüber ausgetauscht haben, wie man in den Dorfblättern die par conditio einhalten soll. Ich merke aus Rückmeldungen von Redaktionen von verschiedenen Dorfblättern, dass es da große Unsicherheiten gibt und damit verbunden die Einladung, sich darüber Gedanken zu machen, wie man in Zukunft mit diesem Thema auf Gemeindeebene umgehen soll, wie man Bürgermeister und Bürgermeisterinnen und die lokalen Redaktionen der Dorfblätter informieren und aufklären kann, welche Möglichkeiten es gibt und welche Gesetze in Wahlzeiten einzuhalten sind. Ich bitte Dich und Dein Team, dieses Thema anzugehen und sich zu überlegen, wie man eine gewisse Gerechtigkeit in die Dorfblätter bringt. Sehr oft ist es der Fall, dass die Dorfzeitung von der Gemeinde finanziert und gestaltet wird, zum Teil auch von Gemeindeangestellten. Deshalb braucht es hier eine Ausgewogenheit, damit auch Bürgerlisten oder die Opposition in den Dörfern eine gewisse Sichtbarkeit in den Dorfblättern bekommt. Wie würdest Du hier in Zukunft Sensibilisierung betreiben, und zwar hinsichtlich der par conditio, aber auch im Hinblick auf eine gewisse Ausgewogenheit in der Berichterstattung?

Danke für die wertvolle Arbeit, die Du mit Deinem Team leistest.

LANZ (SVP): Auch ich bedanke mich für die geleistete Arbeit. Ich möchte zwei Themen ansprechen. Sie haben gesagt, dass der gesamte Beirat dafür wäre, die Kontrollaufgaben auf den Bereich der sozialen Medien und Online-Portalen auszudehnen. Wäre das für die Beiträge gedacht, die man selber gestaltet und ins Netz stellt oder würden Sie diese Kontrollpflicht auch bei Beiträgen, die geteilt werden, vorsehen? Ich kann mir vorstellen, dass das ein Wunsch ist, der zeitlich und technisch vielleicht nicht umsetzbar ist. Vielleicht können Sie die Überlegungen, die dahinter stehen, noch einmal präzisieren.

Zu den Fakenews. Hier haben wir es mit einer Situation zu tun, dass der Inhalt von Nachrichten und Botschaften wahrscheinlich nach einem Tag schon wieder verschwunden ist. Man hat die Botschaft auf dem Tisch und will eine Richtigstellung, aber bis man die dann kommuniziert, passt sie nicht mehr dazu, weil niemand mehr weiß, was eigentlich gesagt worden ist. Diese Überflutung mit Informationen erlaubt eigentlich gar nicht mehr, dass man sich mit einem Thema intensiv auseinandersetzt. Wie kann man da vorgehen? Die Fakenews werden meistens über soziale Medien oder von Personen gestreut, auf die man nicht direkt zugreifen kann. Wir haben es aber leider auch mit Fakenews zu tun, die von den Medien direkt gestreut werden. Es gibt momentan leider einen Journalismus, der zu einem Thema nicht mehr beide Seiten anhört und darstellt, sondern der eine Seite hört und das dann verurteilend wiedergibt. Ich glaube, dass das Problem der zeitlichen Komponente mitspielt. Was wären hier Ihre Lösungsansätze? Meiner Meinung nach müsste es hier andere Konsequenzen geben.

PRESIDENTE: Grazie, consigliere Lanz. Non ci sono altri interventi, quindi do la parola al dott. Turk.

Dr. ROLAND TURK (Präsident des Landesbeirates für das Kommunikationswesen): Danke für die Fragen der Abgeordneten. Ich werde wahrscheinlich nicht imstande sein, allen Fragen gerecht zu werden, aber ich kann versichern, dass ich mit den Medien Kontakt aufnehmen werde und auch versuchen werde, was die Gemeindeblätter betrifft, Aufklärung zu betreiben. Mir ist wohl bewusst, dass bei den Machern der Gemeindeformation auch viel Unkenntnis darüber herrscht, wie die par conditio bei den Wahlen einzuhalten ist. Aber auch Sie selber sind gefordert. Jetzt sage ich etwas, was mir eigentlich nur Arbeit generieren wird, aber gerade als Politiker haben Sie das Recht und brauchen sich nicht zu schämen oder in falscher Zurückhaltung üben, wenn Sie die Medien direkt angehen und/oder uns darüber informieren, wo Sie eine Ungleichheit empfinden. Die elektronischen und digitalen Medien – Rundfunk und Fernsehen – sind zu einer ausgewogenen Berichterstattung in sozialpolitischer und sozialer Hinsicht verpflichtet. Alle müssen zu Wort kommen, und dieses Recht müssen Sie einfordern. Die Redaktionen werden darauf reagieren; das kann ich Ihnen versichern.

Zum Abgeordneten Leiter Reber, der ein Inserat in der Tageszeitung einen Tag vor der Wahl oder am Tag der Wahl angesprochen hat. Das geht natürlich nicht, wobei ich aber vorausschicke, dass das par-conditio-Gesetz unsäglich gestaltet ist. Die Tageszeitungen sind davon nämlich zum größten Teil ausgenommen, aber ein Inserat am Wahltag zu schalten, darf nicht sein. Hier ist die italienische Gesetzgebung irgendwie eigenartig, denn ab Freitag Mitternacht vor den Wahlen sind nicht mehr wir für solche zuständig, sondern das

Regierungskommissariat. Deshalb konnten und können wir hier nicht eingreifen. Ich muss auch dazu sagen, dass wir diese Studie zu den Gemeindewahlen aus Studiengründen gemacht haben und nicht, um der *par conditio* Genüge zu tun. Das hätte erfordert, dass wir 30 oder gar 45 Tage lang die Rai moderieren. Angesichts von so zersplitterten Wahlen wie Gemeindewahlen wäre es sinnlos und würde kein Ergebnis bringen, im Sinne der *par conditio* nachzuprüfen, dass über jede Gemeinde ausgewogen berichtet wird. Das *par-conditio*-Gesetz ist leider so gestaltet, dass es nicht immer verständlich ist, auch was die Presse betrifft. Die Social Media werden vom Gesetz überhaupt nur in einigen Fällen mitbetrachtet. Sie haben auch die Verbände angesprochen. Hier kann ich sagen, dass ich dem Landeshauptmann geschrieben habe, wobei aber kein weiterer Dialog erfolgt ist.

Sie sprachen von der Konzentration der Medien. Hier kann ich nur wiederholen, dass das staatliche Gesetz in einem so kleinen Bereich wie einer Region oder einer Provinz wie Bozen nicht greift. Die Bestrebungen einer politischen Strömung, das abzuändern, sind im Sande verlaufen. Wenn sich im italienischen Pressewesen in Südtirol eine Konzentration breit macht, dann hängt das auch zusammen, dass sich einfach kein Verleger findet, der bereit wäre, eine Tageszeitung zu finanzieren. Das ist das Problem. Um generell für Vielfalt zu sorgen, kann auch die Landesbeitrag etwas tun, indem sie nämlich Beiträge an Medien vergibt, die aus dem Chor ausscheren. Das wird ja auch gemacht, wobei die Abgeordneten sich einmal überlegen könnten, ob hier vielleicht Änderungen notwendig sind, damit auch kleinere Medien eine größere Chance haben, in diesem konzentrierten Markt zu bestehen.

Der Abgeordnete Tauber hat gesagt, dass er nicht glaube, dass der E-Commerce sinkt. Ich glaube es ja auch nicht. Ich habe gesagt, dass das eine Momentaufnahme ist. Dieses Absinken ist seit November feststellbar, wobei ich aber auch betont habe, dass er trotzdem noch auf einem hohen Niveau verbleibt. Diese Grafik war eine Momentaufnahme von November bis März. Ich kann nur sagen, dass die Rai verpflichtet ist, neutral zu sein. Wenn hier eine politische Partei oder ein einzelner Politiker feststellt oder glaubt, dass eine Ungleichheit vorhanden ist, dann hat die Rai zu reagieren und sie wird reagieren. Dies ist auch eine Antwort an Sie, Herr Nicolini.

Wie stark die Jungen interessieren? Hier wird es schwierig, wobei sich der Landtag ja auch bemüht, die jungen Leute über seine Arbeit zu informieren. Es ist schon seit Generationen so, dass sich die jungen Menschen nur für gewisse Themen interessieren, die nicht mit Politik oder mit Gestaltung der Gesellschaft zu tun haben. Sie haben ihren Fokus, der sich auf ihre Themen konzentriert. Ich finde es sehr schwierig, junge Menschen für bestimmte Themen zu interessieren. *Se Lei torna da un importante incontro a Roma e non vede nessun riscontro nei media, qui non si deve avere nessun tentennamento, ma bisogna parlare direttamente con i media o con noi e vedrà che, almeno per i media per i quali siamo responsabili noi, vedrà un effetto.*

Kollege Ploner und ich duzen uns, weil wir früher im Journalismus oftmals Seite an Seite gearbeitet haben. Ich kann versprechen, dass ich bezüglich der Gemeindeblätter bis zum nächsten Wahlgang eine Informations- und Aufklärungsarbeit leisten werde, damit die Macher der Blätter genau Bescheid wissen.

Herr Lanz, es stimmt, wir dürfen uns nicht vormachen, dass wir die Fakenews, die im Internet zirkulieren, nur zu einem kleinen Teil in den Griff bekommen, zumal als Provinzbehörde. Ich finde, dass man aber auch in diesem kleinen Gärtchen versuchen sollte, etwas zu tun. Ich meine damit, dass man die Redaktionen nicht ganz von der Verpflichtung enthebt, auch ihre Facebook-Auftritte zu beobachten. Freilich ist es wahrscheinlich nicht denkbar, vorab zu kontrollieren, was gepostet wird und das vorab abzufangen. Dem Ganzen freien Lauf zu lassen, würde ich aber nicht tun. Wie gesagt, die Fakenews werden trotzdem zirkulieren, auf Netzwerken, auf denen kein Verleger verantwortlich gemacht werden kann. Facebook selber wehrt sich ja immer noch mit recht großem Erfolg dagegen, dafür verantwortlich gemacht zu werden, was in seinem Netzwerk passiert.

Sie sprachen von schlechtem Journalismus. Das stimmt, aber wir stellen fest, dass es für Journalismus immer weniger Geld gibt. Die Journalisten haben immer weniger Möglichkeiten und immer weniger Zeit zu recherchieren, um ihre Arbeit wirklich sorgfältig zu machen. Auch die neuen Medien haben dazu beigetragen, dass sie noch schneller arbeiten müssen als früher. Hier passieren einige Unachtsamkeiten, die man aber trotzdem nicht so stehen lassen soll. Man soll sich immer – das ist eine Aufforderung an Sie alle – schnell melden, denn die Medien haben die Pflicht zu reagieren. Richtigstellungen haben umgehend zu erfolgen.

PRESIDENTE: Ringrazio ancora il dott. Turk e dichiaro conclusa la parte delle audizioni. Proseguiamo con la trattazione dei punti istituzionali iscritti all'ordine del giorno.

Punto 3) all'ordine del giorno: "*Disegno di legge provinciale n. 62/20: "Modifica della legge provinciale 17 dicembre 2015, n. 16, 'Disposizioni sugli appalti in applicazione dell'articolo 43, comma 3, del regolamento interno'"*".

Punkt 3 der Tagesordnung: "*Landesgesetzentwurf Nr. 62/20: Änderung des Landesgesetzes vom 17. Dezember 2015, Nr. 16, 'Bestimmungen über die öffentliche Auftragsvergabe', in Anwendung von Artikel 43 Absatz 3 der Geschäftsordnung*".

Do la parola al consigliere Renzler come presidente della terza commissione legislativa.

RENZLER (SVP): *Der vorliegende Landesgesetzentwurf wurde dem III. Gesetzgebungsausschuss am 19. Oktober 2020 zugewiesen.*

Der Landesgesetzentwurf Nr. 62/20 wurde erstmals auf der Tagesordnung der Ausschusssitzung vom 20. November 2020 gesetzt, konnte aber aufgrund der Dringlichkeit der Haushaltsgesetzentwürfe nicht behandelt werden.

Am 18. Jänner 2021 hat der Vorsitzende des Ausschusses, im Sinne von Art. 43 Absatz 2 der Geschäftsordnung, einen Antrag auf Verlängerung der Behandlungsfrist von weiteren 60 Tagen für die Behandlung des Gesetzentwurfs im Ausschuss gestellt, die vom Landtagspräsidenten am 18. Jänner 2021 gewährt wurde.

In der Sitzung vom 11. Februar 2021 stimmte die Abg. Foppa dem Vorschlag zu, die Behandlung des Gesetzentwurfs auf die nächste Sitzung des Gesetzgebungsausschusses zu vertagen.

In der Sitzung vom 16. März 2021 stimmte die Abg. Foppa nach ihrer Erläuterung des Gesetzentwurfs dem Vorschlag zu, dessen Behandlung zu vertagen.

Die vom Südtiroler Landtag gesetzten Fristen für die Behandlung des Landesgesetzentwurfes Nr. 62/20 im Ausschuss sind im April 2021 endgültig abgelaufen. Aus diesem Grund wurde der Gesetzentwurf gemäß Artikel 43 Absatz 3 der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung gesetzt.

Ich ersuche in diesem Zusammenhang, diesen Gesetzentwurf an den dritten Gesetzgebungsausschuss für weitere 180 Tage zur Behandlung zurückzuverweisen. 180 Tage deshalb, weil die Sommerpause bevorsteht und wir gewährleisten wollen, dass der Gesetzentwurf dieses Mal behandelt werden kann. Danke!

PRESIDENTE: Grazie, consigliere Renzler.

Metto in votazione la richiesta di rinvio del disegno di legge provinciale alla terza commissione legislativa. Apro la votazione: 30 voti favorevoli e 1 astensione. Quindi la richiesta è approvata.

A questo punto è terminata la trattazione dei punti istituzionali iscritti all'ordine del giorno. Quindi inizia ora il tempo riservato all'opposizione.

Punto 4) all'ordine del giorno: "**Voto n. 1/18 del 15/11/2018, presentata dai consiglieri Atz Tammerle e Knoll, riguardante concessione della grazia agli attivisti sudtirolesi**" (continuazione).

Punkt 4 der Tagesordnung: "**Begehrensantrag Nr. 1/18 vom 15.11.2018, eingebracht von den Abgeordneten Atz Tammerle und Knoll, betreffend Begnadigung der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer**" (Fortsetzung).

Ricordo che nella seduta del 13/3/2019 la prima firmataria, consigliera Atz Tammerle, aveva iniziato l'illustrazione del voto chiedendone subito dopo la sospensione della trattazione, in accordo con la Giunta provinciale. Nella seduta del 7/10/2020 la trattazione del voto è ripresa con l'illustrazione da parte della consigliera Atz Tammerle dell'emendamento sostitutivo del voto e con gli interventi di alcuni consiglieri non-ché del presidente Kompatscher per la Giunta provinciale. Faccio presente che è stato presentato da parte dei consiglieri Atz Tammerle e Knoll il seguente subemendamento diretto a modificare la parte dispositiva.

"La parte dispositiva è così sostituita:

'il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano è invitato a deliberare quanto segue:

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano si pronuncia a favore dell'immediata concessione della grazia/amnistia ai rimanenti attivisti sudtirolesi e invita il ministro della Giustizia nonché il presidente della Repubblica a procedere quanto prima alla concessione della grazia agli attivisti sudtirolesi degli anni '60 affinché possano tornare nella loro terra e dalle loro famiglie'."

"Der beschließende Teil wird folgendermaßen ersetzt:

'Der Südtiroler Landtag

wolle beschließen:

Der Südtiroler Landtag spricht sich für eine umgehende Begnadigung/Amnestie der verbliebenen Südtiroler Freiheitskämpfer aus und fordert den italienischen Justizminister, sowie den italienischen Staatspräsidenten auf, die ausstehenden Begnadigungen der Südtiroler Freiheitskämpfer der 1960er Jahre unverzüglich in Angriff zu nehmen, damit diese in ihre Heimat und zu ihren Familien zurückkehren können'."

Do la parola alla consigliera Atz Tammerle per l'illustrazione del subemendamento.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Wir haben diesen Begehrensantrag im November 2018 eingereicht. Es war der erste Antrag, den wir im Landtag in dieser Legislaturperiode eingereicht haben, weil uns das Anliegen – die Begnadigung der noch im Exil lebenden Freiheitskämpfer Südtirols – wichtig ist. Für einen – Heinrich Oberlechner – ist es leider schon spät, denn er ist bereits von uns gegangen und konnte nicht mehr lebend nach Südtirol zurückkehren. Auch an der Beerdigung seiner Mutter konnte er nicht teilnehmen. Wir haben jetzt einen Änderungsantrag eingereicht, wobei wir nicht nur die Begnadigung, sondern auch die Amnestie fordern. Heinrich Oberlechner und dessen Tochter haben ein Begnadigungsgesuch gestellt, welches in Rom vorliegt. In diesem Zusammenhang hat die Staatsanwaltschaft bereits grünes Licht gegeben, weshalb es nun an der Entscheidung des Staatspräsidenten liegt, diesem Gesuch zuzustimmen. Wir in Südtirol sollten uns für eine umgehende Begnadigung bzw. Amnestie der noch im Exil lebenden Freiheitskämpfer aussprechen und dass alles Mögliche getan wird, um dies umzusetzen. Wir können dies zum Ausdruck bringen, wenngleich Karl Zeller in einem Interview der Tageszeitung gesagt hat, dass dies nicht förderlich, sondern möglicherweise sogar kontraproduktiv sein könnte. Wir sind da anderer Meinung. Der Begehrensantrag wurde, wie gesagt, bereits im November 2018 eingereicht, und jetzt sind 2 ½ Jahre vergangen, in denen nichts passiert ist. Es hat immer wieder Gespräche mit Landeshauptmann Kompatscher gegeben, um nachzufragen, wie es in Rom aussieht. Wir haben auch mit Heinrich Oberlechner selbst gesprochen, aber bisher ist in Rom leider nichts weitergegangen. Es wird immer wieder gesagt, dass es nicht der richtige Zeitpunkt wäre, darüber zu diskutieren. Liebe Leute, mittlerweile sind 60 Jahre vergangen, in denen nichts passiert ist, in denen man nur zugewartet hat! Kennt ihr das Buch "Die Schändung der Menschenwürde"? Hat das einer von Euch gelesen oder auch nur Teile davon? Ich habe es bis heute nicht geschafft, das ganze Buch zu lesen, denn wenn man sich ein, zwei Berichte durchliest, dann blutet einem so das Herz. Ich bekomme Herzrasen, denn die Quälereien, die hier geschildert werden, was unsere Landsleute in den Kasernen miterlebt haben und wie sie gefoltert wurden, können wir uns in unserer schlimmsten Fantasie nicht ausmalen. Ich fange an zu zittern, weil es mich so bewegt. All jene, die diese Folterungen miterlebt und die Strafe im Gefängnis abgesessen haben und wieder freigekommen sind, haben die Freiheit dennoch nicht ganz erreicht. Zumindest haben sie die Folter überlebt und hinter sich gebracht. Für jene Freiheitskämpfer, die bis heute im Exil leben, ist die Folter bis heute weitergegangen, da sie nicht in ihre geliebte Heimat zurückkehren können. Damals gab es eine massive Unterdrückung der Südtiroler Bevölkerung und deren Grundrechte. Die damaligen Umstände haben dazu geführt, dass sich einige Tiroler dazu entschieden haben, ein starkes Zeichen zu setzen. Es ging nie gegen andere Menschen bzw. es wurde nie etwas gegen andere Menschen getan, sondern es ging um Materielles. Es wurden die Masten gesprengt. Es ist schon ein starkes Zeichen des italienischen Staates, dass er immer noch keinen Strich unter die damaligen Geschehnisse ziehen kann, währenddessen andere begnadigt wurden ...

PRESIDENTE: Consigliera Atz Tammerle, Le chiedo cortesemente di concludere perché il tempo è scaduto da un bel po'.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich schließe.

Während der italienische Staat andere Menschen begnadigt hat, warten die Südtiroler Freiheitskämpfer im Exil noch immer darauf. Deshalb bitte ich um Zustimmung zum abgeänderten Begehrensantrag, der sowohl die Begnadigung als auch die Amnestie vorsieht.

Vielen Dank, Frau Präsidentin und Entschuldigung für das Überziehen.

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, das Ansinnen, die Begnadigung für die Südtiroler Freiheitskämpfer anzustreben, ist hundertprozentig zu unterstützen. Die Ereignisse der letzten Tage haben mich positiv verwundert, denn das Ganze wird nun sehr konkret. Wir wissen, dass die Staatsanwaltschaft von Brescia bereits im Jahr 2019 ein positives Gutachten für die Begnadigung abgegeben hat. Jetzt geht es darum, dieses Gutachten umzusetzen. Ich bin dafür bekannt, die Wertschätzung für die Verteidigung der Rechte des Landes zu spüren und habe dies diesen Menschen gegenüber auch immer zum Ausdruck gebracht. Zum heutigen Zeitpunkt, Kollegin Atz Tammerle, würde ich davon abraten, dieses Vorhaben als Südtiroler Landtag noch einmal medial hinauszutragen, nachdem wir bereits so weit sind, dass der österreichische Bundespräsident Alexander van der Bellen zwei Mal gesagt hat, dass man auf einem sehr guten Weg sei. Das bedeutet, dass das Anliegen in Bearbeitung ist, und zwar so, wie wir es uns als Südtirolerinnen und Südtiroler wünschen. Wie gesagt, das Ansinnen ist gut, aber ich würde mich nicht wohlfühlen, wenn wir jetzt eine politische Aktion setzen würden, wissend, dass schon etwas in Vorbereitung ist. Ich habe fast den Eindruck, als ob wir es vielleicht auch behindern könnten. Das möchte ich auf keinen Fall. Ich würde abwarten, was in den nächsten Wochen und Monaten passiert. Wenn nichts passiert, dann sollten wir effektiv noch einmal politische intervenieren. In diesem Sinne kann ich diesem Begehrensantrag nicht zustimmen. Danke!

KÖLLENSPERGER (Team K): Bei diesem Thema sollte es ja eigentlich darum gehen, Frieden zu schließen und durch die Gnade oder Begnadigung mit einer schmerzhaften Geschichte abzuschließen. Leider wird dieser Antrag, den wir ja nicht Mal das erste Mal hier im Landtag haben, etwas anderes erzielen. Eines ist für mich klar: Die Absicht des Antrages ist völlig zu teilen. Aus humanitären Gründen ist es nach all diesen Jahren höchst an der Zeit, eine Begnadigung zuzulassen. Die Diskussion, die geführt wird, wenn dieses Thema zur Sprache kommt, zeigt, dass wir unsere Geschichte nicht aufgearbeitet haben. Schön wäre ein gemeinsamer Beschlussantrag von deutschen und italienischen Parteien, der sowohl die Begnadigung von Menschen wie Oberleiter fordert, der aber auch ganz klar auf die Geschehnisse und die Gewalt hinweist, die es auf beiden Seiten gegeben hat, die Gewalt einiger Rechtsextremer und einiger Nazis, die es auf Südtiroler Seite gegeben hat, die Gewalt und Folter, die es auf italienischer Seite gegeben hat. Sven Knoll weiß, dass mein Vater damals als junger Gemeindefeldarzt hinzugerufen wurde und die Folter und den Tod durch Folter feststellen konnte. Er wurde natürlich gleich durch einen anderen Gemeindefeldarzt ausgetauscht, der den gewünschten natürlichen Tod festgestellt hat. Wie gesagt, es wäre an der Zeit, diese Geschichte im Positiven zu beenden. Aus diesem Grund ist die Absicht des Begehrensantrages zu teilen. Genauso teile ich aber auch die Zweifel meiner Vorrednerin, Maria Hochgruber Kuenzer. Ist dieser Begehrensantrag der richtige Weg in diese Richtung? Ich glaube, dass hier zwar medienwirksame, aber von der Prozedur her nicht fördernde Anträge diesen Weg eher stören. Wir wissen, dass wir auf einem guten Weg sind. Die beiden Staatspräsidenten – Van der Bellen und Mattarella – haben miteinander gesprochen, wobei interessant ist, dass es hier um zwei Politiker des linken Lagers geht, die vielleicht diese Sache zumindest im Fall Oberleiter positiv beenden können. Auch der Staatsanwalt von Brescia sieht es so, dass diese Sache durch eine Begnadigung abgeschlossen werden kann. Begnadigung ist aber nie ein pauschaler Akt, sondern ein individueller Akt von Fall zu Fall. Wir wissen, dass einige der Aktivisten nicht in den Topf mit einigen Rechtsextremen geworfen werden wollen. Aus diesem Grund bin auch ich der Meinung, dass generell politische Aktionen in dieser Phase nicht hilfreich sind, sondern in dieser Phase der Diplomatie eher riskieren, einen Schaden anzurichten. Der richtige Weg ist hier sicher der institutionelle, also die Diplomatie und das Gespräch mit dem Staatspräsidenten. Ich kann zusammenfassend sagen, dass das Team K inhaltlich absolut zu dieser Begnadigung steht, aber ich hege große Zweifel daran, dass das der richtige Weg ist. Meine Empfehlung ist es deshalb, die Behandlung dieses Begehrensantrages auszusetzen, gerade um den guten Weg, der gerade beschritten wird, nicht zu stören. Die Mitglieder des Team K werden nach ihrem eigenen Gewissen abstimmen. Ich persönlich werde aus den erklärten Gründen an der Abstimmung nicht teilnehmen. Danke!

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Jedem, der gestern die Tagesschau im Rai Sender Bozen geschaut und die Aussage von Alexander Van der Bellen gehört hat, müsste eigentlich klar sein, dass diese Begnadigung eigentlich durch ist. Ich habe mir das gestern sogar mitgeschrieben und zitiere. Der Bundespräsident von Österreich hat gesagt: "Die positive Nachricht bezüglich Begnadigung dem italienischen Staatspräsidenten

Mattarella zu überbringen ..." Er hat ganz klar gesagt, dass man eine Entscheidung getroffen habe. Natürlich hat die Kollegin Atz Tammerle mehr als Recht zu sagen, dass das jetzt nach mehr als 60 Jahren geschieht. Ich würde auch dafür plädieren, die Behandlung dieses Begehrensantrages auszusetzen. Man müsste ihn aus meiner Sicht auf das nächste Mal vertagen. Es wurde eine Entscheidung getroffen, und es darf nicht sein, dass wieder Monate oder gar Jahre vergehen, um diese Entscheidung zu formalisieren. Die Entscheidung ist gefallen. Das hat Alexander Van der Bellen gestern zwei Mal gesagt. Gestern hätte ich diesem Antrag sicher zugestimmt, aber heute bin ich der Meinung, dass es der Sache guttun würde, wenn man ihn zumindest für einen Monat aussetzen würde. Danke!

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Kollegin Atz Tammerle, ich kann Deine Emotion völlig verstehen, denn das, was in den 60-er Jahren in den Kasernen in Südtirol passiert ist, sind nicht nur menschliche Tragödien, sondern das ist für mich Rechtsbruch. Auf der anderen Seite steht der bewaffnete Freiheitskampf, wobei ich nicht unbedingt sagen möchte, dass es nur um Sachschäden gegangen ist. Von einigen Gruppen war es anfänglich sicher so, hat sich dann aber durchaus geändert. Es gibt viele Familien in diesem Land, die damals involviert waren. Auch meine Familie gehört dazu, wobei das natürlich alles vor meiner Zeit war. In den Gesprächen mit ehemaligen Freiheitskämpfern, die teilweise im Exil leben und mit deren Nachkommen hat man ganz unterschiedliche Reaktionen und Bewertungen gehört. Wenn wir hier einen Aufruf machen und den Staatspräsidenten auffordern, gnädig zu sein, dann müssen wir uns schon vor Augen halten, was das Wort Gnade überhaupt bedeutet. Der Begriff der Gnade impliziert, dass ein Verurteilter kein Recht beanspruchen kann, sondern dass er auf die Gnade angewiesen ist. Die Gnade zu erlassen, ist eine Befugnis, die ein Staatsoberhaupt hat. Ich glaube, dass es generell und gerade in der jetzigen Zeit nicht nur kontraproduktiv, sondern schädlich ist, jemandem vorzuschreiben, gnädig sein zu müssen. Ein Recht kann ich einfordern und um ein Recht kann ich kämpfen. Außerdem kann ich alles kritisieren und verurteilen, was der italienische Staat getan hat, aber ich glaube nicht, dass es der richtige Weg ist, den Gnadenakt einzufordern, wenngleich ich viele Entscheidungen der damaligen Zeit zutiefst verurteile.

Einige Vorredner haben Van der Bellen angesprochen. Ich teile die Meinung, dass der österreichische Staatspräsident genauso verantwortungsvoll ist und sich nicht zu Äußerungen hinreißen lässt, auf dem internationalen Parkett und in den Beziehungen zwischen Italien und Österreich, und die Gespräche als gut bezeichnet, wenn sie es nicht wären. Man Van der Bellen wirklich nicht unterstellen, dass er hier tollpatschig unterwegs wäre bzw. dem italienischen Amtskollegen vorgeifen würde oder ihn sogar kompromittiert. Ich hoffe, dass der Staatspräsident Italiens die Begnadigungen ausspricht. Hier geht es ja um eine Generalamnestie für alle, und man muss dazu sagen, dass es zwei Formen gibt: die Gnade, die der Staatspräsident erweisen kann und die Möglichkeit eines im Exil Lebenden zur Stellung eines Gnadengesuchs. Das hat nur einer gemacht bzw. dessen Kinder. Auch das gehört hier dazu. Ich weiß von einigen Freiheitskämpfern, die sagen: "Niemals würde ich selber um Gnade ansuchen." Sie sagen nämlich, dass sie kein Unrecht begangen haben. Man muss also auch diese Seite sehen und bewerten. Deshalb hoffe ich, dass Italien zur Einsicht kommt und sich der Staatspräsident gnädig erweist, und zwar diesbezüglich aber auch was die ganze Geschichte der Nachkriegszeit in Südtirol betrifft. Auch diese wurde nicht aufgearbeitet.

Wenn man diesem Begehrensantrag zustimmen würde, dann würde man eine Schlagzeile haben, aber etwas Wirkliches ändern würde es nicht. Ein Begehrensantrag ist eine Möglichkeit, ein Thema politisch auf das Parkett zu bringen. Wir werden hier keine Änderung herbeiführen, sondern dieser Begehrensantrag eignet sich dazu, diese Begnadigung zu verhindern. Es ist kein Recht, denn die Gnade muss jemand erlassen.

VETTORI (Forza Italia Alto Adige Südtirol): Grazie presidente! Anch'io sono d'accordo con interventi che mi hanno preceduto, nel sottolineare il fatto che questo voto che si chiede in aula è altamente controproducente con i fini della questione a cui va incontro, nel senso che, lo ha già detto anche il presidente Kompatscher sulla stampa, non si deve tirare per la giacchetta il Presidente della Repubblica, però ai colleghi di SÜDTIROLER FREIHEIT vorrei ricordare che qualora non riconoscessero la persona del Presidente della Repubblica Italiana, dovrebbero come minimo fidarsi dell'omologo austriaco Van der Bellen, nel senso che è giusto ricordare le tappe del passato, su quello che è stato e non è arrivato, se sono passati 60 anni, un motivo c'è, però ad oggi, visto che le diplomazie italo-austriache sono comunque in movimento, al di là del giudizio morale rispetto alla questione, ogni cosa che si produce, ogni documento anche che dovesse venire licenziato dall'aula, è un documento controproducente, e quindi secondo me andrebbe ritirato e dal mio punto di vista,

se questo non verrà ritirato, voterò contro, perché è inutile andare a sovrastare ciò che è una diplomazia internazionale. Lo abbiamo visto anche sulla stampa, il presidente Van der Bellen ha parlato, il Ministero preposto deve girare i fascicoli e le documentazioni al Quirinale, quindi l'unica cosa da fare è rimanere in vigile attesa, nulla di più. Grazie!

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie presidente! Io mi vorrei un po' esprimere non tanto sull'opportunità, il tempo, eccetera, che credo che siano argomenti che ai colleghi che hanno firmato questo voto possono anche dare fastidio, ma sinceramente sul merito.

Rispetto a una vicenda di terrorismo, di conflitto politico armato nella storia di una Repubblica democratica, ci può essere appunto lo strumento della grazia.

Lo strumento della grazia ha tre aspetti, uno giuridico, uno politico e uno umano, e se umanamente credo che non ci possano essere dubbi sul fatto che ormai queste persone, con tutti gli anni che sono passati e con la loro età non costituiscono più nessun pericolo per nessuno e non ci sono neanche più le condizioni per la reiterazione del reato, la situazione è completamente cambiata, l'autonomia si è consolidata, credo che la Repubblica Italiana non dovrebbe avere nessun timore su questo, e quindi se dal punto di vista umano le questioni sono chiare e parlano a favore ovviamente della concessione della grazia, dal punto di vista politico ci può essere un'argomentazione doppia, da un lato ci può essere un'argomentazione politica che dice che una Repubblica democratica e un'autonomia democratica come la nostra non hanno più paura e chiudono una pagina della storia, chiudono anche con un atto simbolico e questo è un aspetto, l'altro aspetto invece è che qualcuno potrebbe cercare di interpretare questa cosa come un lasciare aperta invece quella pagina, e io qui comincio ad avere dei dubbi quando leggo tutta la parte introduttiva del voto, in cui è abbastanza unilaterale, ci sono state anche morti dall'altra parte, per esempio, e non è che si sono separati da soli ...

URZÌ (Fratelli d'Italia): *interrompe*

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ma non mi interrompa, mi faccia un favore consigliere Urzì, non mi interrompa!

... e questo non è assolutamente accennato, non solo, ma c'è una giustificazione dell'uso della violenza nella lotta per i diritti del Sudtirolo e c'è anche una teoria per cui quella violenza fu fondamentale per l'autonomia, che io credo non sia corretta e si fa di tutta l'erba un fascio, cioè si fa un discorso diciamo a cottimo, che tra l'altro, legato invece alla posizione di Oberleiter potrebbe essere veramente dannoso, perché se un Presidente della Repubblica sospetta che graziandone uno grazia tutti, questo veramente mette in crisi anche la posizione di quella persona che è più avanti rispetto alla cosa della grazia, quindi credo che l'impostazione politica di questo voto sia negativa e non possa essere sostenuta.

Infine c'è l'aspetto giuridico, cioè i tribunali, quello che diceva il consigliere Leiter Reber, la grazia si chiede dopo avere accettato la sentenza e per questo alcune di queste persone, anzi la maggior parte, non ha chiesto la grazia personalmente, perché se no dovrebbe accettare la condanna e quindi i fatti come nelle condanne sono accertati.

La grazia si chiede e si dà a chi l'ha chiesta e non a caso Oberleiter l'ha chiesta e su questo si è più avanti, non si dà in maniera generale se no è un'amnistia e quindi l'amnistia dovrebbe riguardare forse tutte le posizioni anche oltre il Sudtirolo, in Italia, e quindi credo che su questo punto dal punto di vista – e ho finito, presidente, mi scusi – della concessione della grazia questo voto faccia confusione, usa la grazia come uno strumento politico per rivedere la storia e per rivedere i processi, e questo con la grazia non c'entra proprio niente, per cui se dal punto di vista umano è comprensibile e sostenibile, questo voto dal punto di vista politico e giuridico credo non sia accettabile.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie! Io faccio una riflessione un po' diversa rispetto a questo documento voto che era stato presentato già all'inizio di questa legislatura e poi adesso è ritornato in modo prepotente alla discussione del Consiglio provinciale, probabilmente proprio perché ci sono i 60 anni dalla notte dei fuochi e questo è parificato anche a un manifesto che appare in questi giorni nelle pensiline degli autobus ed è un manifesto che dal mio punto di vista è molto violento e non rispetta la storia, nel senso che ripercorrendo la storia di questa terra, ad esempio sulle opzioni – che è stato un altro momento drammatico di questa terra – noi abbiamo visto e abbiamo spiegato la questione delle opzioni attraverso una mostra a Castel Mareccio negli anni '80, messa in atto dai due assessori

alla cultura, allora c'erano Hosp e Ferretti, mostra che diede una grande rilevanza proprio perché era un lavoro fatto insieme, in collaborazione, per spiegare la storia. E alle nuove generazioni rispetto alle opzioni con il libro "Eva dorme" di Francesca Melandri è stato spiegato cos'erano le opzioni, cioè quel capitolo ha avuto un percorso culturale in cui si è capito cosa stava accadendo, ed è la stessa identica cosa che dovrebbe andare in questa situazione, spiegando cos'è successo 60 anni fa, perché muoversi in questo modo è come un elefante in una cristalleria, è estremamente delicato.

È chiaro che il mondo di lingua tedesca chieda in modo sommesso, forse, questo tipo di situazione dopo 60 anni per queste persone, per chi ha chiesto la grazia, come è stato detto dal collega Dello Sbarba, non dagli altri, per cui c'è questo tipo di attenzione, ma dall'altra parte c'è anche un mondo che ha avuto dei morti, ci sono state anche delle sofferenze sotto questo profilo, per cui è sempre utile muoversi in un ambito di condivisione, di pacificazione e culturalmente importante, spiegare le cose a tutti e anche alle nuove generazioni.

Per cui veramente invito i colleghi di SÜD-TIROLER FREIHEIT a ritirare questo voto, perché va in una direzione completamente opposta rispetto a quella in cui loro pensano di andare e secondo me è sbagliato – il presidente Kompatscher ha usato veramente delle parole corrette – tirare la giacca al Presidente della Repubblica Mattarella in questa situazione, perché ormai la situazione si sta muovendo in un ambito completamente diverso di rapporti e di relazioni, e secondo me è un invito agli assessori alla cultura qui presenti di muoversi, di spiegare culturalmente quello che è accaduto, perché secondo me è solo con l'evidenza e la spiegazione che si riesce a far capire anche alle giovani generazioni il contesto in cui vivono. Grazie!

VETTORATO (Lega Salvini Alto Adige – Südtirol): Specifico che parlo come consigliere, ma non mi posso spostare per le normative Covid.

2021, cosa vogliamo fare? Questa è la domanda che mi pongo e purtroppo è una domanda che non dovrei neanche pormi, perché nel 2021 non sarebbe nemmeno da porre.

Siamo di fronte a un'autonomia che festeggeremo, dobbiamo festeggiare e dobbiamo valorizzare, perché l'autonomia non è degli italiani, dei tedeschi e dei ladini, mi dispiace citare tutti e tre questi gruppi linguistici, ma dovrei dire degli altoatesini o dei sudtirolesi, scegliamo come vogliamo dirlo.

Chiedere la grazia è lecito, domandare è lecito, rispondere è cortesia e anche correttezza. Io non sono il Presidente della Repubblica, ma se lo fossi direi di no, perché si crea un precedente molto ma molto pericoloso perché quando si fanno delle azioni terroristiche, queste portano morti, di qualsiasi colore siano, bianchi, neri, grigi e di qualsiasi gruppo linguistico, quindi se ci sono delle idee e delle opinioni, nel 2021 si fanno con la democrazia, si fanno di solito nella cabina elettorale con la matita.

Riguarda un passaggio storico di un periodo molto diverso, però concedere la grazia a un terrorista vuol dire poterla concedere anche ad altri, perché viene sempre contestualizzato nel periodo storico e non è giusto nei confronti di persone che comunque hanno perso la vita e su questo penso che siamo d'accordo tutti, il terrorismo va condannato oggi nel 2021.

Quindi personalmente ritengo, come ha detto anche il collega Repetto, che i manifesti che ho visto alle fermate degli autobus siano veramente di dubbio gusto nel 2021, a me non piacciono assolutamente queste cose, minano e fanno dei precedenti molto pericolosi per la convivenza, il popolo altoatesino o sudtirolese, chiamiamolo come vogliamo, non ha bisogno di queste polveriere inesplose, di queste micce che scaldano assolutamente gli animi.

Per quanto riguarda il percorso dico che bisogna festeggiare l'autonomia, bisogna ricordare che ci sono stati dei personaggi importanti per questa autonomia, di madrelingua tedesca ma anche italiana e anche ieri in Giunta abbiamo parlato dei festeggiamenti dell'autonomia e di come valorizzare l'autonomia altoatesina, l'autonomia dei popoli di questo territorio, italiana, tedesca e ladina, adesso ovviamente non spendo due parole in più perché stiamo organizzando,

Da parte mia l'invito è quello di ritirare possibilmente questa strumentalizzazione e nel caso non venisse ritirata, noi come Lega voteremo contro.

URZI (Fratelli d'Italia): Grazie presidente! Io posso solo dire che sono sbalordito e sconcertato, ho seguito l'intervento dell'assessora Hochgruber Kuenzer che è assessora, quindi ha un ruolo istituzionale importante, ho seguito l'intervento dei secessionisti, ho seguito però anche l'intervento di forze di opposizione che si propongono come progressiste e io vi dico "risvegliatevi dal vostro delirio!"

Quando si dice il teatro dell'assurdo, presidente, beh il teatro dell'assurdo è quello che prevede il ribaltamento delle realtà, qui non c'è stata una parola da parte di coloro che ho citato e di molti altri protagonisti della scena politica altoatesina rispetto alle vittime del terrorismo.

Collega assessora Hochgruber Kuenzer, io mi aspettavo da Lei, in quanto rappresentante istituzionale, una parola chiara sulle vittime del terrorismo, su chi è morto per la violenza subita, non lo chiedo ai secessionisti, lo chiedo a Lei che ha una responsabilità di governo.

Non c'è stata una parola, presidente, sui figli anche della nostra terra che sono morti sotto le bombe, come Herbert Volgger, il finanziere, ma cito chiunque quando si celebra la notte dei fuochi come un momento di esaltazione propagandistica, in quella notte dei fuochi morì Giovanni Postal, e quindi è stata un'azione criminale, perché quando si mette una bomba, sempre può accadere che qualcuno rimanga ucciso, ovunque sia quella bomba, e infatti è accaduto, ed è accaduto quasi oltre 20 volte in Alto Adige, presidente, e sono stati ignorati i 300 e più episodi di terrorismo, i colpi d'arma contro rappresentanti delle istituzioni, le mine antiuomo, le distruzioni nelle case popolari, le distruzioni dei bar italiani in Bassa Atesina, e poi dopo tutto quello che è seguito, le scuole, e parrocchie, le chiese.

Presidente, non una parola di scuse per tutto questo, però si parla della grazia. La violenza chiama sempre violenza, presidente, in democrazia non è accettabile mai alcuna forma di violenza e quella è stata una stagione di sovversione dell'ordine costituzionale e come tale bisogna ricordare che a queste persone si chiede un atto di pentimento sincero, solo uno ha chiesto la grazia, peraltro, una disponibilità al risarcimento materiale dei danni subiti dalla comunità intera, non c'è stato nulla di tutto questo da parte dei nostri rappresentanti istituzionali.

Presidente, ci vuole una parola chiara di distinzione, di demarcazione fra il bene e il male, da una parte c'è il male, colleghi, dall'altra parte c'è la democrazia e la libertà e anche il diritto da parte dei nostri concittadini di poter ambire a una società libera dall'incubo della minaccia fisica, perché quello è stato.

Tutto ciò, presidente, è indecente e schifoso, ed è schifoso, presidente, mi permetta di concludere, il ricordare che la grazia potrebbe avvenire mentre in Alto Adige si festeggiano con queste esibizioni gli attentati degli anni '60, i tralicci abbattuti, cosa rappresentano se non un atto di violenza i tralicci abbattuti, le case devastate? E quindi la grazia andrebbe in parallelo a questa festa, quella che si terrà il 12 di giugno per commemorare una giornata di violenza.

Presidente, concludo dicendo che abbiamo le nostre responsabilità, le forze di governo locali le hanno, tutte, ma le hanno anche le forze di governo nazionale, cari colleghi, perché non si possono fare due pesi e due misure con Cesare Battisti, i Proletari Armati, le Brigate Rosse in Francia, ma il BAS no. E allora ciascuno di noi si assuma la propria responsabilità, presidente, fra dire dove sta il bene, la democrazia, la libertà, la salvaguardia dei principi costituzionali fondamentali su cui è costruita questa Repubblica, e dove sta il male e da quella parte sta solo il male.

PRESIDENTE: Grazie per la conclusione, anche Lei era parecchio oltre il tempo, quindi chiedo ai consiglieri cortesemente di attenersi al tempo consentito.

Do la parola all'assessore Bessone che interviene anche lui come consigliere, prego.

BESSONE (Lega Salvini Alto Adige – Südtirol): Buongiorno a tutti! Anch'io appunto intervengo come consigliere, ma intervengo da qui per le norme anti-Covid.

Devo dire una cosa, io sono nato a Verona, sono cittadino italiano, ma sono fiero di vivere in Alto Adige o Südtirol, come lo vogliamo chiamare, mi trovo molto bene e forse lo apprezzo anche più di tanti altri che sono nati qui, sono rimasti sempre qui e sono abituati a questa realtà.

Ho sempre amato e invidiato l'amore che ha il popolo sudtirolese per la propria *Heimat*, perché è veramente uno spirito di appartenenza molto grande per la propria terra e condanno anche le violenze che il popolo sudtirolese ha subito durante il periodo del Fascismo, dalle Opzioni, alle *Katakombenschulen* e a tante altre cose che veramente erano inaccettabili.

Devo dire però che l'Italia è un grande Paese ricco di tutto, però con un grande male, la mancanza della certezza della pena, perché io ritengo che in Italia le cose non funzionino, perché chi sbaglia non paga mai. Dal più grande politico all'ultimo arrivato chi sbaglia deve pagare e deve essere monito per gli altri, affinché queste cose non succedano più.

Quando si parla di questi attentati non si parla solo di tralicci, si parla di padri di famiglia, di servitori dello Stato intenti a fare il proprio dovere, e questo va condannato perché c'è tanta sofferenza di tante persone.

Io sono contro ogni forma di violenza e ritengo che sia giusto lavorare, soprattutto noi come politici, per la convivenza, per l'autonomia, ma non dobbiamo cadere in basso con delle strumentalizzazioni, perciò io ritengo di essere contro questo modo di fare e noi, come ha detto giustamente anche il mio collega Vettorato, siamo contro. Grazie!

PRESIDENTE: Assessora Hochgruber Kuenzer, vuole parole sull'ordine dei lavori?

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Ja, zum Fortgang der Arbeiten, Frau Präsidentin! Ich habe als Landtagsabgeordnete gesprochen. Soviel nur zur Erinnerung an den Kollegen Urzì! Über die Inhalte, die der Kollege Urzì gesprochen hat, möchte ich mich nicht äußern. Ich möchte aber Fairness und Korrektheit in Bezug auf die Mitteilung, die jeder zu diesem Thema macht. Danke!

PRESIDENTE: Non era proprio sull'ordine dei lavori.

Do la parola al consigliere Knoll.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich möchte mich zunächst an die beiden Landesräte Bessone und Vettorato wenden und ihnen die Frage stellen, ob es nicht auch das Recht eines Volkes gibt, sich zu wehren, wenn es unterdrückt und entrechtet wird. Wir reden nicht von der Zeit des Faschismus, sondern vom demokratischen Italien, wo man nicht einmal dem eigenen Kind einen deutschen Namen geben konnte, wo Menschen in Südtirol unterdrückt wurden und polizeilicher Willkür ausgesetzt waren. Der Kollege Vettorato hat sie Terroristen genannt. Waren dann auch die italienischen Partisanen Terroristen? Die haben auch Menschen umgebracht. Es gibt das Recht eines Volkes, sich zu wehren! Es gibt nicht das Recht, ein fremdes Volk zu bestimmen oder zu unterdrücken! Wenn heute gesagt wird, dass es der falsche Zeitpunkt sei ... Als vor 60 Jahren die Feuernacht stattgefunden hat, hieß es auch, dass es der falsche Zeitpunkt sei. "Wir sind gerade in Autonomieverhandlungen und das stört diese", hat es geheißen. Magnago hat selbst gesagt, dass es ohne den Freiheitskampf der 1960-er Jahre und die Feuernacht nicht zu den Autonomieverhandlungen gekommen wäre. Ich frage jeden einzelnen hier im Saal: Wer von Euch wäre bereit - nicht aus einem persönlichen Vorteil heraus, sondern dafür, dass andere in unserem Land Rechte bekommen, ihre Muttersprache sprechen können, eine Arbeit bekommen, Volksgruppenrechte erhalten -, das Leben zu riskieren, die Familie aufs Spiel zu setzen und zu riskieren, gefoltert zu werden? Man redet so leicht über die Folter. Stellen wir uns einmal vor, was es heißt, in einer Carabinieri-Kaserne umringt zu werden, nackt ausgezogen zu werden, mit Nadel in die Geschlechtsteile hineingestochen zu werden. Wer von Euch würde das in Kauf nehmen? Diejenigen, die sich davor entfliehen konnten, dürfen seit 60 Jahren nicht in ihre Heimat zurückkehren. Reden wir nicht davon, dass sie nicht um Gnade angesucht haben. Wenn Ihr selber eines Mordes bezichtigt wärt, den Ihr nicht begangen habt, dann frage ich mich, ob ihr nicht auch darum kämpfen würdet, dass Ihr Euer Recht bekommt? Gnade ist nicht nur etwas, was einem zugestanden wird, sondern Gnade ist auch ein moralisches Recht, das man hat, wenn einem Unrecht getan wird. Andere Staaten haben immer wieder darauf hingewiesen. Deutschland hat sich erst jüngst bei Namibia für die Opfer, die es während der Kolonialzeit gegeben hat, entschuldigt. Das hat man von Italien noch nie gehört. Welche Zacke würde Italien aus der Krone brechen, wenn man diese Freiheitskämpfer endlich nach Südtirol zurückkehren lassen würde? Wir werden diesen Antrag heute zur Abstimmung bringen, denn seitdem ich im Landtag bin, hat es immer geheißen: "Wir sind kurz davor." Erinnert Euch bitte daran! 2019 Jahr hieß es sogar, dass Mattarella die Begnadigung bereits in seiner Tasche dabei habe, als er in Schloss Tirol mit Van der Bellen zusammengetroffen ist. Aber nichts ist passiert! Ich habe gestern mit Eva Klotz geredet, die seit 1983 im Landtag saß. Dabei hat es immer geheißen: "Wir sind kurz davor." Es ist aber bis heute nicht erreicht worden. Ich sage ehrlich, dass diese Männer keine Zeit mehr haben. Einer von ihnen liegt gerade mit einem Oberschenkelhalsbruch im Spital, und man weiß nicht, ob er überhaupt noch einmal herauskommt. Die können nicht noch ein, zwei oder drei Jahre warten, denn dann sind sie tot. Unser Land schuldet das diesen Männern. Dass Ihr Euch als Landesräte frei äußern könnt, dass wir Selbstbestimmung fordern können, haben wir unter anderem auch diesen Männern mitzuverdanken. Den Leuten, die sagen, dass sie heute dagegen stimmen, weil sie zwar inhaltlich dafür wären, aber glauben, dass es nicht der richtige Zeitpunkt wäre, möchte ich zu bedenken geben, was sie damit anrichten. Ihr könnt Euch sicher sein, dass der Kollege Urzì der Erste sein wird, der das Ergebnis nach Rom schicken und sagen wird: "Warum soll Mattarella die Südtiroler begnadigen, wenn der Südtiroler Landtag und sogar die SVP dazu Nein sagen?" Diese Botschaft wird nach Rom geschickt werden! Dessen müssen wir uns bewusst sein. Deshalb ist es mir

lieber, wenn sich der Landtag für eine Begnadigung ausspricht, so wie das übrigens der Landtag in den vergangenen Jahrzehnten immer getan hat. Es wäre das erste Mal, dass die SVP im Südtiroler Landtag Nein zu einer Begnadigung sagt und somit ein Präzedenzfall. Denkt bitte daran, dass das Eure Landsleute sind, die für Euch gekämpft haben, ...

PRESIDENTE: Consigliere Knoll, la prego di concludere. Altrimenti Le devo togliere la parola.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zum Fortgang der Arbeiten, Frau Präsidentin. Ich bitte um eine getrennte Abstimmung über die Prämissen und den beschließenden Teil. Ich bitte auch um eine namentliche Abstimmung, denn bei so einer heiklen Angelegenheit soll jeder wissen, wer dieses Anliegen in diesem Land unterstützt und wer sich gegen die Begnadigung und somit gegen eine Heimkehr der Freiheitskämpfer in ihre Heimat ausspricht.

PRESIDENTE: Consigliere Leiter Reber, prego.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Zum Fortgang der Arbeiten. Ich weiß, dass es bei Beschlussanträgen keine Stimmabgabeerklärung gibt, aber ich möchte nur kurz etwas festhalten. Der Kollege Knoll hat gesagt, dass man sich mit einem Nein gegen die Begnadigung aussprechen würde. Auf gar keinen Fall! Die Freiheitliche Fraktion ist nicht gegen eine Begnadigung, Mit diesem Antrag eine Begnadigung zu fordern, die dem einzigen, der begnadigt werden könnte, einen Strich durch die Rechnung machen könnte, möchte ich nicht verantworten. Deshalb stimme ich dagegen.

PRESIDENTE; Qualcun altro chiede la parola? Nessuno. Allora do la parola all'assessora Deeg per la presa di posizione da parte della giunta.

DEEG (Landesrätin für Soziales, Wohnbau, Familie und Senioren - SVP): Geschätzte Präsidentin, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass sich die Mehrheit der Abgeordneten in diesem Haus jederzeit für ein klares Ja für die uneingeschränkte Anerkennung der Würde des Menschen und der daraus abgeleiteten Grund- und Menschenrechte aussprechen würde. Die Kollegin Atz Tammerle hat davon in ihrer Stellungnahme gesprochen. Ich würde sagen, dass es uns allen gemein ist, dass wir jederzeit eine klare Verurteilung von Folter in jeder Form in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft machen würden. Das ist aber nicht Gegenstand der Abstimmung. Wir alle sind der Meinung, dass wir als gewählte Volksvertreter für Grund- und Menschenrechte eintreten und gegen alles, was diese in Frage stellt. Ich denke, dass es Gegenstand einer weiteren Diskussion sein wird, dass es wichtig ist, nach vorne zu schauen und stolz zu sein auf einen gemeinsamen Weg der Autonomie und auf einen erfolgreichen Weg des Zusammenlebens und des gegenseitigen Respektes und der gegenseitigen Anerkennung. Man muss aber zugestehen, dass es unterschiedliche Sichtweisen gibt. Jeder von uns hat Eltern oder Großeltern, die in persönlichen Gesprächen über diese Zeit berichtet. Heute über das zu urteilen, was in einem Kontext in dieser Zeit passiert ist, ist immer sehr schwierig, ist aber auch nicht Inhalt dieses Begehrensantrages.

Ich verweise ganz klar darauf, dass die Landesregierung und die Mehrheit die Inhalte, die Ziel der Gespräche zwischen dem österreichischen Bundespräsidenten und dem italienischen Staatspräsidenten waren, schon mehrmals klar zum Ausdruck gebracht hat. Wir werden jetzt sicher nicht– da schließe ich mich den vielen Wortmeldungen meiner Vorredner an -, einen menschlichen Akt gefährden, einen dringend notwendigen Akt, auf den wir alle hoffen, vor allem aufgrund der Stellungnahmen, die gestern von Seiten von Van der Bellen gekommen sind. Ich darf noch einmal darum bitten, dass auch Sie sich dieser Verantwortung bewusst werden und jetzt nicht riskieren, diese Begnadigung zu gefährden. Ich verstehe es einfach nicht! Wenn Ihnen etwas an diesen Menschen liegt, dann sollten wir uns zusammenraufen und die Ergebnisse der Gespräche abwarten. Es stimmt nicht, dass nichts passiert wäre. Schauen Sie ins Jahr 1998 und ins Jahr 2007. Da hat es ja schon Begnadigungen gegeben, und zwar immer aufgrund intensiver politischer Verhandlungen. Das kann auch dieses Mal aufgrund der sich geänderten Rahmenbedingungen der Fall sein. Ich ersuche Sie, diesen Antrag nicht zur Abstimmung zu bringen. Sollten Sie das trotzdem tun, dann möchte ich sagen, dass wir inhaltlich nichts an den bisher gemachten Abstimmungen zu den Begehrensanträgen der Jahre 2009 und 2015 ändern. Wir wehren uns aber gegen das Schüren und erneute Instrumentalisieren von Gegensätzen. Ich bitte Sie einfach noch einmal, in erster Linie an die Menschen und an Herrn Oberleiter im Konkreten zu denken,

der Aussicht auf Begnadigung hat. Die Botschaft sollte jene des Respekts, des Zusammenhaltes und des Stolz' auf unsere Autonomie sein. Danke!

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wir werden diesen Begehrensantrag, wie bereits gesagt, zur Abstimmung bringen, und zwar auch nach Absprache mit den Betroffenen selbst. Damals wurde nach Absprache mit Heinrich Oberleiter vereinbart, die Abstimmung zu vertagen. Heute soll aber darüber abgestimmt werden. Wir haben nach Rücksprache mit den Betroffenen das Wort "Amnestie" in den Begehrensantrag eingefügt, da es nicht nur um das alleinige Gnadengesuch geht, sondern auch um die Amnestie der anderen. Eines ist es, dass dem Gnadengesuch von Heinrich Oberleiter möglicherweise stattgegeben wird, aber was ist mit all den anderen Freiheitskämpfern, die im Exil leben und denen keine Gnade oder Amnestie gewährt wird? Bei denen ist die Situation immer dieselbe. Wir bringen diesen Begehrensantrag zur Abstimmung, wobei es Ihre Entscheidung ist, ob zum Ausdruck gebracht wird, dass wir alle hinter dem Ziel stehen, dass es eine Begnadigung bzw. eine Amnestie geben sollte. Eigentlich ist es nur eine Willensbekundung. Sie haben aber die Entscheidung, welchen Ausdruck die Abstimmung haben soll. Es wird sie so oder anders geben, aber was bringt sie danach zum Ausdruck? Wenn Sie sich tatsächlich dafür entscheiden, dagegen zu stimmen, dann wird das für den Kollegen Urzi und andere aus seinen Reihen ein gutes Mittel zum Zweck sein, um das groß hinausschreien zu können. Hier geht es um Menschen. Das haben Sie selbst gesagt. Es geht um Väter, Brüder und Onkel, die seit Jahrzehnten nicht nach Südtirol zurückkehren dürfen. Wir haben auch mit Familienangehörigen gesprochen, die sich nichts sehnlicher wünschen, als dass ihre Brüder, Onkel usw. wieder in ihre Heimat zurückkehren dürfen, für die sie ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben. Wir sind heute die Nutznießer der damaligen Aktionen und dass die Verhandlungen rund um die Autonomie Fahrt aufgenommen haben. Jene, denen wir das wirklich zu verdanken haben, sind dafür bestraft worden, und deshalb sind wir es ihnen schuldig, diese Willensbekundung anhand der Abstimmung auszusprechen. Wir sollten gnädig sein, dem zuzustimmen und ein Signal nach Rom zu senden, nicht als juristischer oder politischer Akt, sondern vor allem als menschlicher Akt. Das ist gerade in Zeiten wie diesen, in denen wir selber erleben müssen, wie wir in unseren Freiheits- und Grundrechten eingeschränkt werden, wichtig.

PRESIDENTE: Grazie, consiglieri Atz Tammerle.

Passiamo alla votazione. Come richiesto dal consigliere Knoll, votiamo per parti separati e per appello nominale.

Apro la votazione sulle premesse.

*(Votazione per appello nominale con procedimento elettronico -
Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung)*

Le premesse sono respinte con 5 voti favorevoli, 22 voti contrari e 1 astensione.

Presenti: 34 consiglieri, votanti: 27, non votanti: 6 (Faistnauer, Köllensperger, Ploner F., Ploner A., Rieder, Widmann).

Hanno votato sì i consiglieri Atz Tammerle, Knoll, Leiter Reber, Mair e Unterholzner.

Hanno votato no i consiglieri Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Hochgruber Kuenzer, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Noggl, Renzler, Repetto, Schuler, Staffler, Tauber, Urzi, Vallazza, Vettorato, Vettori.

Si è astenuto il consigliere Nicolini.

Apro la votazione sulla parte dispositiva.

*(Votazione per appello nominale con procedimento elettronico -
Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung)*

La parte dispositiva è respinta con 3 voti favorevoli, 22 voti contrari e 2 astensioni.

Presenti: 34 consiglieri, votanti: 25, non votanti: 7 (Faistnauer, Köllensperger, Noggl, Ploner F., Ploner A., Rieder, Widmann).

Hanno votato sì i consiglieri Atz Tammerle, Knoll e Unterholzner.

votato no i consiglieri Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Hochgruber Kuenzer, Ladurner, Lanz, Leiter Reber, Locher, Mair, Mattei, Renzler, Repetto, Schuler, Staffler, Tauber, Urzi, Vallazza, Vettorato, Vettori.

Si sono astenuti i consiglieri Nicolini e Staffler.

Punto 5) all'ordine del giorno: "**Voto n. 20/21 del 14/4/2021, presentata dai consiglieri Repetto, Ladurner, Foppa, Amhof e Rieder, riguardante tampon tax e 'period poverty'**" (continuazione).

Punkt 5 der Tagesordnung: "**Begehrensantrag Nr. 20/21 vom 14.4.2021, eingebracht von den Abgeordneten Repetto, Ladurner, Foppa, Amhof e Rieder, betreffend Tamponsteuer und 'Periodenarmut'**" (Fortsetzung).

La trattazione del voto è iniziata il 15/4/2021.

Do la parola al consigliere Repetto.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Lo avevamo già discusso e mancava solo la mia replica che non faccio, perché dovevamo già fare la votazione, era scaduto il tempo per l'opposizione e l'abbiamo rinviata alla volta successiva.

PRESIDENTE: Un attimo che controlliamo.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): A me sembra di dover fare la replica, io mi ricordavo questo. Sono passati due mesi e non mi ricordo.

PRESIDENTE: Grazie consigliere Repetto, effettivamente era stato presentato, però la discussione è ancora aperta, se qualche consigliere vuole intervenire, altrimenti non c'è nessun problema per chiuderla, però se qualche consigliere vuole ancora intervenire lo può fare. Prego consiglia Foppa sull'ordine dei lavori.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie presidente! Intervengo sull'ordine dei lavori solo per spiegare cos'è successo, abbiamo iniziato la trattazione congiunta di due documenti, il collega Repetto ha spiegato il suo voto, io ho spiegato la nostra mozione, secondo il mio ricordo è intervenuta la collega Ladurner che ha spiegato gli emendamenti, dopodiché è finito il tempo della minoranza.

Adesso il collega Repetto per questa sessione ha anticipato questo voto, mentre la mozione che avevo esposto io è finita nell'ultima sezione, perché l'abbiamo rinviata e quindi, anche se adesso nella teca sono insieme, credo che oggi all'ordine del giorno ci sia solo il voto del collega Repetto, la nostra mozione no, perché è finita nell'ultima sezione dell'ordine del giorno.

PRESIDENTE: Esatto! Ha detto perfettamente, consiglia Foppa, quindi oggi si vota esclusivamente il voto n. 20, presentato dal primo firmatario consigliere Repetto e da altri consiglieri.

Ha chiesto di intervenire la consigliera Mair. Prego.

MAIR (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsidentin! Ich möchte ganz kurz etwas sagen. Mir geht das Ansinnen in Ordnung, das heißt, dass man den Steuersatz senkt. Ich möchte aber in Erinnerung rufen, dass es Länder gibt, die das bereits gemacht haben, mit der Folge, dass der Preis für die Produkte gestiegen ist. Die Hersteller reagieren also schon auf irgendeine Art und Weise. Ich hätte einen Wunsch. Der Kollege Repetto hat das letzte Mal gesagt, dass die Menstruation immer noch ein Tabuthema sei. Dem kann ich absolut nicht zustimmen. Inkontinenz ist ein Tabuthema, und das betrifft sowohl Männer als auch Frauen, und zwar nicht nur Senioren, sondern auch Jüngere. Wenn wir wirklich einen Schritt machen möchten, dann möchte ich, dass man die Hygieneartikel für inkontinente Personen mit in diesen Antrag hineinnimmt, denn auch für diese beträgt der Steuersatz 22 Prozent. Wie gesagt, das ist ein Tabuthema, von dem beide Geschlechter gleichermaßen betroffen sind. Es ist ein Thema, das nicht nur Senioren, sondern auch jüngere Menschen betrifft. Man sollte sich also nicht nur auf die Menstruation konzentrieren, sondern, wenn schon, auch dieses Thema miteinzubinden, da die Hygieneartikel ähnliche sind. Ich meine Windeln für Erwachsene.

Natürlich ist es absolut in Ordnung, dass man von der Luxussteuer wegkommt. Ich gebe allerdings zu bedenken, dass es in der Praxis bereits Beispiele gibt, bei denen die Hersteller die Preise für die Produkte erhöht haben.

DEEG (Landesrätin für Soziales, Wohnbau, Familie und Senioren - SVP): Sehr geschätzte Präsidentin, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir können da kurz sein. Es war eine sehr gute und konstruktive Debatte über ein nicht einfaches, aber äußerst wichtiges Thema. Die Kollegin Ulli Mair hat ein weiteres sehr wichtiges Thema angesprochen. Es geht darum, die Themen zu benennen und in der Diskussion dafür zu sensibilisieren. Der Südtiroler Landtag sollte ein starkes Zeichen im Sinne des sich Leistenkönnens von Dingen des normalen Alltages für junge Mädchen und Frauen setzen, verbunden mit der Bitte, die Mehrwertsteuer schnellstmöglich von 22 auf die dringend gebotenen 4 Prozent zu reduzieren. In diesem Sinne unterstützen wir das natürlich gerne. Ich darf allen, die hier mitgewirkt und sich eingebracht haben, danken.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie presidente! Ringrazio anche la Giunta e naturalmente tutti quelli con cui abbiamo rimodulato la parte dispositiva. Io direi di andare avanti in quest'ottica anche se la collega Ulli Mair naturalmente tocca un argomento molto importante, la questione dell'incontinenza e dei presidi che vengono passati dalla parte sanitaria.

Io direi di muoverci adesso su questa base e cercare di spingere e fare pressione sul Parlamento, affinché venga modificata questa tassazione. Grazie!

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione sul voto. Apro la votazione: approvato con 30 voti favorevoli e 2 astensioni.

Punto 6) all'ordine del giorno: "**Voto n. 23/21 del 6/5/2021, presentato dai consiglieri Leiter Reber, Mair, Rieder, Köllensperger, Ploner A., Ploner F., Faistnauer, Knoll, Atz Tammerle, Unterholzner, Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante cancellazione dell'obbligo vaccinale per il personale sanitario e sociosanitario**".

Punkt 6 der Tagesordnung: "**Begehrensantrag Nr. 23/21 vom 6/5/2021, eingebracht von den Abgeordneten Leiter Reber, Mair, Rieder, Köllensperger, Ploner A., Ploner F., Faistnauer, Knoll, Atz Tammerle, Unterholzner, Foppa, Dello Sbarba e Staffler, betreffend Aufhebung der Impfpflicht für das Personal im Gesundheits- und Pflegebereich**".

Cancellazione dell'obbligo vaccinale per il personale sanitario e sociosanitario

Il 2 aprile 2021 è entrato in vigore il decreto Draghi che prevede la sospensione dal lavoro oppure il trasferimento ad altra mansione dei collaboratori e delle collaboratrici delle strutture sociosanitarie, le case di riposo, le farmacie e le cliniche convenzionate che non si sottopongono alla vaccinazione contro il Covid-19. In Italia è così di fatto entrato in vigore l'obbligo vaccinale per coloro che esercitano professioni sanitarie e sociosanitarie.

Nel dicembre 2020 il premier Conte aveva escluso il vaccino obbligatorio e ancor prima, a inizio novembre, il ministro della salute Roberto Speranza aveva dichiarato che non intendeva rendere obbligatorio il vaccino contro il Covid. Nel Governo si voleva piuttosto puntare su "una grande campagna di persuasione" per convincere la popolazione a vaccinarsi e raggiungere l'immunità di gregge.

Nonostante le rassicurazioni, lo Stato ha ora imposto l'obbligo vaccinale al personale infermieristico, ai medici e ai collaboratori/alle collaboratrici.

I medici della provincia di Bolzano sono contrari all'obbligo vaccinale

A metà aprile 2021 il direttivo della Società Altoatesina di Medicina Generale (SAMG) si è a grande maggioranza dichiarato contrario all'obbligo vaccinale per il personale sanitario, opponendosi così all'imposizione dello Stato. La SAMG è la maggiore associazione di medicina generale esistente in provincia di Bolzano, di cui fanno parte circa due terzi dei medici di base.

Uno su quattro non è vaccinato

Il 29 aprile 2021 è stato reso noto che 5.753 dei 20.000 collaboratori e collaboratrici dell'Azienda sanitaria, delle case di riposo, dei servizi sociali e delle cliniche private convenzionate hanno

rifiutato il vaccino. La parte più consistente è costituita da operatori/operatrici delle RSA. A tutte queste persone è stato chiesto di spiegare il motivo per il quale non sono ancora vaccinate. Qualora non dovessero fornire una valida giustificazione, l'Azienda sanitaria provvederà a inviare un ultimo invito, dopodiché, se anche questo dovesse rimanere inevaso, seguirà una comunicazione dell'Azienda sanitaria alle persone interessate, al datore di lavoro e agli ordini professionali, in cui si chiede di trasferire questa persona in un ambito lavorativo privo di contatti con altre persone oppure di sospenderla.

Carenza di personale

Come in molte altre regioni, anche nella nostra provincia si registra da anni una crescente mancanza di personale sanitario. Questa carenza è particolarmente preoccupante nei molteplici ambiti dell'assistenza sociosanitaria. E l'attuale obbligo di vaccinazione aggrava ulteriormente la situazione. Se solo una parte del personale sociosanitario attualmente non vaccinato dovesse essere sospeso, alcuni servizi e strutture essenziali non potrebbero più essere garantiti.

Gli Stati europei puntano soprattutto sulla vaccinazione su base volontaria

Nella maggior parte dei Paesi europei non è previsto alcun obbligo vaccinale, neanche per determinate categorie professionali. Né in Germania, Francia o Austria si sta attualmente percorrendo questa strada, ma invece si punta piuttosto sull'informazione e su campagne che trasmettono messaggi positivi.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano sollecita
il presidente del Consiglio dei ministri,
il Governo e il Parlamento*

- 1. a rivedere l'obbligo della vaccinazione anti SARS-CoV-2 per il personale delle strutture sociosanitarie, delle case di riposo, delle farmacie e delle cliniche convenzionate, di cui all'articolo 4 del decreto-legge 1° aprile 2021, n. 44, cancellando la sospensione ivi prevista;*
- 2. a rispettare il principio della volontarietà nelle vaccinazioni anti Covid attualmente disponibili senza scardinarlo indirettamente;*
- 3. a puntare piuttosto su una vasta campagna informativa con messaggi positivi, al posto dell'obbligo vaccinale diretto o indiretto.*

Aufhebung der Impfpflicht für das Personal im Gesundheits- und Pflegebereich

Am 2. April 2021 trat das Draghi-Dekret in Kraft, welches vorsieht, dass Mitarbeiter in sozio-sanitären Berufen, Altersheimen, Apotheken und konventionierten Kliniken versetzt oder bis Jahresende ohne Bezahlung von der Arbeit suspendiert werden, wenn sie sich nicht gegen COVID-19 impfen lassen würden. Damit trat in Italien de facto ein Impfzwang für das Personal im Gesundheits- und Pflegebereich in Kraft.

Noch am Jahresende 2020 bekräftigte Ministerpräsident Conte, dass die Einführung einer Corona-Impfpflicht ausgeschlossen werde. Bereits Anfang November machte Gesundheitsminister Roberto Speranza deutlich, dass Italien keine Impfpflicht gegen die Corona-Pandemie einführen wolle. Vielmehr sei innerhalb der Regierung eine „großangelegte Überzeugungskampagne“ angedacht, damit die Bevölkerung das Impfangebot annehme, um eine Herdenimmunität zu erreichen.

Trotz dieser Zusicherungen werden Pflegekräfte, Ärzte und Mitarbeiter nun einem staatlichen Impfzwang ausgesetzt.

Südtiroler Mediziner gegen Impfzwang

Mitte April 2021 hat sich der Vorstand der Südtiroler Gesellschaft für Allgemeinmedizin (SÜGAM) mit großer Mehrheit gegen einen Impfzwang für das Gesundheitspersonal ausgesprochen und stellte sich damit gegen den staatlichen Zwang. Die SÜGAM ist die größte Interessensvertretung der Hausärzte in Südtirol, ihr gehören etwa drei Viertel der Allgemeinmediziner an.

Jeder vierte Mitarbeiter ist nicht geimpft

Am 29. April 2021 wurde veröffentlicht, dass 5.753 der insgesamt 20.000 Mitarbeiter im Südtiroler Gesundheitsbetrieb, den Seniorenheimen, Sozialdiensten und konventionierten Privatkliniken sich nicht impfen haben lassen. Der größte Teil soll dabei auf die Mitarbeiter der Seniorenheime entfallen. Diese Mitarbeiter wurden in der Folge aufgefordert sich zu erklären, warum sie sich bis

jetzt nicht impfen haben lassen. Sollte keine entsprechende Begründung abgegeben werden, wird seitens der Sanitätsbetriebe eine letzte Einladung zur Impfung ausgestellt und sollte diese nicht wahrgenommen werden, so erfolgt eine Meldung des Sanitätsbetriebes an die Betroffenen, den Arbeitgeber und die Berufskammern, wonach die Mitarbeiter in einen Bereich ohne Personenkontakt versetzt oder suspendiert werden sollen.

Personalnotstand

Wie in vielen anderen Regionen nimmt auch in Südtirol der Personalmangel im gesamten Gesundheitsbereich seit Jahren zu. Besonders im vielfältigen Bereich der Pflege herrscht bereits ein alarmierender Notstand an Mitarbeitern. Der derzeitige Impfwang verschärft die Situation zusätzlich. Würde jetzt auch nur ein Teil der aktuell nicht-geimpften Mitarbeiter im Südtiroler Gesundheits- und Pflegewesen suspendiert werden, so könnten essenzielle Dienste und Strukturen nicht mehr aufrechterhalten werden.

Europäische Staaten setzen vorwiegend auf Freiwilligkeit

Die meisten europäischen Staaten sehen keinen Impfwang vor – auch nicht für bestimmte Berufskategorien. Weder in Deutschland, Frankreich noch in Österreich wird ein derartiger Schritt angedacht und stattdessen auf Aufklärung, Information und positive Kampagnen gesetzt.

Dies vorausgeschickt

*fordert der Südtiroler Landtag
den italienischen Ministerpräsidenten, die Regierung und das italienische
Parlament dazu auf,*

- 1. die im Artikel 4 des Gesetzesdekrets Nr. 44 vom 1. April 2021 verabschiedete Verpflichtung zur Anti-SARS-CoV-2-Impfung für Mitarbeiter in sozio-sanitären Berufen, Altersheimen, Apotheken und konventionierten Kliniken zu überdenken und die darin vorgesehenen Suspendierungen zurückzunehmen;*
- 2. den Grundsatz der Freiwilligkeit hinsichtlich der derzeit zur Verfügung stehenden COVID-19-Impfungen zu respektieren und nicht indirekt auszuhebeln;*
- 3. an Stelle einer direkten oder indirekten Impfpflicht auf umfassende Aufklärung, Information und positive Kampagnen zu setzen.*

I presentatori hanno presentato il seguente emendamento sostitutivo:

"Cancellazione dell'obbligo vaccinale per il personale sanitario e sociosanitario

Il 2 aprile 2021 è entrato in vigore il decreto Draghi che prevede la sospensione dal lavoro oppure il trasferimento ad altra mansione dei collaboratori e delle collaboratrici delle strutture sociosanitarie, le case di riposo, le farmacie e le cliniche convenzionate che non si sottopongono alla vaccinazione contro il Covid-19. Il 28 maggio 2021 tale obbligo vaccinale è stato confermato dalla legge statale n. 76/21. In Italia è così di fatto entrato in vigore l'obbligo vaccinale per coloro che esercitano professioni sanitarie e sociosanitarie.

Nel dicembre 2020 il premier Conte aveva escluso il vaccino obbligatorio e ancor prima, a inizio novembre, il ministro della salute Roberto Speranza aveva dichiarato che non intendeva rendere obbligatorio il vaccino contro il Covid. Nel Governo si voleva piuttosto puntare su "una grande campagna di persuasione" per convincere la popolazione a vaccinarsi e raggiungere l'immunità di gregge.

Nonostante le rassicurazioni, lo Stato ha ora imposto l'obbligo vaccinale al personale infermieristico, ai medici e ai collaboratori/alle collaboratrici.

I medici della provincia di Bolzano sono contrari all'obbligo vaccinale

A metà aprile 2021 il direttivo della Società Altoatesina di Medicina Generale (SAMG) si è a grande maggioranza dichiarato contrario all'obbligo vaccinale per il personale sanitario, opponendosi così all'imposizione dello Stato. La SAMG è la maggiore associazione di medicina generale esistente in provincia di Bolzano, di cui fanno parte circa due terzi dei medici di base.

Uno su quattro non è vaccinato

Il 29 aprile 2021 è stato reso noto che 5.753 dei 20.000 collaboratori e collaboratrici dell'Azienda sanitaria, delle case di riposo, dei servizi sociali e delle cliniche private convenzionate hanno rifiutato il vaccino. La parte più consistente è costituita da operatori/operatrici delle RSA.

A tutte queste persone è stato chiesto di spiegare il motivo per il quale non sono ancora vaccinate. Qualora non dovessero fornire una valida giustificazione, l'Azienda sanitaria provvederà a inviare un ultimo invito, dopodiché, se anche questo dovesse rimanere inevaso, seguirà una comunicazione dell'Azienda sani-

taria alle persone interessate, al datore di lavoro e agli ordini professionali, in cui si chiede di trasferire questa persona in un ambito lavorativo privo di contatti con altre persone oppure di sospenderla.

Carenza di personale

Come in molte altre regioni, anche nella nostra provincia si registra da anni una crescente mancanza di personale sanitario. Questa carenza è particolarmente preoccupante nei molteplici ambiti dell'assistenza socio-sanitaria. E l'attuale obbligo di vaccinazione aggrava ulteriormente la situazione. Se solo una parte del personale socio-sanitario attualmente non vaccinato dovesse essere sospeso, alcuni servizi e strutture essenziali non potrebbero più essere garantiti.

Gli Stati europei puntano soprattutto sulla vaccinazione su base volontaria

Nella maggior parte dei Paesi europei non è previsto alcun obbligo vaccinale, neanche per determinate categorie professionali. Né in Germania, Francia o Austria si sta attualmente percorrendo questa strada, ma invece si punta piuttosto sull'informazione e su campagne che trasmettono messaggi positivi.

Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano sollecita
il presidente del Consiglio dei
ministri, il Governo e il Parlamento

1. a rivedere l'obbligo della vaccinazione anti SARS-CoV-2 per il personale della sanità e delle strutture socio-sanitarie, revocando le sospensioni previste dall'articolo 4 del decreto-legge 1° aprile 2021, n. 44, e confermate dalla legge statale 28 maggio 2021, n. 76;
2. a rispettare il principio della volontarietà nelle vaccinazioni anti Covid-19 attualmente disponibili senza scardinarlo indirettamente;
3. a puntare piuttosto su una vasta campagna informativa con messaggi positivi, al posto dell'obbligo vaccinale diretto o indiretto".

"Aufhebung der Impfpflicht für das Personal im Gesundheits- und Pflegebereich

Am 2. April 2021 trat das Draghi-Dekret in Kraft, welches vorsieht, dass Mitarbeiter in sozio-sanitären Berufen, Altersheimen, Apotheken und konventionierten Kliniken versetzt oder bis Jahresende ohne Bezahlung von der Arbeit suspendiert werden, wenn sie sich nicht gegen COVID-19 impfen lassen würden. Am 28. Mai 2021 wurde diese Impfpflicht mit dem Staatsgesetz Nr. 76/21 bestätigt. Damit trat in Italien de facto ein Impfzwang für das Personal im Gesundheits- und Pflegebereich in Kraft.

Noch am Jahresende 2020 bekräftigte Ministerpräsident Conte, dass die Einführung einer Corona-Impfpflicht ausgeschlossen werde. Bereits Anfang November machte Gesundheitsminister Roberto Speranza deutlich, dass Italien keine Impfpflicht gegen die Corona-Pandemie einführen wolle. Vielmehr sei innerhalb der Regierung eine „großangelegte Überzeugungskampagne“ angedacht, damit die Bevölkerung das Impfangebot annehme, um eine Herdenimmunität zu erreichen.

Trotz dieser Zusicherungen werden Pflegekräfte, Ärzte und Mitarbeiter nun einem staatlichen Impfzwang ausgesetzt.

Südtiroler Mediziner gegen Impfzwang

Mitte April 2021 hat sich der Vorstand der Südtiroler Gesellschaft für Allgemeinmedizin (SÜGAM) mit großer Mehrheit gegen einen Impfzwang für das Gesundheitspersonal ausgesprochen und stellte sich damit gegen den staatlichen Zwang. Die SÜGAM ist die größte Interessensvertretung der Hausärzte in Südtirol, ihr gehören etwa drei Viertel der Allgemeinmediziner an.

Jeder vierte Mitarbeiter ist nicht geimpft

Am 29. April 2021 wurde veröffentlicht, dass 5.753 der insgesamt 20.000 Mitarbeiter im Südtiroler Gesundheitsbetrieb, den Seniorenheimen, Sozialdiensten und konventionierten Privatkliniken sich nicht impfen haben lassen. Der größte Teil soll dabei auf die Mitarbeiter der Seniorenheime entfallen.

Diese Mitarbeiter wurden in der Folge aufgefordert sich zu erklären, warum sie sich bis jetzt nicht impfen haben lassen. Sollte keine entsprechende Begründung abgegeben werden, wird seitens der Sanitätsbetriebe eine letzte Einladung zur Impfung ausgestellt und sollte diese nicht wahrgenommen werden, so erfolgt eine Meldung des Sanitätsbetriebes an die Betroffenen, den Arbeitgeber und die Berufskammern, wonach die Mitarbeiter in einen Bereich ohne Personenkontakt versetzt oder suspendiert werden sollen.

Personalnotstand

Wie in vielen anderen Regionen nimmt auch in Südtirol der Personalmangel im gesamten Gesundheitsbereich seit Jahren zu. Besonders im vielfältigen Bereich der Pflege herrscht bereits ein alarmierender Notstand an Mitarbeitern. Der derzeitige Impfzwang verschärft die Situation zusätzlich. Würde jetzt auch nur ein

Teil der aktuell nicht-geimpften Mitarbeiter im Südtiroler Gesundheits- und Pflegewesen suspendiert werden, so könnten essenzielle Dienste und Strukturen nicht mehr aufrechterhalten werden.

Europäische Staaten setzen vorwiegend auf Freiwilligkeit

Die meisten europäischen Staaten sehen keinen Impfzwang vor – auch nicht für bestimmte Berufskategorien. Weder in Deutschland, Frankreich noch in Österreich wird ein derartiger Schritt angedacht und stattdessen auf Aufklärung, Information und positive Kampagnen gesetzt.

Dies vorausgeschickt

fordert der Südtiroler Landtag den
italienischen Ministerpräsidenten, die Regierung und das
italienische Parlament dazu auf,

1. die Verpflichtung zur Anti-SARS-CoV-2-Impfung für Mitarbeiter im Gesundheitswesen und in soziosanitären Berufen zu überdenken und die darin vorgesehenen Suspendierungen zurückzunehmen, welche in Artikel 4 des Gesetzesdekrets Nr. 44 vom 01. April 2021 verabschiedet und durch das Staatsgesetz 76/21 vom 28 Mai 2021 bestätigt wurde;
2. den Grundsatz der Freiwilligkeit hinsichtlich der derzeit zur Verfügung stehenden COVID-19-Impfungen zu respektieren und nicht indirekt auszuhebeln;
3. an Stelle einer direkten oder indirekten Impfpflicht auf umfassende Aufklärung, Information und positive Kampagnen zu setzen.

Do la parola al consigliere Leiter Reber per l'illustrazione del voto così emendato.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das Thema der Impfpflicht für das Gesundheitspersonal hat in Südtirol in den letzten Wochen hohe Wellen geschlagen. Es hat unterschiedliche Aussagen von Seiten der Landesregierung bzw. einzelner Landesräte und auch von den Oppositionsparteien gegeben. Der Begehrensantrag wird von weiten Teilen der Opposition im Südtiroler Landtag mitgetragen, und zwar vom gesamten Team K, der Süd-Tiroler Freiheit, den Grünen und von der Fraktion Enzian. Es handelt sich um einen Begehrensantrag, der den italienischen Ministerpräsidenten, die Regierung und das italienische Parlament dazu aufrufen soll, die Verpflichtung zur Anti-SARS-Cov2-Impfung für Mitarbeiter im Gesundheitswesen und in soziosanitären Berufen zu überdenken und die vorgesehenen Suspendierungen zurückzunehmen, welche mit Artikel 4 des Gesetzesdekretes Nr. 44 vom 1. April 2021 verabschiedet und erst kürzlich durch das Staatsgesetz Nr. 76 vom 28. Mai bestätigt worden sind. Warum? Ich möchte keine Debatte für oder gegen die Impfung eröffnen oder Impfgegner gegen Impfbefürworter ausspielen. Um das geht es überhaupt nicht. Es geht einzig und allein darum, den Grundsatz der Freiwilligkeit und der persönlichen Entscheidung beizubehalten. Deshalb haben wir im beschließenden Teil zwei weitere Absätze hinzugefügt. Wir rufen auch dazu auf, den Grundsatz der Freiwilligkeit hinsichtlich der derzeit zur Verfügung stehenden Covid19-Impfungen zu respektieren und nicht indirekt auszuhebeln. Anstelle einer direkten oder indirekten Impfpflicht soll auf umfassende Aufklärung, Information und positive Kampagnen gesetzt werden. Mit dieser Impfpflicht sind ja Suspendierungen verbunden. Wer sich nicht impfen lässt, wird entweder innerhalb der Strukturen versetzt oder, wenn das nicht möglich ist, suspendiert. Wenn wir von Kranken-, Altenpflegern usw. sprechen, so haben diese natürlich Kontakt zu den Patienten. Das wäre also ein völlig anderes Berufsbild und außerdem hätten die Strukturen nicht einmal die Plätze dafür. Wir wissen nicht erst seit dem Brief, der von mehreren hundert KrankenpflegerInnen und MitarbeiterInnen im Gesundheitsbereich unterzeichnet worden ist, wie viele Personen es zum jetzigen Zeitpunkt gibt, die sich nicht impfen lassen wollen. Ich warne davor, diese Menschen als Impfgegner oder Covid-Leugner zu deklarieren, denn das sind sie vielfach sind. Es sind Menschen, die beispielsweise bereits eine Covid-Erkrankung durchlaufen haben, den Antikörpertest gemacht haben und sagen, dass sie sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht impfen lassen möchten. Dann gibt es junge Frauen, die sagen, dass sie sich nicht impfen lassen möchten, weil es noch Unklarheiten gibt oder sie sich nicht als Risikogruppe sehen. Dann hört man immer wieder den Vorwurf, dass gerade die Personen, die im Gesundheitsbereich arbeiten, besonders solidarisch sein sollten. Das kann eine Argumentation sein, aber auf der anderen Seite sagen diese dann: "Die Impfung schützt einen selbst vor einem schweren Verlauf und nicht mein Gegenüber. Deshalb ist es wichtig, dass der Risikopatient geschützt ist." All diese verschiedenen Argumente fließen ein und ergeben dieses Stimmungsbild vor Ort. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Beruf der Pflege in den Krankenhäusern und Seniorenwohnheimen und soziosanitären Strukturen kein leichter Job ist. Das haben wir im letzten Eindruck eindrücklich erlebt. Neben der Problematik, die diese Berufsbilder haben – Arbeitszeiten, physische und psychische Belastung, geringe Bezah-

lung im Vergleich zu anderen Kategorien und Berufsbildern – gibt es jetzt auch noch die Impfpflicht, die für viele das Fass zum Überlaufen bringt. Wie gesagt, es geht hier in keinsten Weise darum, Impfbefürworter gegen Impfgegner auszuspielen und umgekehrt, sondern einfach darum, den freien Zugang und die Überzeugung und nicht den Zwang voranzustellen. Ich habe mich sehr gefreut, als ich in den Medien gelesen habe, dass sowohl der Gesundheitslandesrat als auch die Soziallandesrätin gesagt haben, dass ihnen ein freiwilliger Weg lieber wäre. Im Übrigen sagen auch viele Studien, dass die Freiwilligkeit bis zum Schluss zum selben Ergebnis führt wie die Pflicht. Wenn man jetzt hergeht und diese Impfpflicht einführt, dann riskiert man, dass jene Berufsbilder, die wir in den letzten 1 ½ Jahren am notwendigsten gebraucht haben und wo wir wissen, dass wir bei diesen einen enormen Mangel haben – der bestand ja schon vor Corona ... Ich darf daran erinnern, liebe Kollegen hier im Landtag, dass Ihr einen Antrag abgelehnt habt, mit welchem wir gefordert haben, die Pflegeberufe insgesamt attraktiver zu machen. Ich habe gemerkt, dass von der Kollegin Amhof etwas Ähnliches in diese Richtung kommt. Wir haben natürlich die Größe mitzustimmen, denn uns geht es nicht darum, von wem die Idee kommt, sondern uns geht es um die Sache und darum, dass wir diesen Notstand beheben. Eines wissen wir seit Jahrzehnten, nämlich, dass gerade im Pflege- und medizinischen Bereich in ganz Europa ein großer Wettbewerb besteht. Wir werden nicht umhinkommen, hier nachzurüsten und unsere Pflegeberufe attraktiver zu gestalten, um ein guter und attraktiver Standort für Pflegeberufe zu werden.

Ich möchte den betroffenen Personen wirklich nichts vormachen. Wir alle wissen, wie es mit den Begehrensanträgen geht. Es ist ein Bekenntnis des Landtages und ein Ruf, der nach Rom geht, der alleine aber nicht viel bewirkt. Da braucht es die Unterstützung von anderen Regionen, denn ich kann mir kaum vorstellen, dass die römische Regierung nur aufgrund eines Begehrensantrages des Südtiroler Landtages einlenkt. Man hört, dass auch aus anderen Regionen, beispielsweise aus dem Veneto, entsprechender Druck kommt. Wir als Abgeordnete hier im Landtag sind es den vielen Pflegekräften draußen schuldig, deren Stimme zu hören und die Bedenken, die sie haben, ernst zu nehmen. Vor allem aber sind wir es den vielen Pflegebedürftigen und dem Sanitätswesen schuldig, dass wir es nicht zulassen, die eh schon angespannte Situation noch zusätzlich zu verschärfen, wenngleich es nicht unsere Entscheidung war, die Impfpflicht einzuführen. Wir dürfen diese nicht sang- und klanglos einfach hinnehmen. Danke!

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Ich finde diesen Begehrensantrag sehr gut und unterstützenswert. Ich bin der Meinung, dass es für niemanden eine Impfpflicht geben darf, vor allem nicht in Zusammenhang mit der Corona-Impfung, die innerhalb so kurzer Zeit entwickelt worden ist und somit nahezu keine Testungen oder Langzeiterprobungen aufweisen kann. Die Hersteller sagen ja selber, dass sie die Nebenwirkungen nicht kennen. Mittlerweile kennen wir einige Nebenwirkungen, die fatal sind. Eine Ärztin des Bozner Krankenhauses hat mich gefragt, ob ich einen Impfstoff kennen würde, der keine Nebenwirkungen hat. Jede Impfung hat Nebenwirkungen, aber das, was derzeit, was mit den Corona-Impfstoffen geschieht, wo jeden Tag Propaganda gemacht und gesagt wird, dass sie sicher sind ... Ich würde mich nie trauen, so etwas zu sagen, weil man das nicht weiß. Jetzt wird sogar darüber diskutiert, dass Corona-Geimpfte aufgrund Thrombose-Risiken nicht fliegen dürfen. Ja was soll das dann? Deshalb ist dieser Begehrensantrag absolut zu unterstützen. Die Politiker in Rom sollen sich dringend dafür einsetzen, dass sich die Impfpflicht nicht weiter ausweitet. Man hört ja schon, dass im Herbst eine Impfpflicht für Kinder und Schüler kommen lassen, was wirklich fatal wäre.

URZÌ (Fratelli d'Italia): Grazie presidente! Come dire, i vecchi amori non si scordano mai e quindi se poi in fondo si è intrinsecamente un po' *no vax*, alla fine bisogna trovare il modo per esprimerlo, questa mozione lo esprime, ma non vorrei scivolare sul terreno della valutazione morale, io rimarrei su una valutazione molto più tecnica, peraltro sono molto sorpreso dal fatto che, devo riconoscerlo, il gruppo dei Verdi, che è sempre molto attento a richiamare i principi normativi, in questo caso sottoscrive un documento che dice che in deroga a quanto stabilito dalla legge, in Alto Adige non si sa per quale motivo si dovrebbe fare in maniera diversa. Ma se è previsto dalla legge, come si fa a derogare alla legge? Eventualmente si deve modificare la legge e siccome peraltro questo è un tema di dibattito molto ampio, ebbene ci sono gli strumenti eventualmente per avviare una sana riflessione sul tema, ma se c'è la legge c'è la legge, e quindi questo solo per rimanere sul piano della tecnica, perché è una contraddizione dire, e scriverlo anche, "abbiamo un obbligo, ma facciamo una cosa dai, non lo rispettiamo".

Non si può votare un documento di questo tipo, mi trovo ovviamente molto d'accordo su un principio generale di volontarietà, tanto è vero che abbiamo presentato in questo Consiglio una mozione, a suo tempo, che prevedeva, Vi posso citare la data, l'avvio di una forte campagna vaccinale, di cultura vaccinale – questo

prima del Covid, attenzione – e questo Consiglio, compresi coloro che hanno sottoscritto questo voto, votarono contro.

Allora non è che perché adesso c'è il Covid bisogna fare la campagna vaccinale, la campagna vaccinale doveva essere fatta anche prima del Covid, comunque durante il Covid ne abbiamo appreso la piena conoscenza, quindi se si è votato contro quello che oggi si scrive, mi domando: forse è perché si è presa consapevolezza con il Covid che c'è un problema molto grave e potenzialmente questo problema si potrebbe riprodurre X volte in un futuro, di fronte ad altre pandemie e quindi la consapevolezza della consapevolezza del valore vaccinale.

Però se si votava a favore a suo tempo, forse risparmiavamo tempo.

Sulla questione Covid io credo, presidente, che chi svolge un incarico di servizio pubblico nella sanità pubblica o di servizio sociale sia semplicemente – rimaniamo su questo oltre ad avere detto che esiste un obbligo di legge – un incosciente nell'assumere una sua posizione di intransigenza, che risponderà sicuramente alla propria coscienza, ma non è detto che ciascuno debba essere buono per fare ogni tipo di lavoro e quindi se io non sono competente e non sono attento nello stendere l'asfalto sulle strade è inutile che faccia l'asfaltatore di strade e questo vale e deve valere per ogni tipo di categoria, vale e deve valere ancora di più per quelle categorie che sono a contatto con situazioni deboli, fragili, e che non devono avere solo la consapevolezza del proprio io, ma anche il senso della responsabilità nei confronti degli altri. Ricordiamoci che la maggior parte dei gravissimi danni che in alcune realtà ci sono stati dal punto di vista anche dei morti è riconducibile proprio ad alcuni atteggiamenti di alcuni irresponsabili.

Io ovviamente non posso votare a favore di questo voto per tutti i motivi sopra descritti. Grazie!

PRESIDENTE: Interrompo la seduta fino alle ore 14.30.

ORE 13.00 UHR

ORE 14.35 UHR

*Conferma della presenza sulla piattaforma "Concilium" (invece dell'appello nominale) -
Bestätigung der Anwesenheit über die "Concilium"-Plattform (anstelle des Namensaufrufs)*

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Continuiamo con la trattazione del voto n. 23/21. Ha chiesto la parola la consigliera Atz Tammerle, ne ha facoltà.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Frau Präsidentin! Auch wir haben diesen Begehrensantrag mitunterzeichnet und möchten betonen, dass es hier nicht für oder gegen Impfen geht, so wie der Kollege Leiter Reber bereits gesagt hat, sondern dass man entschieden gegen einen Impfwang ist, und zwar in Zusammenhang damit, dass Personen ihre Arbeitsstelle verlieren. Damit werden Existenzen gefährdet. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen, dass ich Anrufe von weinenden Krankenschwestern bekommen habe, die gesagt haben, dass sie Patienten behandeln mussten, und zwar aufgrund von Corona, aber auch aufgrund von Folgen kurz nachdem sie geimpft worden sind. Und jetzt werden sie selbst zu genau zu dieser Impfung gezwungen. Sie würden sich in einer schwierigen familiären und finanziellen Situation befinden, weshalb sie sich jetzt zwischen einer Impfung, von der wir wissen, dass sie nur eine Notzulassung hat, ... Die Krankenschwestern und Ärzte haben die Situation genau studiert und wissen, wie heikel die Zulassungen von Impfungen und deren Auswirkungen sind. Es ist eine persönliche Entscheidung, wie man mit dem Thema Impfen umgeht. Es ist nicht tragbar, dass man das so vorschreibt, das heißt entweder man lässt sich impfen, oder sonst wird man suspendiert. Das Recht auf Arbeit muss doch immer gewährleistet sein. Das italienische Gesetz spricht ja eigentlich von einer Anti-Covid-Impfung. Im Grunde genommen ist es keine Anti-Covid-Impfung, sondern die Impfung schwächt das Virus nur ab. Man kann die Krankheit trotzdem bekommen oder sie in sich tragen – symptomatisch oder asymptomatisch – und genauso weitertragen. Deshalb gilt es hier auch von politischer Seite zu hinterfragen, ob die Formulierung im Gesetz korrekt ist und ob man hier so scharf eingreifen darf, indem man sagt: "Entweder Du lässt Dich impfen oder Du wirst suspendiert." Vielleicht ist das nur der erste Schritt hin zu einer allgemeinen Impfpflicht. Ich sage wehret den Anfängen, denn die Impfung bietet keine Garantie. Wir haben gehört, dass Großbritannien in eine neue Corona-Welle schlittert

und auch in Israel die Fälle wieder steigen. Ich will jetzt nicht die Hand ins Feuer legen, aber in den letzten Wochen soll es zu zahlreichen Fehlgeburten gekommen sein, wobei man sich fragt, ob möglicherweise aufgrund der Impfungen so viele Fehlgeburten auftreten. All dies ist noch viel wenig erforscht. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Impfung nur eine Notzulassung hat. Jetzt herzugehen und Menschen vorzuschreiben, dass sie sich impfen lassen müssen, da sie sonst ihren Job verlieren, ... Dazu sagen wir entschieden Nein!

PLONER Franz (Team K): Liebe Kolleginnen und Kollegen, was soll dieser Begehrensantrag bewirken? Es geht darum, die Impfpflicht für die Berufsgruppen im sozialen und sanitären Bereich aufzuheben bzw. abzumildern. Es geht nicht darum, eine Impfung zu verhindern, sondern es geht darum, ihnen die Freiwilligkeit wieder zurückzugeben. Leider ist das Gesetzesdekret vom 31. März nun in Gesetz umgewandelt worden, ohne sich dabei im Klaren zu sein, welche Auswirkungen das letztendlich auf die Betreuung der Patienten und Heiminsassen haben könnte. Wenn so mancher Politiker, aber auch die Gesellschaft Unverständnis über die vergleichsweise geringe Impfbereitschaft beim Gesundheitspersonal äußert – so gering ist sie im Übrigen nicht -, so sollte man doch einen Moment zuhören, bevor man die Keule der Impfpflicht bringt. Viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Gesundheitswesen, insbesondere in Krankenhäusern und Pflegeheimen, sind nach fast einem Jahr Corona-Ausnahmestand selbst am Limit. Sie brauchen also Zeit, sich für eine Impfung zu überwinden. Sie wissen, dass eine Impfung keine sterile Immunität gibt. Was heißt sterile Immunität? Wir wissen aus der Wissenschaft, dass uns die Impfung vor der Erkrankung schützt, aber sie nimmt nicht die Übertragungswahrscheinlichkeit. Wir müssen diese Menschen also davon überzeugen, dass es sinnvoll ist, sich zu impfen, und zwar zum Eigenschutz, aber auch zum Fremdschutz. Im Frühjahr waren sie noch die Helden der Gesellschaft, wobei sich im Alltag aber wenig für sie geändert hat, weder die Arbeitsbelastung noch die Bezahlung. Ein Ausnahmestand ist zu einem Dauerzustand geworden. Viele von ihnen beobachten mit Skepsis, dass die Corona-Impfung leider Gottes leider Gottes im Rekordtempo entwickelt wurde, weshalb sie über den schleppenden Start der Impfkampagne irritiert sind. Hinzu kommt, dass unter den Fachleuten noch viele Unsicherheiten hinsichtlich einer sterilen Immunität bestehen. Allen im Gesundheitswesen tätigen Personen ist bewusst, dass die Impfung einen wesentlichen Teil zur Bewältigung der Corona-Pandemie leisten wird. Dies zu erreichen, gelingt aber nur dann, wenn man ausreichend impft, und zwar die gesamte Bevölkerung, um die Impfquote auf 70 Prozent erhöhen zu können. Dann werden die wenigen Personen, die sich nicht impfen lassen, nicht von großer Bedeutung sein. Dieses Vorgehen müssen wir den mündigen Bürgern zur Verfügung stellen. Deshalb ist es meine Überzeugung, dass wir die Impfquote durch Aufklärung steigern können. Die Politik ist aufgefordert, die Menschen freiwillig mitzunehmen und sie nach und nach vom Segen dieses Impfstoffes zu überzeugen. Beschreiten wir also einen Weg der Überzeugung und nicht des Zwanges. Danke!

DEEG (Landesrätin für Soziales, Wohnbau, Familie und Senioren - SVP): Sehr geschätzte Präsidentin, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sollte Kollege Widmann noch rechtzeitig eintreffen, wird er natürlich auch noch Stellung nehmen. Einstweilen darf ich beginnen. Nie ist uns die Wertschätzung und Wichtigkeit für Menschen, die in Gesundheits- und Pflegeberufen arbeiten und tagtäglich Großartiges leisten, so bewusst geworden, wie in den letzten 14 Monaten dieser Ausnahmesituation. Ich war mit vielen von ihnen in engem Kontakt und sie haben als Team gut zusammengehalten. In vielen schwierigen Situationen waren nur das Zusammenschauen und Zusammenarbeiten das, was hat. Die Diskussion darüber, wie die Herausforderungen in diesen Bereichen sind, werden wir in nächster Zeit sicher noch länger führen, aber ich muss sagen, dass das, was jetzt passiert, gerade auch mit der Debatte, die wir jetzt führen – Sie kennen meinen Standpunkt – schade ist, denn die Stimmung ist gekippt, und zwar in vielerlei Hinsicht. Das tut mir persönlich sehr leid.

Sie wissen, dass es schon eine Debatte über die Impfpflicht gegeben hat. Sie hat mit einer relativ schnellen Einführung Eingang in das decreto legge n. 44 gefunden. Dann hat es eine parlamentarische Debatte gegeben, der ein reger Austausch mit Kolleginnen und Kollegen in anderen Regionen und Provinzen vorausgegangen ist. Ich darf Ihnen sagen, dass eigentlich nirgends in Frage gestellt wurde, dass diese Impfpflicht umgewandelt werden soll. Das ist eine Realität, der wir uns stellen müssen. Deshalb ist es dann auch effektiv zur Umwandlung in ein Staatsgesetz gekommen. Ich weiß also nicht, ob es das richtige Signal ist, jetzt noch einmal einen Begehrensantrag nach Rom zu schicken. Das Gesetz gilt und ist umzusetzen, wobei wir schon in Umsetzungsphase sind. Bezüglich einiger Punkte, darunter auch in Bezug auf den Austausch der Daten, laufen die Gespräche mit dem garante della privacy. Ich würde jetzt also nicht diese Botschaft senden wollen. Sie wissen, dass, wenn das Verfahren abgeschlossen ist, die Suspendierungen eine per Gesetz not-

wendige Folge sein werden. Ich bin davon überzeugt, dass wir jetzt eine klare Kommunikation machen und sehr viel informieren müssen. Zudem braucht es eine umfassende Beratung vom Arbeitsschutz und Arbeitsrecht, wobei die Sorgen, die in Zusammenhang mit der Impfung geäußert werden, ernst genommen werden müssen. Wir müssen ganz viel in die Information der Menschen setzen.

Wir dürfen jetzt nicht das tun, was gerade in den Social Medias passiert. Das hat die Kollegin Atz Tammerle mit der Aussage der Fehlgeburten gemacht. Bitte befeuern wir diese Ängste nicht noch zusätzlich. Frauen, die ein hohes Körperbewusstsein und eine Familienplanung auf der Agenda haben, brauchen natürlich Zusatzinformationen, aber von nichtfachlicher Seite sollten solche Zweifel nicht noch zusätzlich geschürt werden. Wir sollten die Aufklärung und Information jenen überlassen, die das fachliche Know How haben. Das sind nicht wir politische Verantwortungsträger, sondern die EMA, die zuständige Impfkommision usw.

Zum Thema selber. Wir werden dem Begehrensantrag aus diesen Gründen nicht zustimmen, wobei ich aber vorausschicken darf, dass wir ganz klar sehen, dass die Impfungen das wirksamste Mittel sind, um Infektionen sehr schnell einzudämmen. Das sage ich, weil wir die Infektionszahlen in vielen Bereichen kontinuierlich monitorieren. Das ist unmissverständlich und jeder kann nachvollziehen, dass in dem Moment, in dem wir breit impfen konnten - vor allem die Risikogruppen -, die Infektions- und Todeszahlen massiv gesunken sind. Ich bitte Sie einfach, das zur Kenntnis zu nehmen. Dann können wir über vieles reden, aber Zahlen sind immer hart facts.

Ich komme zum Schluss. Viele von Ihnen lesen regelmäßig deutsche und österreichische Zeitungen. Eine Geschichte hat mich besonders beeindruckt. Wenn Sie die Zeitung "Die Zeit" vor vier Wochen gelesen haben, so war dort eine ganze Seite in rosa, auf der gestanden ist "Bitte bleiben Sie nicht zu Hause". Da fragt man sich dann schon, was das ist, gerade in Zeiten, in denen man zu Hause bleiben sollte. Das war ein Aufruf der deutschen Krebsgesellschaft an die Menschen, doch bitte ins Krankenhaus zu gehen, wenn es ihnen nicht gut geht. Das hat mich wirklich beeindruckt. Der Aufruf war, doch bitte ins Krankenhaus zu gehen und keine Angst zu haben, sich dort zu infizieren. Das war die Botschaft! Es geht darum, Risikogruppen zu schützen und zu garantieren, dass sich Menschen in Einrichtungen sicherfühlen können, auch vor Infektionen. Man kann mit der Pflicht einverstanden sein oder nicht. Sie wissen, dass ich persönlich nicht mit der Pflicht einverstanden bin, wobei ich aber für das Impfen bin. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es neben dem Recht auf freie Wahl, ob man sich impfen lässt oder nicht, das Recht von Risikopatienten gibt, geschützt zu sein. Das gilt vor allem in den soziosanitären und sozialen Einrichtungen, und diese Verantwortung tragen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Diensten und wir alle.

Jetzt ist der Kollege Widmann gekommen. Deshalb gebe ich das Wort an ihn weiter. Danke für die Debatte und bringen wir es gut weiter.

WIDMANN (Landesrat für Gesundheit, Digitale Infrastruktur, Genossenschaftswesen - SVP):

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Kollegin Deeg hat das sehr gut und aus meiner Sicht auch richtig beschrieben. All jene Menschen, die mit vulnerablen Personen zu tun haben, haben natürlich auch die Pflicht, diese zu schützen. Das ist eine ethische Frage. Ich stehe dazu, dass ich grundsätzlich kein Befürworter von Pflichten bin, aber genauso bin ich nicht dafür, falsche Hoffnungen zu schaffen. Wir sind mitten im Erfassen von dem, was Draghi als Gesetz umgesetzt hat. Gesetz ist Gesetz, und deshalb müssen wir es einhalten. Die Impfpflicht für diese knapp 4.000 Personen besteht, und sie sind auch angeschrieben worden. Mittlerweile haben fast alle zurückgeschrieben, wobei man jetzt schauen wird, ob es Gründe gibt, nicht geimpft zu werden. Ich möchte nicht, dass in der Öffentlichkeit die Meinung entsteht, dass wir einen Begehrensantrag machen, mit dem das Problem gelöst wäre. Es ist nicht richtig, wenn wir Hoffnungen schüren, die schon rein zeitlich nie eingehalten werden könnten. Momentan ist es so, dass 111 schon eine Pflichtvormerkung bekommen haben, weil sie die letzten Termine nicht eingehalten haben. Deshalb werden die Suspendierungen weit vor dem kommen, als dass man in Rom überhaupt eine Wirkung erzielen könnte. Ich möchte noch sagen, dass bei nationalen Umfragen herausgekommen ist, dass die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Meinung ist, dass es richtig ist, dass diese Personen geimpft gehören. Wie gesagt, ich würde mehr auf Aufklärung setzen, aber es ist nun einmal Gesetz, das wir umsetzen müssen. Deshalb wäre es nicht richtig, wenn wir Hoffnungen schüren würden, die nicht eingehalten werden können.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich für die Debatte, die wir schon heute Vormittag begonnen haben. Wenn Bürger untereinander diskutieren und sich über irgendeine Regelung oder ein Gesetz aufregen, dann heißt es immer: "Dann musst du eben in die Politik gehen, dann kannst Du etwas verändern." Ich nehme zur Kenntnis ...

PRESIDENTE: Scusi, consigliere, ma si deve prenotare.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Gerne, Frau Präsidentin, ich würde Sie aber ersuchen, die Zeit anzuhalten, denn das dauert etwas.

Gut, ich nehme zur Kenntnis, dass nicht nur Landesräte, sondern auch der Kollege Urzì sagt, dass es ein Gesetz gibt und wir nichts machen können, auch wenn wir möchten. Wer hat denn die Gesetze gemacht? Diese Impfpflicht gibt es derzeit nur in Italien und als politische Vertreter und Mitglieder der Landesregierung, die selbst von sich behaupten, dass sie es auch gerne anders hätten, sind wir nicht imstande zu sagen ... Wie viele Gesetze sind schon geändert worden? Schauen wir uns einmal das Raumordnungsgesetz an, das jeden zweiten oder jeden dritten Dienstag geändert wird. Sagen wir da auch: "Ja, es ist nun einmal so.?" Das tun wir nicht. Hier geht es einfach darum, ein Zeichen zu setzen und zu sagen: "Bitte überlegt Euch das." Die Erkenntnisse werden in den nächsten Monaten noch wachsen und wir werden ständig dazu lernen und die Wissenschaft wird weitergehen. Ich vermisse hier wirklich den liberalen Ansatz, den ich normalerweise beim Gesundheitslandesrat verspüre, das heißt dass er ihn nicht auch hier durchzieht und diesen Wunsch zum Ausdruck bringt. Ich möchte betonen, dass wir Freiheitliche im Vorfeld ganz klar mitgeteilt haben, auch über die sozialen Medien, dass wir mit diesem Begehrensantrag keinerlei falsche Hoffnungen machen möchten. Das haben wir ganz offen gesagt und nicht vorgegaukelt: "Wenn das durchgeht, dann ist die Impfpflicht weg." Im Gegenteil, wir haben gesagt, dass unsere Möglichkeiten eingeschränkt ist, aber was wir tun können, ist ein Zeichen aus dem Südtiroler Landtag zu setzen, mit der Bitte, die Freiwilligkeit in den Vordergrund zu stellen. Das ist der Hintergrund dieses Begehrensantrages.

Landesrätin Deeg, Sie haben vor ungefähr zehn Tagen in einem Interview die Parlamentarier in Rom bewertet und dabei gesagt, dass es Ihnen lieber wäre, wenn es freiwillig wäre, die SVP-Parlamentarier in Rom aber für das Gesetz gestimmt hätten. Auf die Frage, wie das zusammenpasst, haben Sie gesagt: "Mit der Abstimmung ein Zeichen zu setzen, hätte wenig Sinn gehabt bzw. dagegen zu sein, hätte keine Auswirkungen gehabt." Heute hat Ihre Stimme aber eine Auswirkung! Keine falschen Versprechen, sondern ein ehrlicher Wunsch! Dass wir, solange das Gesetz in Kraft ist, nicht anders können, ist ja klar, aber hier ein Zeichen zu setzen, würde Rückgrat, Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit bedeuten und mit dem zusammenpassen, was man sich persönlich wünscht. Das kann man nicht ständig trennen: Persönlich bin ich dafür, aber politisch bin ich dagegen.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione sul voto. Apro la votazione: respinto con 13 voti favorevoli e 17 voti contrari.

Punto 7) all'ordine del giorno: "*Disegno di legge provinciale n. 6/19: Tutela del clima, limitazione del traffico aereo e trasferimento alla Provincia dell'aeroporto di Bolzano*".

Punkt 7 der Tagesordnung: "*Landesgesetzentwurf Nr. 6/19: Klimaschutz, Einschränkung des Flugverkehrs und Übertragung des Flughafens Bozen an das Land*".

Do la parola al consigliere Dello Sbarba per la lettura della relazione.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): intervengo sull'ordine dei lavori. Visto che sui disegni di legge c'è un accordo per facilitare il dibattito, io rinuncerei alla lettura della relazione e farei però il primo intervento. Lo faccio adesso o lo faccio dopo il presidente della commissione?

PRESIDENTE: Va bene.

Relazione /Bericht

Obbiettivo della presente legge è quello di ridurre il più possibile il traffico e l'attività aerea in provincia di Bolzano, a cominciare da quella che si svolge nell'aeroporto di Bolzano, nel rispetto della volontà espressa dalla popolazione nel referendum del 12 giugno 2016. La presente legge vuole anche dare attuazione alla nuova normativa statale che classifica quello di Bolzano come "aeroporto di interesse provinciale" e ne dispone il trasferimento alla Provincia, che così potrà meglio esercitare le sue competenze in materia.

Il traffico aereo è, tra i sistemi di trasporto, quello più dannoso per il clima. La seguente tabella ci è stata fornita dalla stessa Giunta provinciale:

CO ₂ -EMISSIONEN EMISSIONI DI CO ₂ IN ATMOSFERA	
BAHN: TRENO:	40 g/km di CO ₂
BUS: BUS:	20 g/km di CO ₂
FLUGZEUG: AEREO:	380 g/km di CO ₂

Se la nostra Provincia vuole dare un contributo alla tutela del clima, dovrebbe fare di tutto per limitare il traffico aereo, compreso quello che si svolge nell'aeroporto di Bolzano, i cui conti da quando esiste non sono mai tornati né dal punto di vista economico, né dal punto di vista ambientale.

È stato più volte affermato che il "servizio pubblico" garantito dall'aeroporto di Bolzano era il collegamento con Roma. Negli ultimi anni, però, la modernizzazione della linea ferroviaria ha consentito di collegare il centro di Bolzano col centro di Roma comodamente in 4 ore e mezzo di viaggio: il treno è diventato così da tutti i punti di vista l'opzione migliore su questa tratta.

Per una politica dei trasporti sostenibile appare dunque preferibile investire nel trasporto pubblico locale e per coloro, le cui ragioni assolutamente comprendiamo, che devono utilizzare un viaggio aereo per spostarsi sulle grandi distanze, è preferibile realizzare un sistema di collegamento rapido via treno verso i vicini aeroporti di Verona e Innsbruck con i quali si può in molti modi rafforzare la collaborazione, sia nei sistemi di prenotazione, che nel collegamento, che in innovativi sistemi di check-in già alla partenza del treno.

Bolzano infine rientra nell'ambito di applicazione della "Convenzione delle Alpi", che nel protocollo trasporti giudica negativamente la nuova realizzazione e l'ampliamento di aeroporti.

Nel fare ciò la Provincia garantisce così il pieno rispetto della volontà espressa dall'elettorato nel referendum del 12 giugno 2016, nel quale oltre il 70% degli elettori e delle elettrici ha bocciato il disegno di legge 60/15, il collegato "piano di sviluppo aeroportuale" (citato esplicitamente dalla legge come sua base) e il relativo piano di finanziamento pubblico. Il mandato ricevuto dalla Provincia è dunque quello di contenere il più possibile l'attività aeronautica nell'aeroporto di Bolzano, a difesa dell'ambiente e della salute della popolazione e in coerenza con gli obbiettivi che si è data con il proprio "Piano Alto Adige 2050" per la tutela del clima.

L'esigenza di normare per legge le competenze della Provincia sull'aeroporto deriva infine dalla decisione della stessa Giunta provinciale di mettere in vendita o liquidare la società ABD, che garantiva finora la gestione dell'aeroporto su controllo provinciale. Se questa dismissione o liquidazione andrà in porto, è ancora più importante che – ritirandosi dalla gestione diretta – la Provincia consolidi per legge le proprie competenze regolative, in modo da avere il pieno controllo sul futuro dell'aeroporto di Bolzano, per il bene della popolazione.

Il presente disegno di legge regola dunque anche i poteri della Provincia sull'aeroporto e le misure necessarie per renderli effettivi. E ciò è reso ancora più possibile dal nuovo quadro normativo che si è creato a livello statale che prevede il trasferimento dell'aeroporto e di tutte le sue pertinenze alla Provincia autonoma di Bolzano. Tale nuovo quadro normativo ci è stato confermato dalla

stessa Giunta provinciale, nella risposta dell'assessore competente del 2 gennaio 2019 alla nostra interrogazione n. 34/2018: "Aeroporto di Bolzano trasferito alla Provincia?".

Il 2 gennaio 2016 è infatti entrato in vigore il Decreto del Presidente della Repubblica 17 settembre 2015, n. 201, "Regolamento recante l'individuazione degli aeroporti di interesse nazionale, a norma dell'articolo 698 1° comma del codice della navigazione". Tra gli aeroporti di "interesse nazionale" non compare quello di Bolzano che dunque è classificato tra gli "aeroporti di interesse regionale" (provinciale grazie al nostro Statuto speciale) per i quali nel Decreto è inserito espressamente il comma 11 che così recita:

"11. Gli aeroporti di interesse regionale o locale appartenenti al demanio aeronautico civile statale e le relative pertinenze, diversi da quelli di interesse nazionale, individuati, in base all'articolo 698 del codice della navigazione, dal presente decreto, sono trasferiti alle Regioni, ai sensi degli articoli 3 e 5 del decreto legislativo 28 maggio 2010, n. 85. Per le Regioni a statuto speciale e le Province autonome, il trasferimento è attuato in conformità alle previsioni degli Statuti speciali e delle relative norme di attuazione. Con i provvedimenti di trasferimento è disciplinato altresì il regime finanziario dei servizi".

Per il trasferimento dei beni patrimoniali esiste già una norma di attuazione applicabile (la n. 115 del 20 gennaio 1973, "Norme di attuazione dello statuto speciale per il Trentino-Alto Adige in materia di trasferimento alle Province autonome di Trento e di Bolzano dei beni demaniali e patrimoniali dello Stato e della Regione"). Ma l'entrata in vigore del citato Decreto del Presidente della Repubblica n. 201/2015 ha un significato più generale, poiché il trasferimento dell'aeroporto alla Provincia fa ricadere questa infrastruttura nell'ambito delle infrastrutture di "trasporto di interesse provinciale" per le quali l'art. 8 dello Statuto di autonomia prevede la competenza primaria. In forza di questa competenza la Provincia può avere più voce in capitolo sull'uso dell'aeroporto, sulla attività aerea che vi si svolge e sull'affidamento della sua gestione. Ciò deve farlo mettendo al primo posto la tutela della salute, il rispetto dell'ambiente, la protezione del clima, il rispetto della volontà espressa nel referendum del 2016 e i principi di partecipazione sia della popolazione che dei Comuni e delle Comunità comprensoriali interessate.

Il presente disegno di legge è composto di 9 articoli.

L'articolo 1 definisce le finalità della legge: l'attività aerea va limitata il più possibile a protezione del clima e della salute. Unica eccezione: attività aeree legate ad esigenze sanitarie, di protezione civile o di ordine pubblico.

L'articolo 2 elimina ogni finanziamento pubblico provinciale all'attività aerea e qualsiasi partecipazione a società che contribuiscano al traffico aereo nella nostra provincia.

L'articolo 3 dà attuazione al Decreto del Presidente della Repubblica 17 settembre 2015, n. 201, "Regolamento recante l'individuazione degli aeroporti di interesse nazionale, a norma dell'articolo 698 del Codice della Navigazione" e trasferisce l'aeroporto e le sue pertinenze alla Provincia.

L'articolo 4 limita l'attività aerea che è possibile svolgere nell'aeroporto di Bolzano entro i limiti richiesti dalla tutela del clima e della salute, comunque non oltre attività di "aviazione generale", e fissa per la Provincia l'obbligo di fissare d'intesa con i Comuni e le Comunità comprensoriali interessate dall'infrastruttura aeroportuale le modalità e le finalità di funzionamento dell'aeroporto.

L'articolo 5 definisce le competenze della Provincia nell'affidamento della gestione dell'aeroporto ad un soggetto gestore.

L'articolo 6 prevede un "Comitato d'intesa" sull'aeroporto di 5 componenti, di cui un/una rappresentante della Provincia, uno/una del gestore, uno/una della comunità comprensoriale Oltradige-Bassa Atesina e un/una per ciascuno dei Comuni (Bolzano e Laives) territorialmente interessati.

L'articolo 7 abroga la legge che finora ha regolato la gestione dell'aeroporto (articolo 11, LP 37/1974).

Gli articoli 8 e 9 regolano pubblicazione e entrata in vigore della legge, previa comunicazione alle autorità europee.

Zielsetzung des vorliegenden Gesetzes ist es, den Flugverkehr und den Luftverkehr in Südtirol möglichst gering zu halten, und dies in erster Linie am Flughafen Bozen, um auch dem am 12. Juni 2016 ausgedrückten Wählerwillen Rechnung zu tragen. Mit vorliegendem Gesetz werden zudem die neuen staatlichen Rechtsvorschriften, gemäß denen Bozen ein Flughafen von Lan-

desinteresse ist, umgesetzt; dabei wird dieser dem Land übertragen, das dadurch seine Zuständigkeiten besser ausüben kann.

Der Flugverkehr ist von allen Verkehrssystemen das für das Klima schädlichste System. Die nachfolgende Tabelle wurde uns vom Land selbst übermittelt:

CO ₂ -EMISSIONEN EMISSIONI DI CO ₂ IN ATMOSFERA	
BAHN: TRENO:	40 g/km di CO ₂
BUS: BUS:	20 g/km di CO ₂
FLUGZEUG: AEREO:	380 g/km di CO ₂

Wenn unser Land einen Beitrag zum Klimaschutz leisten will, dann müsste es alles daran setzen, den Flugverkehr einzuschränken; dies gilt auch für den Flughafen Bozen, der sich seit seiner Inbetriebnahme weder finanziell noch ökologisch als tragbar erwiesen hat.

Es wurde mehrmals erklärt, dass der vom Flughafen Bozen gewährleistete „öffentliche Dienst“ sich ausschließlich auf die Flugverbindung mit Rom beschränke. Allerdings wurde in den letzten Jahren durch die Modernisierung der Bahnstrecke die Fahrtzeit von Bozen bis Rom (Stadtmitte) auf viereinhalb Stunden verkürzt: So ist die Bahn mittlerweile in jeglicher Hinsicht die beste Alternative auf dieser Strecke.

Im Sinne einer nachhaltigen Verkehrspolitik ist es daher sinnvoller, in den öffentlichen Personennahverkehr zu investieren, während für jene, die das Flugzeug verwenden müssen, um lange Strecken zurückzulegen – und deren Begründungen natürlich nachvollziehbar sind – eine schnelle Verbindung zu den benachbarten Flughäfen von Verona und Innsbruck vorzuziehen ist. Zu diesem Zweck kann auch die Zusammenarbeit mit diesen Flughäfen verstärkt werden, sei es bei Buchung und Anbindungen als auch bei innovativen Check-In-Systemen schon bei der Abfahrt mit der Bahn.

Bozen liegt außerdem im Anwendungsbereich der Alpenkonvention, die sich im Verkehrsprotokoll negativ zum Neubau bzw. Ausbau von Flughäfen ausspricht.

Somit würde das Land dem Willen der Wähler Rechnung tragen, die bei der Volksabstimmung vom 12. Juni 2016 zu über 70 % gegen den Landesgesetzentwurf 60/15, den damit zusammenhängenden Entwicklungsplan (der explizit als Grundlage des Gesetzes genannt wurde) und die nötige öffentliche Finanzierung gestimmt haben. Das Land hat den Auftrag erhalten, den Luftverkehr am Flughafen Bozen möglichst gering zu halten, um die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen sowie um die Ziele des eigenen Klimaplanes „Energie-Südtirol-2050“ im Sinne des Klimaschutzes einzuhalten.

Die Notwendigkeit, die Befugnisse des Landes betreffend den Flughafen gesetzlich festzuhalten, rührt schlussendlich auch von der Entscheidung der Landesregierung selbst her, die Betreibergesellschaft ABD, die bisher den Flughafen unter der Kontrolle des Landes geführt hat, zu veräußern oder zu liquidieren. Falls dieser Verkauf oder diese Liquidierung über die Bühne gehen sollte, ist es umso wichtiger, dass das Land, wenn es aus der direkten Führung aussteigt, die eigenen Regelungsbefugnisse gesetzlich festlegt, um, zum Wohle der Bevölkerung, die Kontrolle über die Zukunft des Bozner Flughafens beizubehalten.

Der vorliegende Gesetzentwurf regelt also auch die Zuständigkeiten des Landes betreffend den Flughafen und die nötigen Maßnahmen für ihre konkrete Umsetzung. Dies wird auch durch den neuen gesetzlichen Rahmen ermöglicht, der die Übertragung des Flughafens Bozen samt Zubehör an das Land Südtirol vorsieht. Dieser neue gesetzliche Rahmen wurde uns von der Landesregierung selbst bestätigt, und zwar in der Antwort des zuständigen Landesrates vom 2. Jänner 2019 auf unsere Anfrage Nr. 34/2018 „Geht der Bozner Flughafen auf das Land über?“.

Am 2. Jänner 2016 ist nämlich das Dekret des Präsidenten der Republik vom 17. September 2015, Nr. 201, „Regolamento recante l'individuazione degli aeroporti di interesse nazionale, a norma dell'articolo 698 del Codice della Navigazione“, in Kraft getreten. Der Flughafen Bozen

wird darin nicht als Flughafen „von nationalem Interesse“, sondern „von regionalem Interesse“ (bzw. dank Autonomiestatut von lokalem Interesse) angeführt, für die Absatz 11 des Dekretes ausdrücklich Folgendes vorsieht:

„11. Die Flughäfen von regionalem oder lokalem Interesse, die zum öffentlichen Gut der staatlichen zivilen Luftfahrt gehören und sich von jenen von staatlichem Interesse gemäß Artikel 698 der Luftfahrtbestimmungen, (Codice della Navigazione) unterscheiden, gehen kraft dieses Dekrets und im Sinne der Artikel 3 und 5 des gesetzesvertretenden Dekrets vom 28. Mai 2010, Nr. 85, samt ihrem Zubehör an die Regionen über. Im Falle der Regionen mit Sonderstatut und der autonomen Provinzen soll der Übergang gemäß den Bestimmungen der Sonderstatute und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen erfolgen. Mit den Maßnahmen zum Übergang soll auch die Finanzierung der Dienste geregelt werden.“

Was die Übertragung der Vermögensgüter betrifft, so gibt es bereits eine Durchführungsbestimmung, die angewandt werden kann („Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut für Trentino-Südtirol auf dem Gebiet der Übertragung des öffentlichen Gutes und des Vermögens des Staates und der Region auf die autonomen Provinzen Trient und Bozen“ vom 20. Januar 1973, Nr. 115). Das Inkrafttreten des genannten Dekrets des Präsidenten der Republik Nr. 201/2015 ist jedoch auch im weiteren Sinne von Bedeutung, denn durch die Übertragung des Flughafens an das Land fällt diese Infrastruktur in die Kategorie des „Transportes im Interessenbereich des Landes“, für die gemäß Artikel 8 des Autonomiestatutes das Land die primäre Zuständigkeit erhalten hat. Auf der Grundlage dieser Zuständigkeit erhält das Land ein stärkeres Mitspracherecht in Punkto Benutzung des Flughafens, Luftverkehr am Flughafen und Vergabe des Flughafenbetriebs. Das Land muss dabei den Schutz der Gesundheit und der Umwelt, den Klimaschutz, die Berücksichtigung des Wählerwillens, der bei der Volksabstimmung 2016 zum Ausdruck kam, sowie den Grundsatz der Miteinbeziehung der Bevölkerung und der betroffenen Gemeinden und Bezirksgemeinschaften an erste Stelle setzen.

Der vorliegende Gesetzentwurf besteht aus 9 Artikeln:

Artikel 1 setzt die Zielsetzungen des Gesetzes fest: Der Flugverkehr muss zum Schutz des Klimas und der Gesundheit so stark als möglich eingeschränkt werden. Einzige Ausnahme bilden Ambulanzflüge, Einsatzflüge des Zivilschutzes und Flüge zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit.

Artikel 2 streicht sämtliche öffentliche Landesfinanzierungen des Luftverkehrs sowie jedwede Beteiligung des Landes an Gesellschaften, die zum Flugverkehr in Südtirol beitragen.

Artikel 3 setzt das Dekret des Präsidenten der Republik vom 17. September 2015, Nr. 201, „Regolamento recante l'individuazione degli aeroporti di interesse nazionale, a norma dell'articolo 698 del Codice della Navigazione“, um und überträgt den Flughafen samt Zubehör an das Land.

Artikel 4 schränkt den Luftverkehr am Flughafen Bozen ein. Dieser muss mit dem Schutz der Umwelt und der Gesundheit vereinbar sein und sich auf die „allgemeine Luftfahrt“ beschränken. Der Artikel sieht außerdem für das Land die Verpflichtung vor, im Einvernehmen mit den Gemeinden und den gebietsmäßig von der Flughafeninfrastruktur betroffenen Bezirksgemeinschaften die Zielsetzungen und die Vorgaben für den Betrieb des Flughafens festzusetzen.

Artikel 5 setzt die Zuständigkeiten des Landes bei der Vergabe des Flughafens an eine Betreibergesellschaft fest.

Artikel 6 sieht die Einrichtung eines 5-köpfigen „Einvernehmenskomitees zum Flughafen Bozen“ vor, bestehend aus einer Vertreterin/einem Vertreter des Landes, einer Vertreterin/einem Vertreter der Betreibergesellschaft, einer Vertreterin/einem Vertreter der Bezirksgemeinschaft Überetsch-Unterland und einer Vertreterin/einem Vertreter jeder der vom Flughafen gebietsmäßig betroffenen Gemeinden (Bozen und Leifers).

Artikel 7 hebt das Gesetz auf, das bisher die Führung des Flughafens regelte (LG 37/1974, Artikel 11).

Die Artikel 8 und 9 regeln die Veröffentlichung des Gesetzes und dessen Inkrafttreten, nach vorheriger Notifizierung an die EU-Behörden.

Do la parola alla presidente della quarta commissione legislativa per la lettura della relazione della commissione.

Prego, consigliera Ladurner.

LADURNER (SVP): *Die Arbeiten im Ausschuss*

Der IV. Gesetzgebungsausschuss behandelte den Landesgesetzentwurf Nr. 6/19 in den Sitzungen vom 15. April und vom 23. Juli 2019. An den Ausschusssitzungen nahmen auch Daniel Alfreider, Landesrat für ladinische Bildung und Kultur, Infrastruktur und Mobilität, sowie die Beamtin des Amtes für Eisenbahnen und Flugverkehr Stephanie Kerschbaumer und der geschäftsführende Direktor des Amtes für Finanzaufsicht, Claudio Calè, teil.

Vorsitzende Jasmin Ladurner verlas das negative Gutachten des Rates der Gemeinden zum Landesgesetzentwurf und ersuchte den Erstunterzeichner, Abg. Riccardo Dello Sbarba, den Gesetzesvorschlag zu erläutern.

Laut Abg. Riccardo Dello Sbarba liege der Sinn und Zweck dieses Gesetzentwurfs hauptsächlich darin, dass das Land den Handlungsspielraum des Betreibers bei der Führung des Bozner Flughafens regeln solle. Er zeigte dem Ausschuss die vom Land anlässlich der Volksabstimmung 2016 verteilte Broschüre, in der die Fragestellung erläutert wurde. Er betonte, dass 70 % der Wähler gegen den Landesgesetzentwurf Nr. 60/15, den damit zusammenhängenden Flughafenentwicklungsplan und die nötige öffentliche Finanzierung gestimmt hätten. Das Land müsse seine Zuständigkeiten wahrnehmen, so der Abgeordnete. Diese seien nun durch das DPR Nr. 201/2015 ausgebaut worden, indem der Bozner Flughafen als „Flughafen von regionalem Interesse“ eingestuft worden sei. Der Flughafen falle somit in das Transportwesen im Interessenbereich der Provinz, einen Sachbereich, der gemäß Artikel 8 des Autonomiestatuts zu den primären Befugnissen des Landes zähle. Er blicke mit Besorgnis auf die Privatisierung, da er befürchte, dass dadurch die Privaten gerade das durchsetzen werden können, was mit der Volksabstimmung 2016 dem Land verweigert wurde. Er sehe seinen Standpunkt im Wesentlichen auch durch das Gutachten des Rates der Gemeinden bestätigt, obwohl dieses negativ ausgefallen sei. Im Gutachten werde nämlich die Notwendigkeit betont, ein Gesetz zu verabschieden und den Flughafen auf das Land zu übertragen, da alle Voraussetzungen dafür vorlägen. Der Abgeordnete schlug weiters vor, gemeinsam an einer Überarbeitung und Verbesserung des Gesetzentwurfes zusammenzuarbeiten. Artikel 2 des Gesetzentwurfs verbiete es dem Land, den kommerziellen Flugverkehr zu finanzieren. Artikel 3 schaffe die rechtlichen Voraussetzungen für die Übernahme des Luftverkehrs durch das Land mit anschließender Gründung eines eigenen Flughafenguts des Landes. Artikel 4 betreffe die Einschränkung des Luftverkehrs. Der Flughafen müsse im Einvernehmen zwischen dem Land, den gebietsmäßig betroffenen Gemeinden und dem Betreiber eingerichtet werden. In diesem Sinne werde eine Durchführungsverordnung ausgearbeitet und auch ein Einvernehmenskomitee eingerichtet.

Landesrat Daniel Alfreider erklärte, dass er aus den gleichen Gründen, die im Gutachten des Rates der Gemeinden dargelegt sind, keine positive Stellungnahme zum Gesetzentwurf abgeben könne. Mit Artikel 5 des Landesgesetzes Nr. 17/2016 sei das Land bereits nach dem Ausgang der Volksabstimmung ermächtigt worden, seine Finanzbeteiligung an der ABD Airport AG zu veräußern. In Bezug auf Artikel 3 des Gesetzentwurfs erklärte er, dass der Übergang des Zivilflughafens Bozen an das Land durch staatliche Bestimmungen geregelt werde. In diesem Zusammenhang verwies er auf Artikel 1 Absatz 11 des DPR Nr. 201/2015 und stellte klar, dass die Durchführungsverordnungen noch nicht erlassen worden seien. Er wies auch darauf hin, dass kein Landesgesetz notwendig sei.

Der Abg. Sandro Repetto fragte, welche Pläne das Land in Bezug auf den Flughafen verfolgt. Zum Landesgesetzentwurf meinte er, er finde die Einrichtung eines Einvernehmenskomitee zwischen den umliegenden Gemeinden, dem Land und dem Betreiber einen sehr interessanten Vorschlag.

Die Abg. Brigitte Foppa erklärte, dass mit dem Gesetzentwurf nicht die Schließung des Flughafens beabsichtigt sei. Ihrer Meinung nach wäre es absurd, wenn der Flughafenausbau, den die Bevölkerung 2016 abgelehnt habe, nun von den künftigen Betreibern durchgeführt würde.

Der Abg. Franz Ploner erinnerte daran, dass 70 Prozent der Südtiroler Wähler das Landesgesetz Nr. 60/2015, das auch den Masterplan enthielt, abgelehnt hätten. Im Zuge der Privatisierung werde der Masterplan fortgeführt. Er fragte daher, ob der Masterplan von der Betreibergesell-

schaft übernommen werde, obwohl er eigentlich abgelehnt worden sei. Die staatliche Zivilluftfahrtbehörde ENAC habe den Bozner Flughafen als nicht strategisch eingestuft. Er fragte, warum kein Antrag auf Übernahme des Flughafens durch das Land gestellt wurde. Anschließend fragte er, wer in Zukunft die Anzahl der zulässigen Flüge pro Jahr regeln solle.

Laut Landesrat Daniel Alfreider sei es wichtig mitzuteilen, dass der Gesetzentwurf keine Schließung des Flughafens vorsieht. Auf die Fragen des Abg. Franz Ploner antwortete er, dass der Masterplan konzipiert worden sei, um die Entwicklung des Flughafens in den kommenden Jahren zu planen. Ziel sei es, den Flughafen betriebsfähig zu machen, jedoch ohne öffentliche Mittel. Da das Land seine finanzielle Beteiligung an der ABD Airport AG abgetreten habe, werde es einen neuen Flughafenentwicklungsplan geben. Abschließend teilte er mit, dass die Anzahl der Flüge von der Zivilluftfahrtbehörde und nicht vom Flughafenentwicklungsplan geregelt wird.

Nach einigen Erläuterungen stellte die Beamtin des Amtes für Eisenbahnen und Flugverkehr Stephanie Kerschbaumer klar, dass der Masterplan mit der Konzession Zusammenhänge und dass es möglich sein werde, einen neuen Masterplan auszuarbeiten. Anschließend wies sie auch darauf hin, dass im Hinblick auf den Übergang des Flughafens an das Land noch viele Eckdaten auf staatlicher Ebene fehlen würden.

Zur Stellungnahme von Landesrat Alfreider meinte die Abg. Brigitte Foppa, dass im von Landeshauptmann Kompatscher vorgelegten Gesetzentwurf Nr. 60/2015 die Anzahl der Flüge sehr wohl festgelegt worden sei.

Der Abg. Helmuth Renzler warf ein, dass die Konzession an den Flughafenentwicklungsplan 2011 gebunden sei. Wenn die neuen Betreiber einen neuen Plan erstellen, dann sei es nicht sicher, ob sie eine neue Konzession erhalten werden. Falls sie hingegen am Plan von 2011 festhalten sollten, werde es nicht möglich sein, die Start- und Landebahn zu verlängern. Anders sei es jedoch, wenn es sich dabei um den im Gesetzentwurf Nr. 60/2015 genannten Plan handle: Dieser erlaube nämlich den Einsatz von Flugmaschinen mit 200-220 Passagieren. Der Flughafen befinde sich in der Nähe eines Wohngebietes. Er warf die Frage auf, ob die Häuser, die vor 30 Jahren in diesem Gebiet gebaut wurden, vor Lärmemissionen geschützt sind. Seiner Ansicht nach werde keine neue Konzession erteilt, da der Flughafen weder von nationalem noch von regionalem Interesse, sondern nur von lokalem Interesse sei.

In der Generaldebatte bekräftigte die Abg. Brigitte Foppa, dass die Bevölkerung in der Volksabstimmung nicht nur gegen die öffentliche Finanzierung, sondern auch gegen den Flughafenentwicklungsplan gestimmt habe. Das Land müsse Vorschriften und Richtlinien für die künftigen Betreiber erlassen, um sowohl den Betrieb des Flughafens als auch den Flugverkehr zu regeln.

Der Abg. Helmuth Renzler erklärte, er sei mit einigen Punkten des Gesetzentwurfs einverstanden. Andere Artikel seien inzwischen als überholt zu betrachten und sollten daher gestrichen werden. Weitere Artikel müssten wiederum aus rechtlicher Sicht im Detail geklärt werden. Der Gesetzentwurf sei die einzige Lösung, um einige grundlegende Aspekte in Bezug auf den Bozner Flughafen und insbesondere auf die Sicherheit und den Lärmschutz für die Bevölkerung zu regeln. In diesem Zusammenhang merkte er an, dass ein Artikel zum Thema Sicherheit hinzugefügt werden sollte, zumal sich der Flughafen in einem Wohngebiet befindet.

Der Abg. Diego Nicolini erklärte, dass er den Gesetzentwurf unterstütze. Bei der Volksabstimmung 2016 habe die Bevölkerung eine klare Aussage gemacht. Er wolle den Willen der Bevölkerung, wie er durch die Volksabstimmung zum Ausdruck gebracht wurde, im weitesten Sinne auslegen. Damals seien die Leute dazu aufgerufen worden, sich für oder gegen den Flughafen auszusprechen.

Laut Abg. Sandro Repetto sei es wichtig, dass das Land in dieser Angelegenheit ein Gesetz verabschiedet und ein Regelwerk für den Betrieb des Flughafens erlässt.

Nach Aussage von Abg. Franz Ploner wolle die Bevölkerung des Unterlandes eine Verringerung des Flugverkehrs. Sie lehne die Verlängerung der Start- und Landebahn ab und wünsche sich weniger Lärmbelästigung für die Einwohner, womit auch eine Verringerung der Umweltbelastung einhergehen würde. Seine Fraktion im Landtag werde für den Gesetzesentwurf stimmen.

Der Abg. Franz Locher erklärte, dass einige Aspekte des Gesetzentwurfs aus rechtlicher Sicht geklärt werden müssen, um eine konsensfähige Lösung zu finden.

In seiner Replik meinte Abg. Riccardo Dello Sbarba, dass das Land mit der bevorstehenden Privatisierung den zukünftigen Flughabebetrieb klar regeln, den Flugverkehr zum Wohle der Bevölkerung einschränken und das Ergebnis der Volksabstimmung ernst nehmen müsse.

Der Abg. Manfred Vallazza betonte, dass die Stimmen der Wähler berücksichtigt werden müssen. Er warf ein, dass der Gesetzentwurf einige überholte Artikel enthalte. Er befürworte jedoch andere Artikel, die aber aus rechtlicher Sicht geprüft werden sollten.

Nach kurzer Debatte wurde der Vorschlag, die Behandlung des Gesetzentwurfes auszusetzen und auf die nächste Ausschusssitzung zu vertagen, mit 4 Jastimmen (darunter die ausschlaggebende Stimme der Vorsitzenden) und 4 Gegenstimmen gutgeheißen.

Die Behandlung des Gesetzentwurfs wurde in der Sitzung vom 23. Juli 2019 fortgesetzt.

Die Abg. Brigitte Foppa teilte mit, einen Änderungsantrag zum Landesgesetzentwurf eingebracht zu haben, der die Bestimmung von Artikel 1 abmildere, und erläuterte diesen kurz. Zudem ersuchte sie die Vertreter der politischen Mehrheit darum, kurz darzulegen, wie sie in der Sache weiter vorgehen wollen.

Die Vorsitzende Jasmin Ladurner erklärte, dass das Ergebnis der Volksbefragung respektiert worden sei. Entsprechend dieser Befragung wurde eine Ausschreibung in die Wege geleitet. Die Bieter haben nun den Zuschlag bekommen. Daraufhin habe man sich im Zuge der Behandlung des vorliegenden Landesgesetzentwurfs mit mehreren Rechtsexperten beraten. Diese hätten übereinstimmend betont, dass der Masterplan Teil der Ausschreibung war und nun nicht einseitig vom Land abgeändert werden kann. Es gelte nun mit den neuen privaten Betreibern zu sprechen, um gemeinsam einen Konsens über die zukünftige Führung des Flughafens zu finden. Eine andere Möglichkeit sei nicht gegeben.

Der Abg. Manfred Vallazza ergänzte, dass man die Situation im Unterland und die Stimmung der Bevölkerung sehr gut kenne und man deshalb alles daransetze, mit den privaten Betreibern intensive Gespräche zu führen, um eine Lösung zu finden, die auch für die Bevölkerung des Unterlandes akzeptabel sei.

Nach Abschluss der Generaldebatte wurde der Übergang zur Artikeldebatte des Landesgesetzentwurfes Nr. 6/19 vom Ausschuss mit 3 Jastimmen (der Abg.en Foppa, Nicolini und Franz Plover) und 4 Gegenstimmen (der Vorsitzenden Ladurner und der Abg.en Locher, Renzler und Vallazza) abgelehnt.

Die Ausschussvorsitzende leitet den Gesetzentwurf gemäß Artikel 42 Absatz 4 der Geschäftsordnung an den Landtagspräsidenten weiter.

La IV commissione legislativa ha esaminato il disegno di legge provinciale n. 6/19 nelle sedute del 15 aprile e 23 luglio 2019. Ai lavori della commissione hanno partecipato anche Daniel Alfreider, assessore alla Formazione e Cultura ladina, alle Infrastrutture e alla Mobilità, Stephanie Kerschbaumer, funzionaria dell'Ufficio ferrovie e trasporto aereo e Claudio Calè, direttore reggente dell'ufficio Vigilanza finanziaria.

Dopo la lettura del parere negativo del Consiglio dei Comuni sul disegno di legge in esame, la presidente Jasmin Ladurner ha chiesto al primo firmatario, cons. Riccardo Dello Sbarba di illustrare la proposta legislativa.

Il cons. Riccardo Dello Sbarba ha comunicato che lo scopo principale del disegno di legge è che la Provincia regoli ciò che il gestore può e non può fare nell'aeroporto di Bolzano. Ha altresì mostrato alla commissione l'opuscolo istituzionale, distribuito in occasione del referendum del 2016, dove veniva spiegato l'oggetto del referendum e ha sottolineato che il 70 per cento degli elettori aveva bocciato il disegno di legge provinciale n. 60/2015, il collegato "piano di sviluppo aeroportuale" ed il relativo piano di finanziamento pubblico. Ha dichiarato la necessità che la Provincia eserciti le sue competenze, ampliate ora dal DPR n. 201/2015, che ha inquadrato Bolzano tra gli "aeroporti di interesse regionale". Lo scalo rientra dunque nel trasporto di interesse provinciale su cui l'articolo 8 dello Statuto d'autonomia prevede competenza primaria della Provincia. Ha inoltre esternato la sua preoccupazione sul fatto che la privatizzazione si concluda consentendo ai privati di fare ciò che la popolazione ha impedito alla Provincia di fare con il referendum del 2016. Ha comunicato altresì che il parere del Consiglio dei Comuni, seppur negativo, nel merito sostiene quanto da lui affermato. Viene, infatti, sottolineata la necessità di legiferare e

provincializzare l'aeroporto, sussistendone tutte le condizioni. Ha altresì proposto di collaborare per correggere e migliorare il disegno di legge. Ha specificato che all'articolo 2 del disegno di legge si vieta alla Provincia di finanziare il traffico aereo di tipo commerciale. L'articolo 3 predispone le condizioni giuridiche per il trasferimento alla Provincia del traffico aereo, con conseguente costituzione di un demanio aeroportuale provinciale. L'articolo 4 limita l'attività aerea. L'aeroporto deve essere istituito d'intesa tra Provincia, Comuni territorialmente interessati e gestore, ed in questo senso si definisce un regolamento di attuazione e si istituisce anche un Comitato d'Intesa.

L'ass. Daniel Alfreider ha affermato che non potrà dare un parere positivo al disegno di legge per gli stessi motivi illustrati nel parere del Consiglio dei Comuni. Egli ha spiegato che con l'articolo 5 della legge provinciale n. 17/2016 la Provincia viene già autorizzata, in seguito all'esito della consultazione referendaria, a dismettere la propria partecipazione finanziaria nella società ABD Airport SpA. Sull'articolo 3 del disegno di legge ha affermato che il trasferimento alla Provincia dell'aeroporto civile di Bolzano avviene attraverso la disciplina statale. Al riguardo ha citato l'articolo 1, comma 11 del DPR n. 201/2015 ed ha chiarito che sono ancora da emanare le disposizioni attuative. Ha precisato altresì che non è necessaria alcuna legge provinciale.

Il cons. Sandro Repetto ha chiesto quali siano le intenzioni della Provincia sull'aeroporto ed in riferimento al disegno di legge provinciale in questione ha affermato di trovare molto interessante l'istituzione di un Comitato d'intesa tra Comuni limitrofi, Provincia e gestore.

La cons. Brigitte Foppa ha affermato che con il disegno di legge non si vuole prevedere la chiusura dell'aeroporto. Ha affermato che sarebbe assurdo se i futuri gestori realizzassero quel potenziamento dell'aeroporto che la popolazione ha bocciato nel 2016.

Il cons. Franz Ploner ha ricordato che il 70 per cento degli elettori altoatesini ha respinto il disegno di legge provinciale n. 60/2015, che comprendeva altresì il Masterplan. Con il processo di privatizzazione il Masterplan andrà avanti e pertanto ha chiesto se verrà rilevato dalla società, anche se è stato respinto. Ha affermato che l'ENAC aveva ritenuto l'aeroporto di Bolzano come non strategico ed ha chiesto il motivo per cui non è stata fatta richiesta di provincializzare l'aeroporto. Successivamente ha chiesto chi regolerà in futuro la quantità di voli annui ammissibili.

L'ass. Daniel Alfreider ha affermato l'importanza di comunicare che il disegno di legge non prevede la chiusura dell'aeroporto. In risposta alle domande del cons. Franz Ploner ha dichiarato che il Masterplan è stato formulato per programmare lo sviluppo dell'aeroporto nei prossimi anni. Lo scopo è quello di far funzionare l'aeroporto, ma senza finanziamenti pubblici. Dal momento che la Provincia ha dismesso la propria partecipazione finanziaria nella società ABD Airport SpA, ci sarà un nuovo piano di sviluppo aeroportuale. Infine ha comunicato che il numero di voli viene regolato dall'ENAC e non dal piano di sviluppo aeroportuale.

La funzionaria dell'Ufficio ferrovie e trasporto aereo Stephanie Kerschbaumer, dopo aver fornito alcune delucidazioni in cui ha precisato che il Masterplan è connesso alla concessione, ha specificato che sarà possibile riformulare un nuovo Masterplan. Successivamente ha anche fatto presente che, in riferimento alla provincializzazione dell'aeroporto, mancano ancora molti parametri a livello statale.

La cons. Brigitte Foppa, replicando all'ass. Alfreider, ha affermato che il disegno di legge n. 60/2015, presentato dal presidente Kompatscher, stabiliva il numero di voli.

Il cons. Helmuth Renzler ha affermato che se la concessione è connessa al piano di sviluppo aeroportuale del 2011 ed i nuovi gestori creano un nuovo piano, allora non è certo che otterranno una nuova concessione. Se continuassero, invece, ad utilizzare il piano del 2011, allora non sarà possibile allungare la pista. Diverso è invece se si tratta del piano citato dal disegno di legge n. 60/2015, che ammetteva aerei con 200-220 passeggeri. Ha affermato che l'aeroporto è collocato vicino ad un'area abitata. Egli si è chiesto se le case, costruite in quella zona 30 anni fa, sono protette dalle emissioni acustiche. Ha dichiarato che, a suo avviso, una nuova concessione non verrà rilasciata, in quanto l'aeroporto non è né di interesse nazionale né di interesse regionale, ma solo di interesse locale.

In sede di discussione generale, la cons. Brigitte Foppa ha ribadito che la popolazione con il referendum ha votato non soltanto contro il finanziamento pubblico, ma anche contro il piano di

sviluppo dell'aeroporto. Ha affermato la necessità che la Provincia rilasci regole e direttive a carico dei futuri gestori che disciplinino sia l'attività dell'aeroporto che il traffico aereo.

Il cons. Helmuth Renzler ha affermato di essere d'accordo su alcuni punti del disegno di legge. Altri articoli sono da ritenere ormai superati e dovranno pertanto essere stralciati. Altri articoli ancora dovranno, invece, essere chiariti in maniera dettagliata da un punto di vista giuridico. Ha dichiarato che il disegno di legge è l'unica soluzione per regolare alcuni aspetti fondamentali sull'aeroporto di Bolzano, sia per la sicurezza della popolazione che per la sua tranquillità. Al riguardo ha affermato che sarebbe necessario aggiungere un articolo dedicato alla sicurezza, in quanto l'aeroporto è collocato in un'area abitata.

Il cons. Diego Nicolini ha dichiarato di appoggiare il disegno di legge. Ha affermato che con il referendum del 2016 la popolazione si era pronunciata in modo chiaro. Ha comunicato di voler dare una interpretazione estensiva alla volontà espressa dalla popolazione con il referendum. Le persone in quell'occasione sono state chiamate a pronunciarsi a favore o contro l'aeroporto.

Il cons. Sandro Repetto ha sottolineato l'importanza che la Provincia legiferi in materia e rilasci regole che disciplinino l'attività dell'aeroporto.

Il cons. Franz Ploner ha affermato che la popolazione della Bassa Atesina vuole una riduzione del traffico aereo, non vuole l'ampliamento della pista dell'aeroporto e vuole tranquillità per la popolazione con conseguente riduzione dell'impatto ambientale. Ha dichiarato che il suo gruppo consiliare è favorevole al disegno di legge.

Il cons. Franz Locher ha dichiarato che alcuni aspetti del disegno di legge dovranno essere chiariti da un punto di vista giuridico, al fine di trovare una soluzione condivisibile.

In sede di replica il cons. Riccardo Dello Sbarba ha affermato che con la privatizzazione imminente, la Provincia debba regolare chiaramente il futuro dell'aeroporto, limitando il traffico aereo per il bene della popolazione e per rispettare veramente il risultato del referendum.

Il cons. Manfred Vallazza ha manifestato la necessità di tenere in considerazione i voti degli elettori. Ha osservato che il disegno di legge contiene alcuni articoli ormai superati. Ha dichiarato, invece, di appoggiare altri articoli, che però dovranno essere esaminati da un punto di vista giuridico.

A seguito di una breve discussione, la proposta di sospendere la trattazione del disegno di legge e di rinviarla alla prossima seduta della commissione è stata accolta con 4 voti favorevoli (di cui il voto determinante della presidente) e 4 voti contrari.

La trattazione del disegno di legge è proseguita nella seduta del 23 luglio 2019.

La cons. Brigitte Foppa ha comunicato di aver presentato un emendamento al disegno di legge provinciale in cui si ammorbidisce quanto disposto dall'articolo 1. La consigliera ha poi illustrato l'emendamento e ha chiesto ai rappresentanti della maggioranza di descrivere brevemente il modo in cui intendono proseguire nella questione.

La presidente Jasmin Ladurner ha affermato che l'esito del referendum è stato rispettato in quanto è stata avviata la relativa procedura di gara e nel frattempo si è arrivati all'aggiudicazione. Nel quadro dell'esame del presente disegno di legge provinciale sono stati consultati diversi esperti di diritto. Questi erano tutti concordi sul fatto che il Masterplan è parte integrante della procedura e quindi non può essere modificato unilateralmente dalla Provincia. Adesso bisogna parlare con i nuovi gestori privati per trovare un comune accordo sulla futura gestione dell'aeroporto, e non c'è alternativa.

Il cons. Manfred Vallazza ha aggiunto che la situazione in Bassa Atesina e l'umore della gente che vive lì sono ben noti, per cui si farà tutto il possibile per avere colloqui serrati con i gestori privati e trovare una soluzione che sia accettabile anche per la popolazione di quella zona.

Conclusa la discussione generale, la commissione ha respinto il passaggio alla discussione articolata sul disegno di legge provinciale n. 6/19 con 3 voti favorevoli (conss. Foppa, Nicolini e Franz Ploner) e 4 voti contrari (presidente Ladurner, conss. Locher, Renzler e Vallazza).

Ai sensi dell'articolo 42, comma 4, del regolamento interno la presidente della commissione trasmette il disegno di legge al presidente del Consiglio provinciale.

PRESIDENTE: Grazie.

Dichiaro aperta la discussione generale. Do la parola al consigliere Dello Sbarba.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie presidente! Noi abbiamo intitolato questo disegno di legge "Tutela del clima, limitazione del traffico aereo e trasferimento alla Provincia dell'aeroporto di Bolzano", il titolo contiene già i punti fondamentali di questo disegno di legge e contiene anche l'indicazione che per noi del Gruppo Verde la questione dell'aeroporto è sempre stata legata fondamentalemente alla questione ambientale, sia all'impatto ambientale, rumore, inquinamento dell'area tra Bolzano e la Bassa Atesina, dove insiste l'aeroporto, sia più in generale al tema del clima, della lotta ai cambiamenti climatici e della riduzione delle emissioni climalteranti.

Noi sappiamo che i voli sono i killer del clima e soprattutto sappiamo in questi ultimi tempi che a livello di Unione Europea c'è una discussione sulla limitazione soprattutto dei voli di breve gittata, di breve percorrenza, perché si sa che gli aerei emettono più CO₂, ne emettono in media 40 volte più di un bus, 80 volte più di un treno per passeggero a chilometro, ma queste emissioni sono concentrate soprattutto nella fase della partenza e poi dell'atterraggio se c'è una forte frenata, e quindi l'Unione Europea sta discutendo di limitare i voli brevi.

Ora, quelli che sono programmati nell'aeroporto di Bolzano e che partiranno tra pochi giorni sono tutti voli brevi, c'è quello brevissimo tra Bolzano e Parma, che sembra quasi che sia una stazione intermedia per poi andare da altre parti, per esempio a Roma, ed è ridicolo fare un volo Bolzano-Parma Parma-Roma quando c'è un treno che in 4 ore e ½ ci porta al centro di Roma, ma gli altri sono tutti entro i 600, 650 chilometri e uno solo supera i 1.000 chilometri, però con *Zwischenstation* a Parma.

Non si possono usare gli aerei, secondo noi, come degli autobus con tutte le fermate e, dicendo questo, noi sappiamo che queste considerazioni sull'ambiente sono state parte del grande movimento che portò al no al 70% al referendum del 2016 e sappiamo anche però che queste motivazioni ambientali, climatiche, non erano le uniche, c'erano altre forze e altri cittadini e cittadine che davano invece più peso all'aspetto finanziario e noi sappiamo benissimo che magari questi cittadini in questo momento sono anche soddisfatti del fatto che la Provincia non investa più soldi pubblici nell'aeroporto.

Però a quella parte che ha fatto la battaglia ambientale legata all'aeroporto la soluzione attuale non soddisfa, la soluzione attuale è semplicemente il fatto che la Provincia si lava le mani, si è liberata della patata bollente aeroporto, si lava le mani del futuro dell'aeroporto e lascia fare ai privati sostanzialmente quel piano di sviluppo che i cittadini hanno bocciato con il referendum. Ricordiamoci che l'articolo 2 della legge 60 che andò a referendum approvava il Piano di sviluppo, quindi non era solo una legge sul finanziamento.

Questa parte di cittadinanza che noi vogliamo rappresentare e che tiene per le questioni ambientali, per le questioni climatiche, naturalmente è più forte nell'area più vicina all'aeroporto, poi piano piano le questioni finanziarie invece diventano più importanti per le persone che abitano più lontano, ma non tutte, perché persone coscienti dell'ambiente ci sono in ogni angolo di questa provincia e non importa essere vicini all'aeroporto, però questa sensibilità ambientale oggi è insoddisfatta della situazione che si è venuta a creare all'aeroporto, con la privatizzazione sostanzialmente, noi non abbiamo votato per la privatizzazione dell'aeroporto, abbiamo votato contro lo sviluppo dell'aeroporto, che è un'altra faccenda.

Dicendo questo, io non ho niente contro i privati che hanno comprato ABD, i nostri interlocutori non sono i privati, noi sappiamo che i privati investono per fare profitto, che questo è legittimo, che questo avviene e che i privati operano all'interno delle leggi sia nazionali, sia provinciali, e per questo noi insistiamo sul fatto che il tema è la legge, le condizioni di legge all'interno delle quali i privati possono o non possono fare certe cose nell'aeroporto di Bolzano.

Quindi il nostro interlocutore è la Giunta provinciale, siete Voi colleghi e colleghe della maggioranza del Consiglio provinciale, insieme ovviamente a colleghe e colleghi dell'opposizione, ma la maggioranza è importante per avere la maggioranza, perché l'opposizione in questo momento la maggioranza non ce l'ha, e noi facciamo un appello e l'appello è che l'aeroporto non può essere l'unica area della Provincia che non ha una legge che lo regola.

Questa Provincia regola per legge tutto, qualcuno dice troppo, ma tutto, anche cose di dettaglio e questa è la forza dell'autonomia, è stata la forza dell'autonomia e allora noi non capiamo perché l'unico oggetto che è in questo momento scoperto dal punto di vista della normativa, della normativa provinciale e della normativa dell'autonomia, dei poteri dell'autonomia, è una struttura così impattante e così discussa come l'aeroporto di Bolzano.

Noi non lo capiamo, possiamo capire che è stato promesso ai privati e, pur che se la prendano questa patata bollente, li lasciamo fare quello che gli pare, ma questo non è accettabile e nessuno in quest'aula, soprattutto nessuno del partito che ha fatto l'autonomia, cioè della Südtiroler Volkspartei, può argomentare

per favore dicendo che la Provincia non può fare una propria legge sull'aeroporto, questo non lo può fare, quindi noi Vi chiediamo di dare delle normative, di promulgare una legge provinciale sull'aeroporto.

Qualcuno dice “cosa si fa sull'aeroporto, se lo giocano i privati e l'ENAC con la concessione”, attenzione colleghi, pensate alle concessioni idroelettriche, pensate alle concessioni sul trasporto pubblico locale, anche lì c'è un'autorità concessionaria e dei privati che gestiscono, oppure Alperia, ma da quel punto di vista non cambia niente, ma tutte quelle concessioni, le singole concessioni, perché l'aeroporto di Bolzano è una singola concessione, si muovono all'interno di un quadro fissato da leggi, fissato da normative provinciali.

Sulle acque abbiamo la legge, anzi ne abbiamo due, tra un po' anche quella sulle grandi concessioni, abbiamo il Piano di tutela delle acque, poi abbiamo il Piano di utilizzo delle acque, quindi abbiamo una serie di normative sulle acque, all'interno delle quali poi si muove la concessione, e così con il trasporto pubblico locale.

Quindi care colleghe e cari colleghi qualsiasi concessione non è lasciata al libero arbitrio del concessionario e di quello che prende la concessione, ma è regolata a priori da una legge che vale *erga omnes*, chiunque abbia la concessione.

Nel trasporto pubblico locale sia la SASA, che è una società *in-house*, sia i privati che gestiscono i trasporti, fanno riferimento alla stessa legge, hanno lo stesso quadro normativo, quello che noi Vi chiediamo è di fissare un quadro normativo per la gestione dell'aeroporto e non ci dite che non è possibile – questa è la seconda argomentazione – Voi che avete approvato nel 2016 il disegno di legge n. 60/2015, firmato dal presidente Kompatscher che dentro aveva delle regole sull'aeroporto, se lo ricordano i colleghi, alcune le avete inserite Voi in commissione, cioè che l'aeroporto non può superare la categoria 2C e invece noi sappiamo che con l'allungamento della pista di 200 metri l'aeroporto potrebbe anche passare alla categoria 3C, e invece nella legge Kompatscher c'era scritto al massimo categoria 2C, eppure la pista veniva prolungata, quindi c'era una restrizione rispetto alle possibilità che c'erano, c'era una restrizione sugli orari dei *charter* e sugli orari dei voli di linea, c'era un'indicazione sul numero di passeggeri, eccetera.

Quindi nella legge Kompatscher che è stata portata al *referendum* erano dentro delle normative che regolavano, delle regole sull'aeroporto, non era lasciato semplicemente al caso e allora l'ABD era in mano pubblica, per cui si poteva anche dire “va beh, ma cosa facciamo a fare le regole, tanto lo gestiamo noi l'aeroporto”, ma adesso che è stato privatizzato è ancora più importante regolarlo per legge, perché appunto si è creata una situazione in cui la Provincia non ha più un controllo diretto, e guardate che questo è quello che chiedono tutti.

Io Vi leggo una delibera della Comunità comprensoriale Oltradige Bassa Atesina, cioè dei Comuni di Aldino, di Andriano, di Anterivo, di Appiano, di Bronzolo, di Caldaro, di Cortaccia, di Egna, di Laives, di Magrè, di Montagna, di Ora, di Salorno, di Terlano, di Termeno, di Trodena, di Vadena e di Cortina, tutti questi Comuni hanno sottoscritto una delibera nel maggio del 2019, che dice: “Il *Masterplan* dell'ABD AIRPORT SPA, compreso il prolungamento della pista di atterraggio dell'anno 2013 deve essere archiviato definitivamente. Con legge deve essere stabilito il futuro dell'aeroporto di Bolzano, tenendo conto dei risultati della mediazione del 2007, dei *referendum* del 2009 e del 2016 e devono essere creati i presupposti per inserire tutta l'area dell'aeroporto nel demanio provinciale.”

Questa è esattamente la descrizione di quel che contiene il nostro disegno di legge, limiti e regole per l'aeroporto, trasferimento delle infrastrutture dell'aeroporto nel demanio provinciale dal demanio statale grazie al fatto che il DPR n. 201 del 2015 prevede – e questo ce lo scrive in una risposta a un'interrogazione del 2018 lo stesso presidente Kompatscher – che l'aeroporto di Bolzano rientra negli aeroporti di interesse regionale o locale, prevede che gli aeroporti di interesse regionale o locale appartenenti al demanio aeronautico statale e le relative pertinenze siano trasferiti alle Regioni. “In base a tale normativa” – sono le parole del presidente Kompatscher – “l'aeroporto di Bolzano potrà diventare un aeroporto di interesse provinciale con conseguente costituzione di un apposito demanio aeroportuale provinciale”, ed è esattamente quello che fa il disegno di legge nostro all'articolo 3.

Poi nel 2018 il presidente Kompatscher ci scrive “La normativa c'è già per questo trasferimento, il trasferimento dell'aeroporto alla Provincia dovrà avvenire ai sensi ...”, norme di attuazione dello Statuto speciale in materia di trasferimento alle Province autonome di Trento e Bolzano dei beni demaniali e patrimoniali dello Stato, norma di attuazione n. 115/73.

Quindi noi abbiamo da far scattare tutta la normativa sufficiente per fare l'operazione che noi proponiamo e l'operazione è duplice, da un lato usare questa possibilità che ci dà il DPR 201 del 2015 per trasferire l'infrastruttura dell'aeroporto di Bolzano alla Provincia, in questo modo farla rientrare nei sistemi di trasporto di

interesse provinciale che sono citati dall'articolo 8 dello Statuto d'autonomia e su cui la Provincia ha competenza primaria, e quindi esercitare questa competenza primaria e promulgare contemporaneamente una legge che regoli quello che si può e non si può fare sull'aeroporto.

Non sono cose strane, colleghi, Vi do la notizia che l'aeroporto di Trento ha già fatto tutta questa cosa, l'aeroporto di Trento è già dentro il demanio provinciale della Provincia di Trento ed è gestito addirittura da Trentino Trasporti.

I contenuti del nostro disegno di legge erano scritti nella relazione, noi siamo per una limitazione del traffico aereo il più possibile dentro questo aeroporto, siamo per istituire un comitato d'intesa tra Provincia, Comuni, Comunità comprensoriali e privati per scambio di informazione, gestione dell'aeroporto, coordinamento dell'attività dell'aeroporto e siamo appunto per trasferire queste competenze alla Provincia.

Questa è la nostra proposta, quindi possiamo trasferire le infrastrutture alla Provincia, possiamo fare la legge provinciale, dobbiamo fare una legge provinciale, perché l'aeroporto non può rimanere l'unico luogo fuori dalla legge e fuori dall'autonomia di questa Provincia.

Qualcuno ci ha detto "ma, insomma, però il vostro disegno di legge ...", cari colleghi se Voi avete delle migliori proposte, fatele, se Voi avete l'idea di fare una legge migliore, fatela, noi l'abbiamo proposta perché dalla Giunta provinciale e dalla maggioranza provinciale non è venuta nessuna proposta.

Quello che non Vi potete permettere, colleghi e colleghe, credo politicamente, è non fare nessuna legge, questo non ce lo si può permettere, si può fare una legge buona, si può fare una legge cattiva, si può fare una legge severa, restrittiva, si può fare una legge generosa, ma quello che la Provincia autonoma di Bolzano non può fare è lasciare l'aeroporto senza una legge provinciale e mettere l'autonomia della Provincia di Bolzano fuori dalla porta dell'aeroporto, questo non lo potete fare, per cui la nostra è anche una sfida, è un contributo ma è anche una sfida.

Siete in grado di fare una legge migliore? Fatela, però non diciteli che l'aeroporto resta senza una legge provinciale perché questo, io credo, anche dal punto di vista democratico, dell'interesse generale e anche dal punto di vista dell'autonomia è veramente inaccettabile.

PRESIDENTE: Grazie consigliere Dello Sbarba. Prego assessore Vettorato, che naturalmente interviene come consigliere.

VETTORATO (Lega Salvini Alto Adige – Südtirol): Sì, da questa postazione magari, ma intervengo come consigliere.

Innanzitutto ringrazio la collega Foppa per avermi dato la priorità, io farò un intervento brevissimo perché purtroppo sono in videoconferenza, che iniziava alle 15.30, con il ministro degli Esteri francese, però una dichiarazione di voto, o comunque di intenti, volevo darla prima di abbandonare l'aula, ma sono qui fuori.

Sappiamo cos'è successo sull'aeroporto, sappiamo il Piano di sviluppo dell'ENAC, sappiamo tutto e quindi non sto a rileggere o ripetere quello che dobbiamo dirci, è chiaro però – io lo dico da abitante della Bassa Atesina, ma anche da altoatesino – che effettivamente sono anch'io un po' preoccupato sul Piano di sviluppo dell'aeroporto, quindi sul tipo di aerei, su quanti voli, eccetera. Nulla assolutamente contro il privato, dico che bisogna ringraziare perché ha investito ovviamente dei soldi e ha tenuto in piedi anche delle famiglie in questo anno e mezzo che ha aspettato, questo lo voglio sottolineare, però ritengo che possa essere maggiore garanzia per gli abitanti, ma anche per il privato stesso che ci sia una regolamentazione dell'utilizzo della struttura, quindi questa proposta mi vede favorevole.

Io abbandono l'aula, ma sono qui fuori, perché sono connesso, vi ho spiegato le motivazioni e ringrazio ancora per avermi dato la priorità di intervento.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie presidente! Adesso abbiamo sentito il collega Vettorato che sicuramente ha parlato non solo come consigliere, ma anche come abitante di Laives direi. Es passiert hier im Südtiroler Landtag nicht oft, dass wir Gesetzentwürfe der politischen Minderheit behandeln. Dazu braucht es im Normalfall das Zusammenspiel der gesamten Opposition und ich möchte mich dafür, dass uns das dieses Mal gelungen ist. Es ist wichtig, dass es gelungen ist, denn das ist genau der richtige Zeitpunkt, um über dieses Thema zu sprechen. Es hat in den letzten Tagen einen Tabubruch gegeben bzw. es ist eine Schallmauer durchbrochen worden. In Bozen ist eine Boeing gelandet, was die Menschen aufhorchen lassen und aufgeschreckt hat. Ein paar werden auch ein bisschen auf dieses Spielzeug geschaut haben, aber sehr viele sind richtig aufgeschreckt. Ich war vor ein paar Tagen in einem Überetscher Restaurant

beim Mittagessen. Es ist ein Flugzeug über das Restaurant drübergeflogen und die Leute haben alle die Gabeln fallen gelassen und nach oben geschaut. Ich erinnere mich noch gut an die Diskussionen von 2016. Damals wurde immer mit dem Tourismus argumentiert. Es tut dem Tourismus vielleicht in irgendwelchen weit entfernten Gegenden des Landes gut, aber im Unterland und im Überetsch ganz sicher nicht. Ich blicke zum Kollegen Tauber, von dem ich nicht weiß, welche Meinung er zu diesem Thema hat. Wenn wir den Tourismus fördern wollen, sollten wir auch darüber nachdenken, dass die Zahlen von Touristen, die mit dem Flugzeug nach Südtirol kommen, im Hundertselbereich des Tourismusaufkommens in Südtirol liegen. Das macht das Kraut nicht fett.

Es geht mir bei diesem Thema ein bisschen so wie der Kollegin Atz Tammerle heute Vormittag, als sie von den Südtirol-Aktivisten gesprochen hat. Mich berührt dieses Thema auch und ich sage Euch auch warum. Letzthin hat eine von den jungen Grünen gesagt: "2016 war die erste Demo ihres Kindes und es war die Flughafen-Demo." Bei mir war es auch so. Meine Kinder sind inzwischen 25 Jahre alt, was heißt, dass wir uns im Unterland seit so langer Zeit gegen diesen Flughafen wehren. Wir wehren uns gegen eine Infrastruktur und gegen einen Flugbetrieb, den wir nicht wollen und der unser bereits so stark belastetes Gebiet noch zusätzlich belastet. Es hat mir im Jahr 2016 so gut getan zu erleben, wie viel Solidarität aus dem restlichen Land gekommen ist, von Menschen, die gesagt haben: "Uns betrifft es eigentlich nicht, aber wir verstehen, dass andere den Flughafen nicht wollen." Der Kollege Dello Sbarba hat vorher die Namen jener Gemeinden vorgelesen, die sich da so ausdrücklich ausgedrückt haben. Schaut Euch noch einmal die Zahlen der Abstimmung aus dem Jahr 2016 an. In einigen Gemeinden lag das Nein bei über 90 Prozent, beispielsweise in Tramin und in Montan. Hier können wir zu diesem Thema als UmweltpolitikerInnen, als Betroffene des Gebietes, aber auch als Demokratinnen und Demokraten sprechen. Da kommen wir nicht darum herum auf diese Volksabstimmung aus dem Jahr 2016 zurückzublicken. Es war eine Volksbefragung, die der Landeshauptmann versprochen hatte. Es war sein Wahlversprechen aus dem Jahr 2013, über den Flughafen abstimmen lassen zu wollen. Er hat nicht über den Flughafen abstimmen lassen, aber die Abstimmung war, wie sie war und die Menschen, die gegen den Flughafen sind, haben eben mit Nein gestimmt. Sie waren gegen den Flughafen und gegen das Entwicklungskonzept des Landeshauptmanns, das eine Erweiterung und eine Aufstockung des Flugbetriebes vorsah. Gegen das hat man gestimmt. Sagen Sie mir also, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag und lieber abwesender Landeshauptmann ... Ich weiß, dass er in Rom ist, aber ich bräuchte ihn in diesem Fall als mein Gegenüber, den das ist etwas, was ich ihm wirklich persönlich sagen möchte. Die Menschen haben dieses Konzept abgelehnt. Zu wem spreche ich eigentlich Ich weiß nicht, wer genau zugeschaltet ist, denn im Saal ist momentan niemand von der Landesregierung anwesend. Wie gesagt, man hat damals Nein gesagt zu diesen Ausbauplänen, und jetzt wird der Flugbetrieb ausgebaut, und zwar nicht durch das Land, sondern durch Private. Das heißt die Leute an der Nase herumführen. Ich weiß, dass der Landeshauptmann das damals nicht goutiert hat, was ich auch verstehe, denn da sind wahrscheinlich auch Verletzungen dabei, die man als Demokrat aber aushalten muss. Auf alle Fälle geht es nicht, dass man das, was die Menschen abgelehnt haben, über andere durchführen lässt. Es ist mir unverständlich, dass man das tun kann, und ich sage dem Landeshauptmann, dass man ihm das im Unterland ganz sicher übelnimmt. Deshalb ist es jetzt ein guter Moment, in dem die Aufmerksamkeit auch wieder da ist. Wenn der Flugbetrieb wieder losgeht, dann werden wir sehen, wie sich die Stimmung entwickelt. Unsereins kann sich im Unterland nicht zwei Meter bewegen, ohne auf den Flughafen angesprochen zu werden. Das wird den Kollegen Nicolini und Vettorato wahrscheinlich nicht anders gehen. Deshalb braucht es eine gesetzliche Regelung. Als damals beim Verkauf große Besorgnis aufgekommen ist, hat es geheißen: "Wir gehen jetzt mit den Privaten reden." Auch der SVP-Bezirksvertreter Schiefer ist zu diesem Treffen gegangen, aber hier geht es nicht darum, sich etwas auszumachen. Das sind Flugbewegungen, die die Lebensqualität der Menschen beeinträchtigen und die Klimaziele beeinflussen. Wir haben jedes Segment dieses Landes geregelt, aber den Flugbetrieb hat man in einem oder mehreren Gesprächen ausgemacht, was nicht verbindlich und auch nicht haltbar ist. Aus demokratiepolitischer, umweltpolitischer und aus Sicht des Respekts vor der Meinung gibt es lauter Gründe, um den Flugbetrieb einzuschränken und nicht auszubauen. Wenn man ein Versprechen gibt, muss man es auch einhalten, und zwar nicht nur in der Methode, sondern auch im Inhalt. Man ist es diesem Land schuldig, diese ewig lange Diskussion und diese ewig lange Bemühung in Bezug auf eine Einschränkung des Flugverkehrs ernst zu nehmen.

Es gibt noch einen weiteren Bereich, den wir nicht vergessen dürfen. Als UmweltschützerInnen sind wir immer auch NaturschützerInnen. Es ist eine Tatsache, die es in die Berichterstattung geschafft hat, dass es nicht nur die Menschen und das Klima belastet, das heißt, dass er Flughafen nicht nur auf diese Bereiche

drückt und diese schädigt, sondern auch die Natur. Es ist nicht eine kleine Liebhabereiaktion, wenn sich Menschen um Kröten kümmern, die gerade dort leben, wo der Flughafen ausgebaut werden soll. Hier geht es um Amphibienarten, die geschützt sind. Diese Lebewesen sollten wir nicht vergessen, denn für die haben wir die gleiche Verantwortung wie für alle anderen. Wenn wir hier immer wieder große Reden für den Einsatz zur Biodiversität hören, dann wollen wir auch Taten sehen. Das kann nicht unter den Teppich gefegt werden.

Das sind die Gründe, warum wir uns ein weiteres Mal für dieses Thema einsetzen und einen Vorschlag machen. Der Gesetzentwurf kann, so wie der Kollege Dello Sbarba gesagt hat, abgeändert werden wie jeder andere Gesetzentwurf. Man kann ihn als Vorlage oder als Grundlage für Änderungs- oder Verbesserungsanträge hernehmen - das alles ist möglich -, aber sich nach all dieser Zeit aus der Geschichte stehlen, darf man nicht. Vielen Dank!

VETTORI (Alto Adige Autonomia): Grazie presidente! Quello che ho sentito fino adesso mi pare un accanimento terapeutico, perché visto che ho un attimo di tempo vorrei leggerVi il quesito della consultazione del 2016 che citava testé: “Volete che sia approvato il disegno di legge n. 60/2015 recante ‘Norme sull’aeroporto di Bolzano’, per il quale in data 4 dicembre 2015 il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano ha deliberato l’indizione di un referendum consultivo?”.

Il 70,7% della popolazione altoatesina ha bocciato questo quesito contro il 29,3% che oggi parla di una legge in cui si parlava di tutela, di ambiente, della questione aeroportuale. La maggioranza dei cittadini si è espressa contrariamente, nonostante ci fosse stata una campagna referendaria che ha detto tutto e il contrario di tutto, perché sembrava che l’aeroporto dovesse essere chiuso per lasciare spazio a stagni e paludi nei dintorni di Laives e della Bassa Atesina, quando invece noi si diceva sempre “Guardate che se vince il NO, arriveranno i privati”. Sembrava che dovesse essere la più grande bugia sulla faccia della terra e infine è stato così.

Però ad oggi, visto che a riunire e incollare i cocci di questa errata campagna referendaria tocca all’attuale maggioranza, bisogna anche ricordare che nel frattempo c’è stata una questione che si chiama Covid-19, che ha piegato completamente l’economia locale. Noi abbiamo il presidente della Provincia che è giù a Roma a cercare di difendere l’ultima variazione di bilancio, perché è stata impugnata da Roma e noi ancora qui che vogliamo ritornare a gravare con un’altra spesa all’interno del bilancio provinciale le casse dell’amministrazione pubblica.

Allora ricordiamo a tutti che un aeroporto funzionante e grazie a Dio e grazie a dei privati che non vanno a pesare con i loro investimenti sull’amministrazione provinciale, porta turismo, porta indotto, porta tasse nei confronti delle casse provinciali che poi possono essere reinvestite in investimenti per la nostra provincia, per i cittadini, per le imprese, per far tornare quello che era l’Alto Adige, una culla economica sia per il resto d’Italia che per il resto d’Europa. Noi dobbiamo attrarre il turismo anche dall’estero e non con il trenino, con tante altre forme di trasporto, dimenticandoci completamente l’aeroporto. Perché l’aeroporto, lo abbiamo visto, è soltanto qualcosa che porta in più a noi come territorio e non in meno.

Il 70% della popolazione si è espresso dicendo una cosa, bisogna andare avanti e ricordiamo che questo *referendum* ha avuto a livello di partecipazione dei livelli molto più alti – visto che oggi siamo un attimo in tema di *amarcord* – di quello che fu il *referendum* nazionale sulla scelta tra la Monarchia e la Repubblica, la percentuale di voto e di presenze è stata molto più alta. Io credo che per rispetto della democrazia diretta e del volere dei cittadini, i referendum vanno presi e rispettati, non passati qualche anno o qualche mese riproporre una legge che va praticamente a dire tutto il contrario di quello che è stato il sommo pronunciamento dei cittadini, che è la base della democrazia. Grazie presidente!

URZÌ (Fratelli d'Italia): La ringrazio molto della parola, presidente, ringrazio le colleghe e i colleghi che sono intervenuti in questo primo scorcio di dibattito estremamente interessante, coinvolgente, ricco di spunti, però abbiamo anche il dovere, nell’esame che dobbiamo poi fare di questa proposta di legge, di leggere cosa c’è nella proposta di legge, perché altrimenti rimaniamo agli *slogan*, perché lo *slogan* ha contrassegnato la campagna referendaria e ha in grande parte anche ingannato gli altoatesini, facendogli intendere che votare NO significava essere contro l’aeroporto e votare SÌ significava essere a favore dell’aeroporto, ma oggi attenzione colleghi dei Verdi che avete presentato questa proposta, non riproponeteci lo stesso modello, perché il rischio è quello di non fare comprendere i termini delle questioni.

E siccome ancora oggi purtroppo paghiamo il prezzo di quella campagna referendaria dove di fatto io ricordo perfettamente – non voglio fare nomi e cognomi – gli attori che erano in campo che avevano la difficoltà

poi ad assumere anche una posizione precisa, perché alla fine era passato un messaggio completamente distorto che era un *referendum* SÌ o NO all'aeroporto, dopodiché è successo che, vinto il NO, l'aeroporto invece ha continuato a funzionare, anzi oggi ci atterrano anche i Boeing e qualcuno dice "ma allora non è stata rispettata la volontà popolare" oppure, diciamo noi piuttosto, non è stato fatto intendere perfettamente ai cittadini qual era il senso di quel *referendum*.

Oggi non vorrei che i colleghi dei Verdi riproponessero lo stesso schema di gioco, che è uno schema che appunto inganna l'opinione pubblica, la porta a conclusioni diverse rispetto alle premesse e allora io voglio sgombrare subito il campo, presidente, da alcuni dubbi e ambiguità anche sulla nostra collocazione, perché ci vuole chiarezza, la dobbiamo di fronte a noi stessi, alla nostra coscienza, la dobbiamo di fronte ai nostri amministratori, la dobbiamo di fronte ai nostri concittadini.

È chiaro che sul tema della mobilità anche in una forza politica, soprattutto un'ampia forza politica rappresentata a livello nazionale e locale, il dibattito è aperto, quindi non necessariamente esiste un'unica ed esclusiva vocazione, ma certamente abbiamo la consapevolezza che una cosa vada rispettata, presidente, va rispettata la volontà popolare, laddove la volontà popolare intendesse esattamente quello che c'era scritto nel *referendum*, ossia NO al finanziamento – lo traduco chiaramente, permettetemi questa semplificazione –, NO al finanziamento pubblico dell'aeroporto, NO al finanziamento alla partecipazione attiva della Provincia nelle politiche che riguardano le scelte aeroportuali, NO quindi a che – lo traduco sempre in maniera elementare e quindi evidentemente semplificata – la Provincia di Bolzano metta soldi sostanzialmente nell'impresa aeroportuale.

Questo è il limite, il perimetro nel quale dobbiamo muoverci, poi però all'interno di tutto questo c'è un mondo, perché abbiamo visto compagnie che hanno avviato delle loro attività, abbiamo visto prospettive di sviluppo di queste attività, abbiamo visto riattivarsi un dibattito e qualcuno rigettarsi a pesce nel dibattito, tornando appunto ad agitare un confronto senza chiarirne più specificatamente i termini.

Quando ho sentito dire dai colleghi che sono intervenuti "mah, noi indichiamo una strada, che è quella di questa legge, poi se avete modelli o proposte alternative, fatele", però colleghi, certo questo verrà fatto nel corso del dibattito eventuale sull'articolato, laddove ci approdassimo. Io lo dico subito, presidente, io non posso che astenermi su questo disegno di legge, perché non condivido tutti gli articoli, ma condivido il fatto che si possa ragionarne e discuterne, quindi essendo però questo il disegno di legge che devo votare – e adesso spiegherò le ragioni – faccio difficoltà a votare a favore rispetto al pacchetto che ci è stato proposto, ed è stato un gravissimo errore di valutazione da parte Vostra, colleghi proponenti, perché questo disegno di legge poteva essere proposto in maniera realmente tecnica, in maniera tale da poter aggiungere eventualmente effettivamente quei correttivi che, rispettando le volontà all'interno dell'aula, avrebbero potuto definire l'obiettivo di questa proposta.

Ma noi non votiamo una misura tecnica che riconosce – diciamo così sempre semplificando il ragionamento – alla Provincia di Bolzano il ruolo che le spetta in tema di politiche aeroportuali e di traffico aereo, noi diciamo chiaramente, o meglio Voi dite chiaramente con questo disegno di legge quello che leggo, e quello che leggo è questo:

Articolo 1, comma 2 "[...] rinuncia a contribuire sia direttamente" – ma questo ci sta – "che indirettamente allo sviluppo del traffico aereo, fatta eccezione per quello che si svolge per esigenze sanitarie, di protezione civile, per esigenze o trasporti di pubblica utilità e di pubblica sicurezza."

Articolo 1, comma 3 "La Provincia autonoma di Bolzano intraprende tutte le possibili iniziative per limitare il traffico aereo sul proprio territorio anche attraverso apposite intese con lo Stato, le autorità militari e l'Ente Nazionale per l'Aviazione Civile."

A proposito, 'autorità militari' quando poi però all'articolo 4, comma 1 si fa un lungo elenco delle attività sulle quali l'aeroporto potrebbe continuare a svolgere la propria funzione, ma il ruolo delle attività di difesa non viene mai citato. Si potrebbe dire ...

CONSIGLIERE: *interrompe*

URZÌ (Fratelli d'Italia): Se posso finire la frase, stavo dicendo perché può essere sottratto, ma sia nella parte 1 – Finalità della legge, che nella parte di dettaglio della legge, in cui comunque si fa riferimento agli accordi con le autorità militari, l'escludere completamente dal novero dei possibili impieghi di queste attività anche quelle di carattere militare, significa dare una chiara indicazione di volontà.

E leggo ancora nel testo “quindi si intraprendono tutte le possibili iniziative per limitare il traffico aereo sul proprio territorio e tutte le attività vengono ridotte ad una misura compatibile con le funzioni prima indicate”, qui c’è già chiara interpretazione di quello che è l’idea e il concetto che si ha di aeroporto, che è esattamente, quello è chiaro, la linea politica del NO all’aeroporto *sic et simpliciter*, qui non c’è mediazione quindi non c’è un testo sul quale poter costruire, qui c’è una sentenza passata in giudicato, affermata, che dice NO su tutta la linea all’aeroporto e non c’è la possibilità – certo, esiste tecnicamente e dal punto di vista della procedura e dell’*iter* di approvazione della legge, ma dal punto di vista della volontà politica espressa no – di considerare possibili mediazioni, ossia un ruolo temperato dell’aeroporto in considerazione della sua collocazione geografica, in considerazione delle volontà delle amministrazioni viciniori, in considerazione delle politiche generali sul traffico aereo che qui però, in questa legge sulla quale siamo chiamati a esprimere un voto, vengono dichiaratamente espresse, questo è un NO integrale alla mobilità aerea e non è nemmeno, permettetemi colghi, quello che è stato deciso dai cittadini quando sono andati al voto.

Certo, probabilmente quello che una parte di Voi ha fatto intendere e non era, ma che non era nel testo del *referendum* su cui si è votato, perché si è votato contro la partecipazione della Provincia, il finanziamento pubblico, un ruolo attivo, creando peraltro quella condizione sulla quale Voi oggi intervenite con questa proposta di legge, perché creato il vuoto legislativo di fatto a oggi ci troviamo in una condizione di mancanza di regole, sto sempre semplificando, nella quale evidentemente ci possono essere gli eccessi in ogni direzione ed evidentemente oggi si tratta di colmare quindi un vuoto che è stato determinato da una campagna che è stata esclusivamente di carattere ideologico, ma che poi non ha voluto declinare con argomenti di carattere tecnico e poi procedurale le conseguenze degli atti che andavano ad assumersi.

Allora io ribadisco, presidente, perché altrimenti poi ci sono equivoci che io non voglio generare, che la nostra è una posizione chiarissima, NO alla partecipazione pubblica, la Provincia non spenda un euro nelle attività di impresa aerea, SÌ a una regolamentazione, perché la Provincia ha – e questi sono argomenti che ho ascoltato nel corso del dibattito – prerogative che può e forse anche deve esercitare, ma se questa è l’impostazione ideologica, scusatemi, noi non possiamo votare SÌ *sic et simpliciter* perché altrimenti passa il messaggio sbagliato, perché abbiamo il dovere di spiegare che il messaggio che Voi state trasmettendo è quello per cui di fatto esiste un veto ideologico a ogni tipo di attività aerea all’aeroporto di San Giacomo, senza alcuna clausola di garanzia nemmeno per i voli militari sui quali la Provincia in linea di diritto non ha possibilità di intervento, ma che in una legge così complessa e articolata è paradossale non vengano esplicitamente richiamati come fondamentale componente legata all’attività dell’aeroporto, o vogliamo far finta di non capire e non vedere quello che effettivamente la struttura aeroportuale di San Giacomo è? Con tutti gli annessi anche, appunto, di infrastrutture militari.

E allora io mi domando la ragione per cui avete presentato un disegno di legge così mal scritto, impostato in maniera tale da dover essere respinto, lo avete presentato per poi poterVi vantare con la semplificazione del messaggio di essere gli unici sostenitori di una politica ambientale per l’Alto Adige e di una difesa dell’ambiente e del voto popolare? No, perché il voto popolare lo difendiamo anche noi e lo difendiamo proprio dicendoVi quello che stiamo dicendo, perché avete presentato una roba del genere? Perché lo avete presentato?

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): *interrompe*

URZÌ (Fratelli d'Italia): Siccome tocca a noi votarlo, io ho già detto che non voterò contro, perché all’articolo 2 voterei a favore e quando ci arriveremo, se voteremo sull’articolato, voterò a favore, va bene? Posso votare a favore anche di parti degli articoli successivi, sull’articolo 5 per esempio possiamo ragionare seriamente e tecnicamente, ma sull’articolo 1 non c’è margine, perché il disegno di legge è già chiaramente impostato su quel modello di impostazione che ha impedito ai cittadini dell’Alto Adige di capire il senso di quel dibattito che si era innescato su una delle strutture più importanti dal punto di vista della mobilità che è l’aeroporto, e non ci sfugge in alcun modo – e concludo, presidente – l’impegno sul territorio, la sensibilità delle popolazioni residenti, guardate, nessuno più di noi è consapevole di questo, partecipiamo dall’esterno all’amministrazione di Laives, che ha una chiarissima posizione su questo, so che fa sobbalzare sulla sedia il collega Achammer il fatto che partecipiamo dall’esterno all’amministrazione di Laives, però di fatto è così, e si rassegni anche se non Le piace, ma partecipiamo in maniera libera, votando quello che è giusto e non votando quello che non è giusto e non avendo nulla in cambio, come altri invece concepiscono la politica, solo come una sorta di baratto, solo se io ho qualche carica, qualche funzione, qualche poltrona, qualche assessorato do, no,

noi diamo solo quello che riteniamo che sia giusto per la comunità. Quindi nessuno più di noi è consapevole, siamo al governo a Bronzolo – non sobbalzi ancora una volta sulla sedia – e quindi siamo consapevoli di quello che significa per la Bassa Atesina e siamo a fianco dei cittadini della Bassa Atesina nel difendere il valore del *referendum*, ma non ci stiamo a prenderli in giro sugli inganni ideologici che ancora una volta vengono perpetrati sulle loro spalle, anzi, direi sulla loro pelle. Grazie presidente!

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie presidente! Intanto mi compiaccio per la presentazione di un disegno di legge anche da parte delle opposizioni attraverso una nuova formula che è stata individuata in modo sotterraneo tra maggioranza e opposizione per cui anche a noi adesso verrà voglia di fare disegni di legge, perché fino adesso ho visto che i disegni di legge dell'opposizione erano essenzialmente cestinati o allungati nell'ordine del giorno.

Non c'entra con quanto andrò a dire adesso su questo disegno di legge per quanto riguarda la limitazione del traffico aereo e il trasferimento alla Provincia dell'aeroporto di Bolzano, perché io voglio essere molto chiaro e trasparente, negli anni il Partito Democratico, era al governo allora, ha sempre detto che era a favore dell'aeroporto, durante il *referendum* noi abbiamo promosso il Sì, poi siamo stati bastonati dalla popolazione.

Personalmente ritengo che operazioni di questo genere sono estremamente pericolose, come poi è accaduto a questo tipo di *referendum*, perché a mio modo di vedere qui si doveva cercare, e forse allora c'è stato un errore, la regia della mano pubblica, che attraverso il *referendum* è passato totalmente al privato e non mi dite che chi ha promosso il *referendum*, chi lo ha chiesto, eccetera, non pensava che sarebbe stato difficile individuare un privato nella gestione dell'aeroporto, perché si riteneva – e ho dei dubbi ancora ...

CONSIGLIERE: *interrompe*

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): No, no, io sto dicendo che è stato un errore portarlo avanti, a mio modo di vedere è stato un errore di eccesso di democrazia nel senso che è come andare a chiedere se all'Autostrada del Brennero dobbiamo fare la terza corsia dinamica oppure no, oppure se è opportuno fare il Tunnel del Brennero oppure no, perché questo era un po' il livello della situazione e della filosofia di allora.

Naturalmente io ho una visione anche imprenditoriale di ciò che avviene nella nostra provincia, come ho sempre detto ci sono due colonne fondamentali dell'economia di questa provincia, una è il turismo e l'altra è la mobilità e su mobilità e turismo ci sono stati degli investimenti notevoli, bisogna stare attenti, non si può andare *random* su queste cose. Purtroppo, ad esempio, la legge sull'urbanistica cerca di dare delle limitazioni all'ambito del turismo, in realtà dove dovrebbe dare delle limitazioni non le dà e le dà dove non dovrebbe darle, questo è un altro aspetto di quello che sta accadendo.

Al di là di tutto questo, però, ritengo che questo *referendum* sia stato sbagliato nell'impostazione, nel non discutere – io allora non ero in Consiglio provinciale, eravamo al governo però –, a mio modo di vedere doveva esserci una relazione con il mondo politico, il mondo dell'associazionismo imprenditoriale e non solo per capire dove si voleva andare con questo tipo di aeroporto.

Adesso la frittata è stata fatta, nel senso che c'è un privato che si sta muovendo in modo secondo me molto oculato, bisogna vedere poi con i bilanci successivi, a di là della pandemia che c'è stata, dove andrà a parare, cosa accadrà nel prossimo futuro, neanche a me è piaciuto che questo Boenig atterrasse su Bolzano, comunque questo è quello che è accaduto, la pista verrà allungata, il sindaco di Laives, appoggiato dal consigliere Urzi e da Fratelli d'Italia, sta facendo a mio modo di vedere delle pessime figure, nel senso che su Laives è andato a dire delle cose che non sono adeguate rispetto a quello che sta avvenendo sotto il profilo concreto e reale.

Questa legge così proposta io ho difficoltà a votarla, devo dire la verità, proprio per quello che ho detto, ci sono alcuni aspetti che mi trovano completamente d'accordo, ad esempio sulla parte dell'articolato del Comitato sulla gestione dell'aeroporto civile di Bolzano, sono contrario al passaggio dal demanio a individuare un demanio aeroportuale provinciale, sotto questo profilo sono contrario perché comunque ci deve essere un livello superiore in questo ambito.

Ecco, io avrei capito se successivamente al *referendum* da parte della Provincia ci fosse stata una legge che andasse in una direzione di gestire anche il rapporto con il privato, di quello che stava avvenendo quando è stata vinta la gara dal privato, io mi sarei aspettato questo, è per quello che dico che questa legge comunque è un atto positivo da parte del Gruppo Verde che l'ha presentata, perché andrebbe a riempire un vuoto che

c'è, questo bisogna dirlo, è un vuoto che esiste a livello legislativo, ma per la mia sensibilità, per la battaglia politica che abbiamo fatto, e che abbiamo anche perso, non va nella direzione da noi auspicata.

Io perciò ribadisco il fatto che mi astengo perché ci sono alcuni aspetti positivi e altri negativi, mi astengo per una coerenza da parte del nostro partito, per le battaglie che sono state fatte nella Provincia di Bolzano e soprattutto nel Comune di Laives, dove la situazione era più sentita da San Giacomo e tutta la Bassa Atesina. Grazie!

Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: Manfred Vallazza

PRÄSIDENT: Herr Abgeordneter Köllensperger, bitte.

KÖLLENSPERGER (Team K): Danke, Herr Präsident! Als man im Jahr 2018 beschlossen hat, zum Referendum zu streiten, vor allem, als die Landesregierung das Referendum verloren hat, hat man zwei Sachen gemacht: Man kann nicht sagen, dass das nicht im Gesetz drinnen gestanden hätte, das damals abgelehnt worden ist. Jeder, den Artikel 2 gelesen hat, weiß, dass dort der Ausbau des Flughafens drinnen steht, und der wurde auch abgelehnt. Wie gesagt, man hat den Ausbau des Flughafens, den die Bevölkerung mit 70 Prozent abgelehnt hat, den Privaten übergeben. Man hat sie sogar dazu gezwungen, den Masterplan 2012 einzuhalten. Außerdem hat die Landesregierung 2018 mit Beschluss 1127 den Flughafen zu einem Dienst im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse erklärt. Das ist der zweite Betrug am Referendum und an den Wählern, denn damit hat man Tür und Tor geöffnet, damit die privaten Betreiber morgen öffentliches Geld bekommen können. Auf diesen Punkt komme ich dann noch genauer zu sprechen, wobei noch nicht ganz klar ist, ob wir nicht auf den 900.000 Euro Kosten für Brand- und Zivilschutz sitzen bleiben. Ich hätte gerne eine Stellungnahme der Landesregierung, was die DAWI betrifft bzw. warum sie das gemacht hat. Entspricht es der Wahrheit, dass die privaten Betreiber damit öffentliche Gelder für die Betriebskosten einfordern können und gibt es vielleicht sogar schon ein Ansuchen in diese Richtung?

Es ist eigentlich eine generalstabsmäßig geplante Verhöhnung, die bei diesem Referendum mitgestimmt haben. Das kann man nicht von der Hand weisen und das wissen Sie genau. Wie gesagt, was hat es mit dieser DAWI auf sich? Wir haben als Team K, damals noch mit Renate Holzeisen, bereits im Jahr 2018 darauf hingewiesen. 70 Prozent der Südtiroler haben beim Referendum ganz klar gesagt, dass es keine Infrastruktur öffentlichen Interesses ist. Was tut die Landesregierung? Sie erklärt die Verwaltung des Flughafendienstes als eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse gemäß der Entscheidung der Europäischen Kommission 2005 842/EG. Was beinhaltet diese Entscheidung der Europäischen Kommission? Dass die öffentliche Hand für die besonderen Kosten einer sogenannten Gemeinwohlverpflichtung des mit einer Dienstleistung von der öffentlichen Hand beauftragten Unternehmens ganz oder teilweise aufkommen muss. Die Landesregierung hat die Erfüllung dieser bestimmten Aufgabe, die dem privaten Dienstleister als Betreiber des Flughafens übertragen worden ist, zur Dienstleistung im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse erklärt. Damit ist die Tür offen und der private Betreiber hat laut EU Anrecht auf öffentliche Gelder. Das ist nach der Ausschreibung, die den Privaten zu einem Ausbau zwingt ... Ich bin übrigens damit einverstanden, dass der Flughafen an Private verkauft worden ist, und dazu stehe ich auch, denn nachdem es keine Dienstleistung im öffentlichen Interesse ist, sollen es die Privaten machen. Normal wäre gewesen, dass eine Ausschreibung gemacht wird und ein Privater gewinnt, der dann schaut, was er macht. Der Ausbau bzw. Masterplan kostet ja 27 Millionen Euro. Den hat man herschenken bzw. verscherbeln müssen, denn nicht jeder Private will 27 Millionen Euro investieren. Es hätte ja auch sein können, dass sich der Private mit der ENAC um einen anderen Masterplan kümmert, aber nein, man hat ihn gezwungen, genau diesen Masterplan umzusetzen. Die ANAC gibt uns mittlerweile auch in Bezug auf den Verkaufspreis Recht, dass bei der Berechnung des Verkaufspreises gar einige Sachen ausgespart wurden, aber das nur nebenbei.

Quello che vorrei dire anche al consigliere Dello Sbarba quindi, è che non è che la Provincia se ne lava le mani o lascia fare a privati, no no, peggio, li ha obbligati ad aumentare, a fare il *Masterplan*, cioè a fare questo piano di sviluppo che in realtà il *referendum* ha bocciato e, peggio ancora, gli ha dato la possibilità, tramite la dichiarazione come servizio di interesse economico generale (SIEG), di chiedere soldi pubblici. Questa è la realtà dei fatti.

Sul ddl stesso, che ovviamente nello spirito condividiamo come Team K, qualche dubbio ce l'ho, soprattutto sugli articoli da 4 a 6, dove è abbastanza difficile a mio avviso che ci andiamo a scontrare facendo delle prerogative che oggi già sono stati dati a terzi privati, a un privato che ha investito tempo e risorse, che ha

vinto una gara regolare e ha una regolare concessione. La vedo un po' problematica, sicuramente si andrebbe a finire in un contenzioso, in questo caso.

Al contrario i punti da 1 a 3, che anche se si leggono più come una mozione che non come un disegno di legge, sono sicuramente più che ragionevoli e sono perfettamente nello spirito del *referendum*, anzi porterebbero a compimento quello che era lo spirito del *referendum*, mettendo dei robusti paletti, 1) non fare arrivare soldi pubblici, a maggior ragione in una situazione in cui, essendo stati dichiarati SIEG, questi ne avrebbero diritto se ne facessero domanda, quindi a maggior ragione questo punto oggi sarebbe importante, così né in forma diretta, né indiretta gli arriverebbero soldi.

E quindi mettiamo anche che l'*iter* legale relativo alla cessione anomala o come contestata dall'ANAC vada avanti, bisognerebbe fare una gara, ancora meglio se questa legge fosse in vigore. Io sarei più contento di avere oggi l'uovo e magari domani la gallina che cercare di portare a casa tutto in un ddl che chiede un po' tutto dalla A alla Z, su questo bisognerebbe discutere in sede di discussione dell'articolato, alla quale sarà difficile arrivare, come al solito per i disegni di legge dell'opposizione. Sicuramente il Team K ovviamente voterà a favore di questo passaggio all'articolato perché, come detto, lo spirito del disegno di legge viene da noi ampiamente condiviso, pur con il bisogno di discutere qualche singolo punto. Grazie!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Es ist immer so eine Sache. Man sollte tun und tun, aber niemand will etwas tun. Diese Diskussion führen wir in Zusammenhang mit dem Flugplatz seit Jahren, um nicht zu sagen seit Jahrzehnten. In den letzten Jahren reden viele vom Klimaschutz und davon, was man alles tun könnte und müsste, aber wenn man beim Einfachsten beginnt, nämlich im eigenen Haus dafür zu sorgen, dass der Klimaschutz umgesetzt wird, dann gibt es tausend Gründe, Ausreden und Winkelzüge, warum man das eben nicht tut. Die Grundsatzfrage, mit der wir schon seit Jahren um dieses Thema – verzeihen Sie mir den Ausdruck – herumeiern, ist, ob Südtirol überhaupt einen Flugplatz braucht. Wofür? Der Kollege Urzi hat die militärische Bedeutung hervorgehoben. Braucht Südtirol einen NATO-Flugplatz, auf dem große Kampfjets starten und landen können? Gibt es in diesem Land eine Bedrohung, die militärische Eingriffe mit Flugmaschinen notwendig machen würde? Ich glaube wohl kaum. Auf die Frage, ob wir als Land Südtirol einen Flughafen brauchen, um an internationale Destinationen angeschlossen zu werden, möchte ich antworten, dass wir im unmittelbaren Umfeld mehrere internationale Flughäfen mit internationalen Flugverbindungen haben, egal ob das Verona, Bergamo, Innsbruck, Salzburg oder München ist. Ich kenne keinen Südtiroler, der es nicht geschafft hätte, auf die Malediven, nach Amerika, nach Australien oder wohin auch immer zu reisen, weil er keine Verbindung gefunden hätte. Die dritte Frage ist, ob wir einen Flughafen brauchen, damit Menschen zu uns nach Südtirol kommen können. Ich habe noch niemanden gesehen, der vielleicht gerne in Südtirol Urlaub gemacht hätte, das aber nicht konnte, weil er keine Verbindung nach Südtirol gefunden hat. Die Frage ist, ob wir überhaupt noch mehr Personen brauchen, die in Südtirol Urlaub machen oder ob wir nicht das, was wir haben, qualitativ ausweiten sollten, damit jene, die in diesem Segment arbeiten, gut arbeiten können, ohne dass ihnen der Tourismus auf den Kopf fällt und er dem Land und sich selbst schadet, weil es zu viel des Guten wird. Wenn es einen Flugplatz gibt, der neben der Brennerautobahn, die eine enorme Belastung für die Bevölkerung darstellt, neben offenen Zugstrecken, neben einem fehlenden Konzept für den Bau des Brennerbasistunnels – wir haben gehört, dass die Fertigstellung auf 2032 verschoben wird - ... Ich weiß nicht, ob wir es überhaupt noch erleben, dass wir durch den Brennerbasistunnel durchfahren, wenn das so weitergeht. Brauchen wir überhaupt noch eine zusätzliche Struktur? Ich glaube nicht. Was hindert uns also dann, das umzusetzen, was die Bevölkerung wollte. Redet Euch das bitte doch nicht schön, so als ob die Bevölkerung über etwas anderes abgestimmt hätte. Die Bevölkerung wusste ganz genau, über was sie abgestimmt hat. Für die Bevölkerung war es eine Abstimmung Ja oder Nein zum Flugplatz. Auch wenn das Abstimmungsergebnis nicht schmeckt, die Bevölkerung hat klar und deutlich Nein zu diesem Flughafen gesagt. Kollegin Foppa, ich war schon im Jahr 1994 bei der ersten Flughafen-Demo in Bozen dabei. Das Thema haben wir schon seit vielen Jahren. Wir schleppen das Thema seit vielen Jahren mit uns herum, weil die Regierung in Südtirol nicht in der Lage ist, klar und deutlich zu sagen, dass es keinen Flugplatz braucht und man sich dafür einsetzen wolle, dass es keinen gibt. Darum geht es bei diesem Gesetzentwurf. Deshalb werden wir nicht nur guten Willens, sondern aus vollster Überzeugung dafür stimmen, weil es seitjeher unserer Überzeugung entspricht, dass Südtirol keinen eigenen Flugplatz braucht und weil Klimaschutz im eigenen Haus beginnt. Heimatschutz ist auch Umweltschutz und bedeutet, dass die Heimat, in der wir leben, als lebenswerte Heimat erhalten werden muss. Deshalb ist es für uns als Heimatbewegung ein besonderes Anliegen, dafür zu sorgen, dass unser Land auch in Zukunft eine lebenswerte Heimat lebt, in der die Menschen gut leben können und

eine Lebensqualität haben, in der sie nicht tagsüber den Kopf vor den Flugzeugen einziehen, sich nachts die Ohren vor dem vorbeiziehenden Verkehr oder tagsüber die Nase aufgrund der Luftverpestung durch die Brennerautobahn zuhalten müssen. Das ist nicht das Südtirol, das wir wollen und das schadet auch unserem Tourismus. Ihr schadet damit nachhaltig der touristischen Entwicklung unseres Landes, und das wollen wir nicht als Zukunftsvision für unser Land sehen. Deshalb werden wir diesem Gesetzentwurf zustimmen. Es täte Südtirol gut, wenn man ein Konzept ausarbeiten würde, wie unser Land umweltfreundlich erreichbar wäre, mit öffentlichen Verkehrsmitteln und vielleicht auch mit alternativen Energiequellen, aber sicher nicht mit einem Konzept, das aus dem letzten Jahrhundert stammt und mit dem man versucht, den letzten Winkel der Welt mit irgendwelchen Flügen zu erreichen. Wir haben durch die Corona-Krise gesehen, dass viele Dinge hinterfragt werden. Es muss nicht jedes Meeting in persönlicher Anwesenheit stattfinden. Im Grunde genommen sind diejenigen die Gewinner der Corona-Krise, die es geschafft haben, sich anzupassen und trotz sozialer Distanz eine wirtschaftliche Nähe zu schaffen, durch neue Konzepte, neue Arbeitsmethoden und individuelle Begegnungen. Da bietet uns die moderne Kommunikation ein ganz starkes neues Mittel. Setzen wir auf die Chancen, die wir in Südtirol haben. Das ist unsere Natur, unsere Vielfalt an Artenreichtum, die unberührte Landschaft, die es in vielen Bereichen noch gibt. Das sind die Gründe, warum viele Menschen nach Südtirol kommen, um hier Urlaub zu machen. Das ist auch der Grund dafür, warum unser Land im Gegensatz zu vielen anderen Regionen in Europa noch lebenswert ist. Viele von uns fahren zwar gerne einmal in eine Großstadt, um das kulturelle Angebot zu sehen oder sich das hektische Treiben einer Großstadt anzusehen, aber jeder von uns ist froh, wenn er dann wieder zurückkommen und ausspannen kann. Dieses hohe Gut für einen Flughafen aufs Spiel zu setzen, der nur die Interessen einiger weniger bedient und vom Großteil der Bevölkerung nicht gewünscht und klar abgelehnt wird, darf kein Zukunftskonzept für Südtirol sein. Deshalb werden wir jene Initiativen unterstützen, die Südtirol mit modernen und umweltfreundlichen Verkehrsmitteln erreichbar machen. Wir haben im Landtag selbst einmal ein Konzept vorgelegt, was die Reschenbahn angeht, und ich freue mich, dass endlich Schwung in die Thematik kommt. Leider erleben wir aber, dass versucht wird, das Ganze zu zerreden und in die Länge zu ziehen, damit ja nichts weitergeht. Es geht darum, konkrete Ideen umzusetzen und dafür zu sorgen, dass unser Land auch in Zukunft lebenswert bleibt. Das sind wir den nächsten Generationen schuldig. Deshalb Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung, Ladinische Kultur, Verkehrsnetz, Mobilität - SVP): Zunächst einige Informationen um Sachverhalt. Mir ist wichtig, zu unterstreichen, dass es um diesen Gesetzentwurf und um die Punkte geht, die in ihm enthalten sind. Ich glaube, dass wir sicher noch weitere Möglichkeiten haben werden, auch in Zukunft über dieses Thema zu sprechen. In der Vergangenheit wurde viel darüber debattiert, wobei der Landtag und die Landesregierung Entscheidungen getroffen haben. Außerdem wurde die Bevölkerung befragt. Die Entscheidungen, die getroffen worden sind, hatten eine logische Folgerung. Deshalb sind einige Artikel, die im Gesetzentwurf enthalten sind, teilweise überholt. Natürlich gibt es die einzelnen fachlichen und rechtlichen Positionen der Ämter, genauso wie die Position des Rates der Gemeinden. Vorhin wurde bei der Verlesung des Berichtes des Gesetzgebungsausschusses mitgeteilt, welche Punkte effektiv rechtlich, als auch prozedurell nicht funktionieren bzw. sogar verfassungswidrig sind.

Die Landesregierung hat bereits in der letzten Legislatur immer wieder darauf hingewiesen, genau wie viele andere auch, dass das Interesse besteht, weiterhin an der Flughafengesellschaft beteiligt zu sein, um gewisse Themen mitgestalten und Rahmenbedingungen selbst setzen zu können. Das Land wollte damals praktisch an der Flughafengesellschaft mitbeteiligt sein, um die Spielregeln selbst setzen zu können. Es kam dann aber anders. Wenn die Anschuldigung kommt, dass das damals nicht klar kommuniziert worden wäre, so muss ich sagen, dass es sehr klar und transparent kommuniziert worden ist. Vor allem aber wurde das Wahlversprechen eingehalten, was nicht allen gefallen hat. Die Bevölkerung wurde gemäß einer Entscheidung des Landtages befragt, wobei ich der Meinung bin – der Kollege Urzi hat es auf den Punkt gebracht -, dass es sehr gefährlich ist, wenn man vom Inhalt abgeht und damit Slogans kommuniziert. Es ist in keinem Dokument gestanden, dass der Flughafen bei einem Nein zugesperrt wird. Im Gegenteil, man hat immer dafür plädiert, dass das Land selbst am Flughafen beteiligt ist. Es geht darum, den Masterplan, den ENAC schon vor Jahren genehmigt hat, umzusetzen. Das möchte ich unterstreichen, weil hier eine ganz klare Linie gefahren worden ist.

Der Kollege Dello Sbarba hat selber gesagt, dass der Gesetzentwurf einige Punkte beinhaltet, die so nicht gut funktionieren. Das kann ich nur bestätigen. Einige Punkte sind überholt, einige sogar verfassungswidrig, weil wir die Kompetenz nicht in allen Punkten haben. Vorhin wurde darauf hingewiesen, dass wir Kon-

zessionen vergeben, und da hat der Kollege Dello Sbarba absolut Recht. Wir vergeben im Bereich der Mobilität Konzessionen, genauso wie im Bereich des Wassers. Ich möchte auf die vielen Südtirolerinnen und Südtiroler hinweisen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten dafür gekämpft haben, diese Kompetenz zu erhalten. Im Bereich Flugverkehr haben wir diese Kompetenz aber nicht, weshalb wir das nicht mit einem normalen Landesgesetz regeln können. Eine Anfechtung wäre die logische Folge, denn im Artikel 11 des Dekrets Nr. 201 aus dem Jahr 2015 gibt es einen klaren Hinweis auf die Bestimmungen der Sonderstatute und der entsprechenden Durchführungsbestimmung. Eventuell müsste man über diese Schiene einige Punkte regeln. Wir können diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Genauso negativ fällt übrigens das Gutachten des Rates der Gemeinden aus.

Vorsitz der Präsidentin | Presidenza della presidente: Rita Mattei

PRESIDENTE: Grazie, assessore Alfreider. Do la parola per la replica al consigliere Dello Sbarba.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie presidente! Continuo dal punto in cui l'assessore Alfreider ha concluso, e cioè il parere del Consiglio dei Comuni, io capisco che un assessore ha tanto da fare e quindi forse non riesce a leggere il parere del Consiglio dei Comuni fino all'ultima riga, però dopo aver dato parere negativo – forse lo mettono anche in grassetto perché così chi ha poco tempo per leggere vede solo “parere negativo” e si orienta – invece l'ultimo periodo, assessore, del parere del Consiglio dei Comuni dice che fondamentalmente il Consiglio dei Comuni condivide però che l'aeroporto di Bolzano venga trasferito alla Provincia di Bolzano in base alla normativa statale – il nostro articolo 3 lo dice – e che la Provincia rilasci regole e direttive a carico dei futuri gestori, che disciplinino sia l'attività dell'aeroporto, sia il traffico aereo, se vuole glielo leggo anche in tedesco, ma salto.

Il Consiglio dei Comuni quindi è d'accordo sul trasferimento che il nostro disegno di legge prevede, ed è d'accordo sul fatto che la Provincia rilasci regole e direttive a carico dei futuri gestori, che disciplinino sia l'attività dell'aeroporto, sia il traffico aereo.

A me basterebbe, non riesco a capire perché il Consiglio dei Comuni abbia dato parere negativo a un disegno di legge che dice esattamente questa cosa, e io ho sentito nel dibattito molti colleghi e molte colleghe che hanno detto “una legge serve, c'è un buco”, lo ha detto il consigliere Urzì, lo ha detto il consigliere Repetto, lo ha detto in qualche modo anche il consigliere Vettori, che mi pare che si sia poi confuso sul significato del *referendum*, ma proprio su quello letterale, su chi era per il SÌ e per il NO e cosa voleva dire il NO e il SÌ e chi ha preso il 70% e chi ha preso il 30%, ma lasciamo perdere.

A me sembra che molti e molte siano in quest'aula perché la Provincia intervenga a dare regole a un oggetto, che è l'aeroporto di Bolzano, che in questo momento si muove senza una normativa provinciale, senza neanche quella che il presidente Kompatscher aveva messo nel suo disegno di legge nel 2016.

Il disegno di legge definiva l'aeroporto di Bolzano di interesse pubblico, definiva la classe 2C, definiva gli orari dei voli. Allora, lo poteva definire o non lo poteva definire? Questo disegno di legge era legittimo o non era legittimo quando è stato presentato ed è stato firmato dal presidente Kompatscher e dalla Giunta provinciale ed è stato poi portato a *referendum* con una mozione firmata dai colleghi della Volkspartei?

Perché attenzione, il *referendum* è stato promosso con un voto in questo Consiglio provinciale su cui tutti eravamo d'accordo, ma la proposta era firmata dai colleghi della Volkspartei quindi, consigliere Repetto, promotrice del *referendum* del 2016 era la maggioranza provinciale.

Naturalmente in un voto ci sono tante intenzioni, c'è chi pensa al finanziamento, come il consigliere Urzì che ha detto “io sono solo contro il finanziamento pubblico”, c'è chi pensa all'ambiente più che al finanziamento, come noi, ma cari colleghi e care colleghe è indubbio che il voto – ricordiamoci la formula che ha letto il consigliere Vettori – era sul disegno di legge.

Il disegno di legge aveva pochi articoli, il primo diceva che l'aeroporto di Bolzano è di interesse pubblico e di interesse strategico per la Provincia, il secondo fissava gli obiettivi dello sviluppo dell'aeroporto di Bolzano, compresa l'approvazione del Piano di sviluppo – diceva “Sulla base del Piano di sviluppo per l'aeroporto approvato dalla Giunta provinciale [...]” –, il terzo metteva a disposizione un finanziamento per questo Piano di sviluppo. Non c'era neanche il punto di principio ‘la Provincia deve finanziare o non deve finanziare l'aeroporto’, ma c'era un Piano di sviluppo al secondo articolo, il terzo articolo metteva a disposizione il finanziamento per questo piano di sviluppo e il quarto articolo diceva ‘se questo Piano di sviluppo fallisce, il finanziamento viene sospeso’, questo diceva il disegno di legge, e poi quinto articolo “Disposizioni finanziarie”, sesto articolo “No-

tifica alla Commissione Europea". Era semplice, allora se il 70% ha detto NO a questi punti, mettiamoci un NO davanti a tutti e avete il risultato del *referendum*.

Questo risultato è stato interpretato dalla Giunta provinciale con la decisione di privatizzare l'aeroporto, questa è una scelta e non voglio entrarci, però io dico che non serve e per una Provincia che ha competenze legislative il primo strumento per regolare un oggetto è la legge. Io capisco, ma questa era una mentalità dell'epoca passata, dell'epoca Durnwalder, che pensava che chi paga decide, lo diceva sempre, *bezahlt entscheidet*, ma in uno Stato di diritto chi ha la competenza legislativa decide, e poi dovrebbe essere indifferente chi fa la gestione del servizio, perché ci dovrebbe essere una normativa di legge abbastanza chiara, che dà regole *erga omnes* (verso tutti) e poi il gestore se è pubblico è pubblico, se è privato è privato, ma le regole sono uguali per tutti. Questo è diritto dell'Unione Europea, è Stato di diritto, è tra l'altro regola di mercato, del libero mercato.

Allora non serve avere un'ABD pubblica per avere il controllo sull'aeroporto, serve una legge, basta una legge che questo Consiglio può fare e che il Consiglio dei Comuni ci invita a fare, e che il presidente Kompatscher in alcuni articoli della legge del 2016 portata a *referendum* faceva. Perché era possibile in quel momento e non adesso?

Quando noi facciamo il discorso sul trasferimento e, assessore Alfreider, abbiamo fatto l'interrogazione alla Provincia, Voi ci avete risposto che il trasferimento dell'aeroporto dovrà avvenire ai sensi delle previsioni dello Statuto speciale e delle norme di attuazione dello Statuto speciale n. 115 e 73, in materia di trasferimento alle Province autonome dei beni demaniali statali. Lei dice che forse serve una nuova norma di attuazione? Benissimo assessore, scrivetela questa norma di attuazione. Ma quante ne fate di norme di attuazione? Se l'aeroporto fosse una gabbia di lupi, l'avreste già fatta tre anni fa la norma di attuazione per chiudere a chiave quella gabbia. Perché non la fate la norma di attuazione?

E visto che l'assessore Alfreider ha citato il consigliere Urzì, arrivo subito al consigliere Urzì. Consigliere Urzì, Lei dice "l'avete scritta male", ma la scriva meglio Lei, faccia degli emendamenti, si possono fare degli emendamenti, perché è troppo semplice criticare chi lavora, diciamola così, e non solo chiacchiera, faccia Lei degli emendamenti, lei ha nel sindaco Bianchi un ottimo suggeritore di emendamenti, su questo è competente, ha studiato la faccenda, perché non parla con il sindaco e poi presenta degli emendamenti alla nostra legge? Tra l'altro il sindaco Bianchi fu anche tra i protagonisti di quella Delibera della Comunità comprensoriale della Bassa Atesina che diceva la stessa cosa, cioè che ci vuole una normativa. Però non critichi chi prova a farla, la faccia Lei meglio. Assessore Alfreider, non critichi chi prova a chiudere questo buco di legge, lo chiuda Lei questo buco di legge con una normativa migliore, con una norma di attuazione, con quello che Lei vuole.

Quello di cui non ci possiamo fidare sono le trattative private, perché attenzione, Voi avete notato che ci sono state due sessioni della commissione legislativa, nella prima alcuni colleghi della Volkspartei erano per votare a favore di questo disegno di legge, poi la commissione si è interrotta e ci sono state delle consultazioni all'interno della Volkspartei, poi i colleghi sono tornati e hanno detto "noi votiamo contro il disegno di legge" e ci è stato detto che la Volkspartei sarebbe andata, con l'Obmann Achammer in testa, a fare un incontro con i privati per trovare un accordo sui limiti e sulle regole dell'aeroporto, "quindi noi otteniamo con una trattativa privata, quello che Voi volete ottenere con la legge."

Anche questo è un gran bel concetto di Stato di diritto, io credo che le regole dovrebbero essere fissate per legge, non per accordo con il privato, perché poi il privato ovviamente può anche cambiare idea, soprattutto se questo accordo non è scritto. Però quanto vale questo accordo lo abbiamo visto per esempio sul fatto che adesso i privati hanno una vertenza con la Provincia perché si rifiutano di pagare il conto dei Vigili del Fuoco, ma ci avete parlato su questo, che dovevano pagare loro i Vigili del Fuoco? Vi ricordate quando volevano addirittura non servirsi dei Vigili del Fuoco della Provincia e fare loro un servizio privato? Io mi ricordo che ci fu un dibattito, noi dicemmo "però un servizio privato di spegnimento di sicurezza dell'aeroporto non deve essere meno sicuro di quello che garantisce la struttura pubblica", poi non lo hanno fatto, hanno continuato a servirsi dei Vigili del Fuoco nostri e adesso si rifiutano di pagare il conto. Vi sembra questo un frutto dell'accordo che avete fatto con i privati? Oppure quel Boeing che è sceso sulla pista, in realtà l'unico strumento democratico è una legge, non ce n'è altri e la legge è anche una garanzia per i privati, perché i privati non possono muoversi senza regole, perché se un giorno cambia la Giunta provinciale e diventa *Landeshauptfrau* la consigliera Foppa i privati si trovano davanti un interlocutore un po' più cattivo, e allora sarà meglio anche per loro che venga fissato per legge quali sono i limiti e le possibilità.

Quindi questa è una piattaforma, avete avuto tre anni per presentarne un'altra, non lo avete fatto, io Vi propongo una cosa, adesso ci sarà la votazione sul passaggio alla discussione articolata, lo propongo a tutti,

anche ai colleghi del Team K che anche loro pur votando a favore però hanno espresso dei dubbi su certi punti, certo perché fare una legge complessa su un tema complesso non è facile, noi ci abbiamo provato, non ci ha provato nessun altro.

Io vi propongo una cosa, perché per regolamento interno è possibile votare il passaggio alla discussione articolata del disegno di legge, poi interrompere immediatamente la trattazione, darci il mese di tempo e la prossima sessione di Consiglio provinciale tornare sulla legge, perché, come mi ha informato gentilmente il segretario generale, si riaprono i termini per gli emendamenti, quindi se noi interrompiamo la trattazione subito dopo l'approvazione del passaggio alla discussione articolata, c'è un mese per trovare un accordo sugli emendamenti o perché la maggioranza faccia i suoi emendamenti e poi se li voti, e così tra un mese abbiamo una legge.

Questa è una mano tesa da parte nostra, noi siamo 3, non siamo 35, quindi è chiaro che dobbiamo avere una maggioranza per approvare una legge, quindi io Vi propongo questo: noi votiamo sul passaggio alla discussione articolata, se questo disegno di legge per qualche motivo di illuminazione di una serie di colleghi e colleghe dovesse passare alla trattazione degli articoli, io proporrò immediatamente, sull'andamento dei lavori, di interrompere la trattazione del disegno di legge per riaprire i termini e la possibilità di presentare emendamenti e per darci un mese di tempo per discutere e trovare un accordo o per dare a tutti coloro qui in aula che vogliono presentare emendamenti – di stralcio, se un articolo non va bene si elimina, oppure di modifica – in modo tale che possiamo raggiungere l'obiettivo che la maggior parte degli interventi ha detto, anche il Consiglio dei Comuni e la Comunità comprensoriale, cioè che ci vuole una legge.

Poi se questa legge va cambiata, va benissimo, perché noi non vogliamo sull'aeroporto una legge dei Verdi, lo sappiamo che siamo tre quindi non sarà mai approvata una legge dei Verdi sull'aeroporto, noi vogliamo una legge del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano e quindi il modo c'è, votiamo a favore del passaggio alla discussione articolata, poi interrompiamo il dibattito e avremo un mese, forse anche più, per arrivare a presentare degli emendamenti che rendano questa legge capace di consenso in questo Consiglio provinciale. Grazie presidente!

URZÌ (Fratelli d'Italia): Non so se devo prenotare su Concilium anche per l'ordine dei lavori, presidente.

Siccome il collega Dello Sbarba ha introdotto un tema nuovo, perché proceduralmente evidentemente cambia la situazione nel caso in cui si decidesse di andare alla prossima sessione nella discussione – richiesta peraltro apprezzabile e anche molto generosa, la condivido –, io chiedo però, presidente, che ci sia un chiarimento sulle posizioni delle singole parti politiche prima del voto, perché introduce un fatto nuovo, che potrebbe magari concretizzarsi in una breve riunione di 5 minuti dei capigruppo, in maniera tale da capire esattamente come procedere, perché è chiaro che se io devo votare il testo sapendo che la maggioranza comunque si è schierata contrariamente e quindi votando il testo che c'è, io mi astengo e ribadisco la mia astensione, se invece si dovesse profilare una volontà del Consiglio di procedere a una riscrittura del testo, partendo da questi presupposti potrei anche votare a favore.

Però dobbiamo mettere le carte in tavola, quindi chiedo presidente, sempre che i capigruppo di tutte le parti politiche siano d'accordo, una riunione di 5 minuti dei capigruppo per valutare questo, oppure delle dichiarazioni in aula che permettano di capire l'orientamento della maggioranza e delle componenti dell'opposizione. Grazie!

PRESIDENTE: Grazie consigliere Urzi.

Io chiedo se c'è qualche gruppo consiliare che non è d'accordo con la richiesta del consigliere Urzi di fare una pausa di 5 minuti per la riunione di capigruppo.

Nessuno è contrario, quindi concedo i 5 minuti per la riunione dei capigruppo.

ORE 17.00 UHR

ORE 17.15 UHR

PRESIDENTE: La seduta è riaperta.

Do la parola al consigliere Dello Sbarba che ci dirà se proseguire con la votazione o meno.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie! L'esito della riunione dei capigruppo è il seguente: i colleghi della maggioranza ci hanno comunicato che questa possibilità di un mese di riflessione a loro non interessa, perché non condividono il disegno di legge e quindi a questo punto, presidente, Le chiedo di passare alla votazione sul passaggio del disegno di legge all'esame degli articoli. Chiedo il voto nominale, per favore.

PRESIDENTE: Allora passiamo alla votazione sul passaggio alla discussione articolata, per appello nominale, come richiesto dal consigliere Dello Sbarba.

Apro la votazione.

*(Votazione per appello nominale con procedimento elettronico -
Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung)*

Il passaggio alla discussione articolata è respinto con 14 voti favorevoli, 18 voti contrari e 2 astensioni. Presenti: 34 consiglieri, votanti: 31 consiglieri, non votanti: 1 consigliera (Ladurner).

Hanno votato sì i consiglieri Atz Tammerle, Dello Sbarba, Faistnauer, Foppa, Köllensperger, Knoll, Leiter Reber, Mair, Nicolini, Ploner F., Ploner A., Rieder, Staffler e Vettorato.

Hanno votato no i consiglieri Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Lanz, Locher, Mattei, Noggler, Renzler, Schuler, Tauber, Unterholzner, Vallazza, Vettori e Widmann.

Si sono astenuti i consiglieri Repetto e Urzì.

Punto 8) all'ordine del giorno: "*Disegno di legge provinciale n. 23/19: Misure per rendere accessibili i prezzi degli alloggi*".

Punkt 8 der Tagesordnung: "*Landesgesetzentwurf Nr. 23/19: Maßnahmen für leistbares Wohnen*".

Relazione/Bericht

Gentili consigliere e consiglieri,

sempre meno altoatesini riescono a far fronte al costo di acquisto o di affitto di un'abitazione. Che si tratti del costo dei terreni, dell'affitto di un appartamento, di acquistare, costruire o ristrutturare una casa propria: in Alto Adige gli spazi abitativi sono costosi, ed è costoso costruire. Nonostante le attuali agevolazioni provinciali gli affitti sono divenuti troppo cari per molti altoatesini, e sempre meno persone riescono a realizzare il sogno di una casa di proprietà. Rispetto a molte altre regioni d'Italia l'Alto Adige ha un reddito pro capite elevato. D'altra parte in questa provincia gli stipendi non sono più, ormai da molto tempo, proporzionati all'effettivo costo della vita.

Questa sproporzione è particolarmente evidente nel costo delle case. Spesso, in Alto Adige, un impiego regolare mediamente retribuito non basta più a sostenere un mutuo di diverse centinaia di migliaia di euro per costruire o comparsi la casa. A causa dei bassi stipendi iniziali, dei pochi risparmi, degli impegni legati alla formazione della famiglia e all'educazione dei figli, è veramente difficile che i giovani e le famiglie possano permettersi una casa di proprietà contando solo sulle proprie forze. Bisogna infatti avere la fortuna di ricevere un generoso aiuto dai genitori o un'eredità.

Data la conformazione montuosa del nostro territorio, le zone abitabili costituiscono solo il 5,5% della superficie totale. I pochi terreni edificabili e agricoli sono densamente abitati e dunque costosi. Negli ultimi decenni si è già costruito molto nel verde agricolo, mentre alcune zone residenziali già esistenti hanno spesso una bassa densità edilizia. Bisogna evitare un'ulteriore dispersione edilizia che comporterebbe uno sperpero del suolo.

Oltre agli alti prezzi dei terreni, un altro fattore negativo per il mercato delle abitazioni è la grande percentuale di seconde case (20%), utilizzate solo turisticamente o vuote. Di regola le seconde case sono particolarmente numerose proprio nei principali centri turistici.

Gli standard edilizi prescritti in Alto Adige sono fra i più alti nell'arco alpino. Al riguardo bisogna valutare dove sia possibile e opportuno risparmiare.

Ancora un secolo fa, una modalità abitativa molto diffusa in questa provincia era la famiglia allargata con più generazioni nella stessa casa. Dopo la seconda guerra mondiale le famiglie sono divenute più piccole, e l'agricoltura ha cessato di essere il più grande datore di lavoro, sostituita relativamente presto da commercio, turismo, artigianato, e non da ultimo dal pubblico impiego. Un'ulteriore trasformazione si è avuta negli anni '60 e soprattutto '70, quando molti altoatesini hanno potuto per la prima volta permettersi un proprio appartamento, o magari una casa unifamiliare o a schiera con giardino più o meno grande. Nonostante i cambiamenti demografici e sociali, in Alto Adige questa tendenza all'acquisto della casa prosegue tuttora. Oggi le famiglie piccole con un solo componente o al massimo tre persone sono sempre più la norma. E per la maggiore aspettativa di vita, le persone dopo l'uscita dei figli dalla casa di famiglia ovvero dopo la morte del coniuge restano ancora molti anni in abitazioni spesso sovradimensionate.

Anche la vita professionale e la mobilità che essa richiede sono oggi sottoposte a continui cambiamenti e costituiscono nuove sfide per il mercato delle abitazioni. In alcuni settori, restare sul medesimo posto di lavoro fino alla pensione è già un fenomeno del passato; per altre professioni bisogna rivolgersi a lavoratori provenienti dall'estero.

La giungla legislativa, strutture e autorità che lavorano in parallelo, i regolamenti di esecuzione, le direttive con le relative eccezioni, la mancanza di un piano per l'edilizia abitativa, il limitato numero di abitazioni in affitto, e una politica delle agevolazioni non più concepita a misura della popolazione locale hanno peggiorato la situazione di molti altoatesini.

Per far fronte alle esigenze di oggi, il mercato altoatesino delle abitazioni deve essere reso più flessibile e coordinato con maggiore efficienza, accompagnato da chiare leggi e da una pianificazione mirata dell'edilizia abitativa.

Oltre alle misure a medio e lungo termine bisogna già ora cercare, in ogni ambito della politica abitativa altoatesina delle possibilità per rendere accessibili i prezzi delle case a fasce sociali il più estese possibile.

Passiamo ora ai singoli punti.

Art. 1 - Punteggio minimo per le agevolazioni all'edilizia abitativa

Il punteggio minimo di 20 punti per l'acquisto, e di 23 punti per la costruzione di una casa, necessario per presentare la domanda ed essere ammessi alle agevolazioni, stabilito dalla Giunta provinciale nella primavera 2015 con delibera n. 423/2015, si è nel frattempo dimostrato impraticabile. Costituisce un grande ostacolo per chi intenda costruire. Per molti cittadini, infatti, i 23 punti necessari per ottenere l'agevolazione edilizia sono quasi irraggiungibili.

Così le agevolazioni edilizie sono praticamente precluse soprattutto alle persone sole e ai giovani. A queste condizioni, anche le cooperative edilizie fanno difficoltà a trovare un numero sufficiente di soci con il punteggio necessario per poter cominciare a costruire.

Pertanto, sia per l'acquisto che per la costruzione di abitazioni, il punteggio minimo deve essere di 20 punti.

Inoltre si deve adeguare la normativa sulle cooperative edilizie in modo che i posti rimasti liberi, e che non consentono d'iniziare i lavori di costruzione, possano essere assegnati a persone interessate che hanno presentato domanda pur non avendo il punteggio pieno.

Articolo 2 - Riduzione dell'imposta municipale immobiliare sulle abitazioni locate e aumento sulle abitazioni vuote

In considerazione della scarsità di spazi abitativi in Alto Adige, la politica deve proporsi di far rientrare nel mercato degli affitti le molte migliaia di abitazioni vuote in questa provincia. Per non abbandonare gli immobili alla speculazione, affittare deve ridiventare più interessante. E dunque i locatori devono essere ricompensati con una riduzione dell'IMI. D'altra parte, l'imposta municipale immobiliare sulle abitazioni vuote da molto tempo deve essere aumentata al 15 per mille. Ci sono, comunque, anche seconde case, vuote da tempo, non interessanti per il mercato degli affitti. Per non punire i proprietari di tali abitazioni, essi devono poterle affidare all'Istituto per l'edilizia sociale, che provvederà a darle in affitto. Se l'Istituto rifiuta, i proprietari non devono essere puniti con un aumento dell'aliquota IMI.

Articolo 3 - "Dare in affitto senza preoccupazioni" per favorire l'utilizzo delle abitazioni vuote

Molte abitazioni restano vuote perché i proprietari temono di non incassare l'affitto. Piuttosto che dare l'abitazione a un inquilino inaffidabile, molti rinunciano alle entrate dell'affitto e lasciano vuota

l'abitazione. Una soluzione – simile al modello del Vorarlberg – potrebbe essere che l'Istituto per l'edilizia sociale, dopo aver esaminato l'abitazione, firmi anch'esso il contratto di affitto garantendo così i pagamenti.

A compenso di tale garanzia una parte dell'affitto (8%) dovrebbe andare all'Istituto per l'edilizia sociale. Questa possibilità dovrebbe valere per i comuni con emergenza abitativa, cioè per i centri urbani. Nell'interesse pubblico dovrebbe esserci un doppio filtro: da una parte si devono garantire, con le modalità succitate, solo i locatori che hanno affittato l'abitazione con un contratto in linea con gli accordi definiti in sede locale ai sensi della legge n. 431/1998.

D'altra parte, l'Istituto per l'edilizia sociale deve valutare preventivamente le abitazioni e quindi autorizzarne l'affitto. La scelta degli inquilini deve essere lasciata in linea di principio ai locatori, e semplicemente sottoposta all'approvazione dell'Ipes. La scelta unilaterale degli inquilini da parte dell'Ipes potrebbe infatti scoraggiare i proprietari dall'aderire a questa iniziativa.

Articolo 4 - Accelerazione delle procedure di sfratto

Per dare certezza del diritto ai locatori e tutelarli dal rischio del mancato pagamento dell'affitto, servono urgentemente più rapide procedure di sfratto. Non si può permettere che i locatori debbano sopportare di essere presi in giro da inquilini disonesti. E per questo bisogna provvedere quanto prima al tanto atteso aumento del competente personale amministrativo della giustizia, in modo da sveltire decisamente le procedure di sfratto.

La Provincia non ha competenze dirette nell'ambito della giustizia. Siccome però il personale amministrativo è passato alla Regione da oltre due anni, sarebbe ora di aumentare l'organico in quella sede, affinché le procedure di sfratto non siano rallentate dalla carenza di personale. Il presidente della Provincia Kompatscher ha annunciato l'istituzione di un'agenzia per il personale della giustizia, ma finora non se n'è fatto nulla. La Giunta provinciale dovrà pubblicare ogni anno una relazione e una statistica sul numero e la durata media delle procedure di sfratto, e sui provvedimenti da essa presi per accelerare tali procedure. Si avrà così una maggiore consapevolezza del problema e l'opinione pubblica potrà verificare l'efficienza del sistema.

Articolo 5 - Riduzione dei costi di costruzione nell'edilizia abitativa privata

L'Alto Adige ha gli standard edilizi più alti di tutto l'arco alpino. Questi standard infrangono il sogno di una casa propria e fanno aumentare vorticosamente gli affitti. Ma costoso non significa necessariamente migliore. Negli ultimi anni lo sviluppo nel settore edilizio ha portato a realizzare tecniche e materiali nuovi che soddisfano gli attuali standard e corrispondono alle normative vigenti, ma a un costo minore.

Soprattutto nell'edilizia privata, gli standard edilizi e le prescrizioni di legge, ad esempio sulle specifiche tecniche e l'efficienza energetica, vanno misurati e stabiliti anche rispetto all'efficienza dei costi. Standard e norme vanno inoltre adeguati alle nuove tecniche o rivisti in base alle nuove conoscenze.

Pertanto la Giunta provinciale deve verificare tutte le prescrizioni edilizie e gli standard provinciali riguardo a specifiche tecniche, efficienza energetica, certificato energetico, standard di parcheggio, spazi comuni, isolamento acustico e norme antincendio per vedere se è possibile ridurre i costi tecnici e dei materiali. Essa deve anche verificare l'effettiva necessità delle norme e degli standard edilizi vigenti ovvero individuare alternative più economiche.

Inoltre la Giunta, al fine di abbassare i costi di costruzione nell'edilizia privata, deve rivedere le norme e gli standard edilizi dove ciò risultasse opportuno in base alla suddetta verifica di costi e benefici.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Immer mehr Südtiroler sind der finanziellen Belastung durch die hohen Miet- und Kaufpreise nicht mehr gewachsen. Angefangen bei den Grundstückspreisen über die Wohnungsmieten, den Kauf, Neubau oder die Sanierung eines Eigenheims: Wohnraum und Bauen in Südtirol ist teuer. Trotz der derzeitigen Förderungen durch das Land sind die Mieten für viele Südtiroler zu hoch geworden und immer weniger schaffen es, sich ihren Traum vom Eigenheim zu verwirklichen. Im Vergleich mit den südlicheren Regionen Italiens weist Südtirol zwar ein hohes Pro Kopf Einkommen auf, doch längst stehen die hierzulande ausbezahlten Gehälter in einem bedenklichen Verhältnis zu den effektiven Lebenshaltungskosten.

Bei den Wohnkosten ist dieses Missverhältnis besonders stark erkennbar. Bei mittlerer Gehaltsstufe regelmäßig zu Arbeiten reicht in Südtirol oft nicht mehr aus, um einen Bau- oder Kaufkredit über mehrere Hunderttausend Euro stemmen zu können. Durch niedrige Anfangsgehälter, geringe Rücklagen, Familiengründung und Erziehungstätigkeit ist es für jüngere Menschen und Familien aus eigener Kraft ganz besonders schwierig sich ein Eigenheim zu leisten. Nur wer Glück hat, kann auf die Hilfe der Eltern in Form von großzügigen finanziellen Zuwendungen oder auf ein entsprechendes Erbe zählen.

Aufgrund der Beschaffenheit unseres gebirgigen Landes stehen nur 5,5 % der Gesamtfläche als bewohnbare Fläche zur Verfügung. Dieser knapp vorhandene und wirtschaftlich genutzte Bau- und Kulturland ist bereits dicht besiedelt und dementsprechend teuer. In den letzten Jahrzehnten wurde bereits stark in das landwirtschaftliche Grün hinein gebaut, während manche bestehenden Siedlungsgebiete eine oft geringe Baudichte aufweisen. Eine weitere Zersiedelung und die damit verbundene Flächenverschwendung muss verhindert werden.

Neben den hohen Grundstückspreisen stellt der hohe Anteil an Zweitwohnungen (20 %), die rein touristisch genutzt werden oder leer stehen, eine zusätzliche Belastung für den Wohnungsmarkt dar. In der Regel sind es gerade die Tourismus-Hochburgen, die besonders viele Zweitwohnungen aufweisen.

Die vorgeschriebenen Baustandards in Südtirol zählen zu den höchsten im Alpenraum. Hier gilt es zu evaluieren, wo Einsparungen möglich und sinnvoll sind.

Noch vor einem Jahrhundert war in Südtirol das Zusammenleben von Großfamilien im Mehrgenerationenhaus eine weit verbreitete Form des Wohnens. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden die Familien kleiner und die Landwirtschaft als größter Arbeitgeber wurde relativ schnell von Handel, Tourismus, Handwerk und nicht zu Letzt vom öffentlichen Dienst abgelöst. Ein weiterer Wandel vollzog sich in den 1960er und vor allem ab den 1970er Jahren als sich für viele Südtiroler die wirtschaftliche Möglichkeit eröffnete eine eigene Wohnung, ein Einfamilienhaus oder ein Reihenhauses mit kleinerem oder größerem Garten zu verwirklichen. Trotz der demografischen und gesellschaftlichen Veränderung setzt sich dieser Trend zum Eigenheim in Südtirol bis heute fort. Heute sind kleine Haushalte mit nur 1-3 Mitgliedern immer mehr die Regel und die höhere Lebenserwartung führt dazu, dass die Menschen den Auszug der Kinder aus dem Elternhaus bzw. den Tod des Ehepartners noch lange überleben und oft in übergroßen Wohnverhältnissen leben. Auch das Berufsleben und die damit verbundene Mobilität unterliegen heute einer stärker werdenden Veränderung und stellen neue Anforderungen an den Wohnungsmarkt. Lebenslange Beschäftigungen am selben Arbeitsplatz gehören bereits jetzt in einigen Branchen der Vergangenheit an und für andere Berufsbilder müssen Arbeitskräfte aus dem Ausland angesprochen werden.

Der Gesetzesdschungel, parallel arbeitende Strukturen und Behörden, Durchführungsbestimmungen, Richtlinien und deren Ausnahmen, ein nicht erkennbares Wohnbaukonzept, der geringe Anteil an Mietwohnungen und eine Förderungspolitik, die nicht mehr auf die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung zugeschnitten ist, haben die Wohnsituation für viele Südtiroler verschärft.

Um den heutigen Erfordernissen gerecht werden zu können muss der Südtiroler Wohnungsmarkt flexibler gestaltet und effizienter koordiniert werden. Begleitet von klaren Gesetzen und einer gezielten Wohnbauplanung.

Neben mittel- und langfristigen Maßnahmen, muss bereits jetzt in allen Bereichen der Südtiroler Wohnbaupolitik nach Möglichkeiten gesucht werden, um für eine möglichst breite Gesellschaftsschicht das Wohnen leistbarer machen.

Nun zu den einzelnen Punkten:

Art. 1 - Mindestpunktezahl für Wohnbauförderungen

Die im Frühjahr 2015 von der Landesregierung mittels Beschlusses Nr. 423/2015 festgelegte Mindestanzahl von 20 Punkten für den Kauf respektive 23 Punkten für den Neubau, die für die Einreichung und Zulassung von Wohnbauförderungen notwendig sind, hat sich in der Zwischenzeit als nicht praktikabel erwiesen. Sie stellt eine hohe Hürde für jene Bürger dar, die bauen möchten. Das Erreichen der notwendigen 23 Punkte, um eine Zulassung zur Wohnbauförderung zu erhalten, ist für viele sehr schwierig.

Vor allem Alleinstehenden und jungen Menschen ist der Weg zur Wohnbauförderung so gut wie versperrt. Auch Wohnbaugenossenschaften haben unter diesen Bedingungen mit der Schwierigkeit zu kämpfen, genügend Mitglieder zu finden, welche die nötige Punkteanzahl erreichen, damit mit dem vorgesehenen Bau begonnen werden kann.

Deshalb soll sowohl für den Kauf als auch den Neubau von Wohnungen die Mindestanzahl der notwendigen 20 Punkte gleichgesetzt werden.

Außerdem sollen die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Wohnbaugenossenschaften so angepasst werden, dass offene Plätze, die den Baubeginn nicht ermöglichen, mit jenen Interessenten besetzt werden können, die trotz nicht Erreichens der vollen Punkteanzahl ein entsprechendes Ansuchen gestellt haben.

Art. 2 - Senkung der Gemeindeimmobiliensteuer auf vermietete Wohnungen und Erhöhung auf leerstehende Wohnungen

Angesichts des knappen Wohnraums in Südtirol muss es das Ziel der Politik sein, die vielen tausend leerstehenden Wohnungen im Land wieder dem Mietmarkt zuzuführen. Um die Objekte nicht der Spekulation zu überlassen, muss das Vermieten wieder attraktiver werden. Deshalb sollen Vermieter mit einer Reduzierung der GIS belohnt werden. Im Gegenzug soll die Gemeindeimmobiliensteuer bei lang leerstehenden Wohnungen auf 15 Promille erhöht werden. Es gibt allerdings auch lange leerstehende Zweitwohnungen, die für den Mietmarkt nicht attraktiv sind. Damit Eigentümer solcher Wohnungen nicht bestraft werden, sollen sie die Möglichkeit bekommen, ihre leerstehende Wohnung dem Institut für sozialen Wohnbau zur Vermietung zu überlassen. Falls dieses ablehnt, sollen sie nicht mit dem erhöhten GIS-Satz bestraft werden.

Art. 3 - „Sorgloses Vermieten“ zur Aktivierung von leerstehenden Wohnungen

Viele Wohnungen stehen deshalb leer, weil sich die Eigentümer sorgen, die Mietzahlung nicht zu erhalten. Lieber als die Wohnung einem kreditunwürdigen Mieter zu überlassen, verzichten viele auf die Mieteinkünfte und lassen die Wohnung leer stehen. Eine Lösung – ähnlich dem „Vorarlberger Modell“ – könnte darin bestehen, dass das Institut für sozialen Wohnbau nach Prüfung der Wohnung den Mietvertrag mitunterzeichnet und damit für die Zahlung bürgt.

Als Gegenleistung für diese Sicherheit soll ein Teil der Miete (8 %) an das Institut für sozialen Wohnbau fließen. Diese Möglichkeit soll für Gemeinden mit Wohnungsnot, also die urbanen Zentren gelten. Im öffentlichen Interesse sollte es einen zweifachen Filter geben: zum einen sollen nur jene Vermieter auf diese Weise abgesichert werden, die einen begünstigten Wohnungsmietvertrag unter Einhaltung der Gebietsabkommen im Sinne des Gesetzes 431/1998 abgeschlossen haben.

Zum anderen soll das Institut für sozialen Wohnbau die Wohnungen vorab begutachten und zur Vermietung auf diese Weise zulassen. Die Auswahl der Mieter soll grundsätzlich den Vermietern überlassen werden und nur einer überprüfenden Zulassung des Instituts unterworfen werden. Bei einer zwangsweisen Zuweisung von Mietern bestünde die Gefahr, dass die Vermieter ihre Wohnungen nicht überlassen wollen.

Art. 4 - Beschleunigung der Räumungsverfahren

Um Vermietern Rechtssicherheit bieten zu können und sie vor der Gefahr von Mietausfällen zu schützen, braucht es dringend schnellere Räumungsverfahren. Es darf nicht sein, dass sich Vermieter in ihren eigenen vier Wänden von Mietbetrügnern auf der Nase herumtanzen lassen müssen. Es braucht deshalb dringend die längst überfällige Aufstockung des zuständigen Verwaltungspersonals der Justiz, um Räumungsverfahren deutlich schneller abwickeln zu können.

Das Land hat keine direkte Zuständigkeit im Justizbereich. Nachdem das Verwaltungspersonal aber bereits seit über zwei Jahren auf die Region übergegangen ist, wäre es an der Zeit dort Personal aufzustocken, damit Räumungsverfahren nicht wegen Personalknappheit verzögert werden. Landeshauptmann Arno Kompatscher hat die Errichtung einer Agentur für das Justizpersonal angekündigt, bis heute ist aber nichts passiert. In Zukunft soll die Landesregierung jährlich einen Bericht und eine Statistik über die Zahl und die durchschnittliche Dauer der Räumungsverfahren veröffentlichen und die von ihr ergriffenen Maßnahmen zur Beschleunigung der Verfahren. Damit wird das Problembewusstsein erhöht und die Öffentlichkeit kann die Effizienz überprüfen.

Art. 5 - Senkung der Baukosten für den privaten Wohnbau

Südtirol hat die höchsten Baustandards im Alpenraum. Sie zerstören den Traum vom Eigenheim und treiben Preise für Mietwohnungen in atemberaubende Höhen. Teuer muss aber nicht zwingend besser bedeuten. Die Entwicklung am Bausektor hat in den letzten Jahren viele neue Materialien und Techniken hervorgebracht, welche die derzeitigen Regelungen und Baustandards kostengünstiger erfüllen.

Besonders im privaten Wohnbau müssen die Baustandards und verpflichtenden Bestimmungen, wie etwa zu Baustoffanforderungen und Energieeffizienz, auch an der Kosteneffizienz gemessen und festgelegt, an neue Techniken angepasst oder aufgrund gewonnener Erkenntnisse überdacht werden.

Deshalb soll die Landesregierung sämtliche verpflichtende Bauvorschriften und Baustandards des Landes betreffend Baustoffanforderungen, Energieeffizienz, Energieausweis, Autostellplatzverpflichtungen, Gemeinschaftsflächen, Schallschutz und Brandschutz auf eine mögliche Reduzierung der Materialkosten und technischen Kosten überprüfen und die derzeit geltenden Bauvorschriften und die Höhe der Baustandards auf ihre Notwendigkeit bzw. auf kostengünstigere Alternativen.

Mit dem Ziel, im privaten Wohnbau die Baukosten zu senken, nimmt die Landesregierung dann in jenen Bereichen, in denen es aufgrund dieser Kosten/Nutzen-Überprüfung sinnvoll erscheint, eine Anpassung der Baustandards und Bauvorschriften vor.

Do la parola al primo firmatario, consigliere Leiter Reber, per l'illustrazione.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsidentin! Ich weiß nicht, ob der Vorsitzende des zuständigen Gesetzgebungsausschusses den Bericht vorlesen möchte oder nicht.

LADURNER (SVP): Das würde ich gerne machen, Kollege Leiter Reber.

PRESIDENTE: Prima tocca a Lei.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Wunderbar.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie die Anzeigen zu den Wohnungs- Grundstücks- und Mietpreisen betrachten – sowohl online als auch in den verschiedenen Zeitungen -, so wird jedem einzelnen in diesem Saal bewusst, wie teuer das Wohnen in den letzten Jahrzehnten geworden ist. Eine 85-Quadratmeter-Wohnung in Pfalzen kostet 419.000 Euro, für eine 65-Quadratmeter-Wohnung in Mals muss man 342.000 Euro zahlen. Ein Baugrund in Leifers von 670 Quadratmetern kostet 550.000 Euro. Mieten in Meran und Bozen, aber auch in den Dörfern liegen zwischen 700 und 1.400 Euro, und da reden wir von Wohnungen mit überschaubarer Größe. Diese Kosten passen seit langem nicht mehr zu den effektiven Lebenshaltungskosten bzw. zu den Löhnen, die es gibt, zusammen. Die Schere geht regelmäßig und kontinuierlich auseinander. Junge Südtiroler Familien, aber auch viele Einzelpersonen verschulden sich über Jahrzehnte, um sich einen Wohnraum zu leisten. Die Tatsache, dass bei uns so viel in Richtung Eigenheim geht, ist natürlich auch den hohen Mieten geschuldet. Wenn man für eine Wohnung 1.200 Euro Miete zahlen muss, dann kann man auch die Rate zum Abstottern des Kredites bei der Bank bezahlen. So denken viele. Ich verstehe, dass wir in Südtirol im Vergleich zu anderen Ländern eine sehr kleine bewohnbare und bebaubare Fläche haben. Trotzdem sind viele Maßnahmen getroffen worden, die das Wohnen überteuert haben. Wir warten seit Jahren auf ein neues Wohnbaugesetz. Vor den letzten Landtagswahlen hat die Regierung – damals noch unter Landesrat Tommasini – ein neues Wohnbaugesetz vorgestellt. Nach den Wahlen hat es dann geheißt, dass man dieses gleich bringen wolle. Monate und Jahre sind ins Land gezogen. Wir sind jetzt zu Halbzeit der Legislatur und haben dieses Wohnbaugesetz noch nicht präsentiert bekommen.

Wir Freiheitlichen haben bereits zu Beginn der Legislaturperiode Maßnahmen für leistbares Wohnen mit verschiedenen Beschlussanträgen vorgeschlagen, wobei uns andere Fraktionen unterstützt haben. Alle sind von der Landesregierung abgelehnt worden. Ich appelliere wirklich an die einzelnen Abgeordneten, sich ernsthaft und schnell darum zu bemühen, Wohnen endlich leistbarer zu machen, denn das betrifft alle Gesellschaftsgruppen. Es betrifft vor allem unsere Jugend und junge Familien, aber auch ältere Leute. Wenn wir auf der einen Seite Sozialmaßnahmen, Mietbeihilfen und viele andere Beiträge vergeben, um das Lebensminimum zu erreichen und den Leuten zu helfen, dann ist das doch eine Diskrepanz, wenn wir auf der anderen

Seite nichts tun, um Wohnraum in Südtirol günstiger zu machen. Es hat verschiedene Initiativen gegeben, die in die richtige Richtung gehen, beispielsweise das Bausparen. Wir legen hier ein Gesetz vor, das mehrere Maßnahmen beinhaltet, darunter auch einen Punkt, der bei den betroffenen Menschen seit Jahren immer wieder für Unverständnis sorgt. Ich beziehe mich auf die unterschiedliche Anzahl der Punkte, die man erfüllen muss, um in den Genuss der Wohnbauförderungen zu kommen. Wir fordern eine Anpassung, das heißt, dass sowohl für den Kauf als auch für den Neubau von Wohnungen eine einheitliche Regelung mit 20 Punkten getroffen wird.

Ein weiterer Punkt, der natürlich detailliert festzulegen ist, betrifft die Situation der Wohnbaugenossenschaften. Diese gibt es vor allem im ländlichen Bereich, wo der Bedarf vorhanden ist und sich einige zusammen tun und eine Wohnbaugenossenschaft gründen. Wenn einige die Punkte nicht erfüllen, dann bedeutet das, dass das ganze Projekt hängt und die Leute sehr lange bis zur Umsetzung warten. Hier muss man eine Regelung finden, so wie wir in Artikel 1 Absatz 2 angeführt haben, nämlich, dass der Baubeginn trotzdem ermöglicht wird und man auf der Liste mit jenem weitergeht, der der Punktezahl am nächsten liegt. Landesrätin Deeg ist ja dafür zu haben, diese Anpassung zu machen. Ich kann mich an ein Interview in der "Dolomiten" erinnern, in der Sie immer Stellung beziehen. Ich entnehme dem immer sehr wohlwollend, dass auch Sie solche Vorschläge bringen, interessanterweise oft vor der Beantwortung von entsprechenden Anfragen, die wir an Sie stellen. Aber das tut nichts zur Sache. Es geht ja darum, dass man etwas weiterbringt, und dort treffen wir uns, Frau Landesrätin.

Weiters schlagen wir die Senkung der Gemeindeimmobiliensteuer auf vermietete Wohnungen und zugleich eine Erhöhung der Steuer auf leerstehende Wohnungen vor, um den Anreiz zu schaffen, leerstehende Wohnungen – davon haben wir tausende – zu vermieten. Es soll nicht mehr attraktiv sein, Wohnungen leer stehen zu lassen.

Man darf aber nicht nur die Warte der Mieter, sondern man muss auch jene der Vermieter betrachten. Der Mieterschutz besteht und ist in Teilen sogar mieterfreundlich. Vermieter haben manchmal den Eindruck, dass sie bestimmte Mieter, die beispielsweise die Miete nicht regelmäßig bezahlen oder die Wohnungen regelrecht zerstören, nicht mehr aus den Wohnungen herausbekommen. Man muss hier also auch den Vermietern eine bestimmte Sicherheit geben. Andere Länder praktizieren schon länger das Modell des sorglosen Vermietens. Das ist ein Zusammenspiel zwischen der öffentlichen Hand und den Vermietern, indem Wohnungen zu einem günstigen Mietpreis vermietet werden und die öffentliche Hand beispielsweise über das Institut für sozialen Wohnbau einsteigt und die Bezahlung des regelmäßigen Mietpreises garantiert. Dafür gehen 8 Prozent der Miete – das schlagen wir im Gesetzentwurf vor – an das Wohnbauinstitut. Das wäre einmal eine Einnahme, aber natürlich auch eine Aufwandsentschädigung, um die Mieter zu prüfen. Wenn jemand einmal in einer besonderen Situation ist und die Miete nicht bezahlen kann, dann springt das Wohnbauinstitut ein. Das ist sowohl für die Vermieter, aber auch für die Mieter ein Vorteil.

Ein weiterer Schritt in Richtung Vermieter sind beschleunigte Räumungsverfahren. Uns fehlt da natürlich, wie so oft, die Kompetenz. Wir wissen, dass die Autonomie auch in diesem Bereich an ihre Grenzen stößt. Es wäre aber doch unterstützenswert, um den Behörden etwas Druck zu machen. Der wird natürlich bescheiden bzw. ungefähr so sein, wie wir es heute von Herrn Turk gehört haben, der ja auch kontrolliert und veröffentlicht, wobei aber nur wenige effektiv Strafen und Konsequenzen zu befürchten haben werden. In Artikel 4 ist vorgesehen, dass die Landesregierung jährlich einen Bericht und eine Statistik über die Zahl und die durchschnittliche Dauer der Räumungsverfahren und die Maßnahmen zur Beschleunigung der Verfahren veröffentlicht. Ich kenne sehr viele Vermieter, die über Jahre hinweg Probleme haben und dadurch abgeschreckt werden, ihre Wohnungen zu vermieten. Sie sagen: "Lieber lasse ich die Wohnung leer, als mir das anzutun, vor allem in bestimmten Stadtgebieten."

Artikel 5 sieht die Senkung der Baukosten für den privaten Wohnbau vor. Es hat auch einmal einen Beschlussantrag gegeben, der leider knapp abgelehnt worden ist. Es sollen alle Maßnahmen überprüft werden, die die Baustoffanforderung, die Bauvorschriften in Sachen Energieeffizienz, Autostellplatzverpflichtungen, Gemeinschaftsflächen, Schallschutz, Brandschutz und Barrierefreiheit im Hinblick auf die Baukosten betreffen. Hier geht es in keinsten Weise darum, Sachen zu streichen. Es geht hier auch nicht um eine Generalkritik an den derzeitigen Regeln betreffend Energieeffizienz. Die öffentliche Hand muss sich ständig eine Kostennutzenrechnung machen und sich fragen, ob der zweitdichteste Dämmstoff, der nicht die 100 Prozent erfüllt, dafür aber um 20 oder 25 Prozent günstiger ist, der effizientere ist. Um das geht es uns. Wir sollten uns diese Kriterien und Maßnahmen regelmäßig vor Augen halten und Alternativen prüfen. Wie gesagt, es geht nicht darum, die Qualität zu senken, sondern darum, die Kosten zu senken. Jeder private Häuslbauer macht

das ja auch. Man hat manchmal den Eindruck, dass es bei der öffentlichen Hand zu schwerfällig oder zu langsam vorangeht oder dass man einfach nicht ajourniert. Kann sein, muss nicht. Auf alle Fälle bezieht sich dieser Passus darauf, dass die Vorschriften regelmäßig überprüft werden.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben diesen Gesetzentwurf im Sommer 2019 eingebracht. Ich muss dazu sagen, dass ich über die Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages gestolpert bin. Wenn wir etwas machen, Kollegin Deeg, dann wollen wir es natürlich gut und richtig machen. Ich habe bemerkt, dass uns ein technischer Fehler passiert ist, indem wir eine 0 mit einer 3 verwechselt haben. Ich wollte am Montag einen entsprechenden Änderungsantrag bzw. Ersetzungsantrag einreichen, bin aber über die Geschäftsordnung gestolpert, da es die zwei vollen Werkzeuge gewesen wären.

ABGEORDNETER: *(unterbricht)*

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Nein, eben nicht. Das habe ich schon mit dem Generalsekretariat abgesprochen. Streitlustig bzw. rechthaberisch, wie man manchmal eben ist, habe ich gesagt, dass es doch ständig vorkommen würde, dass in einer laufenden Sitzungswoche Änderungsanträge eingebracht werden. Daraufhin hat man mir gesagt, dass dies auf den Finanzhaushalt und die Omnibusgesetze zutreffen würde.

ABGEORDNETER: *(unterbricht)*

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Auf Dringlichkeitsvorschläge, und das ist es nicht. Deshalb, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bin ich gezwungen, diesen Gesetzentwurf heute auszusetzen, damit ich ihn bei der nächsten Sitzung in der ajournierten Form präsentieren kann. Hier möchte ich die Landesrätin Deeg ein bisschen an die Brust nehmen, dass wir uns gemeinsam zusammensetzen ...

DEEG (SVP): *(unterbricht)*

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Egal wie, Frau Landesrätin. Wichtig ist, dass am Ende das Wohnen in diesem Land leistbarer gemacht wird. Da helfen wir gerne mit. Danke!

PRESIDENTE: Va bene. Allora la trattazione del disegno di legge viene sospesa. Passiamo al prossimo punto, alla mozione n. 173/19. Consigliere Unterholzner, prego.

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Danke, Frau Präsidentin! In Absprache mit Landesrat Alfreider möchte ich die Behandlung dieses Beschlussantrages vertagen. Wir möchten einige Änderungen anbringen. Wenn es sich ausgeht, würde ich ihn morgen behandeln, sonst das nächste Mal.

PRESIDENTE: Va bene.

Punto 10) all'ordine del giorno: "*Disegno di legge provinciale n. 42/19: Reddito energetico provinciale*".

Punkt 10 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 42/19: **Landesenergieeinkommen**".

Relazione/Bericht

Gentili consigliere e consiglieri,

Il mercato dell'energia sta attraversando una nuova fase dal punto di vista economico, tecnologico, sociale e ambientale nell'ambito della quale il boom delle rinnovabili, in connessione con la crescente sensibilità ambientale, costituisce l'esempio più evidente.

Il settore delle fonti rinnovabili è sempre più al centro dell'attenzione, anche nel nostro Paese, da parte di imprese, istituzioni e organismi non governativi. La sempre maggiore sensibilità alle tematiche relative ai combustibili non fossili, rende necessario un forte sviluppo di questo settore

sia nel comparto energetico, sia in quello del trasporto sostenibile. Tali fonti rivestono, infatti, un ruolo centrale nella strategia di diversificazione del mix energetico.

La generazione diffusa è quindi l'unica prospettiva di liberazione dalla dipendenza energetica, a favore di un sistema caratterizzato da autonomia e partecipazione, volto a realizzare il modello dell'economia solidale nel settore energetico, consentendo a tutti di essere utenti attivi.

Entrando nel merito, la presente proposta di legge si basa su un fondo pubblico che serve per finanziare l'installazione di impianti fotovoltaici sulle case dei cittadini, a partire da quelli con redditi più bassi ma potenzialmente destinato a tutti, gratuitamente. Si prevede, infatti, che la Provincia acquisti impianti fotovoltaici mettendoli a disposizione, in comodato d'uso gratuito per 9 anni (rinnovabili fino a un massimo di 25 anni), prioritariamente ad utenti, selezionati a seguito di apposito bando, che presentino condizioni di disagio socioeconomico. Contemporaneamente, questi ultimi, si impegnano ad attivare il servizio di scambio sul posto dell'energia prodotta dai medesimi impianti con il Gestore dei Servizi Energetici (GSE) - società che ha come socio unico il Ministero dell'Economia e delle Finanze e come mission la promozione dello sviluppo sostenibile e l'utilizzo razionale dell'energia. Grazie alla possibilità di produrre autonomamente l'energia e di cedere al Gestore l'energia prodotta in eccesso e non consumata, le famiglie interessate da questa iniziativa conseguiranno, da un lato, significativi risparmi in bolletta e, dall'altro, contribuiranno a tutelare l'ambiente riducendo il ricorso all'energia prodotta da fonti fossili, contribuendo alla riduzione di CO₂ emessa in atmosfera.

Nella realtà provinciale il Piano Energetico Ambientale Provinciale è stato approvato con la DGP n. 7080 del 22 dicembre 1997, mentre con la DGP n. 940 del 20 giugno 2011 è stata adottata la Strategia per il clima Energia-Alto Adige-2050 nel quale sono previsti degli strumenti incentivanti senza prevedere dei dispositivi incentivanti per le fasce più deboli della popolazione.

Nel dettaglio, con i citati provvedimenti, si fissa la strategia e gli obiettivi della Provincia autonoma di Bolzano per clima ed energia fino al 2030 in materia di rafforzamento dell'economia verde, di risparmio ed efficienza energetica, di sviluppo di energie rinnovabili, di interventi su trasporti, ricerca, innovazione e formazione.

In particolare, il Piano fa propri gli obiettivi europei al 2020, 2030 e 2050 in materia di clima ed energia come driver di sviluppo dell'economia regionale. Diventano pertanto strategici per la Provincia:

la riduzione delle emissioni climalteranti del 20% al 2020 e del 40% al 2030 rispetto ai livelli del 1990;

l'incremento al 20% al 2020 e al 27% al 2030 della quota di copertura dei consumi attraverso l'impiego di fonti rinnovabili;

l'incremento dell'efficienza energetica al 20% al 2020 e al 27% al 2030.

Nel merito la Provincia è già intervenuta già per semplificare le autorizzazioni L'Autorizzazione Unica è necessaria per impianti di potenza superiore a 1 MW mentre, al di sotto di tale soglia di potenza è sufficiente la Procedura Autorizzativa Semplificata o la Comunicazione, per le quali i referenti sono i Comuni attraverso la LP n. 18 del 17 settembre 2013 che è intervenuta a modificare la LP n.9 del 7 luglio 2010;

Un cambio di passo, se non una riduzione, può considerarsi la DGP 1380/2018 che è stata rubricata come "Criteri per la concessione di contributi per l'incentivazione dell'efficienza energetica e dell'utilizzo delle fonti di energia rinnovabili per persone fisiche, pubbliche amministrazioni ed enti senza scopo di lucro" ed in premessa enuncia la contrastante volontà giuntale di ridurre gli investimenti sulle energie rinnovabili e riporta testualmente: "Gli obiettivi della politica energetica stabiliti nella Strategia Clima-Energia-Alto Adige 2050 attribuiscono priorità all'ottimizzazione dell'efficienza energetica. Per garantire un utilizzo ottimale delle risorse finanziarie disponibili viene mantenuto l'ammontare dei contributi per le misure migliorative dell'efficienza energetica, viene invece ridotto quello per l'utilizzo delle fonti di energia rinnovabile e vengono eliminate le misure meno assentite"

È nell'ambito di questo contesto che si colloca la presente proposta di legge che istituisce nella Provincia autonoma di Bolzano il cd. "Reddito energetico provinciale", da realizzare attraverso la previsione di interventi per l'acquisto e la messa a disposizione, da parte della Provincia, di impianti fotovoltaici sulle coperture delle case dei cittadini dando la possibilità ai beneficiari di utiliz-

zare gli impianti in comodato d'uso. La quota di energia in eccesso viene venduta in rete e i proventi percepiti dalla Provincia sono reinvestiti per alimentare la misura.

In questo modo si raggiunge un triplice obiettivo:

tutela dell'ambiente grazie all'abbattimento delle emissioni atmosferiche ottenuto mediante il progressivo incremento della produzione d'energia elettrica da fonti rinnovabili;

promozione della coesione economico-sociale, attraverso il progressivo incremento delle utenze beneficiarie del consumo gratuito dell'energia elettrica;

promozione dello sviluppo economico del territorio.

L'iniziativa, sperimentata per la prima volta con successo dal Comune di Porto Torres, in Provincia di Sassari, mette insieme una misura di contrasto alle povertà e lo sviluppo delle energie rinnovabili.

La sperimentazione nasce da un'idea del deputato Riccardo Fraccaro (M5S) che, insieme al Sindaco del Comune di Porto Torres (SS), dopo una serie di incontri con il Gestore dei Servizi Energetici (GSE) ha provveduto alla redazione di un regolamento comunale per l'introduzione del "Reddito energetico".

La proposta di legge si propone di estendere a livello provinciale l'iniziativa sperimentata nel Comune di Porto Torres: in sostanza sarà la Provincia, al fine di favorire la progressiva diffusione di impianti di produzione di energia elettrica da fonte solare presso ed a servizio delle utenze residenziali domestiche o condominiali, ad acquistare e a mettere a disposizione a titolo di comodato impianti fotovoltaici in favore, in via prioritaria, di utenti in condizioni di disagio socioeconomico. Grazie all'autoconsumo dell'energia prodotta, le famiglie potranno abbattere i costi della bolletta elettrica. Il rapporto di comodato durerà inizialmente 9 anni, rinnovabile per altri 9 e poi ulteriori 7. Complessivamente non più di 25 anni, con la possibilità di riscatto della proprietà degli impianti FV da parte dei beneficiari.

È stato stimato che l'installazione dell'impianto fotovoltaico consentirà alle famiglie che si trovano in stato di indigenza, individuate tramite bando, di risparmiare mediamente circa 200 euro all'anno sulla bolletta elettrica.

La proposta di legge istituisce, quindi, il Reddito energetico provinciale e ne disciplina le modalità di finanziamento, prevedendo che venga finanziato un fondo ad hoc con stanziamento iniziale a carico della finanza pubblica, la misura, inoltre, sarà alimentata anche grazie agli importi dei crediti maturati dai beneficiari, in ragione del servizio di scambio sul posto, e ceduti alla Provincia. La proposta demanda ad un regolamento di attuazione le modalità di regolamentazione e di accesso al Reddito energetico.

Per la concreta attivazione del Reddito energetico provinciale, la Provincia dovrà sottoscrivere con il GSE un Protocollo d'intesa.

L'energia prodotta potrà essere auto consumata dai cittadini per le proprie necessità, mentre quella non utilizzata verrà immessa in rete mediante il contratto di scambio sul posto, stipulato tra i singoli cittadini e il GSE. Alla Provincia verrà attribuito il diritto di percepire dal GSE il contributo in conto scambio, che andrà a rimpinguare il fondo per il finanziamento di nuovi impianti fotovoltaici.

L'obiettivo del progetto non è solo quello di dare un sostegno alle famiglie in difficoltà economica, ma anche di diffondere la cultura delle energie rinnovabili. Con il Reddito energetico regionale i cittadini non saranno solo fruitori ma anche produttori di energia, coniugando l'attenzione per l'ambiente, con i principi di equità ed etica e creando sviluppo.

L'iniziativa, attraverso la promozione di un modello di generazione distribuita dell'energia favorisce lo sviluppo, a livello locale, di un tessuto socioeconomico e produttivo ispirato alla trasformazione ecosostenibile dei processi produttivi, attraverso innovazioni tecnologiche e organizzative.

Entrando nel merito dell'articolato: L'articolo 1 indica l'oggetto della proposta di legge istitutiva del Reddito energetico provinciale. L'articolo 2 reca le disposizioni relative all'Istituzione del Reddito energetico provinciale prevedendo la necessità di effettuare un convenzionamento con il Gestore dei Servizi Energetici S.p.A (GSE) ed indicando gli obiettivi di pubblico interesse che la proposta di legge intende perseguire. All'articolo 3 sono individuati i principi di funzionamento del Reddito energetico provinciale e le modalità operative dello stesso: per la concreta attivazione del Reddito energetico provinciale, la Provincia dovrà sottoscrivere con il GSE un Protocollo d'intesa. L'ener-

gia prodotta potrà essere auto-consumata dai cittadini per le proprie necessità, mentre quella non utilizzata verrà immessa in rete mediante il contratto di scambio sul posto, stipulato tra i singoli cittadini e il GSE. Alla Provincia verrà attribuito il diritto di percepire dal GSE il contributo in conto scambio, che andrà ad alimentare i finanziamenti per l'acquisto e l'installazione di nuovi impianti fotovoltaici e/o di ad incentivare misure volte all'abbattimento dei costi relativi all'illuminazione pubblica nel territorio provinciale. In merito all'acquisto e all'installazione degli impianti fotovoltaici, oltre che per i servizi di manutenzione straordinaria, telecontrollo e raccolta dei dati di produzione e consumo, si procederà tramite bandi pubblici e con oneri a carico della Provincia. Nessun onere, invece, potrà derivare a carico degli utenti beneficiari del Reddito energetico, ad eccezione degli interventi di manutenzione ordinaria, dell'eventuale facoltà di riscatto e degli obblighi risarcitori correlati ai casi di decadenza dal beneficio. L'articolo 4 individua i beneficiari della misura introdotta dalla presente proposta di legge e l'articolo 5 demanda ad apposito regolamento le disposizioni di dettaglio della misura introdotta. A corredo del progetto non mancano disposizioni volte a valutare l'impatto della normativa introdotta (articolo 6 – Clausola valutativa), la necessaria norma finanziaria (articolo 7) e l'entrata in vigore (articolo 8) prevista per il giorno successivo alla pubblicazione del provvedimento sul Bollettino Ufficiale.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Im Energiemarkt ist aus wirtschaftlicher, technologischer, sozialer und ökologischer Sicht eine neue Ära angebrochen, die vor allem durch einen Boom der erneuerbaren Energiequellen, in Verbindung mit einer steigenden Sensibilität für Umweltfragen, gekennzeichnet ist.

Der Bereich der erneuerbaren Energiequellen erweckt auch in Italien immer mehr das Interesse der Unternehmen, der Institutionen sowie der Nichtregierungsorganisationen. Die steigende Sensibilität für die Themen im Zusammenhang mit nichtfossilen Brennstoffen erfordert eine erhebliche Weiterentwicklung in diesem Bereich, sowohl in Bezug auf die Energiegewinnung als auch im Sinne einer nachhaltigen Mobilität. Erneuerbare Energiequellen nehmen nämlich eine zentrale Rolle für eine Diversifizierung im Energiemix ein.

Eine breiter ausgelegte Energiegewinnung stellt daher die einzige Möglichkeit für eine Befreiung aus der Energieabhängigkeit dar und ermöglicht ein System, das auf Unabhängigkeit und Partizipation gründet auf die Schaffung eines solidarischen Wirtschaftsmodells im Energiesektor abzielt und dadurch allen Nutzern erlaubt, eine aktive Rolle einzunehmen.

Inhaltlich fußt der vorliegende Gesetzentwurf auf der Schaffung eines öffentlichen Fonds zur Finanzierung der Installation von Fotovoltaikanlagen an den Häusern der Bürgerinnen und Bürger. Dieses kostenlose Angebot sollen in erster Linie jene mit einem niedrigeren Einkommen nutzen können, jedoch auch alle anderen Interessierten. Der Gesetzesvorschlag sieht nämlich vor, dass das Land Fotovoltaikanlagen ankauft und sie mittels unentgeltlicher Überlassung für 9 Jahre (mit möglicher Verlängerung bis zu maximal 25 Jahren) zur Verfügung stellt. Dabei sollen vorrangig sozial und wirtschaftlich benachteiligte Nutzer zum Zuge kommen, die im Rahmen einer entsprechenden Ausschreibung ausgewählt werden. Gleichzeitig verpflichten sich diese Personen, mit der Behörde für Energiedienstleistungen GSE den Dienst „Tausch vor Ort“ für die mit den genannten Anlagen erzeugte Energie zu aktivieren. GSE ist eine Gesellschaft, deren einziger Gesellschafter das Wirtschafts- und Finanzministerium ist und deren Aufgaben in der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und einer effizienten Nutzung der Energie liegen. Durch die Möglichkeit, unabhängig Energie zu erzeugen und die überschüssige, nicht verbrauchte Energie an GSE abzutreten, können die Familien einerseits erhebliche Einsparungen bei den Stromkosten erzielen und andererseits einen Beitrag zum Umweltschutz leisten, da weniger Energie aus fossilen Brennstoffen verbraucht und somit der CO₂-Ausstoß verringert wird.

In Südtirol wurde der Energie- und Umweltplan des Landes mit Beschluss der Landesregierung Nr. 7080 vom 22. Dezember 1997 genehmigt, während mit dem Beschluss der Landesregierung Nr. 940 vom 20. Juni 2011 die klimapolitische Strategie Klimaplan Energie-Südtirol-2050 beschlossen wurde. Darin sind zwar Förderinstrumente vorgesehen, jedoch keine davon für die schwächeren Gesellschaftsschichten.

In den genannten Maßnahmen wurden die Strategie und die Ziele des Landes Südtirol im Bereich Klima und Energie bis zum Jahr 2030 festgelegt. Dabei geht es um die Stärkung einer umwelt-

freundlichen Wirtschaft, Energieeinsparung und -effizienz, die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energiequellen sowie um Maßnahmen in den Bereichen Mobilität, Forschung, Innovation und Ausbildung.

Insbesondere werden in diesem Plan die europäischen Ziele für 2020, 2030 und 2050 betreffend Klima und Energie im Sinne eines neuen Entwicklungsantriebs für die regionale Wirtschaft übernommen. Demnach gelten für das Land folgende Ziele als strategisch:

Reduzierung der klimaschädigenden Emissionen um 20 % bis 2020 und um 40 % bis 2030 im Vergleich zum Niveau von 1990;

Steigerung der Deckung des Energieverbrauchs mit erneuerbaren Quellen um 20 % bis 2020 und um 27 % bis 2030;

Erhöhung der Energieeffizienz um 20 % bis 2020 und um 27 % bis 2030.

Diesbezüglich hat das Land bereits Maßnahmen zugunsten einer Vereinfachung der Genehmigungen gesetzt. Die sogenannte „Einzigste Ermächtigung“ ist für Anlagen mit einer Leistung von mehr als 1 MW erforderlich, während für Anlagen unterhalb dieses Schwellenwertes das vereinfachte Ermächtigungsverfahren oder die Meldung ausreichen, wobei hierfür gemäß Landesgesetz vom 17. September 2013, Nr. 18, mit dem das Landesgesetz vom 7. Juli 2010, Nr. 9, abgeändert wurde, die Gemeinden als Bezugsstellen gelten.

Ein Wechsel der Gangart, wenn nicht gar ein Einschnitt, erfolgte mit dem Beschluss der Landesregierung Nr. 1380/2018 mit dem Titel „Richtlinien für die Gewährung von Beiträgen zur Förderung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energiequellen für natürliche Personen, öffentliche Verwaltungen und Körperschaften ohne Gewinnabsicht“. In den Prämissen wird darin die dem ursprünglichen Ziel zuwiderlaufende Absicht der Landesregierung angekündigt, die Investitionen für erneuerbare Energiequellen zu reduzieren: „Die energiepolitischen Ziele, die in der Klimastrategie – Energie Südtirol 2050 festgehalten sind, setzen die Priorität auf die Optimierung der Energieeffizienz. Um einen optimalen Einsatz der vorhandenen Geldmittel zu garantieren, wird die Höhe der Förderungen bei Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz beibehalten, jene der Nutzung erneuerbarer Energiequellen reduziert und die Maßnahmen mit geringer Akzeptanz werden abgeschafft.“

Vor diesem Hintergrund wird nun der vorliegende Gesetzentwurf eingebracht, um im Land Südtirol das sogenannte „Landesenergieeinkommen“ einzuführen. Dies soll durch die Festlegung von Maßnahmen für den Kauf und die Zurverfügungstellung von Fotovoltaikanlagen durch das Land erfolgen, die auf den Dächern der Häuser von Bürgerinnen und Bürgern mittels unentgeltlicher Überlassung genutzt werden können. Die überschüssige Energie wird durch Einspeisung in das Stromnetz verkauft und der vom Land dafür erhaltene Erlös wird zugunsten der Maßnahme investiert.

Dadurch wird ein dreifacher Nutzen erzielt:

Umweltschutz dank Senkung der Emissionen durch eine schrittweise Steigerung der Stromgewinnung aus erneuerbaren Energiequellen;

Förderung des wirtschaftlich-sozialen Zusammenhalts durch eine graduelle Zunahme der Anzahl an Nutzern, die einen kostenlosen Stromverbrauch in Anspruch nehmen können;

Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Diese Initiative, die erstmals und mit Erfolg in der Gemeinde Porto Torres, Provinz Sassari, erprobt wurde, vereint in sich Maßnahmen gegen die Armut und für die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen.

Die Idee für dieses Experiment ging vom Abgeordneten Riccardo Fraccaro (M5S) aus, der gemeinsam mit dem Bürgermeister der Gemeinde Porto Torres (SS) nach einer Reihe von Gesprächen mit der Behörde für Energiedienstleistungen (GSE) auf Gemeindeebene ein Regelwerk für die Einführung des „Energieeinkommens“ erstellte.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird vorgeschlagen, die in der Gemeinde Porto Torres erprobte Initiative auf Landesebene umzusetzen: Um einen verstärkten Einsatz von Anlagen für die Stromerzeugung aus Solarenergie im Landesgebiet zu fördern, die in einzelnen Privathaushalten oder Mehrfamilienhäusern betrieben und von diesen genutzt werden, kauft das Land Fotovoltaikanlagen an und stellt diese mittels Überlassung vorrangig wirtschaftlich und sozial Benachteiligten zur Verfügung. Durch den Eigenverbrauch der erzeugten Energie können die Familien

Stromkosten einsparen. Die Dauer der Überlassung beträgt anfänglich 9 Jahre und kann für weitere 9 sowie anschließend um weitere 7 Jahre verlängert werden. Insgesamt kann die Überlassung höchstens 25 Jahre andauern, wobei die Möglichkeit einer Ablöse des Eigentums an den Fotovoltaikanlagen durch die Begünstigten besteht.

Schätzungen zufolge ermöglicht eine Fotovoltaikanlage bedürftigen Familien, die über eine Ausschreibung ermittelt werden, eine Einsparung von ca. 200 Euro jährlich an Stromspesen.

Mit dem Gesetzentwurf wird somit das Landesenergieeinkommen eingeführt und die Art und Weise der Finanzierung geregelt. Dafür soll ein Ad-hoc-Fonds eingerichtet werden, der anfänglich mit den Mitteln aus dem öffentlichen Haushalt finanziert wird. Die Maßnahme wird sich außerdem auch über die von den Begünstigten angereiften Guthaben finanzieren, die sich aus dem Tausch vor Ort ergeben und an das Land gehen. Was die spezifischen Regelungen und die Art und Weise des Zugangs zum Landesenergieeinkommen betrifft, so wird im Gesetzentwurf auf eine Durchführungsverordnung verwiesen.

Für die konkrete Aktivierung des Landesenergieeinkommens muss vom Land ein Einvernehmensprotokoll mit GSE unterzeichnet werden.

Die erzeugte Energie kann von den Bürgerinnen und Bürgern für den Eigengebrauch verwendet werden, während die überschüssige, nicht verbrauchte Energie aufgrund eines zwischen GSE und den einzelnen Begünstigten abgeschlossenen Vertrags über den Tausch vor Ort in das Netz eingespeist wird. Dem Land wird das Recht zugesprochen, von GSE den Beitrag für den Tausch vor Ort zu beziehen, mit dem der Fonds für die Finanzierung der neuen Fotovoltaikanlagen wieder aufgefüllt wird.

Ziel des Vorhabens ist es nicht nur, den Familien mit finanziellen Schwierigkeiten eine Unterstützung zukommen zu lassen, sondern auch das Bewusstsein für erneuerbare Energiequellen zu stärken. Mit dem Landesenergieeinkommen wären die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr nur Energieverbraucher, sondern auch Energieerzeuger, wodurch die Sensibilität für Umweltbelange mit den Grundsätzen der Gleichheit und des ethischen Handelns vereint und Entwicklung gefördert wird.

Durch das Vorantreiben eines Modells der Energiegewinnung an vielen, im Land verteilten Standorten wird auf lokaler Ebene ein sozioökonomisches und produktives Netzwerk gefördert, das auf eine umweltfreundliche Ausrichtung der Produktionsprozesse dank Innovationen in Technologie und Organisation abzielt.

In den einzelnen Artikeln des Gesetzentwurfes ist Folgendes vorgesehen: Artikel 1 legt den Gegenstand des Gesetzentwurfes zur Einführung des Landesenergieeinkommens dar. Artikel 2 enthält die Bestimmungen betreffend die Einführung des Landesenergieeinkommens und sieht vor, dass eine Vertragsbindung mit der Behörde für Energiedienstleistungen (Gestore dei Servizi Energetici S.p.A, GSE) eingegangen werden muss; zudem werden die im Allgemeininteresse liegenden Ziele des Gesetzentwurfs festgelegt. Im Artikel 3 werden die Grundsätze für das System des Landesenergieeinkommens sowie die konkrete Funktionsweise desselben angeführt: Für die Aktivierung des Landesenergieeinkommens muss vom Land ein Einvernehmensprotokoll mit GSE unterzeichnet werden. Die erzeugte Energie kann von den Bürgerinnen und Bürgern für den Eigengebrauch verwendet werden, während die überschüssige, nicht verbrauchte Energie aufgrund eines zwischen GSE und den einzelnen Begünstigten abgeschlossenen Vertrags über den Tausch vor Ort in das Netz eingespeist wird. Dem Land wird das Recht zugesprochen, von GSE den Beitrag für den Tausch vor Ort zu beziehen, mit dem der Ankauf und die Installation neuer Fotovoltaikanlagen und/oder von Maßnahmen zur Senkung der Kosten für die öffentliche Beleuchtung im Landesgebiet finanziert werden. Für den Ankauf und die Installation der Anlagen, für deren außerordentliche Wartung und Fernüberwachung sowie für die Sammlung der Daten zu Energieerzeugung und -verbrauch erfolgen öffentliche Ausschreibungen. Die Kosten gehen zulasten des Landes. Mit Ausnahme der ordentlichen Wartungsarbeiten, der Möglichkeit der Ablöse und der Verpflichtung zur Entschädigung bei Verfall der Begünstigung können zulasten der Begünstigten aus der Installation, dem Betrieb und dem etwaigen Abbau der Fotovoltaikanlagen keinerlei Kosten erwachsen. In Artikel 4 wird festgelegt, wer die möglichen Begünstigten gemäß vorliegendem Gesetzentwurf sein können, während Artikel 5 auf eine entsprechende Verordnung zur detaillierten Regelung des Gesetzesvorschlags verweist. Der Gesetzentwurf sieht schließlich

auch Bestimmungen zur Bewertung der Auswirkungen des neuen Gesetzes (Artikel 6 – Regulierungsfolgenabschätzung), die erforderliche Finanzbestimmung (Artikel 7) und der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes (Artikel 8), nämlich am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Region, vor.

Relazione della seconda commissione legislativa/Bericht des zweiten Gesetzgebungsausschusses

I lavori in commissione

La II commissione legislativa nella seduta del 20 maggio 2020 ha esaminato il disegno di legge provinciale n. 42/19. Alla seduta ha altresì preso parte il consigliere Nicolini quale presentatore del disegno di legge. Hanno partecipato in collegamento telematico l'assessore provinciale Giuliano Vettorato, la direttrice dell'Ufficio Energia e tutela del clima, Petra Seppi, il direttore dell'Ufficio amministrativo dell'ambiente, Helmut Schwarz, il direttore sostituto dell'Ufficio Energia e tutela del clima, Armin Gasser e il direttore del dipartimento Cultura italiana, Ambiente e Energia, Roberto Ghizzi.

Il presidente Locher ha invitato il presentatore, cons. Diego Nicolini, a illustrare il disegno di legge. Il cons. Nicolini ha spiegato di aver presentato questo disegno di legge perché in questa particolare fase storica è possibile coniugare gli obiettivi di protezione ambientale con quelli di crescita economica. Ha sottolineato che per i privati il grande problema è quello dei costi e con questo disegno di legge un primo passo verrebbe fatto dalla mano pubblica, cioè dalla Provincia che costituirebbe un fondo al quale attingerebbero i privati, in primo luogo quelli indigenti, per costruire sui loro tetti un impianto fotovoltaico che altrimenti non si potrebbero permettere. L'impianto fotovoltaico verrebbe concesso in comodato d'uso e i privati sottoscriverebbero un contratto con la Provincia e l'ente gestore per l'autoconsumo di energia, mentre l'energia residua verrebbe rivenduta in crediti alla Provincia per rimpinguare il fondo. Il consigliere ha fatto presente che l'idea era partita dal deputato pentastellato Riccardo Fraccaro che con il sindaco del paese di Porto Torres in Sardegna ha avviato con buon esito la sperimentazione; grazie a un fondo pubblico di 200 mila euro sono subito stati infatti installati a Porto Torres una cinquantina di impianti fotovoltaici. Il consigliere ha evidenziato che i vantaggi derivanti sarebbero tre; il primo sarebbe il più importante, e cioè la riduzione di emissioni inquinanti, perché verrebbe aumentata la quota di energia rinnovabile nel mix energetico provinciale. Il secondo beneficio sarebbe quello diretto del privato che risparmierebbe una parte dei costi in bolletta per il consumo di energia elettrica e il terzo vantaggio sarebbe costituito dalla promozione dell'economia locale, e in particolar modo degli artigiani che installano gli impianti fotovoltaici. Dopo aver sottolineato che l'assessorato provinciale è molto sensibile al tema delle energie rinnovabili e cerca di accelerare la produzione di energia rinnovabile, ha fatto presente che attualmente l'energia rinnovabile prodotta non tiene il passo con gli obiettivi decennali e le strategie che la Provincia si è data in passato e bisogna pertanto puntare su altri tipi di fonti alternative rispetto all'energia idroelettrica. Ha sottolineato che il Gestore dei Servizi Energetici (GSE) è assolutamente favorevole a questo tipo di sviluppo e ha già sottoscritto protocolli con altri comuni e altre regioni. Ha inoltre ricordato che nel luglio 2019 in Puglia un disegno di legge di contenuto analogo è stato approvato ad unanimità. Rispetto alle critiche espresse dal Consiglio dei comuni il consigliere ha detto di non vedere grandi problemi burocratici grazie alla digitalizzazione, che semplificherebbe l'intero processo. Ha poi spiegato che il disegno di legge prevede l'istituzione di un fondo pari a 1 milione di euro, con il quale si realizzerebbero i primi duecento impianti e ha sottolineato che la caratteristica di questo fondo è che va ad alimentarsi in progressione geometrica negli anni e pertanto nell'arco di 10 anni arriverebbe a regime.

Il presidente Locher ha dato lettura del parere negativo motivato del Consiglio dei comuni e in attesa del collegamento con il competente assessore ha pregato i funzionari di prendere posizione in merito, in rappresentanza della Giunta provinciale.

Il direttore di dipartimento, ing. Roberto Ghizzi, ha dichiarato che gli intenti esposti dal presentatore del disegno di legge sono sicuramente condivisibili e che la popolazione e la filiera economica locale ne ricaverebbe dei vantaggi. Il funzionario ha tuttavia fatto presente che l'assessorato

avanza perplessità analoghe a quelle esposte dal Consiglio dei comuni, perché la procedura sembra facile, ma in realtà nasconde una serie di impegni ed ostacoli di tipo burocratico non trascurabili. Particolarmente gravosa sarebbe l'attività assegnata dall'articolo 6 del disegno di legge all'Agenzia provinciale per l'ambiente. Ha inoltre fatto presente che si nutrono riserve anche in merito ai soggetti individuati come beneficiari dal disegno di legge ed ha sottolineato che risulta difficile comprendere come i soggetti indicati all'art. 4, comma 1, lettera a), e cioè proprietari di unità abitative indipendenti, possano essere considerati soggetti in condizione di disagio socio-economico.

La direttrice d'ufficio Seppi ha dichiarato di considerare particolarmente positive le finalità del disegno di legge, ossia l'aumento della produzione di energia grazie agli impianti fotovoltaici. Tuttavia, secondo lei la strada indicata dal presente disegno di legge è troppo complicata, cosa peraltro segnalata anche nel parere del Consiglio dei Comuni. Infatti, l'attuazione delle misure previste dal disegno di legge comporterebbe un notevole onere burocratico. Un'ulteriore criticità è data dal fatto che il finanziamento degli impianti fotovoltaici dipenda dal reddito dei beneficiari, visto che questo potrebbe cambiare nel corso degli anni. Inoltre, ha fatto notare che a livello statale con il Decreto Rilancio (decreto legge n. 34/2020) è stato introdotto un ecobonus, grazie al quale viene incentivata l'installazione di impianti fotovoltaici in combinazione con il risanamento dell'edificio e la possibilità di una detrazione d'imposta del 110%. A suo avviso non si può non tener conto della misura prevista dalla Stato nel valutare il presente disegno di legge.

L'ass. Vettorato ha ringraziato il cons. Nicolini per la presentazione del disegno di legge, a suo parere valido in principio, ma ha richiamato le prese di posizione dei due funzionari che lo hanno preceduto. Dopo aver definito positiva l'iniziativa, ha ricordato che ora a livello nazionale sono stati previsti nuovi incentivi in materia di risparmio energetico ed ha posto l'accento sulle difficoltà burocratiche che l'applicazione del disegno di legge provocherebbe agli uffici.

In sede di discussione generale il cons. Dello Sbarba ha a sua volta ringraziato il cons. Nicolini ed ha preannunciato il suo voto a favore del passaggio alla discussione articolata, perché a suo parere vale la pena discutere il disegno di legge nei dettagli. Ha ricordato che l'assessorato ha definito positivo l'intento perseguito, benché il sistema sia un po' complicato ed ha fatto presente che è sempre possibile emendare il disegno di legge, eventualmente anche eliminando la previsione della clausola valutativa. In merito alla previsione dei beneficiari ha suggerito di semplificare la previsione contenuta nell'art. 4, magari prevedendo una graduatoria in base allo stato economico dei richiedenti. Ha poi definito non pertinente il termine "reddito energetico provinciale" contenuto nel titolo del disegno di legge, perché l'eventuale surplus di energia non può essere venduta a nessuno e va alla Provincia, quindi si tratta fondamentalmente di incentivi all'energia solare. A suo parere la cosa più semplice sarebbe vedere dove vi sono carenze della norma nazionale e prevedere un intervento compensativo della Provincia, oppure un intervento anticipatore da parte della Provincia, in analogia alla politica più generale di incentivi perseguita dalla Provincia. Il consigliere ha pertanto invitato ad approvare il passaggio alla discussione articolata, per entrare nel merito e modificare il disegno di legge.

Die Arbeiten im Ausschuss

Der Landesgesetzentwurf Nr. 42/19 wurde vom II. Gesetzgebungsausschuss in der Sitzung vom 20. Mai 2020 behandelt. An der Sitzung nahm auch der Abg. Nicolini als Einbringer des Gesetzentwurfes teil. Zudem wohnten der Sitzung über telematische Verbindung der LR Giuliano Vettorato, die Direktorin des Amtes für Energie und Klimaschutz, Petra Seppi, der Direktor des Verwaltungsamtes für Umwelt, Helmut Schwarz, der stellvertretende Direktor des Amtes für Energie und Klimaschutz, Armin Gasser, und der Direktor des Ressorts Italienische Kultur, Umwelt und Energie, Roberto Ghizzi, bei.

Der Vorsitzende Franz Locher ersuchte den Abg. Diego Nicolini seinen Gesetzesentwurf zu erläutern.

Der Abg. Nicolini erklärte vorweg, dass er den Gesetzentwurf eingebracht habe, da dieser besondere Zeitpunkt unserer Geschichte es ermögliche, die Ziele des Umweltschutzes mit denen eines wirtschaftlichen Wachstums parallel voranzutreiben. Er hob hervor, dass für Privatpersonen das größte Problem die Kosten seien; mit dem vorliegenden Gesetzentwurf würde die öffentliche

Verwaltung, sprich das Land, einen ersten Schritt machen; das Land würde nämlich einen Fonds für Bürger und Bürgerinnen einrichten, insbesondere für bedürftige Personen, damit diese die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der eigenen Häuser finanzieren können, die sie sich ansonsten nicht leisten könnten. Die Photovoltaikanlagen würde mittels unentgeltlicher Überlassung zur Verfügung gestellt werden, wobei die betroffenen Bürger mit dem Land und der Betreibergesellschaft für die Herstellung von Strom für den Eigenbedarf einen Vertrag abschließen würden; die überschüssige Energie würde dabei wieder dem Land in Form eines Guthabens abgetreten werden und somit den entsprechenden Fonds speisen können. Der Abgeordnete merkte an, dass die Idee für dieses Experiment vom Abgeordneten Riccardo Fraccaro (M5S) ausgegangen sei, der gemeinsam mit dem Bürgermeister der Gemeinde Porto Torres in Sardinien das Vorhaben mit guten Ergebnissen in die Wege geleitet habe. Dank einem öffentlichen Fonds in Höhe von 200.000 Euro konnten in Porto Torres umgehend an die 50 Photovoltaikanlagen installiert werden. Er hob hervor, dass diese Initiative in dreierlei Hinsicht von Vorteil sei: Der erste und wichtigste Vorteil sei die Reduzierung der Schadstoffemissionen, zumal dadurch der Anteil an erneuerbarer Energie im Energiemix des Landes zunehmen würde. Der zweite Vorteil bestünde darin, dass der Bürger sich einen Teil der Stromkosten ersparen würde und der dritte, dass die lokale Wirtschaft, insbesondere die Handwerker, welche Photovoltaikanlagen installieren, davon profitieren würden. Nachdem der Abgeordnete unterstrichen hatte, dass das zuständige Landesressort großes Interesse am Thema der erneuerbaren Energien zeige und deren Erzeugung verstärkt voranzutreiben versuche, merkte er an, dass derzeit die gewonnene erneuerbare Energie kaum mit den Zielsetzungen der Zehnjahrespläne und der Strategien, die das Land in der Vergangenheit angepeilt hatte, Schritt halten könne; daher sei man gezwungen, auf andere alternative Energiequellen zur Wasserkraft zurückzugreifen. Zudem hob er hervor, dass die Behörde für Energiedienstleistungen (Gestore dei Servizi Energetici, GSE) in jeder Hinsicht für derartige Initiativen sei und bereits mit anderen Gemeinden und Regionen Einvernehmensprotokolle unterschrieben hätte. Weiters erinnerte er daran, dass im Juli 2019 die Region Apulien einen Gesetzentwurf mit ähnlichem Inhalt einstimmig genehmigt habe. Zu den vom Rat der Gemeinden zum Ausdruck gebrachten Bedenken erklärte der Abgeordnete, dass er keinen übermäßigen bürokratischen Aufwand befürchte, zumal dank der Digitalisierung das gesamte Verfahren beschleunigt werden könne. Schließlich präzisierte er, dass der Gesetzentwurf die Einrichtung eines Fonds im Wert von 1 Million Euro vorsehe; dadurch könnten die ersten 200 Anlagen errichtet werden; er fügte hinzu, dass dieser Fonds im Laufe der Jahre mit Mitteln anhand einer geometrischen Progression gespeist werden würde, sodass er in einem Zeitraum von 10 Jahren im vollen Umfang zum Tragen kommen könnte.

Der Vorsitzende Locher verlas daraufhin das begründete negative Gutachten des Rates der Gemeinden. In Erwartung der telematischen Verbindung mit dem zuständigen Landesrat, ersuchte er die Beamten in Vertretung der Landesregierung dazu Stellung zu nehmen.

Ressortdirektor Roberto Ghizzi erklärte, dass man sicherlich die Absicht des Einbringers des Gesetzentwurfes teilen könne und dass diese Initiative für die Bevölkerung und die lokalen Unternehmen Vorteile bringen würde. Allerdings gebe es seitens des Ressorts ähnliche Bedenken wie jene, die der Rat der Gemeinden zum Ausdruck gebracht hat, zumal das Verfahren zwar einfach klinge, aber in Wirklichkeit eine ganze Reihe von Verpflichtungen und bürokratischen Hürden mit sich bringe, die nicht zu unterschätzen seien. Vor allem für die Landesagentur für Umwelt wären die ihr unter Artikel 6 anvertrauten Tätigkeiten mit viel Arbeit verbunden. Der Ressortdirektor merkte zudem an, dass es Vorbehalte auch bezüglich der im Gesetzentwurf vorgesehenen Leistungsempfänger gebe; dazu hob er hervor, dass es schwierig sei, die Begünstigten gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a), d. h. die Eigentümer von unabhängigen Wohneinheiten, als sozioökonomisch Benachteiligte zu betrachten.

Amtsdirktorin Seppi beurteilte die Zielsetzung des Gesetzesentwurfes, die Energieproduktion durch Photovoltaikanlagen zu erhöhen, für sehr unterstützenswert. Der vom Gesetzentwurf hierfür vorgegebene Weg erscheine ihr jedoch, so wie es auch der Rat der Gemeinden in seinem Gutachten angemerkt hat, zu kompliziert. Sie erklärte, die Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen würden den Aufbau eines großen bürokratischen Apparates erfordern. Kritisch sehe sie auch den Umstand, dass die Finanzierung von Photovoltaikanlagen vom Einkommen des Be-

günstigten abhängig gemacht werden soll, da sich das Einkommen im Laufe der Zeit verändern kann. Sie machte weiters darauf aufmerksam, dass auf Staatsebene mit dem sogenannten Neustart-Dekret (Gesetzesdekret Nr. 34/2020, Anm.) ein Öko-Bonus eingeführt worden sei. Dadurch wird die Installation von Photovoltaikanlagen in Kombination mit der Sanierung des Gebäudes mit einem Steuerabzug in Höhe von 110 Prozent unterstützt. Ihrer Ansicht nach müsse diese vom Staat gesetzte Maßnahme bei der Bewertung des vorliegenden Gesetzesentwurfes miteinfließen. LR Vettorato bedankte sich beim Abg. Nicolini für die Vorlage des Gesetzesentwurfes, den er grundsätzlich als positiven Vorschlag bewerte. Allerdings müsse er sich den Ausführungen der beiden Beamten, die vor ihm das Wort ergriffen haben, anschließen. Dies vorausgeschickt erinnerte er daran, dass derzeit auf staatlicher Ebene im Bereich Energiesparen neue Förderungen vorgesehen seien und dass vor allem die Anwendung des Gesetzesentwurfes für die betroffenen Ämter mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden sei.

Im Rahmen der Generaldebatte bedankte sich auch Abg. Dello Sbarba beim Abg. Nicolini und kündigte an, dass er für den Übergang zur Artikeldebatte stimmen werde, da seines Erachtens dieser Gesetzesentwurf eine detaillierte Diskussion verdiene. Er erinnerte daran, dass das zuständige Ressort die beabsichtigten Zielsetzungen des Gesetzesentwurfes als positiv bewertet habe, auch wenn das System etwas komplex sei; diesbezügliche merkte er an, dass es immer möglich sei, den Gesetzesentwurf abzuändern und gegebenenfalls auch die Regulierungsfolgenabschätzung zu streichen. In Bezug auf die Begünstigten schlug er vor, die Bestimmung gemäß Artikel 4 zu vereinfachen und eventuell eine Rangordnung auf der Grundlage der Einkommens- und Vermögenslage der Antragsteller vorzusehen. Außerdem sei der Begriff „Landesenergieeinkommen“, der als Titel des Gesetzesentwurfes verwendet wird, inkohärent, zumal ein möglicher Überschuss an Stromgewinnung nicht weiterverkauft werden könne und daher dem Land zukomme; also handle es sich eigentlich um Förderungen für die Gewinnung von Sonnenenergie. Seiner Meinung nach wäre es einfacher, die staatliche Regelung auf Mängel zu überprüfen und mit einer entsprechenden Maßnahme des Landes diese Mängel auszugleichen oder auch mit einem Vorschlag des Landes diesen Schwachpunkten vorzugreifen, in Anlehnung an die allgemeinen Bestimmungen im Bereich der Förderpolitik des Landes. Aus diesem Grund sprach sich der Abgeordnete für den Übergang zur Artikeldebatte aus, um Detailspekte des Gesetzesentwurfes behandeln und eventuell abändern zu können.

Dichiaro aperta la discussione generale. Ha chiesto la parola il consigliere Nicolini, ne ha facoltà.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Volevo illustrare per i colleghi che non conoscono questa iniziativa del reddito energetico, che si sta implementando in molti Comuni italiani e anche in alcune Regioni.

Si tratta di rendere possibile l'installazione di pannelli fotovoltaici sui tetti per il ceto medio, coloro che non hanno questa capacità di fare un investimento a lungo termine e si tratta, soprattutto in questo periodo, di dare lavoro anche agli artigiani che fanno queste installazioni e la vendita di questi pannelli.

I benefici sono forti per l'ambiente, perché ovviamente abbiamo un *deficit* energetico sulle energie alternative e gli obiettivi che la Provincia stessa si è data non verranno rispettati, perché si può già intravedere che la percentuale nel mix di composizione della creazione di energia non sarà soddisfatta con le energie rinnovabili, siamo ancora molto indietro e quindi è una di quelle misure che facilitano la produzione di energia tramite una fonte rinnovabile.

Il primo Comune che ha istituito il reddito energetico è stato quello di porto Torres in Sardegna nel 2017 ed esaminando dall'alto con Google Maps come si è trasformato il panorama urbano, possiamo chiaramente vedere che ha consentito a molti di installare dei pannelli solari sul tetto e dunque prodursi l'energia per autoconsumo, l'energia invece che è in eccesso viene reimmessa con il sistema dello scambio sul posto e viene data a GS, il gestore dei servizi energetici.

Quella dello scambio sul posto ovviamente è una grande opportunità che possono avere tutti quanti e in questo modo l'investimento si ripaga, è chiaro che siamo in un periodo in cui non soltanto le famiglie indigenti, ma anche le famiglie del ceto medio non hanno la capacità di fare un investimento che si ripaga in 10 o 12 anni come attualmente si ripaga un impianto fotovoltaico e quindi è necessario che la mano pubblica dia questo supporto, questo *surplus*, e poi ne guadagnerà perché ovviamente verrà prodotta energia rinnovabile,

senza produzione di anidride carbonica, ma soprattutto per chi impiega questi pannelli solari ci sarà anche il vantaggio che non pagherà più l'energia che si autoproduce.

In commissione è stata spesso criticata questa misura perché nonostante il buon intento sembrava portare un *surplus* di burocrazia, però devo dire che tutte le misure che vengono introdotte possono creare della burocrazia e creare del lavoro aggiuntivo, spetta a noi, spetta al legislatore, spetta a chi fa il regolamento farlo in modo che sia il più digitale possibile, sia automatico, e quindi sia anche facile per chi accede renderlo realizzabile.

È necessario comunque dare un'accelerazione da questo punto di vista, soprattutto in questo periodo, e sarebbe anche opportuno che questi contributi venissero dati sotto forma di incentivo anche per agevolare le imprese.

Ci sono tante ampie superfici dove installare dei pannelli fotovoltaici, ricordiamo che se tutti i tetti delle nostre abitazioni fossero coperti con un impianto fotovoltaico, si avrebbe il doppio dell'energia che attualmente consuma uno Stato come l'Italia nell'arco di un anno, quindi sarebbe una misura sufficiente per rendersi autonomi energeticamente, quindi se noi parliamo adesso di debito buono, questo investimento che dovrebbe andare a fare la Provincia va a ripagarsi poi negli anni con un vantaggio sia per l'ambiente, sia per chi ne usufruisce ed è un investimento a lungo termine anche per la Provincia.

Sono molto breve, in quanto vorrei che tutti quanti avessero il tempo anche domani di presentare i loro disegni di legge, mi auguro che non ci siano altri interventi, però procederemo con la votazione. Grazie!

PRESIDENTE: Non ci sono altri interventi, quindi se vuole intervenire per la Giunta, assessore Vettorato, La prego di registrarsi su Concilium. Grazie!

VETTORATO (assessore alla scuola italiana, formazione professionale italiana, cultura italiana, energia, ambiente - Lega Salvini Alto Adige – Südtirol): Grazie! La proposta è sicuramente interessante e va su una strada che è condivisa. Tutti noi in quest'aula cerchiamo di diventare energeticamente autonomi, o meglio ancora di decarbonizzare, anche se a livello altoatesino sappiamo benissimo che l'energia elettrica proviene da fonti rinnovabili e quindi siamo già su un'ottima strada.

Io chiederei la possibilità di sospendere questo punto – sa che sono sempre corretto – per fare ulteriori analisi soprattutto di bilancio e spiego perché. Stiamo varando il Piano Clima o, meglio, l'aggiornamento del Piano Clima con una serie di attività e di incentivi, e siamo sulla strada giusta con quella che Lei ha proposto.

Stiamo facendo delle iniziative per valorizzare al massimo quell'opportunità che si chiama Superbonus 110%, quindi io in questo momento dovrei dirLe sì al principio, ma no perché non riusciamo ovviamente neanche a calcolare quanti incentivi, o meglio quanti soldi dovremmo accantonare per il bilancio, quindi io Le chiederei, perché sarebbe veramente poco corretto doverla bloccare in questo momento, di sospendere questo punto per poi affrontarlo la prossima sessione, proprio per darLe delle risposte concrete su quanto eventualmente investire. Grazie!

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente! Io accolgo volentieri la proposta dell'assessore di rinviarlo, anche perché c'è una grande Regione come la Puglia che proprio in questi giorni sta facendo i regolamenti e c'è un rimpallo tra la commissione, proprio per riadattarlo alle regole del Bonus 110 e anche alle novità che stanno emergendo in tema di comunità energetiche.

Anch'io mi ero proposto di fare comunque degli emendamenti, che poi ho presentato fuori tempo, anche per estendere alle superfici industriali. Anche le piccole imprese stanno soffrendo la crisi e quindi possono essere classificate tra i soggetti che non hanno la capacità di fare degli investimenti a lungo termine in questo momento, e quindi colgo volentieri l'occasione per sospenderlo e portarlo nella prossima sessione. Grazie!

PRESIDENTE: Va bene. Allora la trattazione del disegno di legge provinciale viene sospesa.

Punto 11) all'ordine del giorno: "*Disegno di legge provinciale n. 46/20: Modifica della legge provinciale 23 aprile 2014, n. 3, 'Istituzione dell'imposta municipale immobiliare (IMI)'*".

Punkt 11 der Tagesordnung: "*Landesgesetzentwurf Nr. 46/20: Änderung des Landesgesetzes vom 23. April 2014, Nr. 3, 'Einführung der Gemeindeimmobiliensteuer (GIS)'*".

Relazione/Bericht

Gentili consigliere e consiglieri,

l'imposta municipale immobiliare (IMI) è stata introdotta in Alto Adige con la legge provinciale 23 aprile 2014, n. 3, e rappresenta un'importante fonte di entrate per i Comuni. L'obiettivo principale di molti Comuni sono le agevolazioni per la prima casa con l'applicazione di una franchigia. Con l'articolo 9, comma 1, si dà invece la possibilità ai Comuni di aumentare l'aliquota ordinaria fino a un massimo dello 0,8%. Questo aumento può essere applicato dai Comuni con una funzione regolatrice, per esempio per spingere i proprietari di seconde case vuote ad affittarle.

L'aumento dello 0,8% si è però rivelato troppo poco efficace. Per questo motivo la presente proposta di legge prevede che l'aliquota ordinaria possa essere aumentata fino a un massimo di cinque punti percentuali. Questo dà un maggiore margine d'azione ai Comuni che così, se vi fosse la necessità, potrebbero aumentare anche in modo consistente l'aliquota dell'imposta (per esempio nel caso di alloggi lasciati vuoti).

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Die Gemeindeimmobiliensteuer (GIS) wurde mit dem Landesgesetz Nr. 3 vom 23.4.2014 in Südtirol eingeführt. Sie stellt für die Gemeinden eine bedeutende Einnahme dar. Oberstes Ziel vieler Gemeinden liegt dabei in der Entlastung der Erstwohnung durch einen entsprechenden Freibetrag. Im Artikel 9 Absatz 1 wird hingegen den Gemeinden die Möglichkeit eingeräumt, den ordentlichen Steuersatz um bis zu 0,8 % zu erhöhen. Diese Erhöhung kann von den Gemeinden regulierend angewendet werden, um z. B. die Besitzer von leerstehenden Zweitwohnungen zum Vermieten zu animieren.

Leider hat sich die Erhöhung von 0,8 % als zu wenig effizient erwiesen. Aus diesem Grunde sieht der Gesetzesvorschlag vor, dass der ordentliche Steuersatz um max. 5 Prozentpunkte erhöht werden kann. Damit haben die Gemeinden einen größeren Spielraum, je nach Notwendigkeit den Satz stark anzuheben (z. B. auch bei leerstehenden Wohnungen)

Do la parola al consigliere Faistnauer per l'illustrazione.

FAISTNAUER (Team K): Danke, Frau Präsidentin! Gerne stelle ich den Gesetzentwurf vor. Wir haben vorher vom Kollegen Leiter Reber gehört, dass die Wohnungspreise in Südtirol explodiert sind. Jeder, der mit den Leuten spricht, merkt, dass die Wohnungspreise täglich steigen. Wir haben einen Gesetzentwurf mit einem einzigen Artikel vorgelegt, mit dem den Gemeinden ein Werkzeug in die Hand gegeben wird, damit sie regulierend und wirkungsvoll eingreifen können. Die Senkung der GIS auf vermietete Wohnung und andererseits eine Erhöhung der GIS auf leerstehende Wohnungen würde bei einigen tausend leerstehenden Wohnungen in Südtirol eine wirkungsvolle Maßnahme sein. Was könnte dazu führen, dass die Wohnungseigentümer ihre leerstehenden Wohnungen vermieten? Einmal könnten es Maßnahmen sein, die der Kollege Leiter Reber in seinem Gesetzentwurf angeführt hat. Andererseits könnte es eine Erhöhung der GIS auf die leerstehenden Wohnungen sein. Wer sich das GIS-Gesetz anschaut, das im Jahr 2014 die IMU und ICI abgelöst hat, sieht im Artikel 9, welchen ordentlichen Steuersatz die Gemeinde anwenden und welchen maximalen Aufschlag sie verlangen kann. Bis dato hat das Land vorgesehen, dass die Gemeinden den Steuersatz um 0,8 Prozent erhöhen können. In Summe würde der GIS-Steuersatz also 1,56 Prozent betragen. Bei kleineren Wohnungen von 60 Quadratmetern kann das zwischen 1.000 und 1.500 Euro an GIS pro Jahr ausmachen. Wenn wir uns das Zwei-, Drei- oder Vierfache davon ausmalen, dann würde das für die Gemeindekassen bedeuten, dass sie 4.000 oder 5.000 Euro pro Jahr einnehmen, solange solche Wohnungen leerstehen. Dieser Gesetzentwurf sieht also in einem Artikel vor, die Erhöhung auf maximal 5 Prozent vorsehen, damit den Gemeinden ein wirkungsvolles Werkzeug in die Hand gegeben wird. Wir haben kürzlich gesehen, dass ein Vorschlag des Team K ins Omnibusgesetz eingebaut worden ist, der die Ungleichbehandlung zwischen verheirateten und nicht verheirateten Paaren im Falle einer Trennung aufhebt. Leider hat es die Mehrheitspartei über zehn Jahre lang geduldet, dass im Falle einer Trennung ein Partner mehr als 10.000 Euro an das Land zurückerzahlen musste, während das ein verheiratetes Paar nicht machen musste. Mit diesen Ungleichheiten muss aufgehört werden, und ich bin dankbar dafür, dass die Landesregierung unseren Vorschlag angenommen hat. Deshalb hoffe ich stark, dass sie auch diesen Vorschlag annimmt.

● ● ● ● ● ● ● ●

PRESIDENTE: Grazie consigliere Faistnauer, do quindi la parola al presidente della commissione Helmut Renzler se vuole leggere la relazione o se rinuncia. C'è stato un cambio nella presidenza della commissione, in quel momento la relazione era stata firmata dal consigliere Tauber, però adesso il presidente è il consigliere Renzler.

Quindi se desidera può leggerla, altrimenti può anche rinunciare naturalmente anche perché, a parte il fatto che sono le ore 17.59, e se la vuole leggere direi magari di andare avanti domani anche perché sono 3-4 pagine.

RENZLER (SVP): Preferirei leggerla domani.

PRESIDENTE: Perfetto! Grazie consigliere Renzler, quindi proseguiremo domani con la lettura.

Prima di chiudere l'odierna seduta Vi comunico che in ordine al processo verbale della seduta precedente, messo a disposizione all'inizio dell'odierna seduta, non sono state presentate durante la seduta richieste di rettifica, per cui lo stesso, ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno, si intende approvato.

La seduta è chiusa.

Ore 18.00 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ALFREIDER (58)
AMHOF (7)
ATZ TAMMERLE (19, 27, 35)
BESSONE (24)
DEEG (26, 29, 36, 69)
DELLO SBARBA (22, 38, 48, 54, 59, 62)
Dr. GABRIELLE MORANDELL (1, 8)
Dr. ROLAND TURK (10, 16)
FAISTNAUER (80)
FOPPA (5, 28, 50)
HOCHGRUBER KUENZER (20, 25)
KNOLL (5, 25, 57)
KÖLLENSPERGER (20, 56)
LANZ (7, 16)
LEITER REBER (14, 21, 26, 33, 38, 67)
MAIR (28)
NICOLINI (15, 78, 79)
PLONER A. (16)
PLONER F. (36)
RENZLER (18, 81)
REPETTO (8, 22, 28, 29, 55)
RIEDER (5)
STAFFLER (6)
TAUBER (7, 15)
UNTERHOLZNER (6, 20, 34, 69)
URZÌ (23, 34, 52, 61)
VETTORATO (23, 50, 79)
VETTORI (21, 52)
WIDMANN (37)